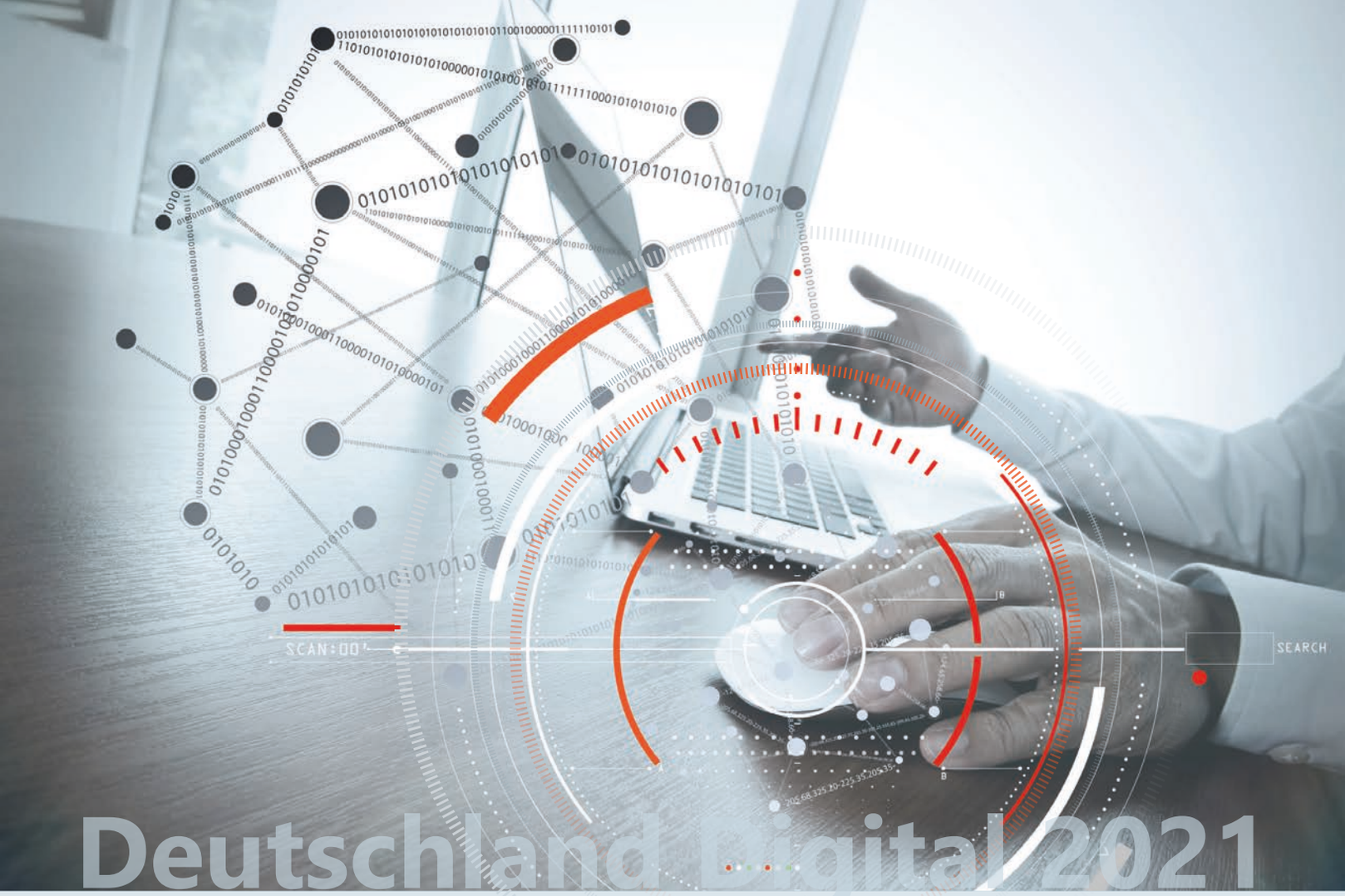


Deutschland Digital 2021

JAHRBUCH

Deutschland Digital 2021

E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen

Impulse zur Digitalen Agenda aus verschiedenen Kongressen und Webkonferenzen des Jahres 2020

In Zusammenarbeit mit W. Kruse und Prof. Dr. F. Hogrebe IVM²

Behörden Spiegel

Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe

DIGITALISIERUNGS-STRATEGIE 2025

DER WEG IN DIE KOMMUNE 4.0

Gemeinsame Strategie im krz-Verband

→ Untersuchung Digitalisierungsgrad in der Innen- und Außensicht
→ Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

Beratung zur Digitalisierung

Umfassende Services zur Umsetzung

→ E-Government-Gesetz NRW
→ Onlinezugangsgesetz (Servicekonto.NRW, Portalverbund.NRW, OnlineServices)
→ Umfassende Geschäftsprozesse – Digital von A bis Z

« Digitale Zukunft »
sicher _ gemeinsam _ gestalten

www.krz.de

Editorial

Nach den beiden ersten Dokumentationen "Deutschland Digital" in den Jahren 2019 und 2020 hat die CoVid19 Pandemie das Kongressgeschehen in Deutschland durcheinander gewirbelt und damit auch für das neue Erscheinungsdatum des dritten Almanach, "Deutschland Digital 2021", gesorgt.

Auch die Kongresse des Behörden Spiegel mussten sich den Herausforderungen stellen, sei es, dass sie terminlich verschoben oder/und neue Online-Formate entwickelt wurden. All dies hat dazu geführt, dass der jetzt vorliegende Almanach im Frühjahr 2021 erscheint.

Seit der letztjährigen Dokumentation erfasst der nun vorgelegte Almanach mittlerweile insgesamt acht Digitalisierungskongresse des Behörden Spiegel des Jahres 2020: In München "Zukunftskongress Bayern", in Berlin „Digitaler Staat", in Stuttgart "Baden-Württemberg 4.0", "e-nrw", "Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz" und "Digitale Sicherheit Rheinland-Pfalz", "Public-IT-Security – PITS" und "NORDL@NDER DIGITAL". Letztere wurden 2020 – der Pandemie geschuldet – allesamt als Webkonferenzen durchgeführt.

Der Jahresbericht 2021 blickt – in bewährter Kooperation mit IVM², Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung – inhaltlich nicht nur auf die Vorjahreskongresse zurück. Neu aufgenommen in die Dokumentation wurde darüber hinaus die Vorstellung der Plattform "Digitaler Staat Online". Der Behörden Spiegel hat diese während und nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 entwickelt und mit den zahlreichen Online-Veranstaltungen und -Formaten seit Mitte Juni 2020 über 125.000 User erreicht (Stand Ende Januar 2021).

Mit besonderer Freude erfüllt uns, dass diese Ausgabe der Jahresdokumentation durch sehr prominente Beiträge eine besondere Ehre und große Wertschätzung erfährt: Der herzliche Dank für ihre Statements mit Blick auf das vor uns liegende "Digitale Jahrzehnt" geht dazu an Staatsministerin Dorothee Bär, Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Staatsrat *a.D. Henning Lühr*, ehemaliger und langjähriger CIO der Freien Hansestadt Bremen, *Judith Gerlach,* Bayerische Staatsministerin für Digitales, NRW-Digitalminister *Prof. Dr. Andreas Pinkwart* und *Stefan Krebs,* CIO/CDO des Landes Baden-Württemberg.

Die Dokumentation soll darüber hinaus – wie schon die ersten beiden Jahreswerke – zukunftsorientierte Kongressthemen und -schwerpunkte für das Jahr 2021 und das weitere, neue "Digitale Jahrzehnt" aufzeigen. Dies insbesondere auch nach den Erfahrungen der CoVid19-Pandemie.

Die weltweite Krise hat gezeigt und zeigt es für die kommenden Jahre deutlicher denn je: Die Digitale Transformation der Verwaltung (4.0) in umfassenderer Qualität ist eines der zentralen Themen der Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen, auch für die Sicherheit, das gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Zusammenleben und damit auch für den Standort Deutschland!

Dr. Eva-Charlotte Proll
Mitglied der Geschäftsleitung, Behörden Spiegel-Gruppe

Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Inhalt

Digitaler Staat Online 6

Zukunftskongress Bayern 10

Digitaler Staat 23

Baden-Württemberg 4.0 44

e-nrw 52

PITS 70

Digitale Sicherheit Rheinland-Pfalz 81

Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz 83

Nordl@nderDigital 93

Schlaglichter für die Digitale Agenda im neuen Jahrzehnt 105

Unternehmensindex 110

AUTORENTEAM

Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Titelfoto: © everythingpossible, Fotolia.com

Impressum

Herausgeberin: Dr. Eva-Charlotte Proll
Autoren: Wilfried Kruse, Prof. Dr. Frank Hogrebe

Verlag: ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe),
Büro Bonn:
Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn
Telefon: +49-228-97097-0, Telefax: +49-228-97097-75
Büro Berlin:
Kaskelstraße 41, 10317 Berlin
Telefon: +49-30-557412-0, Telefax: +49-30-557412-57
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de, Internet: www.behoerdenspiegel.de
Geschäftsführerin: Helga Woll

Layout: Karin Vierheller, SpreeService- und Beratungsgesellschaft mbH
Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Bonn

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte vorbehalten. Das Buch und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages nicht statthaft und wird urheberrechtlich verfolgt.

978-3-934401-51-8

© 2021 ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe)

Ihr Ziel: Digitale Verwaltung.
Unsere Lösung: Die E-Akte von regisafe.

Der Umstieg von der papierbasierten auf die elektronische Verwaltung wird zum Pflichtprogramm. Das Dokumentenmanagementsystem regisafe – speziell konzipiert für die kommunale Verwaltung – bietet die Lösung.

- E-Akte statt Papierakte
- Dokumente bearbeiten, managen und archivieren – jederzeit und überall
- Medienbruchfreie Geschäftsprozesse vom Posteingang bis zum Postausgang
- Vollständig integrierte Online-Portale für Ratsinformation, Online-Anträge und Bewerbungen
- Anbindung von Fachverfahren
- Einsparung von Zeit, Ressourcen und Kosten

Kontaktieren Sie uns – wir begleiten Sie gerne ins digitale Zeitalter.

comundus regisafe GmbH
Heerstraße 111 · 71332 Waiblingen · Fon 07151 96528-200
info@regisafe.de · www.regisafe.de

regisafe

Ein Unternehmen der **comundus** Gruppe

Digitaler Staat ONLINE

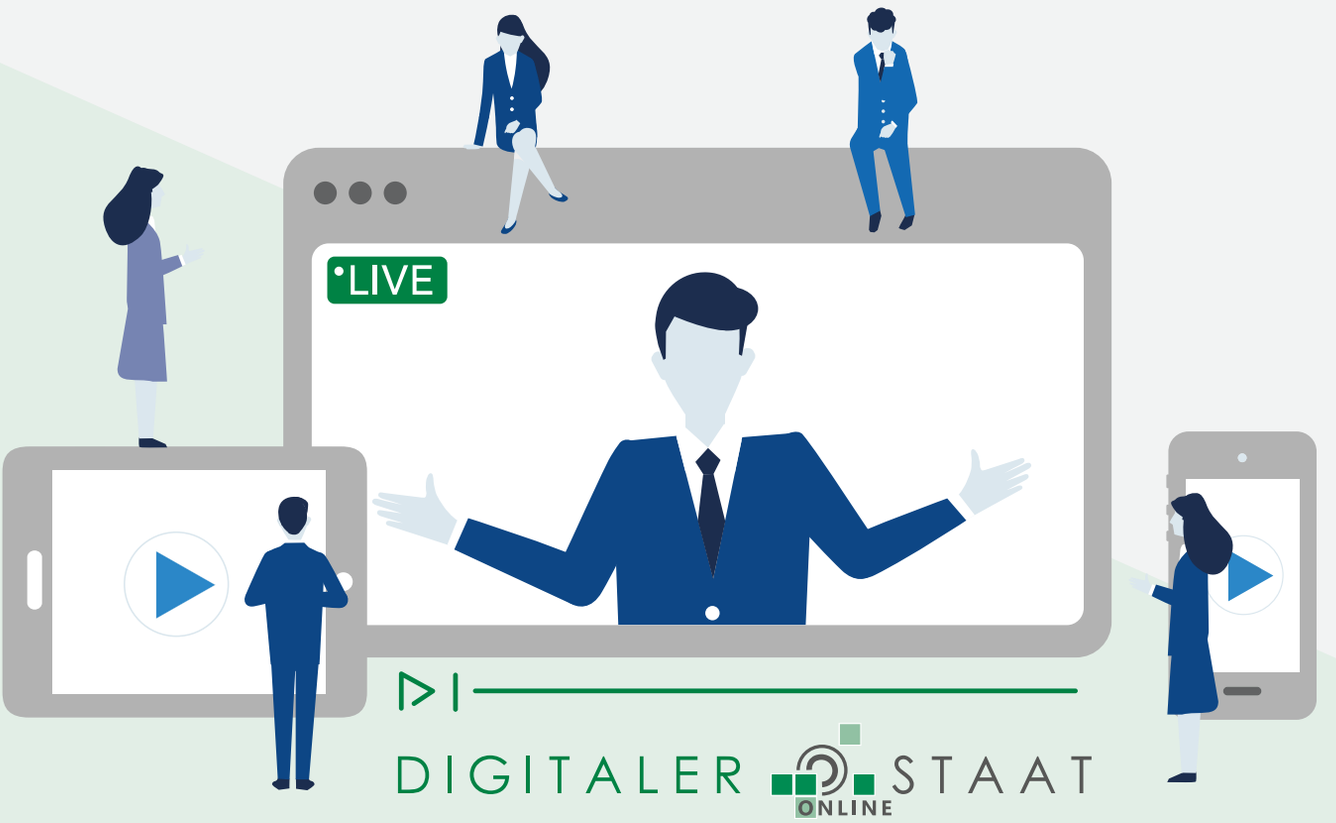


Illustration: B. Dach unter Verwendung von © tiquitaca, stock.adobe.com

- kontinuierlich
- vielfältig
- nachhaltig

www.facebook.com/digitalerstaat

twitter #digistaat

www.instagram.com/digitaler_staat

www.digitaler-staat.online

Behörden Spiegel

Digitaler Staat Online

Die neue Plattform – Reaktion auf die Corona-Pandemie

www.digitaler-staat.online

Der "Digitale Staat Online" hat sich im Web zu einer Marke etabliert und setzt auf die Schwerpunkte Digitale Verwaltung, Digitale Gesellschaft und Digitale Souveränität. Das virtuelle Format ermöglicht lebhafte Diskussionen zu den aktuellen digitalen sowie anderen Themen und gibt damit auch eine erfolgreiche Antwort auf die Krise in der Covid-19 Pandemie:

Die Digitalisierung zieht sich nicht nur Corona-bedingt durch alle Branchen, sondern war längst notwendig und überfällig. Auf der Plattform "Digitaler Staat Online" fördert der Behörden Spiegel den Austausch zwischen Verwaltung, Politik, Wissenschaft sowie Wirtschaft. Mit dem "Digitalen Staat Online" ist nicht nur eine neue Expertenplattform geschaffen, sondern ein Netzwerk- und Wissensaustausch angestoßen worden, der die notwendige Antwort auf die Pandemie ist. Spannende Diskussionen, informative Webinare und tiefgründige Gespräche und jede Menge anderes Sendematerial erwartet die Teilnehmer/innen online. Er ist dabei nachhaltig und datenschutzkonform nach EU-DSGVO.

Gerade in der Pandemie ist die Digitalisierung ein Fortschrittsmotor – auch im Öffentlichen Dienst ist dieser Trend zu spüren. Der "Digitale Staat Online" beleuchtet die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen im Public Sector und hat die innovativen Themen im Blick. Die vielseitigen Inhalte finden sich in modernen Formaten auf dem virtuellen Stundenplan wieder. Bei Online-Diskussionen kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu verschiedensten Themen der Digitalisierung zu Wort. Zuschauer/innen können sich in interaktive Live-Chats einbringen.

Der "Digitale Staat Online" ist am Puls der Zeit und diskutiert über polarisierende Inhalte wie z. B. Gewalt gegen Beamtinnen und Beamte sowie Rechtsextremismus bei Sicherheitsbehörden. Auch über den Kampf gegen Kinderpornografie wurde – wie über andere Themen – mit positiver Resonanz debattiert.

Inhaltlich hochkarätige Formate

In Partner-Webinaren diskutieren Expertinnen und Experten namhafter Unternehmen und Dienstleister. So ging es beim Thementag "IT-Security made in Germany" um Security Awareness und wie das Sicherheitsrisiko "Mensch" durch mehr Sicherheitsbewusstsein zu einem Sicherheitsfaktor

Am 10. Juni 2020 startete der "Digitale Staat Online" mit der Diskussionsrunde "Digitalisierung in und nach der Krise", an der namhafte Expertinnen und Experten wie u. a. Bundes-CIO Dr. Markus Richter und Dr. Annette Schmidt, Präsidentin der Föderalen IT-Kooperation (FITKO), teilnahmen

Screenshot: BS/Harbeke

Die "Digitale Brotzeit" ist eines der spannenden Formate, bei denen der Austausch aber auch das kulinarische Erlebnis im Vordergrund stehen. Neben inhaltlichem Input erhalten alle Teilnehmer/innen eine echte Brotzeit nach Hause und können diese parallel zum digitalen Austausch verzehren.

Gewalt gegen Angehörige von Sicherheitsbehörden ist ein gesellschaftliches Phänomen mit zunehmender Tendenz. Grund genug, um über die aktuelle Lage und deren Prävention auf "Digitaler Staat Online" mit Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Screenshot: BS/Harbeke

Bei der Online-Diskussion zum OZG im Kontext Registermodernisierung wurden Expertisen zu Datenschutz- und anderen Aspekten der Umsetzung kontrovers ausgetauscht. Dr. Eva-Charlotte Proll, Mitglied der Geschäftsleitung, Behörden Spiegel, moderierte den Dialog.

Screenshot: BS/Harbeke

in Behörden wird. Seit Herbst 2020 gibt es die "Digitale Brotzeit", in der Partner/innen zusammenkommen, um gemeinsam virtuelles Networking zu betreiben.

Die Teilnahme an allen Formaten des "Digitalen Staat Online" ist kostenfrei. Das genutzte Veranstaltungstool ermöglicht den direkten Austausch mit den Fachexperten/innen. Alle Videos werden nach ihrem Erscheinen in der Online-Mediathek veröffentlicht. Auch in den sozialen Medien sowie auf dem YouTube-Kanal des Behörden Spiegel werden die multimedialen Inhalte gestreamt. Über die Digitale Akademie bietet der Behörden Spiegel darüber hinaus Webinare als Fortbildungsveranstaltungen an, für die man sich kostenpflichtig anmelden kann.

Über 135.000 User

Seit dem Plattformlaunch im Juni 2020 haben sich über 135.000 Userinnen und User hochqualitative Inhalte angeschaut (Stand Mitte Februar 2021). Über 500 Referentinnen und Referenten sowie 140 Partner aus dem Öffentlichen Dienst, Wirtschaft und Wissenschaft haben sich mit ihrer Expertise eingebracht und sind weiterhin maßgeblich an diesem Erfolg beteiligt. Schirmherrin des "Digitalen Staat Online" ist die Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, *Dorothee Bär.*

Die Mediathek liefert fundierte Inhalte

Damit nicht genug: Die Online-Mediathek bietet weitere Formate rund um den Public Sector. So setzt die Serie "Chefgespräche – das Interview" auf die Expertise und den Background von Entscheiderinnen und Entscheidern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu aktuellen Themen.

Die Video-Serien über das Grüne Sofa und das virtuelle Rote Sofa liefern Eindrücke der Kongresse "Digitaler Staat" und "Public-IT-Security (PITS)" in der Rubrik "Sofa-Ecke".

Referentinnen und Referenten geben ihr Statement zur Digitalisierung und IT-Security ab und äußern sich zu ihren spannenden Projekten: "Platz nehmen" neben diesen Experten steht an, um ihr Wissen zu teilen.

Im Podcast "Public Sector Insider Stichwort" werden Digitalexpertinnen und Digitalexperten drei Fragen zu einem aktuellen Trend aus ihrem Fachgebiet gestellt. Alle Folgen können über die Mediathek abgerufen werden. Die Serie "Der lernende Staat" deckt auf, wo sich Deutschlands Verwaltung verbessern muss: Neue Transparenz, neue Standards und neue Prozesse braucht das Land, um mit den Kriterien einer modernen digitalen Behörde Schritt zu halten. In der Rubrik "Portrait" bildet der "Digitale Staat Online" Inhalte von Partnern aus Behörden und öffentlichen Netzwerken ab. Unter dem Reiter "Webkonferenzen" werden Online-Veranstaltungen wie der "Münchener Cyber Dialog" oder "Neue Mobilität" kostenfrei angeboten. Dieser Content bietet der Community mehrere Stunden Austausch zu gesellschaftsrelevanten Themen.

Neue innovative Formate und die Mediathek+

In der Mediathek+ erhalten die User und Userinnen die Möglichkeit, gegen Bezahlung auf hochwertige Aufnahmen und Mitschnitte von analogen sowie digitalen Kongressen, Webkonferenzen sowie aller (auch länger zurückliegender) Online-Diskussionen und Partner-Webinare on demand zuzugreifen. Berichte über den Einsatz von KI in der Verwaltung, die Regulierung des Glücksspielmarktes und Themen der IT-Sicherheit und Personals stehen bereit. Auch die Regionalkongresse zur Digitalisierung wie "e-nrw" und "Nordl@nder" sind über die Mediathek abrufbar.

Datenschutz und Nachhaltigkeit werden großgeschrieben

Eine Stärke des "Digitalen Staat Online" ist die EU-DSGVO-Konformität: Der Behörden Spiegel arbeitet ausschließlich mit europäischen Technologieanbietern, die vollständig dem Geltungsbereich der Europäischen Union unterliegen. Jegliche personenbezogenen Daten werden ausschließlich zweckgebunden für den Zutritt zu den Online-Formaten genutzt. Darüber hinaus werden die Daten in einem angemessenen Zeitraum bei den Auftragnehmern gelöscht und es ist ausgeschlossen, dass diese an unbefugte Dritte weitergegeben werden.

Mit der neuen Videokonferenzlösung kann man nicht nur die Diskussionen verfolgen, sondern sich interaktiv und datenschutzkonform mit Fragen sowie Anmerkungen beteiligen. Mit der ausschließlichen Online-Übertragung agiert der "Digitale Staat Online" zudem umweltfreundlich und nachhaltig. Für die durchgeführten und weiter anstehenden Formate fallen kaum Emissionen an. Der "Digitale Staat Online" wird zudem auch nach der Covid19-Krise, wann immer sie beendet sein wird, weiter existieren.

Dr. André Göbel, Geschäftsführer der DigitalAgentur Brandenburg GmbH, stellt im Chefgespräch die wichtigsten Digitalisierungsprojekte des Landes, im Gespräch mit Dr. Eva-Charlotte Proll, Mitglied der Geschäftsleitung Behörden Spiegel, vor.

Screenshot: BS/Harbeke

Im virtuellen Studio des "Digitalen Staat Online", mit exklusivem Blick auf das Brandenburger Tor, führt Behörden Spiegel-Chefredakteur R. Uwe Proll in die Online-Diskussionsrunden ein.

Screenshot: BS/Harbeke

6. Zukunftskongress Bayern

Digitale Verwaltung 2020

AUFBRUCH
UMBRUCH
DURCHBRUCH

13. Februar 2020

Haus der Bayerischen Wirtschaft, München

Schirmherrin und
Keynote-Sprecherin:
Bayerns Digitalministerin
Judith Gerlach

www.zukunftskongress.bayern

[#zkonbayern]

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel

Zukunftskongress Bayern

Digitale Verwaltung 2020: Aufbruch – Umbruch – Durchbruch

Der Zukunftskongress Bayern, vom Behörden Spiegel am 13. Februar 2020 in München zum sechsten Mal durchgeführt, ist im bundesweiten Kongressprogramm des Behörden Spiegel aktuell eine starke und etablierte Veranstaltung, durchaus auch bereits mit Ausstrahlungskraft über Bayern hinaus.

Uwe Proll, Herausgeber des Behörden Spiegel, konnte über 300 Teilnehmer/innen begrüßen, eine weitere Steigerung gegenüber 2019. Zu Beginn lobte er die vielfältigen Initiativen der Bayerischen Staatsregierung, speziell auch die der Bayerischen Digitalministerin, *Judith Gerlach.* Die Zeichen im Freistaat stehen – so der Herausgeber des Behörden Spiegel – eindeutig auf Aufbruch, die jüngste Pressemitteilung der Staatsregierung zur Bayerischen Digitalisierungsstrategie belege das im bundesweiten Kontext eindeutig; das Bemühen, die OZG Anforderungen schneller und zügiger zu erfüllen als es das Gesetz für 2022 vorsieht, verdiene großen Respekt und Anerkennung.

Prof. Dr. Manfred Mayer führte auch 2020 als Fachlicher Leiter und Moderator durch den Kongress. *Fotos: BS/Dombrowsky*

Prof. Dr. Manfred Mayer, Fachlicher Leiter des Zukunftskongresses, machte deutlich, dass mit dem jüngst verabschiedeten 12-Punkte-Plan der Staatsregierung jetzt ein Ruck durch die Verwaltung gehe, mit dem zu Recht eine Marke "Bavaria First" erreicht werden könne.

Mit der jüngsten Initiative, die besonders auf dem Engagement von Ministerin *Gerlach,* ihrer Mannschaft und der Ressorts der Staatsregierung basiert, können "die Bedenkenträger überholt" und klar herausgestellt werden, dass Digitalisierung kein Selbstzweck sei, sondern man Bürger und Bürgerinnen absolut in den Mittelpunkt stellen müsse (*mehr von Staatsministerin Gerlach in ihrem Namensbeitrag "Digitalisierung oberstes Gebot" auf Seite 24*).

www.zukunftskongress.bayern

"Bedenkenträger überholt"

Ministerin Judith Gerlach

München.Digital.Erleben.

München.Digital.Erleben. – Die Umsetzung der Digitalstrategie der Landeshauptstadt war das Thema von *Thomas Bönig,* CIO/CDO der Landeshauptstadt München.

Die Bayerische Landeshauptstadt in neuer Qualität digital erlebbar zu machen, "Digital by Design" zu ermöglichen und neue, innovative Ideen für die Menschen anzubieten, ist der Schlüssel der Münchener Digitalstrategie – dies alles mit dem Anspruch, dazu ein noch nie dagewesenes Tempo an den Tag zu legen!

Behörden Spiegel-Chef Uwe Proll konnte rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in München begrüßen.

Staatsministerin Judith Gerlach, auch Schirmherrin des Kongresses, hielt eine dynamische und engagierte Keynote.

Mit dem Blick gerade auf die junge Generation der unter 30-jährigen, die vielfach alleine und hauptsächlich in den Sozialen Medien leben und sich dort bewegen, müsse sich die digitale Präsenz und Aktion der Verwaltung, erst Recht der Städte vor Ort, massiv verändern und den neuen Lebenswelten anpassen. Dies gelte ganz besonders bezogen auf die selbstverständlichen, digitalen Umgangsformen im privaten Leben, die für die Nutzer/innen, vor allem auch mit den komfortablen mobilen Services, immer mehr zum täglichen Leben dazu gehören. Vor diesem Hintergrund ist eine nachhinkende öffentliche Verwaltung nicht mehr vertretbar. Wir wollen ja nicht warten, bis aus "Amazon der Staat Amazonien" wird, der unsere öffentliche Verwaltung mit seinen Services übernimmt, so *Bönig*.

Thomas Bönig, CDO/CIO der Landeshauptstadt München. *Foto: BS/Dombrowsky*

> **"Aus Amazon darf nicht der Staat Amazonien werden."**
> Thomas Bönig

Er übte Kritik an der Auffassung mancher Datenschützer, wonach die Kommunen sich aus den Sozialen Medien zurückziehen sollten, weil mögliche Datenschutzverletzungen zu Problemen führen könnten. Im Digitalen Zeitalter, so sein Appell, könne niemand ernsthaft den Rückzug der Verwaltung aus den Sozialen Medien, aus den gesellschaftlichen Lebensformen des Alltags, auch mit ihren Ansprüchen an die öffentliche Verwaltung, fordern.

Mit seiner Präsentation zeigte er deutlich den Fortschritt und den Quantensprung des neuen "München Portals" auf, das einen zentralen und interaktiven Zugang zu allen Angeboten der Landeshauptstadt und ihrer eingebundenen Kooperationspartner ermöglicht, ein dazu entwickeltes "Digital Radar" soll in 2020 online gehen; ausdrücklich sind darin auch die Sozialen Medien eingebunden. Mit einem neu entwickelten Tool sollen die Nutzer/innen und Interessierten in den Stand versetzt werden, Geschichten auf der neuen Plattform zu erzählen und auszutauschen; die herrschenden Maximen dazu heißen Transparenz, Offenheit und Standardisierung.

Das neue München Portal: Die "One Stop-Anlaufstelle"

Strategischer Anspruch, so *Bönig,* soll es sein, über das neue München Portal so kommunizieren und agieren zu können, wie es fast jedermann mit Amazon und seinen Services heute schon macht. Dazu ist eine Konzeptstudie beauftragt, mit der das München Portal zur "One Stop Anlaufstelle" werden soll.

Voraussetzung solch neuer digitaler Interaktion ist es, mit den vorhandenen Daten auch tatsächlich arbeiten zu dürfen, wohlwissend, dass u. a. aus Datenschutzgründen mit einigen Hindernissen umzugehen sein wird. Der Stadtrat der Landeshauptstadt hat in 2019 ein Paket mit 40 Maßnahmen zur Digitalisierung beschlossen, mit Nürnberg und Augsburg gibt es mittlerweile eine sehr gute Kooperation, Regensburg wird noch als weiterer Kooperationspartner hinzukommen.

Zur Umsetzung der über 5.000 OZG Einzelleistungen wird die Landeshauptstadt eine Roadmap erstellen und u. a. mit Unterstützung auch privater Dienstleister auf Online-Formulare setzen. e-Aktenlösungen dürfen, so der Anspruch in München, nicht "grottenschlecht" sein, auch die Sachbearbeiter/innen in den Verwaltungen sollten vor einer komfortablen digitalen Welt sitzen.

Für die 40.000 Mitarbeitenden wird die Einführung der e-Akte sukzessiv beginnen, in 2025 soll sie verwaltungsweit ausgerollt sein. Auch die Mitarbeiter/innen seien in diesem Zusammenhang als Kunden zu betrachten, sie sollen mit fortschreitender Digitalisierung auch mehr Zeit und Möglichkeiten erhalten, persönlich und telefonisch erreichbar zu sein, weil sie u.a. auch von Routineaufgaben entlastet werden sollen.

Zum Thema der in der Digitalen Welt notwendigen Bürger- und Unternehmens-ID werde man mit dem Freistaat eng zusammenarbeiten, auch um zu prüfen, ob die vorhandene BayernID die zentrale und einheitliche Lösung zur Frage von Identifikation, Authentifikation und notwendigem Vertrauensniveau auch für die Landeshauptstadt sein kann und soll. In jedem Falle müssten

jedoch alle vorhandenen ID-Lösungen in das München Portal einbindbar sein.

Werden wir Roboter schützen (müssen)?

Für den folgenden Vortrag "Werden wir Roboter schützen (müssen)?" empfahl *Dr. Maximilian Wanderwitz,* Autor und Dozent aus München, sich zunächst einmal entspannt hinzusetzen, weil er das Auditorium auf eine intellektuelle Reise mitnehmen wolle, es gehe dabei um Ethik, ein bisschen

> **"Empathie gegenüber Robotern? Die Wissenschaft sagt ja."**
>
> Dr. Maximilian Wanderwitz

Erholung von anstrengenden Digitalthemen und Fragen, die sich bisher eigentlich (noch) nicht unter einer solchen Prämisse gestellt haben.

Um Empathie gehe es im menschlichen Zusammenleben mit ihren hellen und auch dunklen Seiten, wenn die Spiegelneuronen im Gehirn vor der Frage stünden "Ich fühle was du fühlst".

Dr. Maximilian Wanderwitz sorgte mit seinem Vortrag für intellektuelle Zerstreuung und zahlreiche Lacher.

Er berichtete von wissenschaftlichen Experimenten und Forschungen, ob es denn Empathie nicht nur zwischen Menschen, Mensch und Tier – "ich fühle was du fühlst" – gibt, sondern auch zwischen Menschen und Robotern – dann ja wohl eher: "ich fühle was du vorgibst zu fühlen"? – Je menschenähnlicher eine Maschine, ein Roboter, gestaltet sei und aussehe, umso mehr hätten Probanden in Vergleichstest dazu geneigt, ihr Verhalten zu ändern und Roboter, zu denen eine Beziehung aufgebaut worden war, empathisch anders zu behandeln als vergleichsweise "Neutrale Roboterkreaturen", ohne einen solchen Beziehungsaufbau.

Ob sich daraus irgendwann einmal die Frage stelle, ob ein von Menschen "misshandelter Roboter" einen "gesetzlichen Schutz" genießen solle, sei – begleitet von einem kleinen Schmunzeln des Referenten – noch nicht geklärt. Allerdings sei das durchaus nicht ganz aus der Ferne geholt, wenn man daran denkt, dass zukünftig, z. B. auch KI basierte Roboter in der Pflege, in Hotelrezeptionen, in Bankschaltern, ja bis hin zu sexuellen Dienstleistungen einsetzbar sein werden. Forschungen dazu, so *Dr. Wanderwitz,* laufen vor allem in den USA weiter.

Mit Prozessmanagement den digitalen Wankdel meistern

OZG, E-Akte, Wissensmanagement – wie man mit Prozessmanagement den digitalen Wandel meistert, war das Thema für *Dr. Lars Algermissen,* Geschäftsführer der PICTURE GmbH. Er warb sehr dafür, Prozesse durchgängig von Eingang bis Ausgang digital laufen zu lassen, ein Prozessregister für die jeweiligen Führungsebenen – auch unter Controlling-Aspekten – zu erstellen. Zur notwendigen Mitarbeiterakzeptanz erläuterte er das Prozessaufnahmeset seines Unternehmens, das auch spielerische Komponenten enthalte, um unnötige Ängste und Verweigerungen abbauen zu helfen.

Dr. Lars Algermissen, Geschäftsführer der PICTURE GmbH und Experte für Prozessmanagement. Fotos: BS/Dombrowsky

Aus weniger mach mehr

Aus weniger mach mehr – neue Wege zur Modernisierung von Bürgerdiensten, ein Thema, aus dem *Johannes Koch,* Vorsitzender der Geschäftsführung Deutschland, Senior Vice President DACH, Hewlett Packard Enterprise, einen leidenschaftlichen Vortrag für zukünftige, föderale digitale Systeme im Globalen Wettbewerb machte, auch wenn Deutschland aktuell im Europäischen Digitalindex von Platz 19 auf Platz 24 abgerutscht ist.

Nach seiner Überzeugung kann der bundesdeutsche Föderalismus eine große Chance sein, auch die Herkulesaufgabe des OZG zu bewältigen, erst Recht weil – so *Johannes Koch* – das Wechselspiel, das Pendeln von zentralen und dezentralen Lösungen in der Digitalen Welt der zurückliegenden Jahrzehnte sich jetzt zum Ende der "Zentralen Cloud Welt" hin bewege:

Datenmengen vermehren und verdoppeln sich weltweit mit ungeheurer Geschwindigkeit, zunehmend entstehen Daten dezentral, werden nicht mehr (nur) in Rechenzentren vorgehalten und verwaltet, weil sie in agilen kleinen Teams z. B. als Micro Services entstehen, in Millionen kleiner Clouds lagern und zukünftig verarbeitet werden. In 2025 werden nach seiner Prognose ¾ der Daten nicht mehr in Rechenzentren verortet sein, in Zukunft wird es nicht einmal mehr gemeinsame Programmiersprachen benötigen, wichtig seien ausschließlich Interaktionsmöglichkeiten und eine föderale, offene IT Architektur, wie sie der IT-Planungsrat und die FITKO als operative Einheit aktuell anstreben – auch nach Einschätzung des Nationalen Normenkontrollrates eine zentrale Voraussetzung, um die OZG Anforderungen im Föderalen Staat zu erfüllen.

Riesige Datenschätze in kommunalen Unternehmen werthaltig nutzen

Viel zu wenig beachtet, viel zu wenig genutzt und gezielt im Föderalen Staat adressiert, sei der immense Datenschatz der Kommunalen Unternehmen, wie der Stadtwerke, der ÖPNV Unternehmen und zahlreicher anderer. Die Werthaltigkeit und ihre Rohstoffqualität seien bislang kaum im Sinne von Verknüpfungen und Kooperationen wahrgenommen worden.

Johannes Koch ist Vorsitzender der Geschäftsführung von Hewlett Packard Enterprise in Deutschland. Foto: BS/Dombrowsky

Aktuelle kommunale Mobile Apps z. B. in München, Köln und Berlin markieren erst den Anfang wesentlich größerer Potenziale und Chancen: Was Google und Co. mit ihren Diensten (u. a. Google Maps) vorgemacht haben, kann auf Deutschlandebene und /oder auf EU Ebene Anreiz für eigene neue verknüpfte Services sein, so der Referent.

Eine bundesweite Vernetzung von kommunalen Mobilitätsanbietern in Echtzeit, in eigener souveräner Datenhaltung, unabhängig von den großen Playern in den USA und in Konkurrenz zu China, sei eine solche Vision, wie mit den Daten der Zukunft verantwortlich und selbst steuerbar umgegangen werden muss.

Das aktuelle Vorhaben des IT Planungsrates, eine bundesweite Verwaltungscloud aufzubauen ist dafür ein zentraler und notwendiger Schritt; eine nachhaltige Investition auch in den Standort Deutschland, dessen Unternehmen eine schnelle und souveräne Verwaltung und ihre Services im weltweiten Wettbewerb zur Kostenminderung benötigen. Drei Ziele seien dazu zentral:

- Die offenen Daten vor allem in den Kommunalen Unternehmen werthaltig behandeln,
- Daten und Dienste bundesweit mit Echtzeitsteuerungsmechanismen zu vernetzen,
- die einheitliche föderale Verwaltungscloud tatsächlich zu schaffen und zur Nutzung maximale Freiheiten der föderalen Akteure anzubieten und zu installieren.

Die Themen der Fachforen am Vormittag lauteten:

- Digitale Verwaltungsservices – Wo stehen wir bei Bayernportal, OZG & Co.?
- E-Rechnung – Wie bereit sind Land und Kommunen rund zwei Monate vor der Einführung?
- Smart City/Smart Country – Wie lässt sich die Digitalisierung der Städte und des ländlichen Raumes zielgerecht unterstützen und koordinieren?
- E-Voting – Die logische Konsequenz einer modernen Demokratie im digitalen Zeitalter?

Das Thema digitale Verwaltungsservices diskutierte Moderatorin *Carolin Stimmelmayr,* Referatsleiterin Digitale Verwaltung, stellvertretende Leiterin der Abteilung IT-Strategie, IT-Recht und Digitale Verwaltung, Bayerisches Staatsministerium für Digitales, mit *Torsten Frenzel,* Bereichsleiter Produktmanagement und Produktmarketing eGovernment, AKDB, *Michael Kunadt,* Business Consultant, Software AG, *Hartje Bruns,* Director Products, Governikus und *Frank Jorga,* Vorstand FJD AG.

Die Moderatorin stellte die Zukunft der Digitalen Verwaltungsservices in fünf Thesen vor:

Carolin Stimmelmayr, Bayerisches Staatministerium für Digitales, befeuerte ihr Forum durch fünf These. Foto: BS/Dombrowsky

- Das OZG ist nur ein erster Schritt, das Bayern Portal war einer der Anreizfaktoren, dafür dass sich der Bundestag auf diesen Weg begeben hat; die Nachnutzung gefundener Lösungen muss bundes- und länderweit konkret sichergestellt werden,
- alle Föderalen Ebenen müssen in die Entwicklung einbezogen werden, dies gilt für die Technik, die Organisation auch mit Blick auf eine ehrliche Arbeitsteilung,
- die Verwaltung muss den "State of the Art" berücksichtigen und verinnerlichen, die digitalen Lösungen, Angebote und Nutzungen müssen die in der Privatsphäre der Menschen üblichen Kommunikation und der (mobilen) Wege ermöglichen,
- das Silodenken muss endlich überwunden werden; dass die seit langen Jahren vorhandene und absolut sichere ELSTER Technologie der Steuerverwaltung durch Beschluss des IT-Planungsrates die Basis des jetzt nach langen Jahren konkret von Bremen und Bayern zu entwickelnden Unternehmenskontos wird, wird als sehr positiv empfunden. Die Kommunikationskanäle zur Justiz müssen darüber hinaus auch noch mit angebunden werden, soll der Nutzen für Unternehmen durchgängig sein,
- der Mensch muss für die Verwaltung bei der Kreation digitaler Angebote absolut im Mittelpunkt stehen, das gilt insbesondere hinsichtlich der Tatsache, dass mittlerweile 50 Prozent der Online-Zugriffe auf Verwaltungsservices von mobilen Geräten aus erfolgen. Die Vielfalt der mittlerweile vorhandenen singulären Service Konten und ID Lösungen müsse zugunsten einer einzigen Lösung konzentriert werden.

Der Staat solle die notwendigen Basisdienste auch für die Kommunen zur Verfügung stellen, vor allem für die Kommunen, die noch nicht in der Digitalisierung weiter vorgedrungen sind. Dazu soll auch die neue konzentrierte Organisation in der Staatsregierung beitragen, die den Kommunalen Digitalisierungsbereich vom Finanzministerium in das Digitalministerium verlagert und zusammengefasst hat.

> **"Nur ein Konto für jeden – auch für Leistungen der Verwaltung"**
> Carolin Stimmelmayr

Torsten Frenzel wies für die AKDB darauf hin, dass es in Bayern mittlerweile 163.000 Servicekonten für Bürgerinnen und Bürger auf der Technologie der BayernID gebe, die aktuell auch eine Postkorbfunktion enthält. Mit seit 2019 offenen Schnittstellen seien Fachverfahrensanbindungen wesentlich erleichtert worden, Upload-Möglichkeiten können den Funktionsumfang ebenfalls noch weiter verbessern.

Dass wir noch nicht da sind, wo unser Land, auch der Freistaat, nach OZG sein soll, zeigte *Michael Kunandt* auf. Sehr positiv bewertete er, dass Bayern nicht länger auf Bund/Länderabstimmungen zu wichtigen Fragen warten, sondern "einfach machen will". Er forderte ein Dienste Verzeichnis für OZG-Entwickler, um gegenseitig von Ideen und Lösungen profitieren zu können, ein oberhalb von Fachverfahren installiertes Schnittstellen Gateway könne bei gleichzeitigem Schutz der Fachverfahren Onlineanträge aufnehmen weiterreichen und mit der beantragten Leistung zurückgeben.

Das Unternehmenskonto kommt – endlich!

Hartje Bruns zeigte sich hocherfreut über die aktuell gefundene Lösung zum Organisations- und Unternehmensportal, zu dessen Entwicklung nun auch Bremen und Bayern auf bewährte und hochsichere Technologie und Komponenten von Governikus zurückgreifen können und werden.

Frank Jorga sieht die Standardisierung von Datenstrukturen im FIM Projekt des IT-Planungsrates und der FITKO auf gutem Weg, die Umstellung auf offene Schnittstellen gibt die Möglichkeit, jedes technische Verfahren anzukoppeln.

Aus der Diskussion und aus den Beiträgen des Auditoriums wurde deutlich, dass viele Formulare in den Kommunen noch zu sehr differieren und die Nutzer/innen eher verwirren denn einen digitalen Nutzen stiften. Insoweit muss es gelingen, mittels FIM solchen "Wildwuchs" in der Formularlandschaft abzubauen und für die Zukunft standardisiert zu vermeiden, sollen Onlineservices nachhaltig von den Menschen akzeptiert und tatsächlich auch genutzt werden. Die Redaktionssysteme in Bund und Ländern sind dazu besonders gefordert; das Land Thüringen hat z. B. 200

Am Rednerpult: Wolfgang Glock, der verantwortliche Smart City-Experte bei der Landeshauptstadt München. Foto: BS/Dombrowsky

Antragsformulare gekauft und stellt sie seinen Kommunen schenkweise zur Verfügung. Bislang seien 164 Bundesleistungen (u. a. das Wohngeldverfahren) mittels der standardisierten FIM Formulare im Sinne eines "Goldstandards" freigegeben und zur gemeinsamen (freiwilligen) föderalen Nutzung empfohlen, so *Frank Jorga*.

Zielgerichtete Digitalisierung von Stadt und Land

Digitalisierung ist nicht nur in der Millionenstadt München ein Thema, sondern auch in den vielen ländlichen Regionen des Freistaats wie die Diskussion im Fachforum III, "Smart City/Smart Country – Wie lässt sich die Digitalisierung der Städte und des ländlichen Raumes zielgerecht unterstützen und koordinieren?" zeigte.

So hat sich z. B. der Landkreis Wunsiedel erfolgreich um die Teilnahme des vom Bundesinnenministerium geförderten Projekts "Modellkommune Smart City" beworben. Dass die Rahmenbedingungen sich in vielen Feldern von Großstädten wie München unterscheiden, zeigte der Projektleiter des Landkreises Wunsiedel, *Oliver Rauh* in seinem Beitrag auf.

Die Bemühungen für ein "Smartes Fichtelgebirge" fänden bereits in der Basisinfrastruktur ihre erste Hürde, weil es aktuell noch am notwendigen Breitband mangelt. Die Auswirkungen des demografischen Wandels bzw. der Bevölkerungsverlust und die Lage in einem eher strukturschwachen Gebiet an der tschechischen Grenze stünden, so *Rauh*, ebenfalls in einem deutlichen Kontrast zur wachsenden und prosperierenden Landeshauptstadt oder zu anderen urbanen Zentren.

Herausforderungen im ländlichen Bereich: Breitband und Demografie

Der Landkreis Wunsiedel habe sich daher entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen und man arbeite aktuell an einer eigenen Strategie für das "Smarte Fichtelgebirge". Für diesen Prozess sind rund 1,5 Jahre eingeplant und man wolle in diesem Prozess auch auf externe Beratung zurückgreifen. Zudem setze man im Landkreis auf einen sehr ausgeprägten Partizipationsprozess und auch überregionalen Austausch, um Netzwerke zu schmieden und möglichst alle relevanten Akteure auf dem Digitalisierungspfad mitzunehmen. Vor diesem Hintergrund sei es aus Sicht der verantwortlichen Akteure ein wenig bedauerlich, dass Wunsiedel derzeit der einzige Landkreis im Projekt "Modellkommune" sei.

Intelligente Ökosysteme in Kooperation schaffen

Der interkommunalen Zusammenarbeit kommt bei der Umsetzung von Digitalisierungsstrategien ohnehin eine besondere Rolle zu. Für *Ulf Ries,* Consultant, Cassini, ist sie die Basis für "Intelligente Ökosysteme" von Städten und dem ländlichen Raum der Zukunft. Wie man dies konkret vor Ort umsetzt und mit der lokalen Smart-City-Philosophie

und – Strategie in Einklang bringe, liege dann bei jeder Kommune selbst. Die Digitalisierung, so die Einschätzung von *Ulf Ries,* sei mittlerweile auch auf kommunaler Ebene ein politisches Thema, ganz besonders auch mit dem Blick auf Standortbedingungen und Wettbewerbsbedingungen der heimischen Wirtschaft.

Themen der Nachmittagsforen:

- E-Verwaltung – Steht der Medienbruch in den Behörden vor dem Aus?
- Glasfaser und 5G – Ein flächendeckendes Gigabitnetz "bis an die letzte Milchkanne" in Bayern?
- IT-Sicherheit – Wie lassen sich smarte Städte und Regionen vor Cyberangriffen schützen?
- KI, Chatbot und Blockchain – Was können/sollen innovative Technologien in der öffentlichen Verwaltung leisten?

Die ebenso markante wie möglicherweise rhetorisch gemeinte Frage "E-Verwaltung – Steht der Medienbruch in den Behörden vor dem Aus?" stellte Moderator *Guido Gehrt,* Behörden Spiegel, in den Raum des Fachforums V:

Dass es auch heute schon Behörden gibt, die ohne Medienbrüche ihre Arbeit tun, machte Annette Kirchner, Leiterin der Stabsstelle Strategisches Prozessmanagement, Deutsches Patent- und Markenamt deutlich. Die hohen rechtlichen Ansprüche die mit Patent-, Marken- und weiteren Anmeldungen verbunden sind – Anträge müssen stets vollständig mit allen Unterlagen eingereicht werden, um die beantragte Schutzfunktion ab Eingangsdatum beim Patent- und Markenamt zu erreichen – haben ihre Behörde in den Stand gesetzt, von Anfang bis zu Ende elektronisch die notwendigen Prozesse abzuwickeln. Seit dem Jahre 2000 werden bereits mittels qualifizierter Signatur Onlineanträge entgegengenommen und verarbeitet.

"Interne Abläufe "backward denken""

Dr. Michael Bungert

Dr. Michael Bungert, Leiter IT-Strategie der Landeshauptstadt München, beantwortet die Frage des Moderators so: "Ja – vielleicht, aber wann? Und auf jeden Fall nicht 2022". Er forderte den Kulturwandel "von oben", das Vorleben von Veränderungen durch die Führungskräfte für die Mannschaft und das Steh- und Durchhaltevermögen der Politik, wenn es um die nötigen Finanzen und Budgets für die Digitalisierung geht. Interne Abläufe müssten "backward" gedacht werden, so wie es Amazon für seine Kunden handhabt.

Dr. Thomas Ortseifen, Stellvertretender IT-Leiter, IT-Referent und Projektmanager der Hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden referierte vor dem Hintergrund seiner aktuellen persönlichen Aufgabe, die vor 15 Jahren im Rahmen einer PPP Lösung aus der Stadtverwaltung ausgelagerte IT nun wieder zurückzuholen; hier sei er für Medienbrüche erst einmal dankbar, um überhaupt die Aufgabe bewältigen zu können. Leidenschaftlich wies er darauf hin, dass in seiner Verwaltung in 2025 ca. 85 Prozent der heutigen Kollegen/

Dr. Thomas Ortseifen zitierte den "legendären" Ausspruch des früheren Bitkom-Präsidenten Thorsten Dirks. Foto: BS/Dombrowsky

“Den Nachwuchs nicht als Schokoladenhasen ausbilden”

Dr. Thomas Ortseifen

innen altersbedingt nicht mehr im Dienst sein werden und schon heute die Nachwuchswerbung exorbitant schwierig sei. Der Kampf um junge Menschen ist nach seiner Einschätzung längst entbrannt, mit der Ausbildung des Nachwuchses ging er hart und schlagfertig ins Gericht. Es werde nicht ausreichen, Bachelor- und Masterabsolventen wie “gleichförmige Schokoladenhasen” in die Verwaltungen zu integrieren, wenn es ihnen in der Ausbildung an Praxiserfahrung fehlt, so Ortseifen. Nicht in Visionen versinken, so sein Appell, sondern in pragmatischen 80:20 Lösungen denken, die Politik müsse die Digitalisierung der Verwaltung massiv stützen und die jungen Leute müssten Spaß daran finden.

Dr. Ulrich Fraus, Geschäftsführer, bol Behörden Online Systemhaus, hob vier Punkte hervor:

- Durchgängige Antragstellungen online ermöglichen,
- Der Bürger muss sie auch finden können, z. B. über das Bayernportal, Google oder die eigene Suchfunktion in der Kommunalen Website,
- Die Verbindung muss absolut sicher sein,
- Signaturen und unterschiedliche Vertrauensniveaus müssen möglich und erreichbar sein.

Formulare – so sein Rat – müssen nicht überall selbst entwickelt werden, es gibt am Markt fertige Lösungen die man kaufen könne, man kann auch in Gemeinschaft der Kommunen z. B. Formulare gegenseitig austauschen und nutzen. Die kritische Überprüfung von Unterschriftserfordernissen mahnte er ebenfalls an.

“Was einfach ist, setzt sich durch.”

Jürgen Vogler

Ähnliche Empfehlungen gab *Jürgen Vogler,* Geschäftsführer, procilon IT-Solutions, auch mit dem Hinweis, dass es Medienbrüche auch von “Digital zu Digital” gibt. Er attestierte dem Freistaat, in Sachen Digitalisierung weit vorne voraus zu sein, konnte sich aber den Hinweis nicht verkneifen, dass die derzeit in Bayern existierenden 163.000 Servicekonten lediglich 1,25 Prozent der Bevölkerung im Freistaat ausmachen – jenseits der weiteren Frage, wie häufig denn das Servicekonto genutzt werde. Es sei das Gebot der Stunde, sich als Verwaltung zu fragen, was die Menschen draußen erwarten – und: Nach dem Fiasko um die DeMail – wie kann man vorhandene und im privaten Bereich in Nutzung befindliche Kommunikationskanäle für Verwaltungen nutzen, sicher machen pp.?

In einem von seinem Unternehmen untersuchten Landratsamt habe man bei 340 im Einsatz befindlichen Fachverfahren 27 (!) unterschiedliche Signaturanforderungen festgestellt – ein für alle Beteiligten innerhalb und außerhalb der Verwaltung nicht zumutbarer Zustand; er forderte, mehr miteinander zu sprechen und die Fachbereiche der eigenen Verwaltung in die notwendigen Veränderungsprozesse aktiv einzubeziehen. Die medienbruchfreie Digitalisierung der Verwaltung sehe er am Horizont – und wie das mit dem realen Horizont im richtigen Leben ist: Wir werden ihn nicht erreichen.

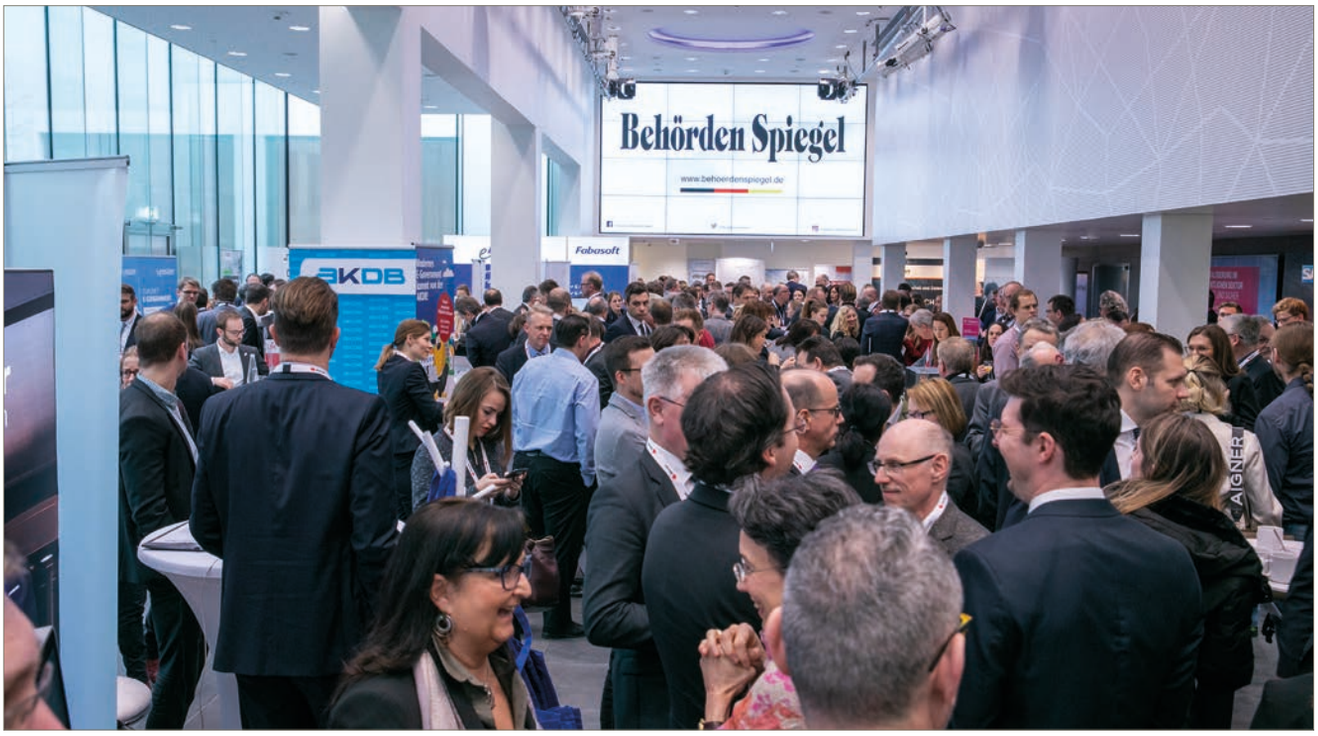
Was einfach ist, setzt sich durch!

Im Fachforum VIII fand die Diskussion um die Themen KI, Chatbot und Blockchain statt – mit der zentralen Aussage, dass sich das durchsetzt, war für Bürger und Unternehmen einfach und standardisiert zu handhaben ist. Der digitale Wandel – so u. a. die Diskussionsbeiträge, setzt jetzt zu einem Zeitpunkt an, wo der Verwaltung große personelle Umbrüche bevorstehen. Aktuelle Zahlen sprechen von rund 30 Prozent des aktuellen Mitarbeiterbestands, der in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten wird. Diese zwangsläufige Entwicklung stellt die öffentliche Verwaltung vor ernste Probleme, denn dem Abgang des Personals Backstage muss eine konsequente Erreichbarkeit auf digitalem Weg im Frontend gegenüberstehen, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in Zukunft überhaupt erhalten zu können.

Als eine Möglichkeit, die sich abzeichnende personelle Überbelastung der Mitarbeiter/innen abzumildern, bietet sich die Einbindung intelligenter Chatsysteme an. “Was die klassische Verwaltungsarbeit angeht, birgt die Digitalisierung große Potenziale. Der Einsatz KI-gesteuerter Chatsysteme kann hier viel leisten und die Mitarbeiter allein dadurch entlasten, dass Routinetätigkeiten einfach und komfortabel übernommen werden können”, erklärte *Dr. Alexander Bode,* MakeIT Consulting.

Das IT-Start Up verantwortet den Verwaltungsassistenten “deinChatbot”, ein modular aufgebautes KI-System, das bereits in mehreren hessischen Kommunen im Einsatz ist. “Beim öffentlichen Sektor zeichnet sich wie bei der Privatwirtschaft ein Prozess in Richtung 24/7 ab. Zwar müssen digitale Prozesse im Backend genauestens durchdacht sein, mit KI-gestützten Chatsystemen können wir hier immerhin unseren Beitrag zum Bürgerservice leisten”, definierte *Dr. Bode* das Arbeitsfeld für Chatbots.

Automatisierung und Assistenz seien indes nur zwei Bereiche für den Einsatz von KI im Öffentlichen Dienst. Ein ebenso vielversprechendes Feld sei die Erkennung von Mustern



Dicht an dicht: Abstandsregeln spielten im Haus der Bayerischen Wirtschaft noch keine Rolle. Foto: BS/Dombrowsky

mit anschließender Vorhersage, so die Überzeugung von *Bernd Simon,* SAP. "Der große Vorteil einer intelligenten Datenauslese kann sich für die öffentliche Verwaltung etwa in der Entwicklung eines Frühwarnsystems bei Steuersündern bemerkbar machen", erklärte er. Das System segmentiere unter den Steuerzahlern, erkenne Verhaltensmuster und leite daraus Schlüsse für eine frühzeitige Kontaktaufnahme ab.

Skepsis zur Entwicklung behalten

Ausgehend von den Möglichkeiten, die man heute schon besitze, sei ein Ende der technischen Entwicklung nicht absehbar, erklärte *Dr. Maximilian Wanderwitz,* Autor und Dozent in München. Denkbar sei eine "vollautomatisierte Zukunft", in der sämtliche Prozesse elektronisch abgewickelt würden: "Vom einfachen Verwaltungskontakt bis hin zur juristischen Klage könnte das gesamte Backend des Staates durch Algorithmen abgedeckt werden." Die letztlich entscheidende Frage sei, ob man sich ein solches Szenario einer entmenschlichten Verwaltung überhaupt wünschen könne, so *Dr. Wanderwitz.*

Den aktuellen Stand der Förderprogramme zur Beschaffung von Schul-IT in Bayern trug *Prof. Dr. Manfred Mayer* als Geschäftsführender Gesellschafter der MAYBURG Rechtsanwaltsgesellschaft im weiteren Hauptprogramm vor.

Vor der abschließenden Podiumsdiskussion zu der die Teilnehmer/innen die Möglichkeit hatten vorab im Laufe der Konferenz Fragen zu formulieren, gab *Lisa Kestler,* Bayerisches Staatsministerium für Digitales einen Einblick zum Thema: Registermodernisierung – Vorrausetzung für eine erfolgreichen Umsetzung des Once-Only-Prinzips.

200 voneinander unabhängige Register gebe es nach Feststellungen des Nationalen Normenkontrollrates, die solchermaßen im Sinne des Once-Only-Prinzips reduziert und zusammengeführt werden müssten, dass der Bürger/in "nur einen Knopf drücken muss" um alle seine Leistungen von der Verwaltung – von welcher auch immer – in Zukunft zu erhalten.

> **"Alle Leistungen mit nur einem Knopf"**
> Lisa Kestler

Nahezu jedes Ressort führt bislang immer noch eine eigene digitale Kartei. Dabei stellt die dezentrale Datenablegung grundsätzlich noch kein Problem dar; sie wird aber zu einem Problem, dort wo eine übergreifende Gesamtarchitektur ausbleibt; und das, so *Kestler,* sei im Augenblick der Fall: "Statt einem Netzwerk sehen wir uns isolierten und in ihrer Aktualität teils abweichenden Datensätzen gegenüber. Immer wird ein Teil der Person, nie aber die vollständige Identität erfasst. Für ein erfolgreiches Identitätsmanagement brauchen wir einheitliche Schnittstellenstandards, die eine Verknüpfung über das jeweilige Fachregister hinaus gewährleisten."

Lisa Kestler, Bayerisches Staatsministerium für Digitales, gab einen einen Einblick zum Thema: Registermodernisierung. Foto: BS/Dombrowsky

Die übergeordneten Ziele von Once-Only beschrieb sie zusammenfassend so:

- Bürokratieabbau,
- gleichmäßige Besteuerung,
- übergreifender Identifier,
- eindeutiges Zugangsmanagement,
- Zusammenspiel von Infrastrukturkomponenten und
- Einrichtung persönlicher Serviceschutzkonten.

Zur Realisierung von Once-Only müsse allerdings auch das Leiturteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Informationellen Selbstbestimmung (im Rahmen der seinerzeitigen Volkszählung in 1983 ergangen) berücksichtigt werden. Inwieweit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes nach nunmehr fast 40 Jahren heute noch unverändert gelten müssten, bzw. durch technische Lösungen im Digitalen Zeitalter sichergestellt werden können, sei derzeit noch in der Diskussion, so *Lisa Kestler.*

Traditionell schloss der 6. Zukunftskongress Bayern auch in 2020 mit einer offenen Podiumsdiskussion, die dem Publikum die Gelegenheit gab, individuelle Fragen zur Digitalisierung der Verwaltung direkt an die Expertinnen und Experten auf der Bühne zu richten. Hier stellten sich dieses Mal (v.l.n.r.) *Thomas Bönig* (CDO Landeshauptstadt München), *Andreas Rathgeb* (CGI), Christian Bähr (IT-Abteilungsleiter im Bayerischen Digitalministerium) *Florian Wüchner* (msg), *Prof. Manfred Mayer* (Moderator und fachlicher Leiter des Kongresses), *Gudrun Aschenbrenner* (AKDB) und *Jan-Lars Bey* (Cassini) den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Einrichtung eines nationalen Identitätsregisters notwendig?!

Sie wies auch auf die Anforderungen dazu aus der European Single Digital Gateway Verordnung (SDG) aus dem Jahr 2017 hin, nach der bis zum 12. Dezember 2023 zentrale Nutzerlösungen bereitzustellen sind. Sie plädierte für ein Kerndatenregister als Mantelregister:

Statt der Anhäufung in Datensilos müssten in Zukunft eingegangene Bürgerinformationen miteinander verknüpft und über einheitliche Schnittstellen zur Mehrfachnutzung in unterschiedlichen Fachverfahren freigegeben werden. Die Registrierung erfolgt einmalig mit der Geburt und unter Wahrung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), so auch die digitale Agenda im Rahmen der EU.

Für eine nationale Umsetzung müsse man den von der EU aufgezeigten Weg konsequent weitergehen, erklärt *Lisa Kestler* und zeichnet das Bild eines nationalen Identitätsregisters, in dem Basisdaten der Bürger: Vor- und Nachname, Geburtsdatum und -ort etc. zum Abruf bereitliegen.

Ähnlich der Steuer-ID müsse ein numerischer Identifier vergeben werden, mittels dessen sich Kerninformationen eindeutig zuordnen ließen. Die daraus entspringenden Vorteile würden sich nicht nur bei den Bürgern/Innen bemerkbar machen, die ihre Daten dann nur noch einmal mitzuteilen haben, sondern auch in der Verwaltung, die zentrale Daten für dezentrale Verfahren und Dienste auf Landes- oder kommunaler Ebene freigeben und nutzen könne. Mit Blick auf den derzeit entstehenden Portalverbund hätte man damit einen regelrechten OZG-Enabler an der Hand, der neben den Leistungen im Frontend auch das Backend digital weiterentwickeln könne.

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des "Digital-Jahrzehnts"

Im Kongressverlauf waren die Perspektiven um die weitere Entwicklung der Bayern ID hochinteressant: Wenn es tatsächlich gelingt, die auch in der Bayerischen öffentlichen Verwaltung vorhandenen vielfältigen und untereinander nicht kompatiblen dezentralen ID mit ihren anhängenden, einzelnen Fachverfahren pp. zur Bayern ID zu transportieren, zu zentrieren, interoperabel zu machen und zu migrieren, dann würde der Freistaat auf dem Weg des Kongress Leitbildes 2020 "Aufbruch, Umbruch, Durchbruch" tatsächlich ein großes Stück weit und beispielhaft für den "Rest der Republik" voran kommen.

Ähnliches gilt für das im Auftrag des IT Planungsrates mit der Hansestadt Bremen nun in der gemeinsamen Entwick-

Fordernd und unterhaltsam: Unter dieser Überschrift stand auch die abschließende Diskussionsrunde. Foto: BS/Dombrowsky

lung befindliche Organisationskonto, mit dem auf Basis einer bundesweit einheitlicher Technologie (basierend auf der ELSTER Technologie) vor allem Unternehmen in Zukunft mit der öffentlichen Verwaltung elektronisch und weitgehend medienbruchfrei agieren können sollen.

Für die Zukunft des Standortes Deutschland im schärfer werdenden globalen Wettbewerb eine zentrale Aufgabe in der Digitalisierung des aktuellen Jahrzehnts – schließlich ist die öffentliche Verwaltung mit ihren annähernd 4,5 Mio. Beschäftigten das Betriebssystem unserer Gesellschaft, das unverzichtbare zentrale Glied in der Wertschöpfungskette des Industriestandortes Deutschland – das es im Digitalen Jahrzehnt gesamtkonzeptionell zu optimieren gilt!

Die Verwaltungen und Behörden werden sich auch in Bayern insbesondere unter dieser Prämisse verstärkt zu digitalen Organisationen transformieren müssen. Die verschiedenen Projekte im Freistaat und in den Kommunen – auch in der gegenseitigen Kooperation – sprechen hier eine eindeutige Sprache und sind sehr ambitioniert, insbesondere was die Planungen zu zentralen Portalen in den Städten und im Freistaat selbst angeht.

Die Art und Weise wie München als Landeshauptstadt in dieser Beziehung in den kommenden Jahren – gemeinsam mit Nürnberg, Augsburg und weiteren Partnern – vorangehen will, verdient auch im bundesweiten Kontext höchste Aufmerksamkeit.

Red Hat

Digitale Souveränität der Verwaltung

Innovative Services und Komponenten für leistungsfähige Datacenter und digitale Prozesse

Enterprise OpenSource von Red Hat
Sicher. Skalierbar. Standardkonform. Wirtschaftlich.

red.ht/public2021

Digitalisierung oberstes Gebot

Gastbeitrag von Judith Gerlach, MdL, Bayerische Staatsministerin für Digitales

"Die Digitalisierung in Bayern voranbringen, das ist das oberste Gebot des Digitalministeriums. Um in allen digitalen Bereichen die Nase vorn zu haben, wird auch die digitale Verwaltung in Bayern völlig neu ausgerichtet. Der Schlüssel ist hier eine einfache Kommunikation, wie es die Menschen aus ihrem Alltag gewohnt sind, beispielsweise beim Onlineshoppen, beim Reisebuchen oder im Online-Banking. Hier will Bayern eine Vorreiter-Rolle einnehmen und bald auch per App die Kommunikation steuern und vereinfachen. Anträge sollen so mobil und bequem beantragt werden, ohne Papierchaos oder langen Wartezeiten. Ganz nach dem Motto: einfach, schnell, online.

Die 55 wichtigsten Leistungen ("TOP-Leistungen Bayern") für Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft stehen in Bayern schon bereit. Im Lauf des Jahres 2021 kann damit wie geplant der flächendeckende Rollout erfolgen. So sammeln wir wertvolle Nutzererfahrungen und bauen darauf auf.

Ein wichtiger Baustein für diesen Kraftakt war und ist der "OZG-Masterplan" des Freistaats Bayern. Kern des Plans ist der enge Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen. Denn sie sind das Gesicht der Verwaltung zum Bürger. Hierbei sehe ich einen Dreiklang von unterstützenden Maßnahmen als wichtig an: Erstens den Kommunen elektronische Basisdienste, beispielsweise für die sichere Online-Identifizierung oder für ePayment, kostenfrei zur Verfügung stellen. Zweitens über Förderprogramme den Weg zum digitalen Rathaus unterstützen, indem Kommunen die Entwicklungskosten von Online-Diensten nicht gänzlich allein tragen müssen. In Bayern gibt es hierzu das Förderprogramm "Digitales Rathaus". Und drittens finde ich es wichtig innovative Ideen zu fördern, die zum Schluss vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen helfen können. Von der smarten Mülltonne, über intelligente Laternen bis zur App für organisierte Fahrgemeinschaften ist alles denkbar. Wichtig ist der smarte Kern, das heißt, ein sparsamer Umgang mit unseren wertvollsten Ressourcen: Rohstoffe, Platz und Zeit. In Bayern haben wir dazu den Wettbewerb "Kommunal? Digital!" gestartet. Kundenzufriedenheit muss künftig bei unseren Online-Diensten – wie bei vielen Angeboten der Wirtschaft schon heute – an vorderster Stelle stehen. Es ist eben nicht damit getan, dass Formulare in PDF umgewandelt werden. Damit Lösungen entstehen, die für Bürger und Verwaltung gleichsam einen Mehrwert bringen, brauchen wir einen Umbruch im Denken. Beim Entwickeln der Online-Dienste müssen die Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt mit an den Tisch geholt werden. So kann der spätere Nutzer von Anfang an seine Perspektive einbringen. Genau das machen wir in unseren Innovationslaboren. Ebenso bedeutend ist die Strategie "mobile first". Mit der BayernApp lassen sich ausgewählte Leistungen bequem von überall abrufen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit solch smarten Ansätzen die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem staatlichen Handeln deutlich erhöhen können.

Mit durchschnittlich jährlich 130 Behördenkontakten sind Unternehmen eine ebenso bedeutende Zielgruppe. Die Wirtschaft benötigt ebenfalls dringend digitale Lösungen, um Anträge einfach, schnell und in allen Bundesländern gleich abwickeln zu können. Das bundesweit einheitliche Unternehmenskonto, das bis 2022 ausgerollt wird, stellt daher einen großen Durchbruch dar. Ich freue mich besonders, dass für die Authentifizierung die in Bayern entwickelte ELSTER-Technologie eingesetzt werden kann. Damit rückt der "Single Point of Contact" für Unternehmen in greifbare Nähe.

Wir brauchen ein smartes Update der Verwaltung, um den Ansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund danke ich dem Behörden Spiegel herzlich für sein großes Engagement. Die regionalen wie auch bundesweiten Initiativen sind in Sachen E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen wichtige Katalysatoren und Taktgeber. Diese tatkräftige Unterstützung ist auf dem Weg zur volldigitalen Verwaltung unverzichtbar."

Foto: BS/Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Judith Gerlach

Bayerische Staatsministerin für Digitales

3.-4. März 2020, Berlin

DIGITALER STAAT

KOSMOS, KARL-MARX-ALLEE 131A, BERLIN

DIGITALER STAAT 3.-4. MÄRZ 2020

apart vital agil mind set usable ideal disruptive iterative collaborative elegant responsive design gamification flexibel moveable user-oriented souverän digital identifiable legitim correct reasonable authenticated

Schirmherren 2020

Dorothee Bär
Staatsministerin für Digitalisierung
im Bundeskanzleramt

Hans-Henning Lühr
Staatsrat a.D. beim Senator für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

www.digitaler-staat.org

Netzwerk:
Digitaler_Staat_2020
Passwort:
kosmos2020

www.facebook.com/digitalerstaat

twitter #digistaat

www.instagram.com/digitaler_staat

Eine Veranstaltung des
Behörden Spiegel

Persönliches Statement von Dorothee Bär,

Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt

"Um einen Ausblick auf das Jahr 2021 zu geben, müssen wir zunächst einen Blick zurück auf das Jahr 2020 werfen. Dieses Jahr stand ganz im Zeichen der Corona-Krise und förderte in dem Zusammenhang Erkenntnisse zu Tage, die man sicher schon ahnen konnte, aber die durch die realen Auswirkungen nun nicht mehr zu ignorieren sind: Deutschland steht in Bezug auf die Digitale Transformation nicht dort, wo es bereits hätte stehen können oder sollen, wenn das Thema konsequenter und noch engagierter umgesetzt würde. Im Zusammenhang mit Corona zeigt sich, dass gerade die Institutionen gut durch die Krise kommen, die in Bezug auf die Digitalisierung bereits weiter vorangeschritten sind als andere. Diese Erkenntnis ist inzwischen Allgemeingut und das Thema Digitalisierung steht in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch auf der Agenda von Entscheidern und Bevölkerung ganz oben. Es gilt nun also diesen Schwung beizubehalten und für die Umsetzung unserer digitalen Vorhaben zu nutzen.

Mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) verbinden wir als Bundesregierung ehrgeizige Ziele in Sachen Vereinfachung und Nutzerorientierung von Verwaltungsdienstleistungen. Die Umsetzung des OZG läuft auf Hochtouren und hat in der Bundesregierung höchste politische Priorität. Allein in 2020 wurden bis zu 50 digitalisierte OZG-Leistungen fertiggestellt und in ersten Ländern/Kommunen pilothaft gestartet. Mit Wohngeld (SH), Elterngeld (zahlreiche Länder), Sondernutzung von Straßen (HH), Corona-Überbrückungshilfen (fast alle Länder) sind für die Menschen sehr wichtige Anwendungen dabei. Auch in Zukunft werden wir uns sehr stark darauf konzentrieren, die Leistungen mit hoher Relevanz und hohen Fallzahlen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zuerst in den Wirkbetrieb zu bekommen. Ich bin mir sicher, dass dadurch eine Sogwirkung für eine rasche Digitalisierung auch der verbleibenden Leistungen entsteht. Zusätzliche finanzielle Mittel hat die Bundesregierung in 2020 bereits im Rahmen des Konjunkturpakets zur Verfügung gestellt.

Trotz des schwierigen noch vor uns liegenden Weges stimmt mich vor allem die positive Gesamtdynamik und die sehr gute Ebenen übergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Beteiligten zuversichtlich, dass bis 2022 die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen online sind. Bei den Corona-Überbrückungshilfen haben wir gesehen, dass schnelle Umsetzungen möglich sind, wenn die Zeit drängt und alle Beteiligten an einem Strang ziehen! Wenn Verwaltungsleistungen online gehen, stellt sich aber auch mehr und mehr die Frage, wie die Menschen im Land an diese Leistungen rein praktisch herankommen. Der Anspruch ist, dass der Zugang einfach und zugleich dennoch sicher sein muss. Deswegen arbeiten wir an einer App-basierten Identitätslösung auf Basis der eID-Funktion des Personalausweises. Diese Lösung sollen die Bürgerinnen und Bürger dann aber nicht nur zum Login oder zur Registrierung, sondern auch zur Bestätigung von Transaktionen sowie zur digitalen Unterschrift von Verträgen nutzen können. Um die Attraktivität dieser Lösung zu steigern, soll die Nutzung nicht nur im Behördenkontext, sondern auch in zahlreichen privatwirtschaftlichen Angeboten möglich sein.

Um die Digitalisierung der Verwaltung zügig und in der von Nutzerinnen und Nutzern erwarteten Qualität realisieren zu können, schließen wir mit unserer neuen inhouse-Entwicklungseinheit DigitalService4Germany in der Bundesregierung eine Fähigkeitslücke und schaffen Handlungsspielräume. Wir haben nun ein Werkzeug in der Hand, mit dem wir agil und schnell nutzerfreundliche Software-Produkte entwickeln und damit die Bundesverwaltung bedarfsorientiert unterstützen können. Der Erfolg des #WirVsVirus-Hackathons im Frühjahr 2020 hat bewiesen, dass wir den Ideenreichtum der Zivilgesellschaft für das Lösen von gesellschaftlichen Herausforderungen, wie zum Beispiel in der Corona-Krise, viel stärker aktivieren und einbinden können. Die Menschen wollen helfen! Nutzen wir also die Bereitschaft und das Knowhow, welches zweifelsohne gegeben ist um auf unserem Weg der Digitalen Transformation 2021 schneller und besser voranzukommen."

Foto: BS/Jörg Rüger

Dorothee Bär

Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt

Persönliches Statement von Henning Lühr,

Staatsrat a.D., zur Digitalen herausforderung in Staat und Verwaltung

"Pandemie, Klimawandel, Digitalisierung, KI, Integration, Diversity – staatliches Handeln und die öffentliche Verwaltung stehen gegenwärtig vor großen Herausforderungen, die gerade fast nicht mehr steuerbar kumulieren! Die Rahmenbedingungen und Leitlinien für die Neuorientierung des Verwaltungshandeln in den nächsten Jahren haben sich damit "quasi über Nacht" erheblich verändert. Es ist eine neue Strategie notwendig. Diese Aussage würden alle Beteiligten sicherlich auch vorbehaltlos zustimmen.

Die Frage ist letztlich: "Wie müssen wir unsere Staatskunst verändern?"

Wie muss die neue Strategie aussehen? Was folgt daraus für den praktischen Alltag der Entscheider*innen in Politik und Verwaltung?

Hierzu kann ich natürlich kein Patentrezept liefern, aber einige Ansatzpunkte für eine ganzheitliche Strategie aufzeigen, die die Umsetzung in den Politikfeldern in der Praxis mit einbezieht. Wir müssen uns noch mehr darauf ausrichten, die einzelnen Felder und Aufgaben miteinander zu verknüpfen und so zu einer integrierten Strategie weiterzuentwickeln. Zum Beispiel müssen wir die Umsetzung des OZG mit Aufgaben und Zielen und für einen grundständigen Veränderungsprozess der Verwaltung verknüpfen, sonst werden wir bei der Elektronifizierung der bestehenden klassischen Bürokratie stehen bleiben. Ein weiterer Schritt wird die digitale Ausgestaltung der "Kommunalen Daseinsvorsorge" in einer konzertierten Kooperation zwischen Kommunalpolitik und –verwaltung, kommunaler/regionaler Zivilgesellschaft und öffentlicher und privater Wirtschaft sein. Das wird die Zukunftsaufgabe sein. Das "Digitale" mit dem "Örtlichen" Sektor übergreifend auf Plattformen zu verknüpfen und zu steuern ist die strategische und praktische Herausforderung der kommenden Jahre.

Digitales und fachpolitisches Mehrebenen Management in der Gestaltung der Politikfelder durch EU, Bund, Länder und Kommunen darf nicht auf eine Optimierung der vielbeschworene "Fahrstuhlfunktion" reduziert werden. Eine neuer, flexibler und kommunikationsstarker "Fahrstuhlpilot" ist zwar wohltuend, bringt noch nicht den Durchbruch. Die Architektur des politischen Systems muss andere Strukturen der gemeinsamen Aufgabenerledigung aufnehmen, z. B. Zwischengeschosse, Türme, offene Verbindungen der Ebenen, offene Entwicklungsfelder zwischen den Ebenen. Verfassungspolitisch ist ein Weg der Ausbau der "Gemeinschaftsaufgaben" im Grundgesetz vorgezeichnet.

Können wir diese Situation mit dem vorhandenen Personal stemmen? Jetzt könnte man satirisch in Anlehnung an Udo Jürgens Gassenhauer und das Film-Drama personalpolitisch sagen: "Ich war noch niemals in New Work!". Dann käme von der Regie der Hinweis auf die Fortführung des Film-Dramas als Komödie in die Amtsstuben. Wir unterschätzen vielfach unsere Kollegen*innen in der Verwaltung! Das Personal im öffentlichen Sektor ist gut! Wir müssen gezielt fördern, aber auch fordern! Alle Beschäftigten müssen an der Entwicklung teilhaben. Nicht Objekt, sondern Subjekt der Entwicklung sein! Veränderungen und Teilhabe können allerdings nicht einfach hierarchisch angeordnet werden! Was brauchen wir für eine Personalentwicklung, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können? Experimentierräume, Gestaltung und Partizipation statt Taylorismus und Kompetenzerwerb statt Wissensmanagement by Eichhörnchen. Die Kompetenzentwicklung als Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung muss diese Anforderungen einbeziehen, es geht nicht nur um die vielbeschworene digitale Kompetenz, um Anwendungswissen, sondern um eine Kompetenz, die wertebasiert ein reflektiertes und interdisziplinäres Entscheidungsverhalten in komplexen Situationen und Strukturen ermöglicht. Vernetzen in der Strategie und im praktischen Handeln. Eine sozialverträgliche Fehlerkultur ist dabei ein sinnvoller Begleiter. Die Beteiligung der Interessenvertretung vorgeben ist eine weitere Voraussetzung.

Gute Voraussetzungen für eine ganzheitliche Strategie und ein zukunftsorientiertes Personalmanagement. Der Behörden Spiegel ist dabei ein wichtiges Medium für die Diskussion in diesem Entwicklungsprozess! Ich freue mich auf spannende Diskussionen."

Foto: BS/Der Senator für Finanzen der Hansestadt Bremen

Henning Lühr

Finanzstaatsrat a.D. der Freien Hansestadt Bremen und ehemaliger Vorsitzender des IT-Planungsrat

DigitalerStaat

agil, legitim und elegant

www.digitaler-staat.org

Um die Potenziale der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen – so die Programmmacher des Digitalen Staats in der Kongressankündigung – müsse man den Prozess ganzheitlich begreifen. Eine schlichte Elektronifizierung oder technologische Modernisierung bestehender Verfahren sei dazu nicht ausreichend. Zukunftsfähige Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung müssen vielmehr agil, legitim und elegant sein. Diese drei Begriffe standen dann auch im Zentrum des Kongresses "Digitaler Staat 2020", zu dem erneut mehr als 1.400 Innovatoren, Modernisierer, Trendsetter und Entscheidungsträger/innen zu intensiven Diskussionen zusammenkamen.

Veranstalter und Teilnehmer/innen konnten sich trotz der aktuell verschärften Veranstaltungsregeln im heraufziehenden Problem der Corona Infektionen (noch) den digitalen Leitthemen in Deutschland im Rahmen einer Präsenzveranstaltung widmen; eine spätere Terminierung hätte das in den darauffolgenden Wochen offenkundig und rückwärtig betrachtet nicht mehr möglich gemacht.

Unter den benannten Kongressansprüchen – "agil, legitim und elegant" – standen im zweitägigen Hauptprogramm ca. 20 Themen, Vorträge und Formate an, in den insgesamt 24 Fachforen weitere fast 100 Beiträge, die den weiten Anspruch und die Hauptfelder der Digitalisierung im angebrochenen Jahrzehnt mit der unverzichtbaren Notwendigkeit der Digitalen Transformation deutlich aufzeigten.

Die Hauptfelder dazu für den Präsenzkongress des Jahres 2020:

- **Stand und Umsetzung, Herausforderungen bezogen auf das OZG,**
- **die demokratische Souveränität und die Kontrolle über die eigenen Daten,**
- **die Chancen agiler Strukturen, Digitallabore und Arbeitsfelder der Verwaltung,**
- **Möglichkeiten und Nutzung von Künstlicher Intelligenz und ihrer Steuerung und**
- **die konsequenten Umsetzungen aus vielen Laboren, Projekten und innovativen Ideen.**

Der Kongress wartete unter diesen Ansprüchen selbst mit neuen, digital affinen Formaten auf:

Werkstatt

Der Moderator stellt das Thema kurz vor. Anschließend besteht die Möglichkeit der Referenten zu einem kurzen Pitch mit möglichst alternativen Präsentationsformaten. Teilnehmer aus dem Publikum können von Anfang an über ein Mikrofon oder ihre eigenen technischen Endgeräte Fragen an die Referenten stellen, an Umfragen oder Abstimmungen teilnehmen.

Fachforum

Dieses Format startet mit einer Einführung durch den Moderator und einem kurzen Statement der einzelnen Referenten zu ihren aktuellen Standpunkten. Anschließend folgt eine moderierte Diskussion zu den vorgetragenen Präsentationen sowie die Möglichkeit, aus dem Publikum Fragen zu stellen.

Erfolgsmodelle

Gemeinsam mit Partnern der öffentlichen Verwaltung sollen neue Vorgehensmodelle oder Pilotprojekte vorgestellt werde. Ein besonderer Fokus soll auf der Beleuchtung der praxisrelevanten Erfolgsfaktoren liegen. Die praktische Darstellung steht bei diesem Format klar im Vordergrund.

Labor

Mit Hilfe ausgesuchter Kreativitätstechniken, viel Visualisierung und einer guten Moderation entfaltet die Ideenwerkstatt eine große Wirkung. Die Referenten können mit der Teilnehmergruppe selbst interaktiv etwas erarbeiten, z.B. mit Flipcharts, PostIt's oder Kärtchen. Am Ende soll eine Art Praxisergebnis (Prototyp etc.) auf einer Flipchart oder Metaplanwänden erarbeitet und im Plenum vorgestellt werden.

Staatsekretär a.D. Klaus Vitt Foto: BS/Dombrowsky

Schirmherr bzw. Schirmherrin des Kongresses waren erneut die Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, *Dorothee Bär,* ebenso wie *Hans-Henning Lühr,* zur Kongresszeit (noch) Staatsrat beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, mittlerweile im wohlverdienten Ruhestand.

Die Aufbruchstimmung ausgehend vom Kongress "Digitaler Staat 2020" wird – so schon an dieser Stelle prognostiziert – die Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden weitergehend befruchten. Dies gilt besonders auch in Zeiten der nach dem Kongress zum totalen Lockdown geführten Covid-19-Krise/-Pandemie in Deutschland, in Europa und weltweit; auch dadurch hat sich mehr als deutlich gezeigt, dass der Digitalisierung in unserem Land noch ein Vielfaches an Bedeutung, gemeinsamer Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung zukommt. Die in Bayern und im Saarland am Freitag, 20. März 2020 verhängte Ausgangssperre, die von den Ministerpräsidenten der übrigen Bundesländer mit der Kanzlerin am Sonntag, 22. März 2020 abgestimmte bundesweite Kontaktsperre, sprechen dafür Bände; ganz zu schweigen davon, dass bundesweit bereits seit dem 09. März 2020 alle Schulen und Kitas geschlossen wurden.

Zeit für einen Reset

Homeoffice, Homeschooling, Videokonferenzen und neue Online Kongressformate pp. sind seit dem Frühjahr 2020 der Beweis, dass Innovation und Digitalisierung auch durch die Ausnahmesituation der Corona Pandemie bei allen Problemen, die sie für Gesellschaft, Staat, Verwaltung, Wirtschaft pp. verursacht, neu angestoßen und "befeuert" werden kann ...

Das OZG zur Halbzeit ...

So sind die Zahlen: 575 bis 2022 – und wenn man die Einzelleistungen in den 575 Leistungsbündel betrachtet, heißt es 5.500 und mehr – sind bis 2022 von allen Verwaltungseinheiten in Bund, Ländern und Kommunen online anzubieten! Diese Herausforderung schwebt derzeit über allem, was mit digitalen Verwaltungsdiensten zu tun hat. Es ist die in Zahlen überführte zentrale Verpflichtung aus dem Onlinezugangsgesetz:

2020 ist im Jahre drei nach OZG ziemlich genau Halbzeit und es zeichnet sich ab, dass das Ziel möglicherweise verfehlt und dennoch übertroffen wird. Verfehlt, weil am Ende nicht alle Dienste überall online verfügbar sein könnten/werden; übertroffen, weil das OZG vielleicht den Knoten bei der Verwaltungsdigitalisierung langfristig endlich zum Platzen bringt – in der Zeit nach den vielfältigen und Existenz gefährdenden Corona und Pandemie Erfahrungen nötiger denn je!

Die Gesamtplanung der 14 Themenfelder für die OZG-Umsetzung sei abgeschlossen, berichtete *Klaus Vitt,* bis zum Kongress noch Innenstaatssekretär und IT-Beauftragter der Bundesregierung. In 33 Digitalisierungslaboren würden unter Einbindung von Fachseiten, E-Government-Experten, Designern und Nutzern Lösungskonzepte entwickelt, so *Vitt* weiter. "Außerdem sind 100 Umsetzungsprojekte definiert und davon rund 30 begonnen worden. Erste Leistungen sind online verfügbar."

Wohngeld online jetzt in Schleswig-Holstein

So ist die Online-Version des Wohngeldantrages seit Dezember 2019 in Schleswig-Holstein referenzimplementiert. In den sechs Pilotkommunen sind die ersten über 100 Anträge eingegangen.

Ernst Bürger, BMI, diskutierte zum OZG. Foto: BS/Dombrowsk

Weitere Leistungen stehen ebenfalls vor der Referenzumsetzung, optimistische Stimmen gehen von bis zu 50 noch in diesem Jahr aus. Auch auf dem Kongress des Jahres 2020 war noch zu spüren, dass die Kooperation bei der OZG-Umsetzung über die Ebenen hinweg (noch) nicht reibungslos funktioniert. Derzeit mangele es am dafür notwendigen Wissensaustausch; so fehle es bei den Kommunen an aktuellen Kenntnissen über die Zeitplanungen seitens Bund und Ländern, rügte *Prof. Jörn von Lucke*. "Es braucht Offenheit und Transparenz in der Breite, damit die absolut notwendige Zusammenarbeit auch von allen Seiten angegangen werden kann", so der Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Nur wenn Sach- und Planungsstände bekannt seien, könnten Verwaltung und Politik auf allen Ebenen die richtigen Entscheidungen treffen.

Fehler erkennen und Erfolge zum OZG auch feiern

Vielen Beteiligten und Beobachtern ist mit Blick auf das neue Digitale Jahrzehnt klar: Das OZG wirkt als Impulsgeber, der kooperative Ansatz funktioniert. Für Begeisterung sorgt bei einigen insbesondere die Arbeitsweise in den Digitalisierungslaboren: Design-Thinking, Multi-Stakeholder-Ansatz, agiles Projektmanagement, Nutzerorientierung. Was für Digitalunternehmen lange üblich ist, bedeutet für die Verwaltung ein Umdenken. "Das Besondere ist, dass wirklich nur die Idee zählt", so *Ernst Bürger,* zum Zeitpunkt des Kongresses Unterabteilungsleiter Verwaltungsdigitalisierung/-organisation im Bundesinnenministerium und mittlerweile Abteilungsleiter "Digitale Verwaltung, Steuerung OZG" im BMI. "Wenn sie ins Labor gehen, geben die Beteiligten Rang und Verwendung an der Tür ab." Belohnt würden sie vor allem mit schnellen Erfolgen und entsprechend viel Spaß und Motivation bei der Arbeit.

"Als absoluter Schlüssel zum Erfolg hat sich die Beteiligung von Nutzerinnen und Nutzern erwiesen", so *Bürger* weiter. Dem stimmte *Dr. Irina Eckhardt,* Sale Director Public, KPMG, zu. "Das Paradigma der Nutzerorientierung ist tatsächlich überall bei den Stakeholdern angekommen." Sie regte besonders an, auch auf den Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu setzen: Die, die auf Verwaltungsseite direkt an der Bearbeitung von Anliegen beteiligt sind und darüber mit Nutzern/Innen in Kontakt stehen, könnten und sollten wichtige Praxiserfahrungen beisteuern.

Sachverstand der eigenen Mannschaften nutzen

Kritische Worte fand *Marco Brunzel,* Metropolregion Rhein Neckar GmbH: Die aktuellen Ansätze zur OZG Umsetzung seien zwar gut, in deren weiterer Entwicklung sei aber noch deutlich Luft nach oben. "Die positiven Erfahrungen, die die Beteiligten beflügeln sollen, machen leider nur diejenigen, die auf den kleinen Innovationsinseln vor Ort dabei sind." Die Verwaltung müsse noch viel mehr Kooperation zwischen Kommunen und länderübergreifend zulassen und fördern. Ein wesentlicher Knackpunkt bei der Verwaltungsdigitalisierung sei, dass die größte Umsetzungslast bei den Kommunen liege.

"Im Netz gilt nicht mehr, dass die Kommunen den Bürgern und Unternehmen am nächsten sind. Das Smartphone ist den Menschen heute am nächsten – von wem eine Dienstleistung online bereitgestellt wird, ist für den Nutzer unerheblich." Die Kompetenzen und Aufgabenverteilungen sollten daher grundsätzlich neu gedacht werden, so *Brunzels* Votum.

Teamspiel verbessern und offene Schnittstellen schaffen

Ariane Berger, Leiterin für Digitalisierung im Deutschen Landkreistag, schloss sich dem an: "Es kann nicht sein, dass wir nicht wissen, wer an welchem Dienst arbeitet." Ein besseres Zusammenspiel wünschte sie sich gerade auch unter den Kommunen, wenn es an die technische Umsetzung geht. "Wir spielen noch zu sehr über die Landesbande", meint *Berger,* Referenzimplementierungen aus einem anderen Land zu übernehmen, sei nicht trivial, die Schwierigkeiten jeweils einzeln zu lösen nicht effizient. "Grundsätzlich wäre es zielführend, konsortial und in Entwicklungsgemeinschaften zu arbeiten."

Damit sprach *Ariane Berger* ein Thema an, das vielen noch "Bauchschmerzen" bereitet. Referenzlösungen sollen möglichst von vielen nachgenutzt werden, um doppelte Arbeit zu vermeiden, eine verbindliche Vorgabe dazu gibt es bundesweit und in den Ländern aber nicht. Damit ein einmal erfolgreich entwickelter Dienst überall einsetzbar ist, muss er sich auch technisch in die jeweils vorhandene IT-Architektur der Verwaltungen, insbesondere der Kommunen und ihrer IT-Dienstleister einbinden lassen. Dafür bräuchte es einheitliche und interoperable Schnittstellen sowohl aufseiten der Verwaltungsportale als auch aufseiten der internen Fachverfahren und deren Hersteller.

Die grundlegenden Voraussetzungen dafür, dass technisch alles ineinandergreife, seien derzeit aber noch nicht einmal für den Portalverbund gegeben. Hier wachse aber inzwischen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, versicherte BMI-Unterabteilungsleiter *Bürger.* Anders als der Portalverbund sind Standardschnittstellen in Richtung Fachverfahren allerdings keine OZG-Verpflichtung.

"Ich habe Zweifel, dass der Einer-für-alle-Ansatz so funktioniert wie erhofft", räumte Nordrhein-Westfalens Landes-CIO *Hartmut Beuß* ein. Es fehle dazu noch der Überblick über die schon bestehenden Architekturen und Lösungen. Der NRW-CIO erhofft sich dann Besserung, wenn sich die FITKO als "Transmissionsriemen für den Austausch auf technischer

Ebene" etabliert hat. Die Anstalt öffentlichen Rechts hat zum Jahresbeginn die Arbeit aufgenommen und soll den IT-Planungsrat auf fachlicher Ebene unterstützen. *Beuß* machte aber auch keinen Hehl daraus, dass die Nachnutzung mit der Bereitschaft der Beteiligten steht und fällt:

"Es gibt bei einigen durchaus Vorbehalte, Lösungen aus anderen Ländern zu übernehmen. Teils fehlt es auch einfach an Geduld, auf nachnutzbare Lösungen von woanders zu warten."

Die meisten Bundes- und Landesvertreter auf dem Kongress "Digitaler Staat" waren sich einig: Wenn bis 2022 nicht alle 575 Leistungen umgesetzt sind, geht die Welt nicht unter. "Es geht darum, spürbare Fortschritte für die Bürger und Unternehmen auf den Weg zu bringen", betonte *Beuß*. Wenn

"Prioritäten setzen und gegenseitig Vorbehalte abbauen!"

NRW-CIO Hartmut Beuß

selten benötigte Dienste wie die Erteilung der Jagderlaubnis noch nicht online verfügbar seien, sei das zu verschmerzen.

Neun Punkte Papier

Mittlerweile gibt es unter neuer Leitung von Staatsekretär *Dr. Markus Richter* aus dem IT-Planungsrat ein neun Punkte Papier, mittels dessen die auch auf dem Kongress immer wieder noch beklagten Defizite bei der Umsetzung des OZG benannt und konkret angegangen werden sollen:

https://www.itplanungsrat.de/SharedDocs/Sitzungen/DE/2020/Sitzung_32.html?nn=6848410&pos=2

Die SPD-Budestagsabgeordnete Elvan Korkmaz-Emre Foto: BS/Dombrowsk

"Braucht es eine neue Staatskunst?"

Hans-Henning Lühr

Das Straucheln von Politik und Verwaltung angesichts der OZG-Umsetzung hat vielfältige Implikationen. Als Herausgeber einer einschlägigen Beitragssammlung hat *Hans-Henning Lühr*, im Kongress noch Staatsrat im Finanzressort der Hansestadt Bremen und Vorsitzender des IT-Planungsrates, das Problem in der Grundsatzfrage zugespitzt, ob es einer neuen Staatskunst bedürfe, um den digitalen Wandel dennoch zu meistern.

Der aristotelischen Ethik entlehnt, ist der Begriff der Staatskunst – grob vereinfacht – zunächst mit politischer Daseinsvorsorge gleichzusetzen. Bezeichnet werden alle Funktionen, Aufgaben und Dienste, mithilfe derer staatliche Vertreter zum Wohle des Einzelnen sowie der Gesellschaft als ganzer beitragen. Die Digitalisierung als "mediale Zäsur der Gegenwart" lässt aber auch diese Fundamente nicht unangetastet, so *Henning Lühr*.

Strittig bleibt bei all dem, ob es der digitalen Transformation in Zukunft gestattet werden darf, bis auf die demokratische Substanz durchzudringen und diese im Kern zu verändern oder ob Grenzen bestehen, die selbst zum Wohle digitaler Entwicklung nicht überschritten werden dürfen

Notwendig: Fundamentaler, politischer Kulturwandel

Für eine grundlegende Neuausrichtung in Politik und Verwaltung plädierte *Thomas Bönig*, Leiter des Referats für Informations- und Telekommunikationstechnik und CDO der Landeshauptstadt München. "Wir brauchen einen fundamentalen Kulturwandel", forderte er. Als zentraler Begegnungsstätte von Staat und Bürger müsse dabei den Kommunen im digitalen Wandel der Zukunft ein größeres Stimmrecht eingeräumt werden. Anpassungsprozesse müssten schneller entschieden und umgesetzt werden, andernfalls würde die Demokratie in ihren Grundfesten gefährdet, mahnte *Bönig* und fügte weiter an:

"Die digitale Herausforderung werden wir nicht allein bewältigen. Einen deutschen Sonderweg können wir nicht gebrauchen. Ergänzend zum Vorgehen in den Kommunen muss

der Staat im europäischen Rahmen Standards setzen, um international konkurrenzfähig zu bleiben." Gegenwärtig hinke man den Veränderungen, die andernorts auf dem Globus angestoßen würden, lediglich hinterher.

Den Föderalen Staat in der Digitalisierung gewährleisten ...

Dazu *Matthias Kammer,* Senatsdirektor a. D. und Geschäftsführer der im Dezember letzten Jahres neu gegründeten Genossenschaft "govdigital": Es müsse verhindert werden, dass die Digitalisierung bis zum politischen Fundament der föderalen Demokratie vordringe, sagt er. Zwar seien zentralisierte Strukturen in der Umsetzung digitaler Leistungen ggf. schneller, indes dürfe – zumal vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit – die föderale Verfasstheit Deutschlands nicht angetastet werden. Der Föderalismus habe seine Berechtigung nicht verloren, auch und besonders nicht im digitalen Zeitalter.

Statt an den Grundfesten des Föderalen Systems zu rütteln, solle man eher aus dem bestehenden Rahmen heraus wirken und sich auf kooperative Ansätze konzentrieren: "Digitalisierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der es nicht darum geht, Verantwortlichkeiten beliebig zu verschieben. Digitale Veränderung kann nur dann legitim sein, wenn politische Steuerungsprozesse in Übereinstimmung mit geltendem Recht initiiert werden", so *Kammers* Fazit.

Die Devise lautet: Mutiger werden

Ähnlich die Einschätzung von *Elvan Korkmaz-Emre,* SPD-MdB im Deutschen Bundestag. Auch sie lehnte die Notwendigkeit eines fundamentalen Kurswechsels in Politik und Verwaltung ab. Statt einen solchen zu fordern, solle man sich eher fragen, ob man der ursprünglichen Bedeutung von Staatskunst bisher wirklich gerecht werden konnte. Es gelte nun, die Potenziale der technologischen Entwicklung noch stärker als bisher für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Kommunen zu mobilisieren. Auch wenn die z. T. düsteren Szenarien, die in den Feuilletons der Republik über die digitale Entmachtung des Staates gezeichnet würden, inzwischen mehr geworden seien:

Grundsätzlich stelle die Digitalisierung keine Gefährdung der demokratischen Verfasstheit Deutschlands dar, vorausgesetzt der Staat lasse sich das Heft von privaten Unternehmen nicht weiter aus der Hand nehmen. *Korkmaz-Emre* sieht die Regierung in der Pflicht, das Thema "Digitale Souveränität" künftig noch konsequenter in den Schutzfokus zu nehmen und zu verfolgen:

"Wir müssen mutiger werden, nicht zuletzt auch im Bereich der Software-Entwicklung. Ein staatliches Konkurrenzprodukt, das z. B. MS Office in der Verwaltung ablösen könnte, hätte nicht nur datenschutzrechtliche, sondern auch erhebliche finanzielle Vorteile." Zwar sei man in vielerlei Hinsicht im digitalen Wettrennen bereits abgeschlagen, jedoch könne sich das auch zum Vorteil für Deutschland entwickeln; bei der Übernahme und Adaption bereits vorliegender Lösungen zum Beispiel. Entscheidend sei, dass die Euphorie nun endlich in politische Taten umgemünzt würde.

Entscheidungen der Exekutive verlaufen bekanntlich nicht im "luftleeren Raum", sondern müssen sich in eine ganze Architektur bestehender Paragrafen und Gesetze einfügen. Der Prozess der Rechtsetzung berge Probleme ganz eigener Art, so *Dr. Rainer Holtschneider,* Staatssekretär a. D. und derzeit aktives Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates (NKR). "Oftmals können wir beobachten, dass Gesetze auf dem Weg in die Praxis ihren eigentlichen Zweck verfehlen."

> **"Die Rechtsetzung im Digitalzeitalter anpassen!"**
>
> Dr. Rainer Holtschneider, NKR

Die Komplexität der deutschen Rechtsetzung mache es der Legislative zunehmend schwerer, noch wirksame und für die Verwaltung anwenderfreundliche Gesetze auf den Weg zu bringen, konstatierte *Dr. Holtschneider.* Das eigentliche Ziel, gute, d. h. wirksame, Gesetze zu erlassen, käme noch allzu oft abhanden. Eine Teilschuld sieht er bei der politischen Exekutive in den Fachressorts auf Bundes und Länderebene, die durch immer genauere Lösungswege – zum Beispiel in Koalitionsverträgen – den Spielraum für das "Wie" der praktischen Umsetzung verenge.

In Zeiten der Digitalisierung, in denen auch die Rechtsetzung und ihr Verfahren in und zwischen Parlamenten und Regierungen dynamischer werden müssen, sei das nicht hinnehmbar. In seiner beratenden Funktion habe der NKR darum im letzten Jahr ein Gutachten vorgelegt, das konkrete, auch auf einen digitalen Vollzug gerichtete Lösungen benenne. Deutliche Effizienzgewinne ließen sich so allein darüber erzielen, dass die Regierung, statt bei den Details der Umsetzung zu verharren, lediglich Ziele formuliere, die daraufhin mit modernen Software-Lösungen wie "E-Gesetzgebung" ausgearbeitet und anschließend in Gesetzgebungslaboren vertieft würden.

Digitalisierung als Gefahrenstelle für die Demokratie?

Die Frage nach Gefahrenstellen für die Demokratie wird an vielen Stellen lauter gestellt. Auch auf den Bereich der

Digitalisierung kann die Debatte übertragen werden: Wie demokratisch ist der Umgang mit Daten hierzulande geregelt? Bei wem sollte die digitale Souveränität im Sinne von Hoheit über die Daten liegen – bei Staat, Wirtschaft oder Bevölkerung? Die Meinungen gehen auseinander.

"Die Freiheit zur Bestimmung wer, wann, wie auf meine Daten zugreifen kann", so beschreibt der Vorsitzende des Open Source Business Alliance – Bundesverbands für digitale Souveränität e.V., *Peter Ganten,* den Begriff der digitalen Souveränität. Diese sei für die Sicherstellung unserer demokratischen Grundordnung von enormer Bedeutung. "Und ich sage, wir haben sie bisher nicht. Man muss den Weg der Daten komplett nachverfolgen können", forderte er.

Dr. Ariane Berger von Deutschen Landkreistag Foto: BS/Dombrowsky

Es herrsche eine ungleiche Verteilung des Datenbesitzes und des Zugangs zu Daten. "Wir brauchen eine Datendemokratie", fordert deshalb *Jürgen Fritsche,* Geschäftsleiter Public Sector, msg, im Rahmen des Kongresses. Nach dem Motto "the winner takes it all" befänden wir uns auch heute in einer Form des Kolonialismus: dem Datenkolonialismus.

Im Unterschied aber zur Historie brauche es heute keine Waffengewalt mehr, die Menschen gäben ihre Daten freiwillig heraus, so *Fritsche.* "Wir bezahlen sogar noch dafür

> **"Wir brauchen eine Datendemokratie."**
> Jürgen Fritsche

und erhalten im Gegenzug ein Stück Bequemlichkeit durch Apps etc."

Er forderte deshalb staatlicherseits eine "Datendemokratie im Sinne von Open Data und Datensouveränität". Das Geschäftsmodell sollte nicht mehr in der Vermarktung der Daten liegen, sondern in dem Wissen, was aus ihnen gezogen werden kann. "Momentan gehören die Daten denen, die sie sammeln, das müssen wir ändern", so *Fritsche.* So sollten Kommunen ihre gesammelten Daten nutzbar machen und vor allem mit Unternehmen zusammenarbeiten. E-Scooter beispielsweise sammeln umfassende Bewegungsdaten, keine einzige Kommune habe aber mit den Betreibern Verträge geschlossen, die den Zugriff auf diese Daten ermöglichen.

Prof. Dr. Roland Koch, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Hessen sprach im Rahmen des Kongresses von einer "unterentwickelten" Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland

> **"Der Staat hat eine Schutzpflicht!"**
> Prof. Dr. Roland Koch

bezüglich der digitalen Souveränität. Während hierzulande beim Datenschutz der Fokus auf die Datenerhebung gelegt werde, fokussierten andere Staaten auf die Nutzung der Daten.

Institutionelle wie auch lebensweltliche Rahmenbedingungen würden sich so rasant ändern, dass die Frage nach privater oder staatlicher Souveränität über die Daten wichtiger werde, so *Koch.* "Privat erwarte ich vom Staat, dass er sich raushält, wem ich welche Daten gebe." Die User/innen würden zwar freiwillig immer mehr Daten von sich preisgeben, der Staat habe aber trotzdem eine gewisse Schutzpflicht. Mit Blick auf die USA erklärte der Ministerpräsident a. D., dass der Staat bei der Datennutzung auch mit Unternehmen zusammenarbeiten könne – so wie es z. B. zwischen amerikanischen Gesundheitsbehörden und Google geschehe – etwa zu Informationszwecken.

Prof. Dr. Wilfried Bernhardt, Honorarprofessor für Internetrecht an der Universität Leipzig, plädierte dafür, dass der Staat seine Steuerungsfunktion wahrnehmen solle. Gleichzeitig sei über eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft nachzudenken: "Was spricht z. B. dagegen, die Rechenzentren in private Hand zu geben? Es wäre gut, hier zu einem neuen Freiraum für die Wirtschaft zu kommen." Aufgabe des Staates sei es dazu, die Rahmenbedingungen

Hessens ehemaliger Ministerpräsident Roland Koch

Prof. Dr. Wilfried Bernhardt *Fotos: BS/Dombrowsky*

und "die großen Ziele der Digitalisierung" festzulegen. Insgesamt, so daraufhin *Prof. Dr. Koch,* gelte für die Digitalisierung: "Das Erreichen des Zieles ist wichtiger als die künstliche Korrektheit des Weges."

Wie weit soll Kooperation gehen?

Digitale Souveränität sollte mit vertrauenswürdigen globalen Partnern gemeinsam umgesetzt werden, so *Susanne Dehmel,* Mitglied der Geschäftsleitung beim Digitalverband Bitkom. Man müsse den Mittelweg zwischen digitaler Autarkie und digitaler Abhängigkeit gehen. Auf die Frage, ob Deutschland souverän sei oder nicht, gäbe es keine einheitliche Antwort für alle Bereiche, so *Dehmel.*

Pamela Krosta-Hartl, Vizepräsidentin Corporate Communications & Affairs, Lancom Systems, warnte hingegen: "Die technologische Abhängigkeit macht uns extrem verwundbar." Dies wurde zuletzt im Rahmen des NSA-Skandals in der Öffentlichkeit bewusst. "Wir wurden abgehört von Staaten, von denen man es nicht erwartet hätte und genau aus diesen Staaten kommt die Technik, die wir nutzen", so *Krosta-Hartl.*

Das Problem dabei sei allerdings eine ablehnende Haltung gegen Eigenentwicklungen in Deutschland auf der einen Seite, betont *Tobias Eder,* Infodas. Auf der anderen Seite wolle man souverän sein. Für die Bundeswehr etwa seien Unabhängigkeit, Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit wichtige Parameter der digitalen Souveränität. "Wobei für die Verteidigung das Augenmerk auf Vertrauenswürdigkeit liegt", so *Eder.*

Es brauche eine Veränderung des Mindsets, auch bezüglich der Offenheit von Politik und Verwaltung. Auch *Krosta-Hartl* moniert, dass es das "buy american"-Prinzip, welches in den USA Gang und Gäbe sei, nicht auch in der Form in Staat und Verwaltung in Deutschland gebe. "In den USA kommen ausländische Anbieter gar nicht erst rein."

Buy German only – Schlüssel der Digitalen Souveränität?

Die Position von *Peter Ganten* dazu: "Ich halte nichts von protektionistischen Themen. Wir müssen gucken, dass wir auf einem internationalen Markt bestehen und dafür die besten Lösungen nutzen können." Dafür müsse aber zunächst definiert werden, was das Beste sei. Sich nur auf die nationale Zugehörigkeit eines Unternehmens zu verlassen, halte er nicht für den richtigen Weg. "Warum nicht Lösungen von vertrauenswürdigen Partnern kaufen?" Vertrauenswürdig ist, seiner Meinung nach, derjenige, der alles offenlegt.

Pamela Krosta-Hartl sah hingegen als Problem nicht die Vertrauenswürdigkeit, sondern dass Unternehmen im Ausland anderen Regeln unterliegen. Es bräuchte Änderungen in der öffentlichen Beschaffung, um den Marktzugang auch deutschen Innovationen zu ermöglichen. *Tobias Eder* wies darauf hin, dass neben Schlüsseltechniken ebenfalls Schlüsselfähigkeiten benötigt werden, um die Techniken nutzen zu können, aber auch einzuordnen in eine größere Strategie; dafür müsse mehr in die Bildung investiert werden.

Andreas Gegenfurtner, Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) betonte: "Ich hoffe, ich verrate jetzt kein Geheimnis, aber die ganz großen ausländischen Player lassen ihre wirklichen IT-Probleme hier in Deutschland lösen und zwar von mittelständischen Unternehmen mit 500, 700, 1.000 Mitarbeitern. Das zeigt, dass wir mehr Selbstbewusstsein haben sollten, was unser Knowhow angeht."

Prognos Trendreport 2020: Wissensmanagement in Deutschland

Wer könnte das wissen? Oder: Wer hat das schon mal gemacht? Diese, insbesondere digitalen Fragen, stellen sich an vielen Stellen. Sie werden sich im fortschreitenden demografischen Wandel zukünftig im öffentlichen Sektor

verstärkt stellen und die Verwaltungen in den nächsten Jahren massiv vor Probleme stellen. Mit den Menschen geht oftmals auch das Wissen verloren, das auf dem Weg der Digitalisierung dringend benötigt wird.

Vor diesem Hintergrund stellte Prognos in Zusammenarbeit mit dem Behörden Spiegel den aktuellen Trendreport Digitaler Staat mit dem Thema Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung auf dem Kongress vor.

Mit diesem Thema knüpft das Unternehmen an die Trendreporte vorheriger Jahre an, in denen unter anderem der Weg zur digitalen Organisation skizziert (2018), oder die Hürden der Digitalisierung der Verwaltung aufgezeigt wurden (2019). In diesen Trendreportagen wurde festgestellt: Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Wissensmanagement ist ein wichtiger Baustein für die Umsetzung der digitalen Transformation, für die Fachwissen und Erfahrung notwendig ist.

Folgende Fragen stellt der Trendreport 2020 in den Fokus:

- **Welches Wissen haben wir?**
- **Welches Wissen brauchen wir?**
- **Wie kann das Wissen wachsen?**
- **Wie schaffen wir eine Kultur, Wissen zu teilen?**
- **Wie nutzen wir das Wissen?**

Bausteine des Wissensmanagements erkennen und sichern!

Der Bericht zeigt auf: Es gibt viele Wissens-Arten: Fachwissen, strategisches Wissen, Methodenwissen, Erfahrungswissen, Prozesswissen, explizites und implizites Wissen. Wie dieses Wissen sinnvoll genutzt, bewahrt und (weiter-)entwickelt wird – das Management des Wissens –, ist eine strategische Aufgabe. Steht die Strategie, kann über Tools sowie die Fort- und Weiterbildung von Personal nachgedacht werden. Die Ausgangsfrage aber lautet immer: Was braucht meine Organisation?

Die Studienautorinnen und -autoren widmen sich folgenden zentralen Bausteinen des Wissensmanagements:

- Wissen identifizieren,
- Wissen bewahren und transferieren,
- Wissen erwerben,
- Wissen entwickeln,
- Wissen teilen und vernetzen,
- Wissen nutzen.

Im Trendreport Digitaler Staat 2020 können Interessierte erfahren, welche Unternehmenskultur die Voraussetzung für ein erfolgreiches Wissensmanagement ist, welche Tools zur Verfügung stehen und wie sie in zwölf Schritten zu einem systematischen Wissensmanagement gelangen.

Der Trendreport steht hier zum Download bereit:
https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/Trendreport_Digitaler_Staat_2020_web.pdf

Keine Angst vor Innovation und KI!

Um mehr Akzeptanz in der Verwaltung, aber auch bei den Bürgern, für das Thema KI zu erreichen, sprach sich die Geschäftsführerin der Initiative D21, *Lena Sophie Müller,* dafür aus, die Künstliche Intelligenz mehr als Werkzeug zu sehen, statt als komplett alleinstehende Technologie: "Grundsätzlich ist vor allem wichtig, dass wir zu einer Ko-Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine kommen.

D21-Geschäftsführerin Lena-Sophie Müller

Prof. Dr. Katharina Anna Zweig, Leiterin des Algorithm Accountability Lab der TU Kaiserslautern

Fotos: BS/Dombrowsky

"Es gibt Dinge, die die KI besser kann, aber eben auch viele Dinge, die die KI deutlich schlechter kann als der Mensch." Dabei müsse sich die öffentliche Verwaltung immer wieder bewusst machen, dass man durch den hoheitlichen Charakter vieler Aufgaben in ganz besonderer Weise eine Verantwortung gegenüber den Daten der Bürger trage. Das sollte die Verwaltung allerdings nicht davon abhalten, die Technologien auf verantwortungsvolle Art und Weise zu nutzen. Dabei sieht *Müller* auch das oft als Problem herausgestellte Training der Systeme nicht als kritisch an: "Um KI zu trainieren, braucht es zwar Daten, aber in den meisten Fällen müssen das gar keine Daten mit Personenbezug sein", erklärte die D21-Geschäftsführerin.

Und: Viel komplizierter sei es stattdessen, die Daten so aufzubereiten, dass KI und andere Systeme nicht von Anfang an mit systembedingten Bias, also vorurteilsbehafteten Informationen, gefüttert würden: "Um ein Urteil zu bilden, kann die KI ja nur mit den bestehenden Daten der Vergangenheit arbeiten. An dieser Stelle ist immer die Gefahr, dass man diese Daten als neutral ansieht, weil es in einem Computersystem immer so schön sachlich aussieht. Daher braucht es ein aktives Gegensteuern aus den Teams der Datenanalysten, um Bias so gut wie möglich auszuschließen."

Personalräte in KI Entwicklung einbeziehen

Auch *Fabian Schladitz,* Leiter des Center of Excellence for Artificial Intelligence, sieht die Künstliche Intelligenz nicht als Selbstzweck, sondern stattdessen als eine Art Exoskelett für die erfolgreiche Automatisierung in der öffentlichen Verwaltung: "Dabei geht es vor allem darum, schwere Denkaufgaben für die Sachbearbeiter zu erleichtern. Wichtig ist aber auch, die Personalvertretungen der Häuser mit in die Planung einzubeziehen, um von Vornherein für Akzeptanz in der Belegschaft zu sorgen."

Zudem müsse die Nützlichkeit messbar und für Mitarbeiter sowie, je nach Anwendung, auch für Außenstehende darstellbar sein: "Bis man in den Realbetrieb geht, sollte man daher eine Compliance- und Risikoanalyse durchführen sowie alle organisatorischen und technischen Voraussetzungen geklärt und erfüllt haben", empfiehlt *Schladitz.*

KI-Einsatz muss demokratisch legitim ablaufen

Die meistgenutzte Anwendung im Bereich der Künstlichen Intelligenz ist dabei das maschinelle Lernen, das in simpler Form bereits seit den 1950er Jahren angewandt wird, erklärte *Prof. Dr. Katharina Anna Zweig,* Leiterin des Algorithm Accountability Lab der Technischen Universität Kaiserslautern: "Im Grunde geht es beim maschinellen Lernen darum, dass menschliche Kategorisierungen in Systeme implementiert werden. Früher waren das harte Regeln mit klaren Entscheidungen, aber heute müssen die Regeln immer weicher werden, um möglichst dynamische Entscheidungen zu ermöglichen."

Dabei gehe es heute beispielsweise um Übersetzungen, Erkennung von Audio und Bildern sowie semantische Textanalysen, um Sprachassistenten und Chat Bots richtig betreiben zu können, die aus diesen "weichen Datensätzen" sinnvolle Antworten generieren können.

Bislang sei bei den meisten KI-Systemen kaum nachvollziehbar, wie sie aus den Datenpools ihre Entscheidungen herleiten. Daher müsse ein transparentes, funktionierendes System geschaffen und gleichzeitig Vorbehalte in der Bevölkerung vorab abgebaut werden, betont die Professorin: "Die Menschen fürchten sich häufig vor Scoring-Verfahren und Klassifikationen. Dabei haben wir auch im analogen Raum schon lange solche Systeme, wenn wir nur mal an unseren Schufa-Score und die Klassifizierung in der Versicherung denken."

> **"KI an den richtigen Stellen zur Arbeitserleichterung für die Mitarbeitenden nutzen."**
> Prof. Dr. Zweig

Es müsse jedoch dringend für den Bürger ersichtlich sein, wie sich ein Score berechnet und wie man diesen als Person durch das eigene Verhalten proaktiv wieder selbst ändern kann, so die Forscherin. Wenn diese Nachvollziehbarkeit und Transparenz jedoch sauber umgesetzt werden, könne KI durchaus helfen, intrinsische Diskriminierungen im Gesamtsystem einer Anwendung auszumerzen, so *Zweig:*

"Bei einer Arbeitsmarktberechnung in Österreich wies das System beispielsweise gewissen Gruppen ein höheres Risiko zu, keine Chance mehr am Arbeitsmarkt zu haben. Solche Ergebnisse kann man anschließend nutzen, um den Markt an sich nach zu justieren."

Abschließend sei wichtig, dass KI nicht als alternativlos angesehen werde. Stattdessen müsse man versuchen, anhand von Daten gut austarierte Entscheidungsregeln für die Mitarbeiter zu erarbeiten und KI an den richtigen Stellen zur Arbeitsentlastung zu nutzen.

Die KI ist neben der Blockchain seit einer Weile das große Hype-Thema in der Digitalisierung. Während die Diskussion über ihre breit gefächerten Anwendungsmöglichkeiten immer neue Aspekte hervorbringt, ist nur wenig bekannt, dass "die KI" als solche gar nicht existiert. Stattdessen gibt es zahlreiche Facetten der KI, die jeweils ihre eigene Betrachtung und Bewertung erfordern.

In der Praxis sei Künstliche Intelligenz allerdings sowieso noch nicht im absoluten Fokus angelangt. Natürlich komme der Einsatz dieser Technologie immer mehr in Fahrt, aber aktuell sei die Automatisierung weiterhin als deutlich wichtigeres Werkzeug anzusehen; denn diese Technik sei aktuell schon fast überall zu finden, wie beispielsweise in Verkehrssteuerungssystemen und bei Bewohnerparkausweisen, so *Dr. Mike Weber,* stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) beim Fraunhofer-Institut FOKUS.

KI komme langsam aber auch mehr und mehr in der Verwaltung an, wie z. B. in der Dialekterkennung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Insgesamt "überschneiden sich die Aufgabenfelder von KI und Automatisierung an vielen Stellen. Künstliche Intelligenz ist dabei ein unterstützendes Element für die Automatisierung – die Automatisierung ist aber das, worin der konkrete Nutzen liegt."

Woran es entwicklungstechnisch heute noch fehlt, sind die notwendigen Ressourcen sowie die Unterstützung des Gesetzgebers, um das Thema in Schwung zu bringen, erklärt *Jan Etscheid,* Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Nicht nur Experten, auch Verwaltungsmitarbeiter seien skeptisch bei der Frage, wie gut die Verwaltung in Deutschland für KI und verwandte Technologien aufgestellt ist. In einer Teilnehmerumfrage im Rahmen des Digitalen Staates gaben insgesamt 62 Prozent und damit fast zwei Drittel der Anwesenden der Verwaltung die Schulnoten vier oder fünf bezüglich dieser Frage.

Das Ergebnis steht in starkem Kontrast zu den Erwartungen, die man in der Verwaltung zur Einführung assistierender ebenso wie vollständig autonom agierender Systeme beobachten kann. Auf die Frage hin, was man mit Prozessautomatisierung assoziiere, sprach sich die Mehrheit unter den Verwaltungsmitarbeitern für Vereinfachung und Effizienz aus.

KI und Automation als Effizienzstütze

Die Einschätzung gebe zu erkennen, dass die Potenziale der Automation richtig eingestuft würden, so *Ralph Giebel,* Sales Manager/Director Public Sector – DACH, UiPath. Das gelte zumal für die Übertragung als lästig empfundener Gewohnheitsaufgaben: "Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 20 Prozent der Arbeitszeit auf Routinearbeiten entfällt; meist unattraktive und daher fehleranfällige Prozesse. Von diesen 20 Prozent lassen sich wiederum 80 Prozent automatisieren, wodurch beim Personal Kapazitäten noch frei werden, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden", so *Giebel.*

In Zeiten der Digitalisierung habe der Wissensarbeiter den Sacharbeiter klassischen Formats abgelöst, stimmt *Thomas Telgheider,* Senior Manager Sales Consulting Central, Informatica, ein. Noch sehr viel stärker als in der analogen Welt müsse das Personal in der Verwaltung heute ermächtigt werden, Entscheidungen treffen zu können. "Das Moment der Handlung wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Wo Routinearbeiten vermehrt durch voll- oder teilautomatisierte Systeme übernommen werden, wird die menschliche Entscheidungskompetenz immer wichtiger werden."

Dem pflichtet *Christian Wolter,* Referent im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei. Die Trennung von intelligenter Zuarbeit und selbstständiger Entscheidung sei umso wichtiger, als die Digitalisierung ein laufender Prozess sei, der nicht mit einem Mal aufhöre. Was die Implementierung automatisierter Lösungen anbelangt, rät *Wolter* dazu, klein anzufangen. "Es bringt absolut nichts, ins Blaue hinein zu automatisieren. Selbst vermeintlich einfache Aufgaben wie die Urlaubskoordination bergen eine Komplexität, die mit jedem Schritt ins Uferlose wachsen kann."

Empfehlenswert sei es darüber hinaus, sich der Herausforderung zunächst mit einigem Abstand, aus der Vogelperspektive, anzunähern. Erst wenn ein Überblick über alle Prozessbestände bestehe, könne man sich an jene Prozesse wagen, die einen konkreten Nutzen versprechen. Für ein Gelingen sei es dabei von entscheidender Bedeutung, die Expertise der Mitarbeiter einzuholen, denn diese wüssten stets am besten, in welchen Bereichen die größten Potenziale verborgen liegen.

Schluss mit der Projektitis und Smarte Lösungen in die Fläche

Um schnelles Internet nicht nur in Ballungszentren zu etablieren, sondern endlich auch den ländlichen Raum an die schnelle und digitale Infrastruktur anzubinden, sind Förderprogramme und Best-Practice-Modelle für 5G- und Breitband-Ausbauprojekte derzeit en vogue. Für viele Kommunen, vor allem im Süden und Osten der Republik, fühlen sich Phrasen rund um die innovativen Technologien "bis zur letzten Milchkanne" allerdings fast schon wie blanker Hohn an.

Vielerorts wäre man dankbar, in der Fläche wenigstens auf 3G- oder 4G-Netze zurückgreifen zu können. Langsames Internet ist für die Bewohner der Kommunen nicht nur lästig, schließt ältere Bewohner/Innen zunehmend von der Daseinsvorsorge aus. Es führt zudem gerade die jüngere Generation in die Landflucht und es wird zunehmend zum negativen Standortfaktor um Wettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze.

Daseinsvorsorge muss als ganzheitliche Aufgabe angesehen werden, denn einen Dorfladen oder einen funktionierenden Personennahverkehr könne keine App der Welt ersetzen. Dennoch brauche es eine Basisinfrastruktur – und diese fehle an vielen Stellen, erklärt *Prof. Dr. Gabi Tröger-Weiß,* Lehrstuhl

> **"Förderprogramme konsequent entschlacken!"**
> Dr. Kay Ruge

Regionalentwicklung und Raumordnung an der Universität Kaiserslautern: "Das Ganze ist insofern eine schwierige Situation, als dass die Daseinsvorsorge eigentlich eine Pflicht des Staates ist, aber der Telekommunikationsmarkt ein privater ist. Daher sollte zumindest bei Förderprogrammen darauf geachtet werden, dass statt Leuchtturmprojekten vor allem der Fokus auf Nachhaltigkeit gesetzt wird."

Ebenso sieht es auch *Dr. Kay Ruge,* Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag (DLT). Er forderte nachhaltige Förderprogramme, denn fehlende Planungssicherheit im finanziellen Bereich sei eines der Hauptprobleme, besonders für kleinere Kommunen. Zudem sei es essenziell, den Wust der Förderprogramme sinnvoll zu entschlacken, damit man überhaupt noch einen Durchblick bekomme:

"Aktuell ist es einfach viel zu viel für die verschiedensten Zwecke. Der Fakt, dass man sich Förderlotsen fördern lassen kann, ist das beste Beispiel für den Irrsinn, der aktuell bei den Förderprogrammen herrscht", so *Ruge*.

Das OZG als einziges Gemeinschaftsprojekt

Vor allem müsse aber endlich Schluss damit sein, dass jeder seine "eigene Suppe koche", fordert *Ruge*. Zwar sei es grundsätzlich zu begrüßen, dass beispielsweise Bayern und Hamburg mit eigenen Digitalprojekten vorangingen, doch wenn am Ende wieder 16 Länder plus der Bund alleine arbeiteten, könne die flächendeckende Vernetzung im Sinne des Bürgers nicht funktionieren. Aktuell sieht *Ruge* das Onlinezugangsgesetz als "das einzige Projekt, wo wirklich länder- und Ebenen übergreifend eine Entwicklung vorangetrieben wird, denn das Gesetz zwingt zur Kooperation. Vergleichbares müsse es auch in der Daseinsvorsorge insgesamt geben. Dass so etwas möglich ist, könne man in Österreich sehen. "Wir machen es hier aber einfach nicht." Einen Grund für die fehlenden Kooperationen sieht der Geschäftsführer der DigitalAgentur Brandenburg, *Dr. André Göbel,* in der Scheu, gemeinsam in Grenzen überschreitende Infrastrukturen zu investieren. Dieses "Digitale Leuchtturmdenken" müssten Politik und Verwaltung so schnell wie möglich überwinden, denn viele Projekte im Land ließen sich nur mit Kooperationen zwischen Kommunen und Ländern nachhaltig und sinnvoll umsetzen.

Wider das "Digitale Leuchtturmdenken"

Nach diesem Credo arbeite auch die Digital Agentur in Brandenburg, die als Ansprechpartner für Kommunen aufgebaut sei, wenn Ressourcen und Kompetenzen zur Projektplanung fehlten. Dies unter einer Bedingung: "Wir arbeiten nicht für individuelle Projekte mit einzelnen Kommunen zusammen, sondern nur dann, wenn mehrere Kommunen gemeinsam auf uns zukommen, um Projekte anzugehen."

Solche Maßnahmen sieht auch der Landkreistag als sinnvolles Druckmittel, um Schwung in die gemeinsame Aktion zu bringen. Der Staat müsse klare Regeln vorgeben: "In anderen Staaten, die bei der Digitalisierung deutlich weiter sind, gibt es klare Gesetze und Kompetenzvorschriften, um neue Innovationen verbindlich umzusetzen. So etwas braucht es hier auch; wenn man beispielsweise die e-Akte gesetzlich vorschreiben würde, wäre die Umsetzung auch nicht so zäh und langwierig", so *Ruge*.

Dem DLT-Beigeordneten fehlt in der Diskussion eine gesamtstaatliche Perspektive bei der Digitalisierung allgemein, im Speziellen, aber vor allem bei der digitalen Daseinsvorsorge.

Dableibevorsorge statt Daseinsvorsorge

Generell müsse man bei der Betrachtung von Stadt und Land immer mit in die Rechnung aufnehmen, dass die Bevölkerung unterschiedliche Strukturen aufweise. Während die Stadtbevölkerung tendenziell eher jung sei, setze sich die Landbevölkerung in der Tendenz eher aus älteren Bürgerinnen und Bürgern zusammen. So seien auch die Menschen aus der Generation der Babyboomer durchaus in der Lage, kompetent mit digitalen Angeboten umzugehen, so *Prof. Tröger-Weiß*.

"Die Menschen gewöhnen sich aber schnell an neue Apps und sind grundsätzlich schon froh, wenn überhaupt Dinge durch die Digitalisierung möglich werden." So gebe es allgemein eine hohe Akzeptanz für digital gestützte Angebote, da diese auch eine Aufwertung für den "Standort Land" bedeuteten. Vor allem die Möglichkeit des Homeoffice sei ein wichtiger Bleibefaktor für junge und mittelalte Menschen auf dem Land, so die Forscherin:

"Wir müssen uns klar machen, dass es bei der Landbevölkerung schon lange nicht mehr nur um die Daseinsvorsorge an sich geht, sondern vor allem auch um eine "Dableibevorsorge", damit der ländliche Raum nicht noch mehr ausblutet als sowieso schon."

Während DLT Beigeordneter *Ruge* den Staat beim Thema Homeoffice sehr gut aufgestellt "und durch die flächendeckende Umsetzung an dieser Stelle tatsächlich in einer Vorbildrolle" sieht, ist Digital Agentur-Chef *Göbel* skeptischer: "An manchen Stellen mag es gute Ansätze geben, aber wir hören immer wieder von Problemen in der Hinsicht, dass entweder VPN Clients nicht verfügbar sind oder die Fachverfahren nur auf festen Rechnern in den Behörden bearbeitet werden können."

BWI
IT für Deutschland

#WirfürdieBundeswehr

BWI: Für den digitalen Wandel der Streitkräfte

Die Bundeswehr ist bereit für die digitale Welt. Denn mit der BWI steht ihr ein Partner zur Seite, der sie bei der Digitalisierung unterstützt. Und das seit Jahren. Gemeinsam haben wir eine moderne IT-Infrastruktur geschaffen und bedeutende Projekte gemeistert. Nun machen wir die Streitkräfte gemeinsam fit für die digitale Zukunft.

Mit einer digital vernetzten Gesundheitsversorgung. Mit der Digitalisierung landbasierter Operationen. Und mit der privaten Bundeswehr-Cloud. Wir verfolgen viele Projekte – mit einem Ziel: eine Bundeswehr, die digital effizient und effektiv operieren kann und so auch künftig handlungsfähig bleibt. So sorgen wir gemeinsam für die digitale Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

@BWI_IT
/BWIITfuerDeutschland
www.bwi.de/news-blog
/bwi-gmbh

www.bwi.de

Für *Dr. Sönke Schulz,* Vorstandsvorsitzender des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ), ist es eine weitere Herausforderung, den ländlichen Raum nicht mehr als eine einheitliche Masse zu begreifen, sondern als den heterogenen Flickenteppich, der die Bundesrepublik nun einmal ausmache: "Grundsätzlich müssen wir mehr Fokus auf den ländlichen Raum legen, statt immer von Smart City zu reden. Aber auch "den" ländlichen Raum gibt es nicht. So haben beispielsweise die ländlichen Regionen in Brandenburg mit ganz anderen individuellen Herausforderungen zu kämpfen als diejenigen in Schleswig-Holstein." Daher sei es wichtig, auf individuelle Faktoren einzugehen und, ähnlich wie von *Dr. Andree Göbel* gefordert, die Kommunen in ihren Regionen dazu zu bringen, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen:

"Vor allem müssen wir endlich dazu kommen, dass neu entstandene Digitalprojekte eine vernünftige Nachnutzbarkeit erfahren. Statt alles immer wieder neu zu machen, sollten die Kommunen "proud to copy" sein, wenn sie funktionierende Konzepte übernehmen", so der NEGZ-Chef. Um solche Projekte dann schließlich in der Fläche individuell zum Laufen zu bringen, brauche es aber eben auch verbindliche Standards, forderten die Diskutanten:

Kommunale Kooperationen und Registerbereinigung wichtiger denn je

Standards optimaler Weise auf Basis von Open-Source-Programmen, damit es keine Probleme mit verschiedenen Lizenzen gebe. Dabei müsse sich der Staat bewusst machen, dass er im Sinne der Datensouveränität auch Betreiber von Lösungen sein könne. Beispielsweise seien auch die Länder aufgefordert, einheitliche Basisangebote

Dr. Kay Ruge, Deutscher Landkreistag (links) Fotos: BS/Dombrowsky

zu schaffen, um auch kleinen Kommunen die Umsetzung von Digitalprojekten zu ermöglichen. Für all diese Projekte sei es aber mindestens ebenso wichtig, dass die Modernisierung der Register endlich angegangen werde, so *Dr. Andree Göbel*.

Das NExT Netzwerk – Plattform aus der Verwaltung für die Verwaltung

Digitalisierung auch selbst als eigene Aufgabe zu begreifen war ein Leitthema des NExT Netzwerks auf dem Kongress in 2020.

Der Erfolg von Innovationsprozessen im öffentlichen Sektor ist von zahlreichen internen und externen Faktoren abhängig. Auch die Verwaltung selbst muss entsprechende Vorhaben vorantreiben. Aktion statt Reaktion ist gefragt. Doch daran hapert es manchmal noch, so die Botschaften aus dem Netzwerk.

Dabei müsse der Öffentliche Dienst die eigene Digitalisierung unbedingt selbst vorantreiben. Wenn er hier nicht proaktiv tätig werde, drohe er national wie international den Anschluss zu verlieren. Davor warnt *Dr. Markus Richter.* Seine (jetzt frühere) Behörde müsse sich permanent selbst reflektieren und kontinuierlich weiterentwickeln, so der zum Kongress im Amt befindliche Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In der Flüchtlingskrise, die 2015 begann, hätten die BAMF-Mitarbeiter rasch lernen müssen, mit Disruptionen und Agilität umzugehen. In diesem Zusammenhang konstatierte *Richter* allerdings auch:

Expertendiskussion zum Thema "Digitale Daseinsvorsorge" Foto: BS/Dombrowsky

> **„Die Verwaltung in Deutschland ist oftmals besser als ihr Ruf."**
> Dr. Markus Richter

Problematisch sei im Öffentlichen Dienst jedoch das Silodenken. Dies führe dazu, dass Wege mehrfach beschritten und Fehler einsam wiederholt würden, bemängelt *Vincent Patermann*. Hinzu komme, dass es in der öffentlichen Verwaltung oftmals an Vernetzung mangele, so der Geschäftsführer des Netzwerks: "Experten für die digitale Transformation der Verwaltung" (NExT). Dies erschwere teilweise auch das Zusammenkommen gleichgesinnter Personen zur Realisierung eines innovativen Projektes, findet *Patermann*.

Wenige Wochen nach dem Digitalen Staat hat die Bundesregierung den führenden und "zentralen Netzwerker" der NExT Plattform zum neuen CIO des Bundes berufen, er hat damit die Nachfolge von Staatssekretär *Vitt* angetreten, der im April 2020 in den Ruhestand getreten ist. Mit seinen Erfahrungen aus der Krisenbewältigung des Flüchtlingsstromes aus dem Jahr 2015 und folgende Projekte im BAMF hat er, nun als Staatsekretär im Innenministerium sicherlich alle und beste Expertise, die Digitalisierung in Deutschland mit Blick auf die umfassenden Herausforderungen in und nach der Corona Pandemie in neuer Qualität nach vorne zu bringen.

Hier könne NExT unterstützen, eine Initiative, die sich an Mitarbeiter in Bund, Ländern und Kommunen richte und sich selbst als gemeinnützige Plattform "aus der Verwaltung für die Verwaltung" verstehe. Vorteilhaft sei dabei, dass der Zusammenschluss weder Behörde noch Forschungseinrichtung sei. Außerdem veranstalte NExT bundesweit Impulsveranstaltungen, erläutert der IT-Direktor der Bundesnotarkammer, *Dr. Hans-Günter Gaul*. Diese seien enorm wichtig, ergänzt der CIO der Kommunalen Unfallversicherung Bayern, *Jürgen Renfer*. Denn: "Ohne Vernetzung funktioniert die Verwaltungsdigitalisierung nicht."

Darüber hinaus komme es für das Gelingen dieses Prozesses entscheidend darauf an, IT-Spezialisten attraktive Angebote zu machen und sie damit möglichst lange im Öffentlichen Dienst halten zu können. Darauf weist *Roland Obersteg*, Abteilungsleiter Führung im Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, hin. Um dies tatsächlich zu schaffen, müsse die öffentliche Verwaltung – auch was die Bezahlung betreffe – konkurrenzfähig zur Privatwirtschaft werden. Hier brauche es zunächst jedoch Reformen im Beamten- und Soldatenrecht, meint der Flottillenadmiral. Auch brauche es für mehr Agilität in der Verwaltung dort die Bereitschaft, die eigene Arbeit kritisch zu hinterfragen, findet *Maria Blöcher*, Leiterin des Fellowship Programms bei Work4Germany.

Verwaltung richtig verkaufen und besser bezahlen

Employer Branding soll Nachwuchskräfte in Behörden bringen, wenn man sich die Frage stellt, ist oder hat meine Behörde eine eigene Marke? Um sich im Wettbewerb um qualifiziertes Personal abzusetzen, werden die Verwaltungen das in Zukunft benötigen. Wie Employer Branding umgesetzt

Dr. Markus Richter, im März 2020 noch Vizepräsident des BAMF, trat wenige Wochen nach dem Kongresss sein Amt als neuer Bundes-CIO an. *Fotos: BS/Dombrowsky*

wird, zeigten Studierende im Rahmen der Projektstudie "Perspektive Beruf öffentlicher Dienst" der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW).

Felicia Ullrich, Marketingexpertin, U-Form, leitete ein und klärte auf: Die Marktmacht habe sich verändert. Junge Leute auf Ausbildungsplatzsuche hätten zunehmend mehr Wahlmöglichkeiten, was ihren zukünftigen Arbeitgeber betreffe. Diese seien folglich darauf angewiesen, gute Überzeugungsarbeit zu leisten, um junge Leute für sich zu gewinnen. Das Problem: Die Marke fehle. Menschen entschieden sich im Zweifel eher für ein Markenprodukt, schließlich gebe es ihnen Sicherheit.

Sicherheit sei in den aktuellen Krisenzeiten auch eines der größten Vorteile, die Behörden potenziellen Arbeitnehmern anbieten könnten. Es fehle Behörden nämlich nicht an Vorzügen, sie würden lediglich oft mangelhaft kommuniziert. Dabei

käme es darauf an, die Bedürfnisse der beworbenen Generation anzusprechen. Neben einem sicheren Arbeitsplatz könne die Verwaltung sinnstiftende Tätigkeiten bieten. Man tue schließlich etwas für das Land. Diese Bedingungen würden hervorragend zu den Bedürfnissen der Digital Natives passen. Es gelte allerdings noch, diese vernünftig zu vermitteln, in Stellenausschreibungen, Homepageauftritten und in sozialen Medien. Dabei komme es aber auch auf die Art der Kommunikation an; junge Leute legten Wert auf kurze und schnelle Kommunikation.

Dies müsse Teil des Brandings sein. Mit sich über Monate hinweg erstreckenden Bewerbungsprozessen verliere man den Anschluss; außerdem müsse eine sympathische und angenehme Arbeitsatmosphäre geschaffen werden. Dies beginne schon beim Bewerbungsgespräch.

Studierende zeigen, wie Employer Branding laufen muss

Konkrete Maßnahmen des Employer Brandings für die öffentliche Verwaltung haben die Studierenden der HWR Berlin erarbeitet. Sie stellten Konzepte für die Digital Agentur Brandenburg sowie die Rechnungshöfe von Berlin und Hessen vor.

Ihre Handlungsweisungen zur Nachwuchsgewinnung unterteilen sich in solche zur Außenwirkung und solche zu innerbetrieblichen Veränderungen. Die öffentliche Darstellung geht vor allem mit Umgestaltungen der Homepages einher. Freundliche Bilder von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf den Startseiten schaffen einen positiven Ersteindruck. User Storys erzählen vom Arbeitsalltag und schaffen Nähe zum potenziellen Bewerber. Ein Newsletter hält den Bewerberpool über Stellenangebote informiert. Außerdem werden Bildkampagnen in andere städtische Homepages integriert sowie der Auftritt in Jobbörsen wie Xing und LinkedIn forciert. Die behördeneigenen Vorteile sollen somit zielgruppenspezifisch auf vielen Wegen kommuniziert und die Marke im Recruiting etabliert werden.

Dabei nicht zu vergessen sei jedoch auch der Blick auf die gesamte Belegschaft. Ständiger Dialog und ein aktives Vorleben von Werten schaffe Verständnis für Veränderungen. Ständige Evaluation sowie neue Kommunikationsformate sollten eine positive Arbeitsatmosphäre schaffen. Der Austausch könne per verbessertem Intranet oder z. B: auch in moderierten Mittagsrunden stattfinden.

Frei beschreibbare Flächen in den Büros böten Platz für Vorschläge; diese Arbeitsbedingungen sollten ebenso offensiv kommuniziert werden. Einige Vorschläge der Studierenden wurden bereits von einzelnen Verwaltungen angenommen und implementiert, weitere sollen folgen.

Agilität, Motivation, Methodik, messbare Ziele

Aydan Portakaldali im Digital Innovation Team des Bundesinnenministeriums (BMI) tätig, ist überzeugt, dass für Innovationen mehrere Faktoren erfüllt sein müssen. Dazu gehörten unter anderem Motivation, Methodik und messbare Ziele. Ebenso komme es auf genügend Freiräume und eine gelebte Fehlschlagskultur sowie eine radikale Nutzerzentrierung im Zuge des Digitalisierungsprozesses an. Seien all diese Voraussetzungen erfüllt und Faktoren gegeben, sei agiles Arbeiten das genaue Gegenteil von chaotischem Arbeiten.

In den Innovationslaboren sei es zudem wichtig, möglichst viele unterschiedliche Mitarbeiter/innen und Perspektiven einzubeziehen, so *Aydan Portakaldali* weiter. Derzeit gelte aber oftmals noch, so der Präsident des Bundesverwaltungsamtes (BVA), *Christoph Verenkotte:* "Die Welt der öffentlichen Verwaltung ist immer noch stark durch Strukturen und Hierarchien geprägt." Agil werden könne die öffentliche Verwaltung nur durch Überzeugungsarbeit bei den einzelnen Mitarbeitern. Von oben herab, im Sinne eines Top-down-Ansatzes,

Das ehemalige Premieren-Kino Kosmos war auch 2020 Austragungsort des Kongresses. *Foto: BS/Dombrowsky*

sei die Reform zum Scheitern verurteilt, erklärt der BVA-Präsident.

Innovationslabore gemeinsam betreiben

Des Weiteren sei es von Bedeutung, Nutzer/innen möglichst frühzeitig in Digitalisierungsprozesse einzubeziehen und in Innovationslaboren Freiräume für kreative Ideen anzubieten, erklärte *Prof. Dr. Moreen Heine* vom Joint Innovation Lab der Universität Lübeck; dort werde ein menschenzentrierter Ansatz verfolgt. Die Bedeutsamkeit einer solchen Herangehensweise unterstrich auch *Matthias Görtz,* Chief Technology Officer (CTO), BWI.

Die Einrichtung in Schleswig-Holstein werde darüber hinaus gemeinsam von Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft getragen, ergänzt *Heine.* Dieser Ansatz müsse den Mitarbeitern/innen immer wieder verdeutlicht werden, fand die Forscherin. Denn nur wenn klar sei, dass Innovationslabore gemeinsam mit der Verwaltung und nicht für diese betrieben würden, könnten Vorbehalte aufseiten der Mitarbeiter/innen abgebaut werden.

Ähnliches zur Ausgestaltung und Ausrichtung derartiger Einrichtungen stellten *Dr. Rubina Zern-Breuer,* Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie *Dr. Thorsten Faber,* Principal Consultant, fest. *Rosa Thoneick,* CityScienceLab der Universität Hamburg unterstrich, dass für eine agile Verwaltung alle Mitarbeiter mitgenommen werden müssten. Monokulturen hingegen verhinderten Agilität und Innovation. Die Diskutanten waren sich einig, dass Innovation und agile Verwaltung Interdisziplinarität, Diversität und Freiräume benötigen.

Agile Organisation erlebbar machen

Außerdem komme es darauf an, Realitätsschocks rasch zu verarbeiten. Ständig müsse auf neue Situationen reagiert und sich angepasst werden, so *Jan-Ole Beyer,* Leiter der Projektgruppe "Konzeption und Aufbau eines Digital Innovation Teams" im BMI.

Ob die öffentliche Verwaltung umfassend agil werden müsse, bezweifelte *Sonja Anton,* Tech4Germany. Offizielle Prozesse hätten ihren Sinn und schützten beispielsweise vor Vetternwirtschaft; doch einzelne agile Aspekte sollten ihrer Ansicht nach auch im öffentlichen Sektor verankert werden.

Dabei würden schon kleine Veränderungen reichen, wie das aktive Einholen von Feedback und ein vermehrter Einsatz von Evaluationen. Kleine Meilensteine zu definieren und einzelne Entscheidungsschritte zu gehen, sei das Mittel zum Erfolg, ergänzte *Dr. André Göbel,* Geschäftsführer der DigitalAgentur Brandenburg, Komplettlösungen seien dafür nicht erforderlich.

Anika Wilczek, Executive Director, Aperto, sagt mit Blick auf agile Leadership, dass es ihr schwergefallen sei, die

Christoph Verenkotte, Präsident des BVA *Fotos: BS/Dombrowsky*

eigenen Vorstellungen hintanzustellen und ein Team passiv zu coachen, ohne direkt einzugreifen, doch vom Mut zu Kontrollverlust und fehlertolerantem Probieren lebe Agilität. Würde dabei eine Regel verletzt, müsse hinterfragt werden, ob sie noch den Zielen der Organisation entspräche. *Jörg Steiss,* General Manager, Corel MindManager, appellierte insofern an die öffentliche Verwaltung: "Fangt einfach an und macht!"

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des "Digital-Jahrzehnts"

Der Kongress des Jahres 2020 – schon unter den erkennbaren, schwierigen Zeiten des Covid19 Virus, der anschließenden Pandemie und ihren Folgewirkungen – war gekennzeichnet vom weiteren Bemühen vor allem zur Umsetzung des OZG und der Implementation agiler und innovativer Arbeitsformen in der Föderalen Verwaltungslandschaft in Bund, Ländern und Kommunen.

In der auch in 2020 wieder gewonnenen und betonten Erkenntnis, dass alle föderalen Ebenen des Staates – ausdrücklich und einschließlich der Kommunalen Selbstverwaltung – neue, agile und vorurteilsfreie Kommunikations- und Kooperationsformen finden müssen, wächst die Überzeugung vieler sehr engagierter Akteure auf allen Ebenen, dass jetzt im Jahr drei nach OZG und der noch verbleibenden Zeit konkrete und technische Lösungsangebote gefragt sind. Sie müssen in den verbleibenden Jahren bis Ende 2022 auch an vielen Stellen "gebaut" werden – über die vielen Erkenntnisgewinne aus vielen Laboren hinaus:

Wer weiß denn heute bundesweit genau, wo welche OZG Lösungen im Einsatz sind?

Im Idealfall nicht jeder für sich, sondern mit offenen Komponenten und Schnittstellen, ohne dass bisher – vor allem im Kommunalen Bereich – schon vorhandene Lösun-

Die Expertenrunde für mehr Innovation und Agilität in der Verwaltung Foto: BS/Dombrowsky

Dass aber nun mit wohl nicht unerheblichen Finanzmitteln die in NRW seit Jahren vorhandene VSM offenbar im Bund "neu erfunden" werden soll, stimmt kundige Akteure nicht mit Begeisterung, eher mit Verärgerung, könnte doch die von NRW finanzierte und seit Jahren in Betrieb befindliche VSM mit sicher überschaubaren Aufwand über die etwas mehr als 400 NRW Kommunen (einschl. Kreise) auf die Bundesweit ca. 11.000 Kommunen ausgerollt werden – technisch wohl kaum ein Problem, aber wohl politisch.

gen durch vermeintlich bundesweit zu standardisierende Vorgaben als verlorenes Kapital abgeschrieben werden müssen. Mit Spannung wird zu erwarten sein, ob die zum Jahresbeginn 2020 gestartete FITKO als operative Einheit des IT Planungsrates die in sie gesetzten Erwartungen nachhaltig und im vorgesehenen Zeitkorridor des OZG tatsächlich erfüllt, auch hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen und ihrer Kommunalen IT Dienstleister.

Das "EfA" Prinzip als "Eier legende Woll-Milch-Sau"?

Das im Jahresverlauf vom IT Planungsrat ausgerufene "EfA" Prinzip, "Einer für Alle" wird in seinem weiteren Gang in der kommenden Zeit zeigen müssen, ob wirklich im Sinne von "Top Down" die Lösung des OZG liegt und/oder ob und inwieweit vorhandene Lösungen, Kommunale Besonderheiten im "Bottom Up" Verfahren, seit langen Jahren entwickelt und am Markt unnötig verdrängt und die Kommunalen Akteure darunter "leiden" werden. Die Kommunalen IT Dienstleister mit ihren durchaus auch unterschiedlichen Interessenlagen und Leistungsportfolios je nach Bundesland, sollten intensiv beobachten, ob und wie durch die zu erwartenden "Top Down" Lösungen ihr bisheriges Geschäftsmodell noch mittelfristig weiter bestehen kann und wird ...

Dass der IT Planungsrat keine sechs Wochen nach dem Digitalen Staat das (überzogen?) ehrgeizige Ziel des Portalverbundes zugunsten einer (nur noch) Verwaltungssuchmaschine (VSM) aufgegeben hat, ist einerseits das Eingeständnis eines Scheiterns in zentraler Aufgabenstellung nach viel zu langer Zeit der Diskussion, andererseits offenbar aber doch die Chance, zumindest auf dem Weg in Sachen OZG Umsetzung wirklich voranzukommen.

Inselsichtweisen und Animositäten überwinden

Dass wir uns in Deutschland mit solchen "Inselsichtweisen und Animositäten" eigentlich nicht mehr aufhalten dürften, zeigt die globale Corona Krise des Jahres 2020 (und zukünftig vielleicht auch noch weitere?) mehr als deutlich:

Wären wir in Deutschland mit der Digitalisierung weiter, hätten wir schon zu Beginn des Covid19 Ausbruchs mehr gegen das Virus entgegenzusetzen gehabt, vor allem für und gegen seine Folgewirkungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben in unserem Land, auch mit besonderem Blick auf die übermäßig gestressten Gesundheitsämter, deren Organisation und digitale Ausrüstung in langen Jahren zusammengespart, mehr als dürftig war und in zuviel Teilen immer noch ist.

Dass die Corona Warn App dann im Juni 2020 an den Start gehen konnte, zeigt, zu welchen Leistungen unser Land und seine "Digitalen Akteure" doch noch fähig sind, wenn die "Not nur groß genug ist und nicht länger nur draußen, sondern schon im offenen Hauseingang steht" ...

Es bleibt die Hoffnung, dass die genannten "Digitalen Akteure" in Bund, Ländern und Kommunen damit ihre Lektion gelernt haben und Digitalisierung als offene und gemeinsame Aufgabe, jenseits traditioneller Befindlichkeiten und eingeschränkter, singulärer Sichtweisen und betriebswirtschaftlicher Separierung betreiben.

Die Digitale Schlagzahl erhöhen

Dass mit dem Wechsel an der "Digitalen Spitze" des BMI und mit dem Vorsitzwechsel des IT Planungsrates von Staatssekretär *a. D. Vitt zu Staatssekretär Dr. Markus Richter* seit Mitte 2020 ein agil arbeitender Netzwerker die Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung in Deutschland anführt, lässt ebenfalls erwarten, dass die "Digitale Schlagzahl" im föderalen Staat an vielen Stellen erhöht wird.

ITZBund hat sich als flexibler IT-Dienstleister bewährt

Gastbeitrag von Dr. Alfred Kranstedt, Direktor des ITZBund

Das Jahr 2020 war durch die Corona-Krise geprägt und hat die Notwendigkeit der Digitalisierung und die Abhängigkeit von IT deutlich aufgezeigt. Das ITZBund hat sich als flexibler IT-Dienstleiter bewährt, seine Leistungserbringung für die Bundesverwaltung auch unter erschwerten Bedingungen uneingeschränkt sichergestellt und gezielt Kapazitäten auf Grund der Krise ausgebaut. IT ist eine kritische Infrastruktur und das ITZBund ist ein Bestandteil davon.

Eine einheitliche, leistungsfähige und sichere IT-Infrastruktur zu schaffen, ist Teil der DNA des ITZBund. Davon profitieren die Beschäftigten der Bundesverwaltung. Für sie wurden zu Beginn der Pandemie schnellstmöglich die zentral notwendigen mobilen Einwahlplattformen ausgebaut, um das Arbeiten im Homeoffice zu ermöglichen. Für unsere Kunden haben wir seit Beginn der Corona-Krise die für Tele- und mobiles Arbeiten notwendigen Infrastrukturen einem verstärkten Monitoring unterzogen. Engpässe konnte damit schnell identifiziert und unkonventionell ausgeräumt werden. So wurden die zentralen Plattformen für die mobile Einwahl um mehrere 10.000 Einwahlmöglichkeiten innerhalb weniger Tage erweitert.

Elementar für die kurzfristige Bereitstellung von Infrastruktur sind eine grundlegende Standardisierung und Automatisierung sowie Kapazitätsreserven beim Staat. Deshalb ist die IT-Konsolidierung so immens wichtig. Sie wurde im letzten Jahr neu aufgestellt, konzeptionell stabilisiert und die Reihenfolgeplanung für Behördenprojekte wurde finalisiert. Das Projekt ist mit Blick auf Sicherheit, Datenschutz, Skalierungsfähigkeit und zur Bündelung von Kompetenzen in den agilen Zeiten und kurzen Innovationszyklen der IT alternativlos.

Konsequent verfolgt das ITZBund mit Blick auf die Digitalisierung ein klares Ziel: Wir gestalten die Verwaltung effizient für Bürger, Behörden und Unternehmen. Unser IT Know-how für die Bundesverwaltung haben wir bei vielen attraktiven Produkten erfolgreich eingebracht, unter anderem stellen wir mit der Bundescloud und dem Bundesclient die zentrale Infrastrukturbasis für Querschnittsanwendungen und Fachanwendungen. Als komplexen Basisdienst konnte das ITZBund die E-Akte Bund erfolgreich in der Bundescloud ausrollen. Das Potenzial der Bundescloud ist noch lange nicht ausgeschöpft, sie wird ständig weiterentwickelt und weitere Services aus ihr bereitgestellt.

Das ITZBund hat sich im letzten Jahr für die Umsetzung der Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes gut vorbereitet. Wichtige Etappenziele auf dem Weg dahin erreichten wir mit der Einführung der E-Rechnungsplattform. Darüber hinaus können Bundesbehörden weitere Fachverfahren und IT-Produkte nun innerhalb des Portalverbundes nutzen: Dazu gehören beispielsweise der Formular-Management-Dienst, der Government-Site-Builder und E-Payment als Basiskomponente.

Expertise einbringen und Innovationen gestalten: Für eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung, braucht es kluge und engagierte Köpfe. Wir investieren daher in den Aufbau einer prägnanten Arbeitgebermarke „ITZBund" mit zahlreichen Angeboten für ein familien- und lebensphasenbewusstes Arbeiten. Das beweist der Zuwachs auf 3.500 Beschäftigte und wir werden uns weiterhin kontinuierlich vergrößern. Ob Bund, Land oder Kommune: Dank der Bereitschaft zum unkonventionellen Handeln und großem Engagement der Beschäftigten in der Krise konnte vielleicht sogar das ein oder andere Vorurteil über den öffentlichen Dienst als potenziellen Arbeitgeber entkräftet werden. Das käme der ganzen Verwaltung zugute.

Dr. Alfred Kranstedt

ist Direktor des ITZBund

Foto: BS/ITZBund

1. Oktober 2020 in Stuttgart

Baden-Württemberg 4.0

digital@bw
Digitalisierung für Baden-Württemberg

Das Endspiel um die Digitalisierung der Verwaltung von Staat und Kommunen hat begonnen!

DER BALL ROLLT

Agilität
OZG
E-Government
Workflow
E-Akte
Qualifikation
digital first
Automatisierung
once only
Nachnutzung
Kompetenzaufbau
Nutzerorientierung
Souveränität
Blockchain
Prozesse
Breitband
Register
E-Rechnung
Nachhaltigkeit
IT-Sicherheit
Smart-City
Künstliche Intelligenz

DIE VERANSTALTUNG

"Deutschland ist eine Turniermannschaft." Dieser Satz wäre im Rahmen der verschobenen Fußballeuropameisterschaft der Männer vielleicht wieder an der einen oder anderen Stelle aus Expertenmunde gefallen. Was bedeutet das? Im frühen Verlauf des Turniers, der Gruppen-, aber auch der ersten Endrunden-Spiele, wird nicht "geglänzt". Die Mannschaft ist noch in der Findungsphase. Hier ist es vornehmlich wichtig, im Turnier zu bleiben, die Erkenntnisse dieser Spiele zu nutzen und durch Nachjustieren die Mannschaft sukzessive besser zu machen.

Wie eine Fußballmannschaft, so befindet sich auch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit ihren vielfältigen Strategien und Projekten in einem fortwährenden Transformationsprozess, mit zumeist klaren Zielen, aber durchaus wechselnden und unterschiedlichen Aufstellungen und Taktiken, mit Siegen, Unentschieden (Stagnation) und Niederlagen.

Diesen Transformationsprozess beim Land und den Kommunen begleitet der Kongress "Baden-Württemberg 4.0" nun bereits seit dem Jahr 2017, als die Landesregierung Baden-Württemberg mit der Verabschiedung der Digitalisierungsstrategie "digital@bw" das Thema ganz oben auf der politischen Agenda platziert hat, um das Land zu einer digitalen Leitregion in Deutschland und Europa zu machen, damit das Land auch zukünftig ein starker Wirtschaftsstandort bleibt. Der Digitalisierung der Verwaltung – dies zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen der Corona-Pandemie – kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Hier wurde manches erreicht, vieles liegt noch vor den Akteuren und muss erfolgreich in die Umsetzung bzw. auf den Platz gebracht werden. Dieser Gesamtprozess mündet nun in eine entscheidende Phase. Das Endspiel um die Digitalisierung der Verwaltung von Staat und Kommunen hat begonnen. Der Ball rollt!

#bw40

www.bw-4-0.de

eine Veranstaltung des Behörden Spiegel

Baden-Württemberg 4.0

Der Ball rollt – Das Endspiel um die Digitalisierung der Verwaltung von Staat und Kommunen hat begonnen

Auf dem einzigen regionalen Präsenzkongress des Behörden Spiegel in 2020 konnte *Dr. Eva Charlotte Proll* zur vierten Auflage des Kongresses "Baden-Württemberg 4.0" in der historischen Reithalle des Stuttgarter Maritim Hotels über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Den digitalen Transformationsprozess von Land und Kommunen begleitet der Kongress "Baden-Württemberg 4.0" bereits seit dem Jahr 2017, als die Landesregierung mit der Verabschiedung der Digitalisierungsstrategie "digital@bw" das Thema ganz oben auf die politische Agenda platziert hat mit dem Ziel, Baden-Württemberg zu einer digitalen Leitregion in Deutschland und Europa zu machen.

www.bw-4-0.de

Mit dem zentralen Leitspruch "Einfach Machen" im Sinne seiner doppelten Betonungsvariante bekannte sich CIO/CDO *Stefan Krebs* zu seinem persönlichen Motto für die Umsetzung des OZG im "Ländle". Baden-Württemberg – so sein Ziel – solle der bundesweite Hotspot des E-Governments werden, die Tatsache, dass Heilbronn und Herrenberg so fulminant Preisträger im E-Government Wettbewerb auf Bundesebene geworden sind, begeistere ihn und erfülle ihn mit besonderem Stolz. Seine darauf hin gesandte, spontane Twitter-Botschaft nach Herrenberg "bbf" stehe für "best Bauhof forever"!

Moderator Guido Gehrt (l.), konnte zur Eröffnung erneut den CDO/CIO des Landes, Stefan Krebs, ankündigen. *Foto: BS/Petersdorfff*

Als Vertreter der Landesregierung war erneut der Baden-Württembergische CIO und CDO *Stefan Krebs* mit „an Bord", darüber hinaus zahlreiche hochrangige Vertreter/innen aus den Kommunen und zahlreiche Kongresspartner des Behörden Spiegel, die unter den in Baden-Württemberg geltenden Corona Bedingungen – endlich – wieder einmal die Chance einer persönlichen Begegnung und einen kollegialen Austausch sicht- und spürbar genossen.

Den Dank an die Mitplaner und Organisatoren des Kongresses unter solch bislang ungewohnten Bedingungen richtete der Fachliche Leiter, *Guido Gehrt,* Behörden Spiegel aus; er bekannte sich als engagierter Fußballfan zum Thema 2020 und seiner fußballerischen Anlehnung und Anmutung, die im Laufe des Kongresses auf noch vielfältige Weise im Sinne eines "übertragenen" Leitgedankens Wiederverwendung fand und Einkehr hielt.

Mit dem besonderen, im seinem Hause von zwei Mitarbeitenden innovativ und ohne speziellen Auftrag erdachten und zwischenzeitlich in der Plattform "ServiceBW" integrierten Universalprozess gehe sein Bundesland in der OZG Umsetzung weit voran. "ServiceBW" bietet nicht nur das persönliche Servicekonto sondern auch einen persönlichen Postkorb und einen Dokumentensafe für Bürger und Bürgerinnen zur Aufnahme und Sicherung eigener wichtiger Dokumente, also eine sehr gut und vollständig aufgebaute persönliche Plattform.

Der Universalprozess in "ServiceBW" ermöglicht den Landesbehörden und allen ca. 1.100 Kommunen von dort aus eigene Onlinezugänge zu ermöglichen, eigene Formulare zu designen und bis in die Fachverfahren hinein – z. T. sogar medienbruchfrei bis zur Leistungsausgabe online – zu entwickeln und einzustellen. Etwa zwölf Kommunen nutzten zum

Kongresszeitpunkt dieses bundesweit singuläre Angebot in "ServiceBW", es gibt Kommunen, die bereits 200 Prozesse onlinefähig gemacht haben, insgesamt sind bezogen auf die Kommunen des Landes bereits in ca. 3.000 Fällen Einzelleistungen des OZG digitalisiert worden! In Zusammenarbeit mit KommONE, dem gemeinsamen IT-Dienstleister von Land und Kommunen werden aktuell maschinenlesbare Formulare entwickelt, die in 2021 eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung in vielen Fällen möglich machen soll. Seit Februar 2019 gibt es die mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelte Doppelstrategie zum einen durch das "EfA Prinzip – Einer für Alle!Z" standardisierte E-Government Leistungen bereitzustellen und zum anderen den Kommunen individuellen Raum zu lassen, eigene Services im Rahmen ihrer eigenen Digitalstrategie zu konzipieren.

Alle gemeinsamen Aktionen und Funktionen im Serviceportal sind Open Source basiert und werden als Universalprozess + aktuell fortentwickelt.

Der Universalprozess + in ServiceBW kommt

Mit dem Ziel einer Ende-zu-Ende Digitalisierung in 2021 soll er

- **die Einbindung maschinenlesbarer Formulare,**
- **e-Payment Module und**
- **Webservice Module für Schnittstellen zu Registern und Fachverfahren realisieren.**

Auf Basis des Serviceportals BW laufen derzeit Gespräche mit anderen Bundesländern, die an dieser Plattform bzw. der Organisationsstruktur mit ihren digitaltauglichen Komponenten, Methoden und Tools Interesse haben, so z. B. mit Sachsen und Hessen. Das Angebot von Baden-Württemberg sollte dort aufmerksam analysiert werden; *Krebs* hat es wie folgt beschrieben:

Geld allein schießt keine Tore

Und in Sachen Fußball und Bildersprache: Der CIO/CDO sieht in einem entscheidenden Spiel die erste Halbzeit vorüber und die zweite Halbzeit beginnend. Die besondere Erkenntnis des legendären Fußballtrainers *Otto Rehagel* gelte auch nach Bereitstellung von mehr als drei Mrd. Euro durch den Bund für die Digitalisierung in Deutschland: "Geld allein schießt keine Tore!"

Nachdem *Dr. Lars Algermissen,* Geschäftsführer der PICTURE GmbH, zum Thema OZG, E-Akte, Wissens- und Prozessmanagement vorgetragen hatte, war es *Markus Losert,* CIO/CDO der Stadt Karlsruhe, der den Teilnehmern aufzeigte, wie sich Karlsruhe mit dem Blick auf das Jahr 2030 als smarte City beispielhaft entwickeln und aufstellen will.

Marcus Losert treibt als CIO/CDO die Digitalisierung bei der Stadt Karlsruhe strategisch voran. *Foto: BS/Petersdorff*

Digitale Teilhabe setzt, so *Losert,* einen Wertekanon voraus, den es einzuhalten und zu garantieren gilt, gleiches gelte für die notwendige Begeisterung vieler Player und Mitakteure, ohne die eine gesamtkonzeptionelle Smart City nicht möglich sei. Sein selbstgestellte Frage, ob denn eine Smart City überhaupt eine kommunale Aufgabe als solche sei, beantwortete er selbst mit der Erkenntnis, dass eine nachhaltige Plattform dazu, das Führen und Verknüpfen der einzelnen Akteure im Sinne der notwendigen Digitalen Daseinsvorsorge der kommenden Jahre, letztlich nur die Stadtverwaltung und die Politik als öffentliche Verantwortungsträger übernehmen könnten.

Die Stadtwerke Karlsruhe betreiben bereits in regionaler Kooperation das City-Cockpit zur intelligenten Verkehrs- und Parkraumsteuerung – überhaupt, so seine Empfehlung, müssten sich Kommunen ihre Versorger und eigenen Unternehmen zur Digitalisierung "warm halten".

Kommunalen Versorger zur Digitalisierung "warm halten"

Karlsruhe will als Smart City in Zukunft nur eine standardisierte Plattform mit einer standardisierten Schnittstelle für alle Verwaltungsleistungen im Stadtgebiet erreichen.

An solche ambitionierten Ziele konnte *William Schmitt,* Geschäftsführer, KommONE, dem zentralen öffentlichen IT Dienstleister von Land und Kommunen, bestens anknüpfen.

Sein Unternehmen wird mit Rücksicht auf das vorhandene Service Portal "ServiceBW" kein weiteres eigenes kommunalen Portal als unnötige Konkurrenz aufbauen und stattdessen den Universalprozess und den kommenden Universalprozess PLUS mit allen Möglichkeiten unterstützen. Im überall anstehenden Change Prozess des Digitalen Wandels begreife KommONE seine Rolle als technische und beratende Hilfestellung zur Selbsthilfe bis hin zur Anbindung

von Registern und Fachverfahren. Dies z. B. im Sinne einer hinter dem Service Portal eingebrachten Middleware, die eigene Verfahren aber auch Fachverfahren anderer Hersteller in den Digitalprozess so einbindet, dass die Verarbeitung in den Fachverfahren direkt erfolgen kann, und sämtliche angebundenen Komponenten, wie e-Payment pp. adressiert und einbezogen werden könnten: Eine besondere Konstruktion, die in den folgenden Fachforen, u. a. *Otto Buck,* KommONE, noch deutlicher machen konnte.

Als besonderes Produkt wies *William Schmitt* auf die Unterstützung von "Ortena" hin, ein ChatBot, der mit dem Ortenaukreis zu Beginn der Corona Zeit zur Entlastung und aufgrund der Schließung vieler Rathäuser schnell entwickelt wurde und der mittlerweile in elf Landkreisen im Einsatz ist. Zur OZG Umsetzung in den Kommunen ist derzeit ein Reifegradmodell in der Entwicklung mit Hilfe dessen bis zum Jahresende 2020 Ergebnisse vorzeigbar gemacht werden können.

Reifegradmodell zur OZG Umsetzung

Erwartungen an die Digitalisierung und ihre Strategie in Baden-Württembergs formulierte *Prof. Dr. Jörn von Lucke,* Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität, Friedrichshafen. Dazu erinnerte er an den Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung, der ausdrücklich die Verwaltung 4.0 für Baden-Württemberg, auch mit besonderem Blick auf die Mitarbeitenden in den Verwaltungen als Ziel postuliert hat.

Mit Bezug auf die Fußball Metapher des Kongresses bezog er persönliche Stellung: Das Endspiel sei bei weitem noch nicht erreicht, eine neue Innovationskultur mit Blick auf ein "taktiles Internet" als Stufe 5 der Digitalisierung sei nötig, auch im Sinne einer Revolution der Technischen Rathäuser, bis hin zu dreidimensionalen digitalen Baumodellen.

Open Government als Geschäftsfeldbasis und Entwicklungschance sei ebenso angesagt wie die gemeinsame Grundfrage: "In welcher smarten Kultur wollen wir in Zukunft leben?". Auf jeden Fall, so seine Einschätzung, nicht in einer solchen wie in China bereits heute, womit der demokratische Wertekanon in der Digitalisierung, die digitale Souveränität des Einzelnen in Staat und Gesellschaft konsequent definiert und gesichert werden muss.

Wir spielen jetzt mal Fußball – wie in der Schule, verglich *Marius Herr,* Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg im Fachforum eins den Einstieg in die OZG Umsetzung. Baden-Württemberg sei dabei, einen Metaplan mit seiner staatlich/kommunalen Doppelstrategie zu entwerfen: Das Angebot zentraler Services gleichberechtigt mit den Entwicklungs- und Designmöglichkeiten auf Basis des zentralen Portals "ServiceBW". Er rief dazu auf, dass die Kommunen sich auf dieser Plattform gemeinsam intensiver vernetzen und nach aller Möglichkeit entwickelte (Formular-) Services gegenseitig austauschen und übernehmen.

Otto Buck, Programm & Business Change Manager, Komm.ONE zeigte anschaulich auf, wie es der zentrale IT Dienstleister landesweit mit seiner Middleware möglich macht, Prozesse von hinten zu denken und quasi den Bürger als "Fachverfahrensnutzer" selbst zu adressieren. Ein solcher Support des Universalprozesses kann seiner Auffassung nach erhebliche Ressourcen in den Verwaltungen und bei den Mitarbeitenden einsparen, Prozesse selbst laufen lassen und die Mitarbeitenden auf eine Beraterrolle für Antragsteller/innen und Dienste Nachfrager/innen fokussieren lassen.

Stefan Eichenhofer, Geschäftsführer, Fa. Seitenbau, wies darauf hin, dass es eine Plattform wie "ServiceBW" mit seinen Komponenten nur in Baden-Württemberg und als "Amt24" in Sachsen gebe, leider nicht in anderen Bundesländern. Zur konsequenten Nutzerorientierung brauche es für die Verwaltung "ein kleines Amazon" um Dienste digital so einfach wie möglich zu machen, dazu brauche es noch Mut zum Ausprobieren – und mit Blick auf den Fußball: Wir haben zwar jetzt ein Stadion, sind aber längst nicht im Endspiel angekommen: Das Tor ist erst geschossen, wenn

Einige Referenten wurden live in die Diskussionen zugeschaltet. Foto: BS/Petersdorff

die digitalen Services tatsächlich genutzt werden, und noch nicht, wenn sie nur gibt …

Das Tor zählt nur, wenn der Nutzer den Dienst auch nutzt

Es fehle immer noch an der interdisziplinären Integrität beklagte *Dr. Nicolas Sonder,* Partner, PWC. IT-ler, Organisatoren, Juristen, Datenschützer arbeiten – so seine Erfahrung – an vielen Stellen immer noch nach- und neben- statt miteinander. Er forderte integrierte Designprozesse und ein identifiziertes Optimierungspotenzial zur konsequenten OZG Umsetzung. Mit Bezug auf die Middleware Dienste seines Unternehmens unterstützte *Stefan Rauner,* Governikus, diese Forderung: "Die Aufgaben sind zu groß, als dass sie ein Einzelner leisten kann".

Die abschließenden Diskussionsrunde markierte das Endspiel des Kongresses. Ein Endspiel der Digitalisierung ist aber noch lange nicht in Sicht. *Foto: BS/Petersdorff*

In der abschließenden Podiumsdiskussion: "Wie gewinnen wir das Endspiel um die Digitalisierung von Staat und Kommunen?" diskutierten unter Moderation von *Dr. Eva-Charlotte Proll* und *Guido Gehrt,* Behörden Spiegel, *Peter Rommel,* Abteilungsleiter IT, E-Government, Verwaltungsmodernisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, *Ariane Krüger,* Leiterin Stabsstelle Digitalisierung, Landkreistag Baden-Württemberg, *Ralf Schneider,* Vorstand, ISB AG und *Prof. Dr. Jörn von Lucke,* Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität, Friedrichshafen.

Aus den Beiträgen war – wiederum in Anlehnung zum gewählten – fußballerisch angelehnten – Kongressthema die Einschätzung zu entnehmen, dass in Deutschland längst nicht das Endspiel in Sachen Digitalisierung erreicht ist, mit viel Optimismus und Glauben an die OZG Umsetzung sind wir aus der Vorrunde vielleicht gerade ins Schlussturnier gestartet – und das Endspiel ist noch nicht in Sicht, so ein Beitrag aus der Diskussion.

Das Endspiel ist noch nicht in Sicht

Mit dem OZG erledigen wir jetzt Aufgaben, die andernorts schon vor zehn Jahren erfolgreich gemacht worden sind, z. B. in Österreich, den skandinavischen und baltischen Ländern, so *Prof. von Lucke.* Viele tolle Beispiele, gerade in den Kommunen Baden-Württembergs allerdings, so *Ariane Krüger,* lassen mittlerweile die Einschätzung in Sachen OZG Umsetzung zu "Wir schaffen das!" Dass sich in Baden-Württemberg mittlerweile ein sogenannter "Digitaler Landkreiskonvoi" gebildet habe, um in gegenseitig vertiefter Kooperation als lernendes System digitale Fortschritte in Sachen OZG Umsetzung und mehr zu erreichen, sei ein positives Beispiel in diesem Sinne.

Digitaler „Landkreiskonvoi" im Digitalen "Musterländle"

Ralf Schneider richtete den Appell an den IT Planungsrat und die obersten Politik- und Verwaltungsinstanzen, die Gesetz- und Verordnungsgebung im digitalen Sinne zu harmonisieren – ein dickes Brett, was es dazu zu bohren gebe. Erprobungsgesetze und die Verbreitung von Plattformen in die Bundesländer, ähnlich der "pfiffigen Lösung" "ServiceBW" sowie die darauf basierenden Universalprozesse und deren Tools seien dazu probate Mittel.

Peter Rommel empfahl, überzeugende Beispiele transparent aufzuzeigen, wie z. B. den Universalprozess, der so viele digitale Umsetzungen erleichtern kann und auf dessen Basis nicht jede Verwaltung ihre digitalen Services und deren Implementation immer wieder neu erfinden und umsetzen muss.

Mit Blick auf die Stadt Ulm und das dort für die Bürger/innen eingerichtete "Verschwörer Haus" wurde dies in der Diskussion auch so gesehen und dafür plädiert, vergleichbare Einrichtungen für die Verwaltungsmitarbeiter/innen auch in anderen Kommunen zu kreieren, wo Neues und Digitales innovativ und offensiv/spielerisch ausprobiert werden kann.

Einig war sich das Podium auf Nachfrage aus dem Publikum, dass man die vielfältigen Aufgaben der begonnenen Digitalen Dekade nacheinander angehen und erfüllen solle. Aktuell solle die Umsetzung des OZG im Vordergrund stehen, mit alle ihren Aspekten, wie dem Ausrollen von zentralen Lösun-

gen, der Kooperation untereinander, der medienbruchfreien Services und der damit zusammenhängenden Prozessmodernisierung in den Verwaltungen. Weiterführende Themen wie KI und Co. sollten nicht zusätzlich jetzt schon vermengt werden, wichtig in der Entwicklung der Digitalisierung der nächsten Jahre sei insbesondere die Digitale Souveränität des Einzelnen in Staat und Gesellschaft.

Am Ende des Programms zeigten sich die Teilnehmer und die Kongresspartner – ebenso wie der veranstaltende Behörden Spiegel mit dem Verlauf des Präsenzkongresses in schwierigen Corona Zeiten mehr als zufrieden. "Baden-Württemberg 4.0" war der erste, und wie sich im weiteren Jahresverlauf zeigen sollte, einzige "Präsenztest" nach sechs Monaten lediglich virtuellen konferierens. Alle weiteren Kongresse des Jahres 2020 – vgl. die nachfolgenden Berichte in dieser Dokumentation – waren aufgrund der Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin Ende Oktober nicht mehr als Präsenzkongresse zulässig; sie fanden insoweit online als Wegkonferenzen statt.

Die einvernehmliche Conclusio aus dem Kongress in Stuttgart lässt sich wie folgt skizzieren:

"ServiceBWW, der Universalprozess, die Doppelstrategie, der OZG-Hub: Baden-Württemberg hat seit Beginn der Corona-Pandemie bedeutende Sprünge gemacht. Die Entwicklungen ebnen den Weg für eine erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wahrscheinlich im vorgegebenen Zeitrahmen.

Dass die Corona-Pandemie als ein Brennglas der Digitalisierung gewirkt hat, ist mittlerweile auch in Baden-Württemberg ein kennzeichnendes Bild der Digitalpolitik. Fraglos hat die Krise eine Entwicklung angestoßen, die zuvor für unmöglich gehalten wurde. Dabei traf die Pandemie das digitale Baden-Württemberg nicht unvorbereitet: Um Bürgerservices erfolgreich zu digitalisieren, brauche es Freiheit und einfache Strukturen, so *Stefan Krebs,* CIO und CDO Baden-Württembergs. Beides habe man in der Anfangszeit der Pandemie gehabt. So entstand im März dieses Jahres der Universalprozess.

> **„Freiheit und einfache Strukturen für das Digitale“**
>
> Stefan Krebs

Eingebettet in die Plattform ServiceBW und für alle Kommunen nutzbar, ermöglicht er, Bürgerservices zügig und möglichst einfach ins Digitale zu übertragen. Nach dem Baukastenprinzip können Kommunen aus einmal entwickelten Leistungen, Formularen und Modulen eigenständig online-Verwaltungsleistungen zusammensetzen und anbieten. Darin enthalten ist auch die Möglichkeit zur Individualisierung der Formulare.

In Planung ist außerdem die Implementierung von maschinenlesbaren Webformularen, E-Payment und eine Schnittstelle zu Registern und Fachverfahren. Eine vollständige Ende-zu-Ende-Digitalisierung soll im Jahr 2021 auf der Basis der mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten Doppelstrategie erreicht werden.

Flankiert wird die Digitalisierung im engeren Sinne durch eine umfassende Beratung. Um auf Seiten der Kommunen die notwendigen Kompetenzen aufzubauen, unterstützt Komm.ONE Städte und Gemeinden im Ländle bei der Strategieentwicklung und -durchführung. Das Motto: Hilfe zur Selbsthilfe. Um die Kommunen auf den Weg in Richtung digitaler Zukunft mitzunehmen, müssen sie zunächst wissen, wo sie heute stehen, so *William Schmitt,* Vorstandsvorsitzender der Komm.ONE. Oft hätten die Akteure vor Ort jedoch kein genaues Bild davon, welchen Digitalisierungsgrad sie bereits erreicht hätten.

Um für Abhilfe zu sorgen, hat Komm.ONE ein standardisiertes Reifegradmodell erarbeitet, das Kommunen die Möglichkeit gebe, mittels Ja-Nein-Befragung in insgesamt zehn Kategorien den eigenen digitalen Standort zu bestimmen. Eine Einordnung erfolge in fünf Reifegraden, die von "Non-Digital" bis "Smart" in der Spitze reichten. Ergebnisse dazu werden zu Beginn des Jahres 2021 erwartet, aus denen dann weitere Schlüsse zur Digitalisierung in den Kommunen gezogen werden können.

Ausblick auf die Jahre 2021/2022 und das Digitale Jahrzehnt

Der nächstjährige Kongress Baden-Württemberg 4.0 wird nach aller Möglichkeit wieder in Stuttgart im Juli 2021 stattfinden; hoffentlich dann in der Nach Corona Zeit im gewohnten Format und ohne Begrenzung der Teilnehmer. Denn: mit seinen digitalen und mustergültigen Entwicklungen in Baden-Württemberg haben es noch mehr Kommunen und Teilnehmer/innen verdient, am Kongress persönlich teilnehmen zu könen und die vielen Impulse und Lösungsansätze zum OZG, zu den Smarten Themen pp. mitzunehmen und "Zuhause" dann weiter zu multiplizieren.

Der Universalprozess+ und der Zukunftsweg

Mit der Kreation des Universalprozesses – als "unvermutetes Innovationsergebnis" aus dem Hause des Baden-Württembergischen CIO/DCO – steht Land und Kommunen jetzt auf der Plattform "ServiceBW" ein geniales Instrument

zur Verfügung, ganz vorn bundesweit die Lokomotive der OZG Umsetzung zu werden. Die gemeinsame Doppelstrategie von Land und Kommunen zur Bereitstellung von "Einer für Alle", EfA Lösungen zum einen und die hohe Flexibilität und die individuellen Gestaltungsräume, die mit der Plattform "ServiceBW" mit ihren Komponenten und Tools zum anderen verbunden sind, prädestiniert zu einer solchen Führungsrolle!

Verwaltung 4.0 in Baden-Württemberg – Blaupause für alle Bundesländer?!

Begünstigt durch den gemeinsamen IT Dienstleister KommONE und seine zentrale Rolle in der Digitalisierung, hat es Baden-Württemberg leichter als andere Bundesländer mit z. T. sehr heterogenen kommunalen IT Strukturen, wie z. B. Nordrhein-Westfalen. Vergleichbare Bundesländer wie Hessen oder die ostdeutschen Länder sollten sich stärker gemeinsam zusammentun um aus der Entwicklung von Digital@BW mit seinen schon erreichten Ergebnissen für die vor uns liegenden nächsten Jahre zu profitieren.

Dies alles mit dem gebotenen Respekt voreinander, vor auch eigenen, sehr engagierten Menschen innerhalb und außerhalb der Verwaltungen und nicht mit der Fragestellung wer war als Erster da mit der richtigen Lösung, dem zukunftsweisenden Weg, sondern einfach mit der Gabe und der Bereitschaft zu schauen, wie geht´s in Deutschland am besten mit der Digitalisierung der Verwaltungen voran, wie können alle Bürger/innen, Wirtschaft, Gesellschaft, die ca. 4,5 Mio. Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes davon profitieren. Und das möglichst ohne den angeblich profilbildenden aber verengten Blick auf das eigene Tun oder Unterlassen.

Bildung und Wissen in der Demografie sichern!

Die Digitalakademie@BW hat ihre Aufbauphase erfolgreich bewältigt, weitere Aufgaben und die Einbeziehung weiterer Akteure und Regionen stehen an. Wissensmanagement, Ausbildung und Weiterbildung in Kooperation, wie dies die Modellregion Rhein Neckar im Dreiländereck vormacht, sind die Schlüssel für eine erfolgreiche – digitale – Verwaltung 4.0 in der begonnenen Dekade.

Und: Voraussichtlich hört die Welt nicht im Jahre auf zu bestehen, deshalb ist es angebracht, schon jetzt noch weitergehend – auch und besonders – unter den Bedingungen der fortschreitenden Demografie über die Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen für Bürger/innen und noch mehr über deren unverzichtbare Leistungsfähigkeit für Unternehmen am Standort Deutschland, am Standort Baden-Württemberg, an den vielen kommunalen Standorten mit ihrer mittelständisch geprägten Industrie nachzudenken.

Die Verwaltung 4.0 als unverzichtbares und zu optimierendes Glied in der Wertschöpfungskette in Deutschland digital wirklich zukunftsfest und ergebnisstark zu machen, ist die zentrale Herausforderung für uns alle. Nur so sichern wir in Deutschland unsere Position im Globalen Wettbewerb, "Made in Germany" als Qualitätssiegel und letztlich als Grundlage für unseren Wohlstand auch der kommenden Generationen.

Grund genug, über den spannend anmutenden Digitalisierungsprozess und seine Strategie im "Musterländle" im Sommer 2021 seine Fortsetzung auf "Baden-Württemberg 4.0" zu hören und zu erleben!

Technologie für Informationssicherheit und Datenschutz

procilon GROUP

Automatisierte, medienbruchfreie, rechtskonforme Prozessabläufe

proDESK proGOV proNEXT proTECTr

Als Komplettanbieter von Kryptografie-Lösungen ist procilon Technologie-Partner der öffentlichen Verwaltung. Das einzigartige Produktspektrum reicht von Client-Anwendungen über Security Middleware bis zu Infrastrukturen für eIDAS-Vertrauensdiensteanbieter und sicheren Cloud-Services. Einsatzschwerpunkte sind vielfältige Kommunikationsszenarien im öffentlichen Sektor und im elektronischen Rechtsverkehr.

+49 342 98 48 78 31 | anfrage@procilon.de | www.procilon.de

"Einfach machen! – Der baden-württembergische Weg zur Erfüllung des OZG"

Gastbeitrag von Stefan Krebs, CDO/CIO der Landesregierung Baden-Württemberg

Digital hilft und digital bringt uns voran – gerade auch in der Verwaltung. Ein zentraler Schritt hin zu digitalen Verwaltungen ist die Erfüllung des Onlinezugangsgesetzes. Die Devise unseres baden-württembergischen Weges lautet bei der OZG-Umsetzung: Einfach machen, dank Universalprozess und Doppelstrategie! Und auch im neuen Jahr 2021 gehen wir auf diesem Weg mit großen Schritten weiter voran. Dank motivierter Landkreise, Städte und Gemeinden sowie fähigen IT-Dienstleistern ist es uns 2020 gelungen, allen 1.101 Kommunen und 35 Landkreisen in Baden-Württemberg 18 Standardprozesse mit einem hohen Maß an Standardisierung und Nutzerzentrierung anzubieten. Mit dem Bewohnerparkausweis, der Meldebescheinigung und der Geburtsurkunde sind hier einige der bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen am häufigsten nachgefragten Leistungen dabei. Viele weitere Prozesse, wie beispielsweise die Beantragung einer Baugenehmigung oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, befinden sich in der Entwicklung. Die erste Säule unserer Doppelstrategie, die Digitalisierung komplexer und anspruchsvoller Verwaltungsdienstleistungen mithilfe von Standardprozessen, ist somit in vollem Gange.

Aber auch bei der zweiten Säule unserer Doppelstrategie, dem Digitalisierungsbeschleuniger namens Universalprozess, sind wir gemeinsam mit den Kommunen ein ganz großes Stück vorangekommen. Im April 2020 in wenigen Wochen agil entwickelt, werden mit der Basisversion des Universalprozesses von den Kommunen in Baden-Württemberg mittlerweile mehr als 300 verschiedene Verwaltungsleistungen digital angeboten. So lässt sich beispielsweise in Waiblingen eine Baumfällgenehmigung beantragen und in Freiburg im Breisgau ist über den Universalprozess die Anmeldung für einen Platz in einer Kindertageseinrichtung möglich.

Seit dem Frühjahr haben wir den Universalprozess deutlich weiterentwickelt. Der sogenannte Universalprozess+ ermöglicht motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den baden-württembergischen Verwaltungen die selbstständige, schnelle und agile Digitalisierungen vieler, vor allem einfach strukturierter Antragsverfahren. Aufgrund der niederschwelligen Handhabung machen zahlreiche Städte und Gemeinden davon Gebrauch. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir auf service-bw rund 50 von den Kommunen eigenständig mit dem Universalprozess+ entwickelte Leistungen online. Monat für Monat werden es im Schnitt 15 Verwaltungsleistungen mehr. Ein großes Plus: Dieser weiterentwickelte Universalprozess verfügt über ePayBL, so dass anfallende Gebühren durch die Antragstellenden direkt online mittels unterschiedlicher Zahlungsarten beglichen werden können. Das ist ein enormer Vorteil und eine echte Arbeitserleichterung für die Behörden.

Bei der Anbindung von Fachverfahren an den Universalprozess+ befinden wir uns mitten in den ersten Probeläufen und Pilotphasen. Die Erprobung erfolgt gemeinsam mit ausgewählten Kommunen und unseren IT-Dienstleistern auf Basis von Standardprozessen im Bereich Steuern und Finanzen sowie im Meldewesen. Die dort erreichten Ergebnisse wollen wir anschließend auf den Universalprozess+ übertragen.

Wenn wir unseren Weg mit der Doppelstrategie konsequent weitergehen, erreichen wir eine kritische Masse an digitalisierten Verwaltungsleistungen, um bei Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen aber auch in den Verwaltungen die nötige Bekanntheit und Akzeptanz zu erlangen, die erfolgreiches E-Government braucht. Wir müssen in die Fläche kommen. Dies steht für mich außer Frage.

Dass unser digitales Angebot ankommt, zeigen auch die Zahlen von service-bw. Pünktlich zum Jahreswechsel haben wir einen wichtigen Meilenstein erreicht: Mehr als 500.000 Servicekonten wurden von Bürgerinnen und Bürgern auf unserer zentralen E-Government-Plattform angelegt. Ende des Jahres 2020 verzeichneten wird zudem jeden Monat mehr als zwei Millionen Seitenaufrufe. Unserem Ziel, in Baden-Württemberg echtes E-Government zum Nutzen aller und für jeden zu gewährleisten, kommen wir immer näher.

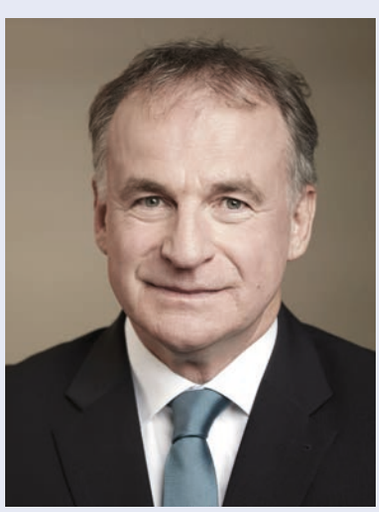


Foto: BS/ITZBund

Stefan Krebs

ist CDO/CIO der Landesregierung Baden-Württemberg

e-nrw.

Zukünftige IT-Strategien in Nordrhein-Westfalen

Die neue Digitale Dekade 2020-2030 für NRW

Erste Ergebnisse für die Verwaltung 4.0 nach 3 Jahren OZG und Corona?!

5. November 2020

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen eröffnet den Kongress mit den digitalen Herausforderungen der neuen Dekade.

Foto: Roberto Pfeil

Dr. Uda Bastians

Die Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag diskutiert über den "Corona-Schub" für die digitale Verwaltung.

Foto: Frank Nürnberger

Ulrich Silberbach

Der dbb Bundesvorsitzende fragt, wie man das Leistungspotenzial des Öffentlichen Dienstes angesichts des Personalmangels sichern kann.

Foto: Marco Urban

Ausführliche Informationen zum Programm und Anmeldung unter: ***www.e-nrw.info***

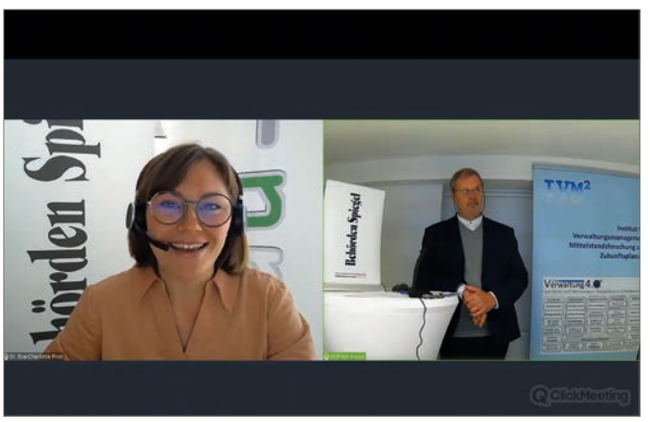
Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel

e-nrw

Die neue Digitale Dekade 2020/2030 für NRW

Zum 4. Mal war "e-nrw" im 20sten Jahr seines Bestehens als digitaler Leitkongress für NRW in der Neusser Stadthalle und im dortigen Dorint Hotel geplant. Angesichts der großzügigen Räumlichkeiten, die die Stadthalle mit den gekoppelten Hoteltagungskapazitäten bietet, war – angesichts der noch moderaten Corona Infektionszahlen im Sommer – "e-nrw 2020" nach wie vor als Präsenzkongress geplant.

Nach dem drastischen Anstieg der Infektionszahlen vor allem im Oktober 2020 hatten die Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am 28.10.2020 ein gemeinsames Vorgehen in der Pandemie im Sinne eines 2. (Teil-) Lockdowns beschlossen. NRW hat die Beschlüsse mit der aktualisierten Corona Schutzverordnung mit Wirkung vom 02.11.2020 insoweit umgesetzt, als dass – mit dem Blick auf "e-nrw 2020" – Messen, Ausstellungen, Jahrmärkte pp. im November gänzlich verboten wurden.



Dr. Eva-Charlotte Proll und Wilfried Kruse begrüßen die Teilnehmer von e-nrw. Screenshot: BS

Für Veranstalter und Fachliche Leitung in der Kurzfristigkeit besonders einschneidend, war doch mit beispielhafter Unterstützung von Landrat *Hans-Jürgen Petrauschke* und seinem Kreisgesundheitsamt, Neuss Marketing und dem Dorint Hotel als Vertragspartner ein sorgfältiges Hygiene- und Abstandskonzept erarbeitet worden.

Aus der Entwicklung folgte, dass der Kongress – wenn er nicht verschoben werden sollte – vollständig als Webkonferenz innerhalb weniger Tage organisiert und "umgebaut" werden musste. Hinzu kam die Problematik, dass einige der für das Programm gesetzte kommunale Spitzenbeamte (Bürgermeister, Landräte, pp.) aufgrund der Covid19-Entwicklung in ihren Kommunen auch an einer virtuellen Konferenz nicht teilnehmen konnten, da ständige Bereit-

www.e-nrw.info

schaft und Handlungsfähigkeit in den Krisenstäben vor Ort angesagt war.

In einer großen Anstrengung ist es dennoch gelungen, einen technisch stabile Webkonferenz aufzusetzen, auch z. T. in kürzester Frist ausfallende Beiträge mit anderen Referenten/Innen zu ersetzen, sodass am Ende des 05.11.2020 mit einem komplett durchgeführten Hauptprogramm und 14 Fachforen (1 Fachforum musste verschoben werden) insgesamt ein sehr positives Fazit der Veranstaltung seitens aller Beteiligten gezogen werden konnte.

Dass sich die Themen für die Verwaltung 4.0 am Beginn der "Digitalen Dekade 2020/2030" mit noch größerer Bedeutung und Herausforderung durch die Pandemie stellen, darauf wiesen *Dr. Eva-Charlotte Proll* für den veranstaltenden Behörden Spiegel und *Wilfried Kruse* als Fachlicher Leiter des Kongresses besonders hin:

Arbeit 4.0, Bildung 4.0, KI, e-Akte und DMS, Digitales Krisenmanagement und dafür nötige Infrastruktur – aktuell vor allem im Gesundheitsbereich, die Entwicklung der Smart Cities und Smart Countries, Fragen um klimaschonende "grüne" Rechenzentren – und speziell für NRW: Die Zukunft, die Struktur und die Kooperationsgebote und – Plattformen der kommunalen IT-Dienstleister untereinander – und vieles mehr.

Im besonderen Zentrum der Webkonferenz aber war der aktuelle Stand der Umsetzung des OZG Thema, mit seinen beiden Hauptkomponenten, dem Portalverbund und dem elektronischen Zugang von allen (!) Verwaltungsdienstleistungen bis zum 31.12.2022. Mit Hinweis darauf, dass die OZG Pflichten die Kommunen (aller Größenordnungen) selbst – und nicht deren "Helfer", die Kommunalen IT-Dienstleister treffen, wies *Wilfried Kruse* u. a. auf den § 22 der Gemeindeordnung NRW hin:

Analoge Serviceideen fürs Digitalzeitalter?

"§ 22 GO NRW – Pflichten der Gemeinden gegenüber ihren Einwohnern

(1) Die Gemeinden sind in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Einwohnern bei der Einleitung von Verwaltungsverfahren behilflich, auch wenn für deren Durchführung eine andere Behörde zuständig ist. Zur Rechtsberatung sind die Gemeinden nicht verpflichtet.

(2) Die Gemeinden haben Vordrucke für Anträge, Anzeigen und Meldungen, die ihnen von anderen Behörden überlassen werden, bereitzuhalten.

(3) Soweit Anträge beim Kreis oder bei der Bezirksregierung einzureichen sind, haben die Gemeinden die Anträge entgegenzunehmen und unverzüglich an die zuständige Behörde weiterzuleiten. Die Einreichung bei der Gemeinde gilt als Antragstellung bei der zuständigen Behörde, soweit Bundesrecht nicht entgegensteht. Durch Rechtsverordnung des für Kommunales zuständigen Ministeriums können Anträge, die bei anderen Behörden zu stellen sind, in diese Regelung einbezogen werden."

Diese aus den 70er-Jahren und der seinerzeitigen – der Gebietsreform folgenden – Kommunalen Funktionalreform in NRW stammende (analoge) Serviceleitlinie ins Digitale Zeitalter zu übertragen sei bisher noch nicht diskutiert worden. Schon seinerzeit war der Gedanke dahinter, dass es Bürgern/Innen und Unternehmen eigentlich egal ist, wer für die Leistungserbringung im Verwaltungsgefüge organisatorisch verantwortlich ist, entscheidend ist die nutzerorientierte, schnelle und leichte Ergebnisorientierung. Ein Ansatz, der im Digitalzeitalter noch deutlicher artikuliert wird und in den kommenden Jahren ergebnisorientierte Digitalisierung prägen muss.

Dass zur OZG Umsetzung mehr gehört als die Betrachtung und Reduktion auf die ca. 575 Bündelleistungen des LeiKa Kataloges in den 14 Themenfeldern, steht ebenso für die nächsten 2 Jahre an: Von den ca. 5.500 Einzelleistungen sind ca. die Hälfte für die Kommunen relevant, es gelte zum weiteren Vorgehen – vor allem im kreisangehörigen Bereich – nach den Kommunalen Größenordnungen und Zuständigkeiten in der Umsetzung gezielt zu unterscheiden – eine Sysiphos Arbeit, die aber geleistet werden müsse, so *Wilfried Kruse.*

Entscheidend im Weiteren, so der Fachliche Kongressleiter, werde es sein, dass und wie die notwendige "Mentale Transformation" in die führenden Köpfe ("Führung 4.0") und zu den Mitarbeitenden der Verwaltungen (4.0) gelangt. Und: Wie sich der öffentliche Sektor insgesamt als unverzichtbares Glied der Wertschöpfungskette am Standort Deutschland, am Standort NRW, an den vielen Kommunalen Standorten im Globalen Wettbewerb digital organisiert und entwickelt.

In seinem Grußwort zeigte *Hans-Jürgen Petrauschke,* Landrat des Rhein-Kreises Neuss u. a. auf, was seine Verwaltung in den letzten Jahren bereits auf den konkreten, digitalen "Nutzungsweg" für den Kreis und seine Kommunen, aber auch für viele andere Verwaltungen, gebracht hat, die die vom Rhein-Kreis entwickelten Applikationen übernommen haben: Die Heimpflege App, digitale Lösungen im Straßenverkehrsamt, im Rettungsdienst und im Schwerbehindertenbereich, zur Fischerprüfung und zu Parkausweisen.

Für seinen kurzfristig aus Gründen akuter Corona Entwicklung im Kreis Heinsberg verhinderten Kollegen, Landrat *Stefan Pusch* hatte er freundlicherweise im Forum 11, KI, 5G, Kritische Infrastruktur und Zukunft in Staat, Kommunen und Wirtschaft – Chancen und Risikofaktoren für künftige Anforderungen dessen Part übernommen:

Für den Rhein-Kreis Neuss zeigte er auf, wie Krisenmanagement auch in schwierigen Zeiten gelingen kann: 400 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden in 10 Tagen zum "mobilen Arbeiten" ausgestattet, mit weitgehendem Zugang zu bereits vorhandenen digitalen Akten. Nach seiner Einschätzung überwiegen die Vorteile des mobilen Arbeitens in der Krisensituation, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung wurde nicht bzw. nur marginal reduziert und: Jetzt gibt es die Blaupause für zukünftige Krisen!

Reinhold Harnisch, ehemaliger Leiter eines Kommunalen IT-Dienstleisters moderierte das Forum 11, in dem *Dr. Jürgen Kruse,* Referent im Verband kommunaler Unternehmen e. V., Landesgruppe Nordrhein-Westfalen die Themenpalette um KI, Cybersicherheit und Kritis Betrieb der Kommunalen Unternehmen erweiterte, Themen mit großer Zukunftsrelevanz, sicher auch für den Kongress des Jahres 2021.

Wie im Vorjahr hatte NRW Digitalminister, *Prof. Dr. Andreas Pinkwart,* die Keynote Funktion für den Kongress wieder übernommen. Auch für ihn aus Anlass drängender Terminverpflichtungen andernorts ein technisch anderer Auftritt – im Rahmen einer Videobotschaft.

In beeindruckender Weise konnte er belegen, dass NRW unter seiner Leitung, gemeinsam mit dem mittlerweile pensionierten ersten NRW CIO, *Hartmut Beuß* große Fortschritte in der für das Land entwickelten Digitalisierungsstrategie erreicht hat. Er plädierte sehr dafür, die Erfolge der Digitalisierung für Bürger/innen und Unternehmen konkret greifbar zu machen, für die davon betroffenen Mitarbeitenden in den Verwaltungen auch eine "Dividende", einen persönlichen Gewinn zu ermöglichen. Die Tatsache, dass sein eigenes Ministerium mittlerweile vollständig digital in Sachen e-Akte und DMS arbeite, sei auch für andere Häuser jetzt Anreiz, auf diesem konsequenten Weg zu folgen.

"Mein Haus arbeitet komplett digital"

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Die vollständige Digitalisierung der NRW Verwaltungen sei durch die Novelle zum E-GovG NRW von 2031 auf 2025 vorgezogen worden, ein ehrgeiziger Plan, den es zielgerichtet anzusteuern gelte. Vorrangig sei es – so der Minister – dass

Digitalisierung Mitarbeitenden bezogen erfolgen müsse, wenn sie flächendeckend erfolgreich sein wolle.

Aus dem Vorjahreskongress "e-nrw 2019" sei an dieser Stelle seine Formulierung noch einmal gesetzt:

"Das OZG darf nicht als Loch Ness enden"
Verwaltung muss "in sich" digital werden!

Freundlicher Weise hat Minister Prof. Dr. Pinkwart für diese Dokumentation und mit besonderem Blick auf das begonnene Digitale Jahrzehnt 2020/2030 zugesagt, das folgende Statement beizutragen, das hier in seinem Wortlaut gern zitiert ist:

"Verwaltung im 21. Jahrhundert heißt digitale Verwaltung. Diese Erwartung, hinter der der Anspruch des digitalen Zeitalters steht, hat im Kontext der Corona-Pandemie eine neue Wirkmächtigkeit bekommen. Die pandemiebedingten Einschränkungen haben den Blick für Notwendigkeit und Chancen der Digitalisierung noch einmal geschärft. In Nordrhein-Westfalen wollen wir diesen Schub, den digitale Verfahren erhalten haben, für unseren Modernisierungspfad bei der digitalen Verwaltung nutzen.

Mit der Mitte des Jahres in Kraft getretenen Novelle des E-Government Gesetzes NRW (EGovG NRW) als zentraler Rechtsgrundlage für die Digitalisierung der Landesverwaltung in Nordrhein-Westfalen haben wir als Landesregierung die Rahmenbedingungen für eine beschleunigte Digitalisierung der Verwaltung gesetzt: Wir ziehen die komplette Digitalisierung der Landesverwaltung von 2031 auf 2025 vor, beziehen Hochschulen und nahezu alle Landesbehörden ein und machen über eine Bereitstellungspflicht Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen vielfältige Verwaltungsdaten zugänglich (Open Data).

Wesentlich für eine moderne, digitale und innovative Verwaltungskultur ist dabei, den Zugang zur Verwaltung so leicht wie möglich zu machen. Deshalb haben wir die Funktionen des Serviceportals.NRW sowie von Servicekonto.NRW, das einen rechtssicheren Identitätsnachweis in digitalen Verwaltungsverfahren ermöglicht, erweitert. Die hinterlegten Daten können im Sinne des Once only-Prinzips mit einem "Klick" in jedem neuen Verwaltungsverfahren zum Nachweis der Identität verwendet werden.

Die pandemiebedingten Kontakteinschränkungen waren ein verschärfter – und erfolgreicher – Praxistest für unser Programm WMWIDE digital 2022", mit dem wir das Ministerium zum digitalen Modellministerium umbauen. Eine digitale und moderne Arbeitskultur, die Digitalisierung sämtlicher Dimensionen der Arbeit des Hauses mit der E-Verwaltungsarbeit sowie die Optimierung und Entbürokratisierung von Verwaltungsabläufen sind Ziele des Programms.

Das Ministerium ist auch im Lockdown durchgängig und vollständig leistungsfähig. Elektronische Verwaltungsarbeit und Videokonferenz-Tools machen ein nahezu komplett digitales und mobiles Arbeiten möglich. Was unter den aktuellen Krisenbedingungen dem Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dient, ist aber – mit mehr Präsenz und persönlichem Austausch – auch abseits der Krise zum Standard geworden. Mit dem Start in den Realbetrieb der E-Verwaltungsarbeit am 22. Juni 2020 wurde die elektronische Akte die rechtsverbindliche Akte im Ministerium. Sämtliche Neuvorgänge müssen nun in der E-Akte bearbeitet und mit der E-Laufmappe abgestimmt werden. Die Papierposteingänge werden ergänzend gescannt und anschließend digital verteilt.

Die Erfahrungen unseres digitalen Modellministeriums werden für die gesamte Landesverwaltung nutzbar gemacht. Im Programm "Digitale Verwaltung NRW" hat mit dem Abschluss des Großteils der E-Government-Grundlagenprojekte der Rollout und Umsetzungsprozess des EGovG NRW begonnen. Bis 2025 werden elektronische Akte und elektronische Laufmappe landesweit eingeführt und sämtliche Geschäftsprozesse der Landesverwaltung analysiert, optimiert und anschließend digitalisiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir mit umfangreichen Kommunikationsangeboten, mit Aus- und Fortbildungen frühzeitig auf Veränderungen in den Arbeitsprozessen vorbereiten. Die Erfahrungen unseres Hauses zeigen, dass das "digitale Mindset" der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Treiber der erfolgreichen Umsetzung digitaler Verwaltung ist, auf den wir bauen können.

Die geschilderten Erfahrungen unserer Digitalisierungsoffensive in Nordrhein-Westfalen verdeutlichen, dass sich die Modernisierung der Verwaltung längst im Stadium der Umsetzung befindet. Wir müssen nun das Tempo weiter steigern, arbeitsteilig und mit Modelllernen auf Basis von Best-Practice die besten Lösungen zügig und flächendeckend ausrollen.

Das vorliegende Jahrbuch nimmt die entsprechenden Themen und Fragestellungen auf und liefert viele wertvolle Impulse für den Umsetzungsweg. In diesem Sinne wünsche ich eine inspirierende Lektüre und freue mich auf weiteren Schub bei der gemeinsamen Aufgabe, unsere Verwaltung den Modernisierungsanforderungen des digitalen Zeitalters entsprechend aufzustellen."

Herzliche Grüße

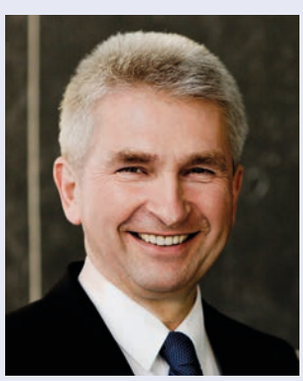


Foto: BS/MWIDE NRW, E. Lichtenscheid

Prof. Dr.
Andreas Pinkwart

Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur Videobotschaft von Minister *Prof. Dr. Pinkwart* auf dem Kongress geht's hier:
https://www.behoerden-spiegel.de/2020/11/05/digitalisierung-greifbar-machen/

Digitalisierung aus gesellschaftlicher Verantwortung war das Thema von *Marc Reinhardt,* Leiter Public Sector, Capgemini und Vorstandsmitglied der Initiative D21.

Er plädierte für klare Zielbilder in der Digitalen Dekade, auch den Blick dazu ins Ausland, etwa nach Dänemark oder Japan. Ein "Ethikcheck" zur KI sei ebenfalls nötig, wie große Anstrengungen, den digitalen Rückstand in Deutschland in der EU schnellstens aufzuholen. Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015, das OZG aus dem Jahre 2017 und die aktuelle Pandemie müssten, so der Referent, als Treiber in neuer Dynamik und Qualität genutzt werden. Die in langen Jahren und durch vielerlei Interessen festgefahrene Portalfrage sei ein Negativbeispiel, das sich nicht wiederholen dürfe. Das vom Nationalen Normenkontrollrat angestoßene "Once Only Prinzip" solle die Chance zur Umsetzung erhalten, der dazu notwendige Gesetzentwurf des Innenministeriums in Berlin wird dazu derzeit diskutiert – insbesondere in den strittigen Fragen des Datenschutzes in Verbindung mit der Authentizitätskopplung mit der Elstertechnologie aus dem Steuerbereich.

OZG Negativbeispiel: Die festgefahrene Portalfrage

In vergleichbare Richtung ging der Beitrag aus dem Hause Cassini Consulting von *Theodoros Moutsokapas* und *Dr. Florian Theissing* mit der Forderung, Verwaltung "radikal digital" zu denken. Mit dem gewählten Format eines Streitgespräches zwischen "Herrn Begeistert" und "Herrn Skeptiker" konnte das besonders anschaulich gemacht werden.

Die Umsetzung der Digitalvision 2025: Das krz Lemgo mit seinen 40 Verbandskommunen auf beispielhaften Wegen in die gemeinsame Digitale Zukunft! war das Thema von *Michaela Lehnert,* Bereichsleiterin "Digitalisierung und Innovation", Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, mit dem sie darlegte, wie sich ein 50-jähriges Kommunales Rechenzentrum als "All IN Dienstleister" für die Zukunft und für die eigenen 40 Verbandskommunen, vielleicht beispielgebend auch für andere Kommunale IT-Dienstleister seit 2 Jahren aufstellt.

Die Kommunalen Rechenzentren seien, so *Michaela Lehnert,* in Zukunft vor allem für die kleinen und mittleren Kommunen auch konzeptionell und beratend gefordert, die mit der Digitalisierung und der damit für alle Bereiche

der Verwaltung einhergehenden Herausforderungen und Veränderungen an vielen Stellen überfordert seien. Das krz Lemgo hat dazu ein neues Produkt mit Namen "DigiCheck@ Kom" entwickelt, das einen gesamtkonzeptionellen Rahmen von der Aufnahme örtlicher, digitaler Voraussetzungen, Ihrer Analyse bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen und einer Digitalstrategie für einzelne Fachbereiche in den Verbandskommunen sowie deren zeitliche, qualifizierende, technische und finanzielle Konditionierung beinhalte. An den nachfolgenden Schaubildern konnte sie das deutlich machen:

Einen weiteren, sehr beeindruckenden Beitrag im vormittäglichen Hauptprogramm setzte *Frank Kindervatter,* Vorstandsvorsitzender der NEW Gruppe, mit dem Titel:

Smarte Organisation und mobiles Arbeiten – wie ein kommunales Dienstleistungsunternehmen bis 2025 digitaler Vorreiter wird.

Sein Unternehmen, Dienstleister im ÖPNV, Energieversorgung, Schwimmbäder pp. ist dabei, sich komplett zu digitalisieren und in Zukunft nur Geschäftsfelder zu betreiben, die sich digital betreiben lassen. Mit diesem Anspruch sei des Ziel für das Jahr 2025 ausgegeben worden, dass alle Mitarbeitenden in den zu digitalisierenden Prozessen und der nötigen mobilen Infrastruktur konsequent einbeziehe, bis hin zur Entwicklung eigener Apps für die Mitarbeitenden, die z. B. den geschäftlich und zugleich privaten Gebrauch etwa von Tablets und Smartphones gezielt anreizen und ermöglichen sollen.

Die eigene "Fußball Tipp App" als Digitalkatalysator im Unternehmen!

Um für die Mitarbeitenden die Nutzungsschwelle mobiler Geräte herunterzusetzen ist ausdrücklich privater Gebrauch der Geräte erlaubt, mit einer eigenen Fußball App hat man dazu beigetragen, dass die beschafften Geräte auch sehr schnell "ausgepackt" wurden und die gesamte Belegschaft im ÖPNV, im Energiebereich und in den Schwimmbädern komplett und geschäftlich ausschließlich mit digitalen Geräten im Arbeitsprozess unterwegs ist.

Sicherheit und Kulturwandel wird im Unternehmen "von Oben vorgelebt", die erreichte Begeisterung der Mitarbeitenden an der digitalen Umstellung sei enorm.

Ein Rückblick auf "e-nrw 2019" an dieser Stelle mit dem Blick auf 2030:

Zum Vorjahreskongress, "e-nrw 2019" hatte *Andreas Engel,* IT-Leiter der Stadt Köln und Geschäftsführer des KDN Zweckverbandes der IT-Dienstleister in NRW einen weiten und bemerkenswerten Blick auf das "Digitale Jahrzehnt 2020/2030" geworfen. Mit der auch jetzt weiterhin aktuellen, strategischen Sicht, seiner Richtung weisenden Vision soll an dieser Stelle darauf in Auszügen eingegangen werden. Sein Titel dazu im Vorjahr:

"Die Kommunale IT im nächsten Jahrzehnt: Leistungsansprüche, Strukturen und Organisation – Ein visionärer Ausblick auf das Jahr 2030!"

Ausgehend vom Index "Digitale Kommune" des Kompetenzzentrums Öffentliche IT – ÖFIT – liege NRW und seine

Prof. Dr. Andreas Engel, Kongress "e-nrw 2019" Foto: BS/Giessen

Kommunen schon heute auf den vorderen Plätzen, woraus sich auch das Ziel für 2030 ergebe: Platz 1 natürlich, so *Prof. Engel.* Auf dem Weg dorthin wächst die Kommunale Gemeinschaft im KDN weiter, nur noch 3 Kreise und 40 zumeist kleinere Städte und Gemeinden sind noch nicht als Mitglieder im Verbund eingebunden und können so noch nicht von den gemeinschaftlichen Services pp. profitieren. Seiner schon auf "e-nrw 2015" als "optimistischer Realist" so formulierten Vision: ist der KDN, ist die Kommunale IT-Szene ein großes

Ich habe einen Traum,
dass eines Tages in diesem Land ...

- *jeder Bürger und jede Bürgerin – auch jedes Unternehmen oder jede Organisation – genau ein Servicekonto hat;*
- *zum Identifizieren – egal aus welcher Online-Anwendung – die einfache Anmeldung an meinem Konto genügt;*
- *ein Servicekonto bei jeder öffentlichen Stelle einfach einmal eingerichtet wird;*
- *alle ihr Konto rege nutzen.*

Stück näher gekommen; sein Traum, so *Prof. Engel* in 2019 sei zur Hälfte schon Wirklichkeit geworden, die "rege Nut-

zung" müsse sich in der Zukunft und in der kommenden Digitalen Dekade noch entwickeln.

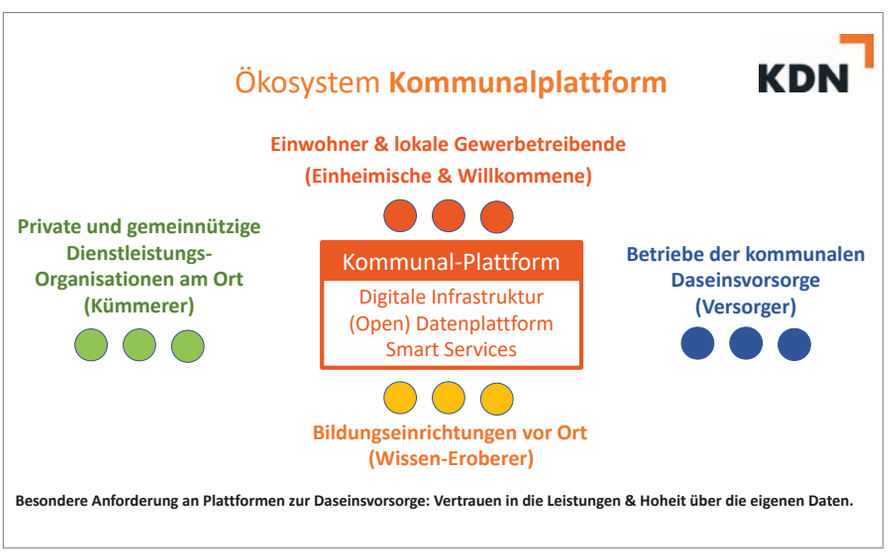
Zur Umsetzung des OZG: Auf-/Ausbau der Verbundinfrastruktur forderte er im Einzelnen

- den landesweiten Zugang zu Portal- und Basisdiensten (OZG-Portalangebot),
- vergaberechtskonforme Leistungsbezüge von landesweiten Angeboten über den KDN und seine Mitglieder,
- eine Arbeitsteilung in der Entwicklung, Wartung und Pflege der Dienste.
- Der KDN und seine Kommunalen IT-Dienstleister sehen sich als Enabler der OZG mit Blick auf den Ausbau der Verbundinfrastruktur, arbeitsteiliger Organisation und Leistungszuordnung, Governance pp.

Mit seinem fulminanten und das Publikum begeisternden Vortrag spannte er den Bogen von der OZG Umsetzung weit in die kommende "Digitale Dekade" hinein zur Idee und zu Vision der Entwicklung Kommunaler Plattformen für die immer weiter zusammenwachsenden örtlichen Gesellschaften mit ihren Ansprüchen an integrierte und hoch nutzerorientierte Services und Lebenswelten.

Nach dem OZG als Vision: Die Kommunalplattform als Ökosystem!

Die herausragende Aufgabe für die Zeit nach Umsetzung des OZG mit Blick auf das Jahr 2030 bestehe darin, Vertrauen in die digitalen Dienste weitergehend aufzubauen und zu gewährleisten sowie die konsequente Nutzerorientierung sicherzustellen. Es gelte, so *Prof. Engel* kommunale und regionale Plattformen zu entwickeln, Ökosysteme selbst aufzubauen, die als "Vehikel" für Anbieter und Nachfrager ausgerichtet werden müssten; am Beispiel der "Lebenslage" Umzug konnte er dies in einer sinnvollen Betrachtung öffentlicher und privater Services, die die Umziehenden benötigen, anschaulich verdeutlichen.



Am Beispiel der aktuellen AirBnB Plattform rief er dazu auf, solche integrierte Plattformen nicht dem privaten Sektor zu überlassen, sondern im Sinne einer digitalen Revitalisierung der Kommunalen Selbstverwaltung gemeinsam in die Hand zu nehmen:

Die Rolle der Kommunalen IT-Dienstleister beschrieb er wie folgt, wohl wissend, dass der Start dieses Weges begonnen hat, aber noch eine Strecke, viel gemeinsames Bemühen, gegenseitiges Vertrauen und Mut zu neuen Strukturen, Kooperationen, Fusionen pp. erforderlich ist.

Das hochaufmerksame Publikum dankte ihm seine visionäre und seit vielen Jahren so engagierte und auch mühevolle Arbeit für die Kommunale IT, für die Kommunale Selbstverwaltung mit anhaltendem Applaus! Auf einen Beitrag von *Michael Neubauer,* Geschäftsführer der Südwestfalen IT, SIT und *Wilfried Kruse* in der Oktober Printausgabe des Behörden Spiegel 2019 zu möglichen und notwendigen Entwicklungslinien der Kommunalen IT in NRW – bis hin zur gemeinsamen Software Entwicklung pp. – wies er

Kommunalportal.NRW

Kommunales Leitportal dient als Schlüssel zur Übertragbarkeit digitaler Lösungen in Nordrhein-Westfalen

"Ein Portal aus NRW für NRW" – unter diesem Motto fungiert das Kommunalportal.NRW mit Go-Live im Frühjahr 2021 als landesweites Leitportal für Kommunen. Es basiert auf einer gemeinsamen, standardisierten IT-Infrastruktur, stellt digitale Dienste bereit und ist damit der Schlüssel zur Übertragbarkeit nachnutzbarer Lösungen. Auf Initiative der kommunalen Spitzenverbände NRW wurde mit der Bereitstellung vom Kommunalportal.NRW durch den KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister ein Meilenstein im Prozess der Verwaltungsdigitalisierung erreicht.

Für den Aufbau des offenen, herstellerneutralen Portals haben sich die beiden größten Portalanbieter in NRW, regio iT und Südwestfalen-IT, zusammengeschlossen und ihr Know-how gebündelt. Ziel ist, allen Kommunalverwaltungen in NRW die übertragbaren Dienste, die im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes oder in den Digitalen Modellregionen entwickelt werden, sowie weitere digitale Verwaltungsangebote oder auch kommunale Fachverfahren zugänglich zu machen.

> ***"Das Kommunalportal.NRW soll zu einer vollumfänglichen Gesamtlösung entwickelt werden und einen Mehrwert für alle Kommunalverwaltungen in NRW erbringen."***
> Prof. Dr. Andreas Engel, KDN-Geschäftsführer

Standards und offene Schnittstellen

Eine wichtige Voraussetzung für die Übertragbarkeit sind Standards. Alle Dienste, die auf dem Kommunalportal.NRW zur Nachnutzung zur Verfügung stehen, basieren auf den von der AG Technik landesweit vorgegebenen Standards, wodurch eine einheitliche Entwicklung und Anbindung ermöglicht wird. Auf dem Kommunalportal.NRW werden Basiskomponenten wie die Authentifizierung über das Servicekonto.NRW, der Bezahldienst ePayBL, ein Zuständigkeitsfinder sowie Anbindungen an Formularserver bereitgestellt. Über offene Schnittstellen können sich Online-Dienste daran anschließen. Eine Integration in den Portalverbund.NRW garantiert eine bessere Auffindbarkeit der Dienste in den Suchmaschinen. Trotz Standardisierung geht die Individualität nicht verloren. Sie wird über die Bestandsportale der Kommunen und ihrer IT-Dienstleister abgebildet. Die auf dem Kommunalportal.NRW bereitgestellten Dienste sind auch für die Nachnutzung auf den Bestandsportalen geeignet.

Anschluss an das Kommunalportal.NRW

Kommunen, die sich an das Kommunalportal.NRW anschließen möchten, sollten ihren IT-Dienstleister im KDN kontaktieren. Weitere Informationen stellt der KDN unter www.kdn.de/kommunalportal bereit. Für Nachfragen steht der KDN zudem gerne zur Verfügung: geschaeftsstelle@kdn.de

Mehr über den KDN

Der KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister fördert die Zusammenarbeit seiner 29 Mitglieder, die gemeinsam über 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger in NRW versorgen. Im Prozess der Verwaltungsdigitalisierung und bei der Bereitstellung digitaler Dienste ist der KDN Partner der Kommunen, ihrer IT-Dienstleister und des Landes NRW.

Auf der KDN-Webseite und im KDN-Newsletter wird regelmäßig über aktuelle Themen informiert.
Mehr unter www.kdn.de

Lisa Flieger,
Marketing & Kommunikation,
KDN – Dachverband
kommunaler IT-Dienstleister

lisa.flieger@kdn.de
presse@kdn.de

Gemeinsam für eine digitale Verwaltung

Kommunale OZG-Umsetzung in Nordrhein-Westfalen

Onlineantrag statt Papierstapel und Wohnzimmer statt Behörde – in Nordrhein-Westfalen lässt sich bereits eine Vielzahl an Verwaltungsleistungen bequem von zu Hause per Smartphone, Tablet oder PC erledigen.

Die Kommunen in NRW und ihre IT-Dienstleister im KDN – Dachverband arbeiten Hand in Hand an der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). In diesem Prozess ist der KDN sowohl Partner der Kommunen als auch des Landes NRW; er arbeitet eng mit der bei d-NRW angesiedelten OZG-Koordinierungsstelle zusammen. Besonderes Augenmerk liegt auf den übertragbaren Lösungen, die im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes oder in den Digitalen Modellregionen entstehen. Nur so kann eine flächendeckende Nachnutzung der Onlinedienste und Fachverfahren für alle Kommunalverwaltungen in NRW sichergestellt werden. Das Kompetenzzentrum Digitalisierung des KDN koordiniert in diesem Zusammenhang die Umsetzung der insgesamt vierzehn OZG-Themenfelder. Das Spektrum der Themen reicht von Mobilität & Reisen, Ein- & Auswanderung über Arbeit & Ruhestand bis hin zu Familie und Bildung.

Vorgehensstrategie zur OZG-Umsetzung

In enger Zusammenarbeit mit den drei kommunalen Spitzenverbänden in NRW und dem KDN wurde eine Strategie sowie ein Vorgehensplan entwickelt, dessen Ziel es ist, OZG-konforme Lösungen für alle nordrhein-westfälischen Kommunen bereitzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet der KDN sowohl auf der Bund-Länder-Ebene als auch kommunal arbeitsteilig und verfolgt mit seinen Mitgliedern und Projektpartnern einen gemeinsam abgestimmten Prozess.

> ***"Ohne die kommunalen IT-Dienstleister im KDN würde das Ganze nicht funktionieren. Sie sind das Rückgrat der kommunalen OZG-Umsetzung in NRW."***
> Clarisse Schröder, OZG-Gesamtkoordinatorin im KDN

Schon bevor das OZG in Kraft getreten ist, wurden erfolgreiche digitale Lösungen von den Kommunen in NRW entwickelt. Darauf wird nun aufgesetzt. Es werden Workshops mit Fachleuten und Spezialisten aus der kommunalen IT veranstaltet und im Team beraten, welches die beste Umsetzungsvariante ist. Abschließend wird das Ergebnis durch die kommunalen Entscheidungsgremien demokratisch legitimiert.

Offene Datenbank für kommunale Lösungen

In der KDN-Datenbank »OZG NRW kommunal« – dem offenen Digitalisierungsdashboard der Kommunen in NRW – ist bereits eine Vielzahl OZG-Projekte, die sich in der Konzeption oder Umsetzung befinden, hinterlegt. Auch detaillierte Zahlen und Fakten zur Digitalisierung der Kommunalverwaltungen sind dort einsehbar. Tagesaktuell wird dokumentiert, in welchen Projekten KDN-Mitglieder und Kommunen in NRW eine führende Rolle einnehmen oder sich beteiligen. Künftig sollen diese Informationen in das Kommunalportal.NRW integriert werden.

Das landesweite Leitportal ist das Ergebnis der Zusammenarbeit aller kommunalen IT-Dienstleister in NRW, die unter dem Dach des KDN und mit Unterstützung des Landes ihren Kommunen eine Serviceportal-Anbindung bereitstellen. Zusätzlich dient das Kommunalportal.NRW als Entwicklungsumgebung für gemeinsame OZG-Dienste. Alle kommunalen IT-Dienstleister in NRW sowie kommunale Fachverfahrenshersteller können über offene Schnittstellen Dienste für das Portal entwickeln.

Der KDN – Dachverband sowie das Kompetenzzentrum Digitalisierung informieren regelmäßig über aktuelle Themen und Projektfortschritte – auf der Website, in der offenen Datenbank, im Newsletter und in individuellen OZG-Themenfeld-Infoverteilern sowie auf Twitter. **Mehr unter www.kdn.de**

Sie haben Interesse an einer Mitarbeit? Kommunale Fachexpertinnen und -experten sind herzlich eingeladen, sich an der Umsetzung der Projekte aus den OZG-Themenfeldern unterstützend zu beteiligen. Melden Sie sich beim CCD (ccdigitalisierung@kdn.de), wenn Sie die Digitalisierung in NRW mit vorantreiben möchten.

Sarah Dobrowolski
Marketing & Kommunikation,
KDN – Dachverband
kommunaler IT-Dienstleister

sarah.dobrowolski@kdn.de
presse@kdn.de

besonders hin. Auf der Website von IVM² ist der gemeinsame Artikel downloadbar:
https://www.ivmhoch2.de/downloads/

Aus den 13 Fachforen der Webkonferenz des Jahres 2020, "e-nrw 2020", in der Mediathek des Behörden Spiegel insgesamt nachzuvollziehen:
https://www.e-nrw.info/rueckblick-2020/

- **Fachforum 1:** Das OZG und sein Wirkpotenzial nach 3 Jahren: Konkretes aus Land und Kommunen zur Umsetzung schon jetzt?
- **Fachforum 2:** Arbeitswelten 4.0 im Digitalen Wandel – Herausforderungen für Mitarbeiter/innen, Führungskräfte und Politik
- **Fachforum 3:** Modellkommunen und -regionen am Beginn der neuen Digitalen Dekade – Erwartungen erfüllt, konkrete Ziele erreicht? –Tranche 1
- **Fachforum 4:** Blockchain, Chatbots, KI und mehr: reale und zentrale Zukunftsaufgaben der Verwaltung 4.0 – Akzeptanz und Voraussetzungen in Betrieb und Mitarbeiterschaft
- **Fachforum 5:** E-Akte, DMS und Workflow in der Verwaltung 4.0 – Ergebnisse und Realisierungspotenziale in der kommenden Dekade
- **Fachforum 6:** Einer für Alle – wie gestalten wir die Nachnutzung?
- **Fachforum 7:** Prozessmanagement – Der Werkzeugkoffer für Wissensmanagement und Digitalisierung
- **Fachforum 8:** Der Portalverbund nach OZG: Leistungsmerkmale, Strategien, Interoperabilitäten und Ergebnisse – Neues vom neuen E-GovG NRW
- **Fachforum 9:** Kooperationen, Fusionen, neue Plattformen in gemeinsamer Gestaltung und Betrieb durch Kommunale NRW IT-Dienstleister?
- **Fachforum 10:** Bildung 4.0 für die Verwaltung 4.0 – moderne Bildungsformen, -träger und -plattformen der Zukunft
- **Fachforum 11:** KI, 5G, Kritische Infrastruktur und Zukunft in Staat, Kommunen und Wirtschaft – Chancen und Risikofaktoren für künftige Anforderungen
- **Fachforum 12:** Smarte Cities und smarte ländliche Räume – Neue Kooperationen und gemeinsame Ideen für Menschen und Unternehmen
- **Fachforum 13:** Modellkommunen und -regionen am Beginn der neuen Digi talen Dekade – Erwartungen erfüllt, konkrete Ziele erreicht? – Tranche 2
- **Fachforum 14:** Energieeffiziente und "grüne" Rechenzentren in Sachen Hardware und Software: Beiträge zum Klimaschutz als neue Herausforderungen

seien folgende Themen und Beiträge auszugsweise festgehalten:

Der Umsetzungsstand zum OZG stand im Mittelpunkt der Foren 1 und 8, unter Moderation von *Beate van Kempen,* LVR Infokom. Die Impulse der Referenten/innen, insbesondere der Bericht von *Prof. Dr. Andreas Engel,* Geschäftsführer des KDN Zweckverbandes gemeinsam mit *Clarisse Schröder,* OZG Koordinatorin im CC Digitalisierung des Verbandes, zeigten auf, dass sich im Jahr 2020 Entscheidendes – vor allem in Sachen Portalverbund in NRW mit den dargelegten Zielvorstellungen – getan hat.

Dr. Thomas List, MWIDE und *Ansgar Kückes,* Chief Architect Public Sector, Red Hat konnten mit ihren Beiträgen die Thematik vertiefen.

Ein Leitportal für die Kommunen in NRW – aus NRW soll es ermöglichen, in der Fläche einen großen Schritt zur Umsetzung des OZG in 2021 zu schaffen und für Kommunen ohne eigenes Portal insoweit "OZG-ready" zu werden. Für Kommunen die schon ein Portal im Einsatz haben sollen Anreize zur (Mit-)Nutzung geschaffen werden: U. a. durch einen zentralen Betrieb und die arbeitsteilige Entwicklung von Diensten. Dabei sind nicht nur Online-Dienste im Blick sondern auch die Integration kommunaler Fachverfahren; eine Balance zwischen Standardisierung und notwendiger Variabilität, auch durch die Nachnutzung der Kommunalportal-Lösungen in den Bestandsportalen.

Das Land, die Kommunalen Spitzenverbände für die Kommunen sowie der KDN für die Kommunalen IT-Dienstleister haben sich dazu ausdrücklich vereinbart und festgelegt, dass die Südwestfalen IT, SIT und die Regio IT, Aachen, gemeinsam das Portal entwickeln. Die zwischen den Beteiligten vereinbarten Arbeitspakete beinhalten das gemeinsame Zielbild, die Einführungsstrategie, weitere Entwicklungen, organisatorische Einbindungen bis hin zur Koexistenz der schon bestehenden Portale in NRW. Sie sollen auch eine gute Basis, für die zukünftige Weiterentwicklung mittels der Containertechnologie ermöglichen.

Langfristige Kostenfragen für Kommunen entscheidend

Die für die Kommunen entstehenden Kosten werden über die Landesfinanzierung der Portalentwicklungen bis Ende 2022 getragen, wie die Einzelbelastung für die nutzende Kommune danach aussieht, ist noch nicht geklärt, sie wird u. a. davon abhängen, wie breit die Nutzung des gemeinsamen Portals sich am Ende darstellt. Die aktuell schon in zahlreichen Kommunen in Betrieb befindlichen, individuellen Portale auf Basis der Technologie der Regio IT und der SIT sind in ihren Funktionen breiter aufgestellt, fußen aber auf gleicher Grundfunktionalität.

Die Übersicht zu den aktuellen Projekten und Themen der Arbeitsgruppen finden sich hier: **www.OZG.kdn.de**

In weiteren Fachforen, im Forum 3, 12 und 13 standen folgende Themen im Vordergrund:

- Modellkommunen und -regionen am Beginn der neuen Digitalen Dekade – Erwartungen erfüllt, konkrete Ziele erreicht?
- Smarte Cities und smarte ländliche Räume – Neue Kooperationen und gemeinsame Ideen für Menschen und Unternehmen?
- Modellkommunen und -regionen am Beginn der neuen Digitalen Dekade – Erwartungen erfüllt, konkrete Ziele erreicht?

Michael Dreier, Bürgermeister der Stadt Paderborn, *Manuel Weniger,* Digitalisierungskoordinator, Stadt Iserlohn, *Friedrich Fuß,* CDO, Stadt Bonn, *Stephan A. Vogelskamp,* Geschäftsführer, Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Solingen, *Dr. Thore Fechner,* Teamleiter Open Data & Copernicus, con terra, *Dr. Jörg Weidemann,* CDO und Leiter Modellprojektbüro, Stadt Wuppertal, *Fanny Bender,* Projektmanagment Public Sector FORMCYCLE, XIMA MEDIA und *Sascha Weber,* Geschäftsführer, XIMA MEDIA berichteten aus den Projekten in ihren Kommunen, die sich im 3. Jahr der Landesförderung als schon sehr weit gediehen darstellen.

Im Fachforum 9: "Kooperationen, Fusionen, neue Plattformen in gemeinsamer Gestaltung und Betrieb durch Kommunale NRW IT-Dienstleister?" standen aktuelle Entwicklungen der Kommunalen IT-Dienstleister im Fokus. Unter Moderation von *Guido Kahlen,* Stadtdirektor a. D. Köln gab es interessante Beiträge:

Matthias Kammer, Geschäftsführer GOV DIGITAL e.G. dazu zum Thema: ***"Die neue Genossenschaft GOV DIGITAL – Strategie, Themenfelder und Konzepte – auf neuem kooperativen gemeinsamen Zukunftsweg nach 2030 ?"***

Als neue Kooperationsform präsentierte er die Genossenschaft GOV DIGITAL e. G. als kollaborative Basis für die öffentliche IT. 14 Mitglieder aus den 3 Ebenen des föderalen Staates – Bund, Länder und Kommunen – wollen auf der neuen Plattform sichere und zuverlässige digitale Infrastrukturen für die Daseinsvorsorge und die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung schaffen. "Gemeinsam gemanagt – vernetzt produziert" – nach diesem Leitsatz arbeiten die Mitgliedsunternehmen am

- Aufbau einer betriebsorientierten Blockchain-Infrastruktur; erste Anwendungen für ein Corona Gesundheitszertifikat und Zeugnisvalidierung sind in Arbeit,
- dem Zusammenbringen verschiedener bei den Mitgliedern gespeicherter Datenräume als Grundlage für gemeinsame Modellierungen und Lösungen,
- weiteres geplantes Thema ist u. a. die Cloud-Technologie.

"Keiner kann's auf Dauer mehr alleine!"

Matthias Kammer

Dr. Michael Neubauer, Geschäftsführer Südwestfalen IT GmbH (SIT) zu *"Notwendigkeiten und Szenarien zur Konsolidierung Kommunaler IT-Dienstleiter in NRW – Fakten und neue Ideen".*

Im Unterschied zur Portallösung "Phoenix" von Dataport präferiert *Dr. Neubauer* die vollumfängliche Gesamtlösung der landesweiten Portalplattform "Kommunalportal.NRW". Entwickelt von den kommunalen IT-Dienstleistern Regio IT und der SIT im Auftrag des KDN Zweckverbandes und der kommunalen Spitzenverbände in NRW sowie dem Land NRW als offenes, herstellerneutrales kommunales Landesportal, – aktiv geschaltet ab 2021 und zum einfachen Auffinden der online-Dienste zukünftig integriert in den "Portalverbund.NRW".

Allen Kommunen in NRW soll damit der Zugang zu den OZG-Diensten ermöglicht werden. Neben Basiskomponenten wie Formularmanagement, Authentifizierung, Bezahldienst, Postfach, Dokumentensafe werden auch die übertragbaren Lösungen der Digitalen Modellregionen NRW bereitgestellt.

Das kommende neue Kommunalportal.NRW sei – so *Dr. Neubauer* – eine neue starke Kooperationsform, eine "Bottom-Up-Konsolidierung" über die am Markt etablierten Lösungen – offen für alle. Demgegenüber stelle "Phönix" im Betrieb von Dataport für die nördlichen Bundesländer mit der geplanten Open Source-Lösung eine Light-Kooperationsform dar, wobei dort technische Lösungen der Politik folgten. "Top-Down" setze eher auf Skaleneffekte als auf Innovation. Warum tun sich große kommunale IT-Dienstleister in NRW mit ihrem größten Wettbewerber Microsoft zusammen? *Dr. Neubauer:* "Weil sie das eGovernment in Deutschland beflügeln wollen!"

"Das E-Government in NRW beflügeln"

Dr. Michael Neubauer

Benno Klaas, Management Consultant bei der Cassini Consulting AG, und *Stefan Kondmann,* Vertriebsleiter

Bund und Länder bei 1 & 1 Versatel, rundeten mit ihren Vorträgen zur "Harmonisierung der OZG-Unterstützung – Weiterentwicklung der Instrumente" und "Flexible sichere kommunale Netze – Glasfaser im Focus, Erfahrungsberichte – Authentifizierung, Sicherheit, Verfügbarkeit, Geschwindigkeit, Flexibilität" Forum ab:

WAS zu tun ist, sei klar; WIE es zu tun ist, eher weniger, es fehle notwendige Anleitung. Die Folge: Einzelfalllösungen für übergreifende Themen. Auf der Grundlage einer entwickelten Strategie sei u. a. folgendes Vorgehensmodell empfohlen, so die Referenten:

- Vorhandenes nutzen & einbinden,
- klarer Focus auf Machbares (Größe/Zeit/€) und
- prioritär sind Geschwindigkeit, Flexibilität & Sicherheit.

Das Fachforum 4 "Blockchain, Chatbots, KI und mehr – reale und zentrale Zukunftsaufgaben der Verwaltung 4.0 – Akzeptanz und Voraussetzungen in Betrieb und Mitarbeiterschaft", ebenfalls unter Moderation von *Guido Kahlen,* war besonders spannend:

Zum Thema "Eine Kommunale Musterstrategie zu KI, Blockchain und GovBots mit Blick auf Bürger und Unternehmen: Wunschtraum oder Realität" referierte *Kerstin Pliquett,* Geschäftsführerin der Südwestfalen IT (SIT GmbH) in Hemer, auch in Vertretung des kurzfristig verhinderten *Jörg Radandt,* Soest. Zum Einstieg gab sie dem Titel des Vortrags ein Fragezeichen. Denn Blockchain und KI stünden noch am Anfang ihrer Einsatzmöglichkeiten, sie böten aber für die Zukunft Chancen. Erste GovBots für einfache Sachverhalte seien im Einsatz wie z. B. der Soester GovBot das "Jägerken". Blockchain biete mehr Datensicherheit bei der Bereitstellung von einmal gespeicherten Daten. Wichtig sei die Suche nach Use-Cases im Bereich der Kommunalen Daseinsvorsorge. Bei der KI gehe es um die Auswertung von Massendaten. Ein Pilot sei z. B. die optische Straßen Zustandserfassung und -auswertung mit einer Bewertung über KI. Diese Lösungsansätze seien aber äußerst komplex; für "Gesamtstrategien" sei es noch zu früh.

Die Kommunen sollten die neuen Technologien beobachten, Pilotprojekte erproben und das EfA Prinzip beachten: "Einer für Alle".

Das "EFA Prinzip" – Einer für Alle auch in Sachen GovBots und Co.!

Prof. Dr. Timo Kahl, Studiengangleiter für Verwaltungsinformatik – E-Government an der Hochschule Rhein-Waal, sprach zum Thema "Blockchain, KI und Co. In der öffentlichen Verwaltung: Wie die Mitarbeiter/innen mitnehmen und den Nachwuchs dafür ausbilden?".

Seit diesem Wintersemester bietet die Hochschule ein Duales Studium der Verwaltungsinformatik in Kooperation mit der Landesregierung NRW an. Sein Vortrag thematisierte die "Entmystifizierung der KI", beschreibt Vorgehen, Rollen und erforderliche Kompetenzen in KI-Projekten anhand des standardisierten Prozessmodells "Cross Industry Process for Data Mining" (CRISP-DM). Aufbauend darauf zeigt *Prof. Dr. Kahl* am Beispiel des Bachelor-Studiengangs "Verwaltungsinformatik – E-Government", wie KI in die Ausbildung integriert werden kann. Er berichtet über Studierendenprojekte wie z. B. das aktuell bearbeitete Vorhaben zur KI – gestützten Konzeptionierung, Gestaltung und Einführung eines Chatbots für den Internetauftritt des Kreises Wesel.

Aus 5 Jahren "E-Government" im Bachelor- und "KI" im Master Studiengang zog *Prof. Dr. Kahl* folgendes Fazit:

- Experimentierräume und Praxislabore schaffen,
- Mind Change: Methodik und "Datenwissen" sind wichtiger als das Definieren genauer Regeln und die Kenntnisse über optimale, aber starre Soll-Abläufe,
- Schnittstellenrollen sind mindestens genauso wichtig wie KI-Experten,
- Voraussetzungen für und Grenzen bzw. Schwachstellen von KI-Lösungen kennen,
- Transparenz schaffen und Fokussierung in näherer Zukunft: Was sind nutzenstiftende Use-Cases in der öffentlichen Verwaltung und
- nicht nur auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz fokussieren.

Um das Thema weiter voranzubringen, seien nicht nur die IT-Dienstleister in der Pflicht, sondern auch die Fachabteilungen in den jeweiligen Behörden, nutzenstiftende Anwendungsszenarien zu finden sei entscheidend.

Im Forum 5 standen die "E-Akte, DMS und Workflow in der Verwaltung 4.0 – Ergebnisse und Realisierungspotenziale in der kommenden Dekade" im Fokus. Den Startimpuls gab *Andre Mühlenbäumer* aus dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes NRW, MWIDE, mit seinem Vortrag "e-Akte, Geschäftsprozessmodellierung, DMS und Verfahrensanbindung in der Landesverwaltung". Er stellte heraus, dass die Lösung derzeit zwei Systeme kombiniere, wobei sowohl die e-Akte als auch die digitale Laufmappe zentrale Komponenten bilden. Besonders die Trennung von e-Akte und Workflow interessierte die Teilnehmenden.

e-Akte, DMS und Workflow noch Topthemen!

André Hermens, Stv. Geschäftsführer, ITK Rheinland, referierte zum Thema "Kommunales DMS und e-Akte: Lösungen, Prozessmodernisierung und Mitarbeitersichten".

Die Teilnehmenden interessierte besonders die Flexibilität in der Fallaktenbearbeitung die – so der Referent – auch prozessbezogen aufgebaut werden könne. Ausschlaggebend seien dabei stets die individuellen Bedarfe der anwendenden Kommunen im dortigen Verbandsgebiet. Insofern stehen für das Rechenzentrum die Kundenbedarfe im Fokus technischer Lösungen.

Robert Wander, Ceyoniq, führte zum Thema "Wie die Fachanwendung selbst die richtige Akte findet – Moderne Schnittstellen auf Basis regelbasierter Veraktung" aus. Er stellte die Bausteine einer modernen Schnittstellenstrategie mit synchronen Dateiübernahmen als zentrale Anforderungen heraus, z. T. können bis zu über 200 Attribute einem einzelnen Dokument zugeordnet sein.

Stefan Rauner, Bereichsleiter Produkte und Märkte, Governikus, stellte mit seinem Vortrag "Basisdienste für die digitale Akte von A-Z" die Sicherheit und Vertraulichkeit als zentrale Anforderung in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in den Vordergrund. Es gelte, so der Referent, geeignete Lösungen im behördlichen Umfeld zu implementieren, besonders hinsichtlich sicherer Kommunikation, Datenübertragung und Beweiswerterhaltung von elektronischen Dokumenten.

Im Forum 14 stand ein in Zukunft sicher noch bedeutenderes Thema an:

"Energieeffiziente und "grüne" Rechenzentren in Sachen Hardware und Software: Beiträge zum Klimaschutz als neue Herausforderungen". *Dr. Ralf Resch,* Geschäftsführer, VITAKO und *Dr. Frank-Michael Baumann,* Geschäftsführer, Energie-Agentur.NRW zeigten dazu die notwendigen Wege auf.

Die Verwaltung 4.0 zur Bewältigung des Personalmangels in Bund, Ländern und Kommunen? – Wie das Leistungspotenzial der Öffentlichen Hand vor dem Hintergrund der Demografie in der neuen Digitalen Dekade sichern?

Das war das Thema von *Ulrich Silberbach,* Bundesvorsitzender, dbb Beamtenbund und Tarifunion, wobei er zunächst kritisch anmerkte, dass man in 2012 im Föderalen Verwaltungsaufbau einen Pandemieplan erstellen wollte, der – wäre er wirklich nachhaltig angegangen worden – in der akuten Phase vieles im Krisenmanagement hätte einfacher machen können, gerade mit Blick auf die nicht ausreichend digitalisierten Meldewege im Gesundheitswesen.

Die große Belastung und der Druck auf der Verwaltung sei enorm, es erweise sich aber – bei allen täglichen Problemen – das die öffentliche Verwaltung stabil funktioniere, dies alles bei zunehmender Gewalt, Hass und Hetze z. B. gegen die Mitarbeiter der Gesundheits- und Ordnungsverwaltung, die die Hygiene- und Abstandsregeln täglich kontrollieren und durchsetzen müssen.

In der Digitalisierungsstrategie der Verwaltung in der Zukunft müsse klar sein, dass nicht der Mittelplatz im Europäischen Vergleich das Ziel sein dürfe, er forderte eine Strategie weit über das Jahr 2022 hinaus, mit der die Leistungsfähigkeit und der notwendige Kulturwandel in der Verwaltung 4.0 auch in Zeiten kommender demografischer Umwälzungen gesichert und ermöglicht werde.

> **"Strategie zum Kulturwandel der Verwaltung nötig"**
>
> Ulrich Silberbach

Einen Rechtsanspruch auf einen Heimarbeitsplatz lehne er ab, aber mobiles Arbeiten müsse für die Mitarbeiter/innen flexibel in der Zukunft selbstverständlich werden. Eine agile Verwaltung mit einer wirklich ausreichend und schnell verfügbaren Infrastruktur, Mitarbeiter/innen zentrierte Führung, weniger Silodenken denn gesamtkonzeptionelle Fortentwicklung sei das Gebot der Stunde. Und im Weiteren: Den vielen innovativen Menschen, die in den Verwaltungen täglich ihr Bestes geben, muss auch zugestanden werden mit neuen Ideen und Aktivitäten Fehler zu machen, ohne sie dazu automatisch abzustrafen. Innovationskultur und Rückendeckung stehe an, Qualifizierung auch der Führungskräfte, das so mit der eigenen Mannschaft auch umzusetzen.

Verwaltung und Führung 4.0: Agil und mit Fehlertoleranz!

Im Fachforum 2: "Arbeitswelten 4.0 im Digitalen Wandel – Herausforderungen für Mitarbeiter/innen, Führungskräfte und Politik" beleuchteten auch dazu unter Moderation von Tanja Krins, Leiterin der Fachgruppe Digitale Transformationsprozesse in der Gesellschaft für Wissensmanagement

Der Bundesvorsitzende des dbb Ulrich Silberbach Foto: dbb

e. V. 3 Vorträge aus unterschiedlichen Perspektiven Veränderungen in der Digitalen Arbeitswelt:

Dietmar Bell, Mitglied des Landestages NRW und Vorsitzender der Enquête Kommission zur digitalen Transformation der Arbeit in NRW, stellte die Ergebnisse der Kommission in seinem Eingangsbeitrag "Die Verwaltung auf dem Weg zur Arbeit 4.0" vor. Der Bericht der Kommission zur Gestaltung der neuen Arbeitswelten ist Anfang Oktober dem Landtag übergeben worden:

https://www.landtag.nrw.de/home/parlament-wahlen/ausschusse-und-gremien/enquetekommissionen/a40/termine-1.html

Der Bericht zeige deutlich, dass "die Frage der beruflichen Weiterbildung auf allen Unternehmensebenen priorisiert und professionalisiert werden muss, um die Herausforderungen der digitalen Transformation erfolgreich bewältigen zu können."

Alle Stakeholder in der Verwaltung 4.0 einbeziehen!

Was bedeutet dies für die kommunale Praxis? *Jens Visser,* Stadt Bocholt, dort für die Projektleitung Dokumentenmanagementsysteme/Digitale Transformation verantwortlich und Mitglied des Personalrates der Stadt Bocholt, griff diese Frage in seinem Beitrag "Mitgestaltung und Verantwortung für die Verwaltung 4.0 durch Führungskräfte Projektsteuerer und Personalräte?". Er stellte ein kooperatives Beispiel aus Bocholt vor und ging dabei insbesondere der Frage nach den Herausforderungen, die aus der Digitalisierung erwachsen, deren Bedeutung für die Stadt Bocholt und den dortigen lokalen Lösungsansatz nach. Dabei betonte er die Bedeutung von Kommunikation und Kooperation aller relevanten Stakeholder, denn "entscheidend für den Erfolg in der Digitalisierung sind die handelnden Akteure!".

Philip Schmidt, Senior Consultant, Cassini Consulting, spannte den Bogen zur aktuellen Pandemie-Situation und stellte in seinem Vortrag "Helden in Pandemiezeiten – New Work in der Öffentlichen Verwaltung" Studienergebnisse und Erfahrungsberichte vor. Dazu hat Cassini Consulting in einer übergreifenden Studie in der Verwaltung im April 2020 die Eindrücke der Corona-Pandemie gesammelt und langfristige Trends für die Arbeit 4.0 abgeleitet. Der Fokus lag dabei auf den Schwerpunkten "Digitalisierung", "Flexibilisierung" und "Entgrenzung". Für *Schmidt* steht fest, dass "die Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Verwaltung eine ungeahnte Modernisierung erfahren haben. Anpassungsfähigkeit, IT-Kompetenz, Führung und Kultur sind die Treiber für Arbeit 4.0. Es sei nun Aufgabe innerhalb der Organisation, auf Basis dieser Erfolgsfaktoren zu analysieren, wie eine weitere Etablierung von Arbeit 4.0 aussehen kann. Ein geplantes und an den Bedarfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern orientiertes Veränderungsmanagement unterstützt dabei, neue Arbeitsweisen nachhaltig zu etablieren".

Neue Führungskultur: "Remote Führen"!

In der anschließenden Diskussion wurden die zahlreichen Aspekte digitaler Arbeit gemeinsam erörtert. Diese reichten von (geänderten) Anforderungen an die Führungskräfte mit einer neuen Führungskultur (Stichwort: Remote Führen) und flacheren Hierarchien, Fort- und Weiterbildungsbedarf für alle Beschäftigten, Einsatz agiler Methoden in der Verwaltungsarbeit bis zum Home-Office (Stichwort: Arbeitssicherheit, Arbeitsschutz, Datensicherheit und Schutz vor Cybercrime am heimischen Arbeitsplatz).

Im Fachforum 10: "Bildung 4.0 für die Verwaltung 4.0 – moderne Bildungsformen, -träger und -plattformen der Zukunft" wurde mit der schulischen Bildung ein Element der Bildungskette aufgegriffen und Lösungen zur Unterstützung der Schulen vorgestellt.

Dr. Jan Irlenkaeuser und *Nico Battistini,* Ministerium für Schule und Bildung NRW präsentierten in ihrem Vortrag "Logineo – Die neue Bildungs- und Lernplattform NRW im Einsatz für die Schulen in NRW – erste Erfahrungen und Bewährungsprobe in Krisenzeiten wie Corona?" Elemente der Landeslösung LOGINEO NRW.

Mit der LOGINEO NRW Produktfamilie stellt das Land Nordrhein-Westfalen allen Schulen auf freiwilliger Basis ein Lösungspaket zur Verfügung, das die Arbeit in den Schulen erleichtern und das digitale Lernen ermöglichen soll. Nach Landesangaben nutzen rund 40 Prozent der Schulen in Nordrhein-Westfalen ein oder mehrere Produkte der LOGINEO NRW Familie. Das Ministerium für Schule und Bildung hat in der aktuellen Pandemiesituation die IT-Basis Infrastrukturen von LOGINEO NRW um ein Lernmanagementsystem (LOGINEO NRW) und einen Messenger (LOGINEO NRW Messenger) erweitert und wird dies um ein Videokonferenztool ergänzen.

Eine weitere Lösung für den Schulbereich stellte Ingo Niehues, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, krz Lemgo, in seinem Beitrag "Schüler Online – Schulanmeldung. Einfach. Online." vor. Das Verfahren setzt bereits mehr als die Hälfte der Einzelleistungen des OZG-Umsetzungsprojektes "Schulaufnahme und –Wechsel" erfolgreich um und wird aktuell in 75% aller Kreise und kreisfreien Städte in NRW von ca. 2000 Schulen verwendet. Ingo Niehues freut sich, mit "Schüler Online" seit mehr als 15 Jahren "gemeinsam mit dem KDN, dem Schulministerium und starken Partnern aus der kommunalen Familie, die digitale Schulanmeldung auch für die Primarstufe und

Sekundarstufe I noch bürgerfreundlicher und digitaler gestalten zu können."

> **"Schüler Online vom krz Lemgo schon in 2.000 Schulen im Einsatz"**
>
> Ingo Niehues

Im Anschluss an die Referate wurden gemeinsam weiterführende Fragestellungen wie die Einbindung der Nutzerperspektive (Schulverwaltung, Lehrer, Schüler, Eltern) und die Ausgestaltung der Schul-IT (jeder Schulträger für sich, jede Schule individuell, in öffentlicher Trägerschaft) pp. diskutiert – Stoff sicher auch für weitere Jahre im Kongress…

Regierungspräsidentin *Judith Pirscher,* seit Dezember 2019 Chefin der Bezirksregierung in Detmold, hatte sich bereit erklärt, die Sicht und die Anforderungen der staatlichen Mittelinstanz nicht nur zu den Pflichten gem. OZG (online adressierbare Leistungen im Front End) sondern die weitergehenden Anforderungen der digitalen Prozessmodernisierung in den internen Abläufen der Verwaltungen darzulegen.

Dazu konnte sie mit berechtigtem Stolz berichten, dass die Bezirksregierungen im Corona Lockdown im Frühjahr 2020 über 300.000 Anträge von Unternehmen und Selbständigen innerhalb von 8 Tagen auf dem kürzesten Weg zum NRW CIO vollständig digital und medienbruchfrei innerhalb weniger Wochen von der Antragsannahme bis zur Auszahlung der Leistungen bearbeitet haben – eine einmalige Kraftanstrengung, die beweise, wie schnell und flexibel Verwaltung handeln kann, wenn es existenziell darauf ankomme.

300.000 Anträge in 8 Tagen komplett medienbruchfrei im ersten Lockdown 2020 bearbeitet!

Aus Ihrer Erfahrung daraus, so die Regierungspräsidentin, sei sie froh, dass die Pandemie erst in 2020 entstanden ist und nicht schon in 2016, wo solche Ergebnisse allen Wissens nach nicht erreichbar gewesen wären.

Sie appellierte an eine konsequente Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen um die vielen verwaltungsinternen Abläufe in gegenseitigem Austausch und Kooperation im Digitalen Zeitalter anzupassen und zu modernisieren.

Die Corona Pandemie habe als Brennglas die Digitalisierung der Verwaltungen in allen Abläufen mehr als deutlich gemacht, bis hin auch dazu, Planfeststellungsverfahren für notwendige Infrastrukturen erheblich zu beschleunigen. Dem e-nrw Kongress bescheinigte sie die Eigenschaft einer

Regierungspräsidentin Judith Pirscher

Foto: BS/Martin Steffen

Der langjährige NRW-CIO Hartmut Beuß

Foto: BS/Dombrowsky

guten Plattform, um alle diese notwendigen Reformschritte gemeinsam zu diskutieren und in der Umsetzung anzugehen.

> **“Die MENTALE Transformation und: “Was ich immer schon mal sagen wollte””**
>
> Hartmut Beuß

Den Schlusspunkt des Kongresses bildete eine besondere Person des “Digitalen NRW”: Der im August pensionierte erste NRW CIO, *Hartmut Beuß,* der den Kongressmachern nicht nur – wie jedes Jahr in der Vergangenheit – mit seinem Rat zur Programmgestaltung zur Verfügung stand, sondern zugesagt hatte, trotz des Pensionsstatus den jetzt und zukünftig im Digitalen Jahrzehnt in Land und Kommunen Aktiven und Verantwortlichen etwas mit auf den Weg zu geben – mit dem Titel: “Was ich immer schon mal sagen wollte”.

Es gebe in NRW in der Digitalisierung noch “viel Luft nach oben”, vieles müsse deutlich besser und schneller werden, so sein freimütiges Eingeständnis zur aktuellen Situation. Die “Mentale Transformation” nicht nur in den obersten Etagen sondern vor allem auch der Führungskräfte im mittleren Management der Verwaltungen müssen deutlich vorankommen.

Viele selbst erlebte (und möglicherweise auch erlittene – Anmerkung des Verfassers) Abstimmungsprozesse der vielen Beteiligten in der Digitalisierung müssten besser und schneller organisiert werden, nicht jeder Sonderwunsch aus einzelnen Ressorts dürfe in Zukunft gemeinsame und schnell notwendige Lösungen blockieren oder verzögern. Er selbst sprach dazu von Erfahrungen von “Freud bis Leid”.

Mit dem “sportlichen” Vorziehen der kompletten Digitalisierung der Landesverwaltung vom Jahr 2031 auf das Jahr 2025 durch die jüngste E-GovG Novelle, gebe es gute Chancen den notwendigen digitalen Modernisierungsprozess in NRW deutlich zu beschleunigen.

Die Notwendigkeit eines umfassenden und gegenüber Mitarbeitenden wertschätzenden Changemanagements sei zu Zeiten des E-GovG in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts deutlich unterschätzt worden, es reicht nach aller mittlerweile gemachten Erfahrung bei weitem nicht aus, “per Ordre de Mufti” Digitalisierung verordnen zu wollen.

Die Mentale Transformation: Digitales Change Management statt “Ordre de Mufti”!

Die Digitalisierung, so *Hartmut Beuß,* treffe nicht nur die “kleinen Leute” in der Verwaltung, wenn denn der Bote auf den langen Fluren nicht mehr nötig ist, sie betreffe insbesondere die mittlere Führungsebene, die aber bislang noch nicht ausreichend, auch im Sinne notwendiger Vertrauenskultur im Miteinander erreicht worden ist: Eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren!

Die Verwaltung 4.0 vom Leistungsempfänger her zu denken, das Bemühen, seine “Kunden” mit besonderer Leistung und optimalem Service zu begeistern, ehrlich miteinander sein und offen in den Digitallaboren unter Einbeziehung der “Kunden” diskutieren, Lösungen zu finden und sie dann auch konsequent umzusetzen – das war eine wesentliche Conclusio seines Beitrages.

Nicht alle 575 OZG Leistungen mit ihren vielfach umfangreicheren Einzelleistungen seien bis 2022 in der Onlinestellung zu schaffen, der Aufbau der FITKO ist nach seiner Einschätzung viel zu lange im IT-Planungsrat kontrovers diskutiert worden, der Aufbau und die Organisation des Kommunalen Portalverbundes in NRW ebenfalls zu lange ohne wirkliches Ergebnis diskutiert worden.

> **“Den Geist der Corona Soforthilfe 2020 weiter wirken lassen”**
>
> Hartmut Beuß

Den beispielhaften Geist der NRW Verwaltung zur Corona Soforthilfe aus dem Frühjahr 2020, der es vermocht hat, ca. 300.000 finanzielle Hilfsanträge innerhalb von 8 Tagen komplett digital in den Bezirksregierungen in Federführung der CIO Mannschaft und den beteiligten Landesministerien zu bewältigen, jetzt zu bewahren – als Grundlage und Maxime im jetzt begonnenen Digitalen Jahrzehnt – das, so *Hartmut Beuß,* sei das Gebot der Stunde!

Es lohnt sich, seinen sehr persönlichen Beitrag in der Mediathek des Behörden Spiegel einmal Revue passieren zu lassen, worin sich auch die weiteren Inhalte der Webkonferenz finden lassen:

https://www.e-nrw.info/wp-content/uploads/video2020/Hauptprogramm_Nachmittag.mp4

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des “Digital-Jahrzehnts“:

NRW Digitalminister *Prof. Dr. Pinkwart* hat es auf “e-nrw 2020” deutlich gemacht, was an Fortschritten in der Verwaltungsdigitalisierung schon binnen Jahresfrist erreicht

> **“Schneller werden in der Verwaltung 4.0”**
>
> Hartmut Beuß

worden ist, wenn nur der Druck und die Verhältnisse – wie z. B. die Covid19-Pandemie – es erfordern:

Wenn "das Problem" aus Sicht der Verwaltungsverantwortlichen irgendwo "da draußen" sich, vielleicht noch etwas unscharf darstellt, gibt es die gewohnten Abwartemechanismen, die – durchaus in Teilen auch positiv betrachtet – zur Stabilität der Verwaltung im Föderalen Staat als "Betriebssystem" von Gesellschaft und Wirtschaft beitragen.

Aus der Pandemie für die Verwaltung 4.0 lernen!

Aber wenn "das Problem" dann (wie z. B. das Covid19-Virus) schon durch die Haustür auf den Flur getreten ist, kann die öffentliche Verwaltung mit all ihren Führenden und Mitarbeitern/innen Höchstleistungen erbringen. Auf dieser Gabe und den positiven Erfahrungen dazu im Jahre 2020 aufzubauen, sollte Maxime und Ansporn für 2021 und die Folgejahre im "Digitalen Jahrzehnt" werden!

Die OZG Umsetzung wird davon profitieren, wenn "EfA", das "Einer für Alle Prinzip" wirklich in den vielen Verwaltungen, insbesondere in den Kommunen Früchte bringt und die Digitalisierung erleichtert (was noch abzuwarten wäre), und wenn gleichzeitig individuelle Umsetzungsmöglichkeiten integriert werden könnten, wäre das ein großes "Digitalpfund" für die kommenden Jahre. Vielleicht wäre es interessant, mit dem Universalprozess und der entwickelten Doppelstrategie aus Baden-Württemberg auch für NRW etwas Positives oder Vergleichbares zu entwickeln.

Vom "Klickdummie" zur technischen Umsetzung kommen

Letztlich wird auch ausschlaggebend für den Erfolg sein, ob über die zahlreichen Digitallabore, die Themenlabore zu den 14 vom IT-Planungsrat definierten Themenfeldern des OZG hinaus, die "Klick Dummies" mit ihren mehr oder weniger klugen Einsichten, Absichten vieler Akteure im Föderalen Staat und ihren jetzt erreichten Zwischenergebnissen, die notwendigen und nutzerorientierten/akzeptierten technischen Umsetzungen der E-Services erfolgen und gelingen.

Dabei darf/sollte sich eigentlich niemand in der "Verwaltung 4.0" der "Hoffnung" hingeben, auf Sicht sei es ausreichend, die OZG Verpflichtung wirklich (nur) als Onlinezugang zu erfüllen – und den (verwaltungsinternen) "Rest" bis hin zur Bescheid Erteilung an den Antragsteller/in so zu belassen wie er nun einmal seit langen Jahren ist. Erfreulich festzustellen ist zur Jahreswende 2020/2021 dass diese Einsicht in Land und Kommunen "immer weiter um sich greift" und für die Zukunft mit weitem Blick auf 2030 eine wirklich digitalen und modernen Leistungsansprüchen genügende Verwaltung 4.0 zum Ergebnis hat.

Das OZG ist erst der Anfang der Verwaltung 4.0!

Vor allem in NRW müssen die (zahlreichen) Kommunalen IT-Dienstleister weiter vertrauensvoll und arbeitsteilig in Regie des KDN zusammenwachsen um die von *Prof. Dr. Engel* auf "e-nrw 2019" mit dem Blick auf das Jahr 2030 kreierten gemeinsamen Plattformen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben vor Ort und in den Regionen zu schaffen – eine zentrale Voraussetzung, werterhaltender Zukunft der Kommunalen IT-Dienstleister und ihrer bisher erbrachten Leistungen und Investitionen zur Digitalisierung in Land und Kommunen.

Ohne einen solchen Weg, der – wie ihn das krz Lemgo seit ca. 2 Jahren geht – sich zur konzeptionellen Beratung und praktischen Unterstützung der Mitgliedskommunen in Sachen OZG und der Prozessmodernisierung insgesamt aufmacht, werden die Kommunalen IT-Dienstleister möglicherweise durch zentrale Entwicklungen und Vorgaben "von Oben", nicht nur durch das "EfA" Prinzip, in ihrer Existenz in Zukunft in Frage stehen.

Die Kommunalen IT-Dienstleister in NRW mit besonderen Zukunftsaufgaben!

Ob der "e-nrw" Kongress des Jahres 2021 wieder als Präsenzkongress in der Neusser Stadthalle stattfinden kann – was sich sicherlich alle Beteiligten wünschen – oder in einem aus den Erfahrungen des Jahres 2020 als ggf. fortentwickeltes Onlineformat, bleibt der weiteren Entwicklung, insbesondere der Covid19-Pandemie vorbehalten.

In jedem Falle lohnt es sich, dass Datum von "e-nrw 2021" schon zu notieren: Am 10. November 2021 ist es wieder soweit!

Der Kita-Navigator

Das Online-Tool für Betreuungsplätze und Kindertageseinrichtungen

www.itk-rheinland.de
kitasupport@itk-rheinland.de

ITK RHEINLAND
IT für Kommunen

Der Online-Kongress Deutschlands für
IT- und Cyber-Sicherheit bei Staat und Verwaltung

PITS
Public-IT-Security
2020
www.public-it-security.de

PITS 2020
online

...Default Public Data Transformation...
Next Generation IT-Security

11.–12. November 2020

Illustration: ©

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

Public-IT-Security – PITS

Default Public Data Transformation – Next Generation IT-Security

Der Fachkongress Deutschlands für IT- und Cyber-Sicherheit in Staat und Verwaltung musste Corona bedingt am 11. und 12. November 2020 in neuem Format stattfinden:

Seit zehn Jahren in Berlin an prominenter Stelle, im Hotel Adlon plaziert, nun mit seinen zentralen Fragestellungen zur Resilienz in der Digitalen Transformation mit all ihren Herausforderungen, Playern und Partnern als Webkonferenz.

Die öffentliche Verwaltung steht in Zeiten von Cyber-Kriminalität und -Spionage vor großen Aufgaben. Behörden müssen sowohl ihre eigenen Betriebsprozesse als auch ihre sensiblen Daten vor unbefugten Zugriffen und/oder Manipulation schützen. Besondere Priorität haben Zuverlässigkeit, Sicherheit und Vertraulichkeit von personenbezogenen Daten der Bürger / innen. Die Rahmenbedingungen für eine sichere Digitalisierung zu schaffen, gehört zu den dringlichsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig übernimmt der Staat auch eine zentrale steuernde Rolle bei der Weiterentwicklung der nationalen und der grenzübergreifenden Cyber-Sicherheitsarchitektur.

Gründe genug, um trotz der Zeiten in der Covid-19-Pandemie nicht auf den schon traditionellen Kongresses zu verzichten; statt des bisherigen Präsenzformates im Berliner Adlon Hotel war er in 2020 als Webkonferenz mit seinen Schwerpunktthemen über die beiden Tage wie folgt angesagt:

- Die Abwehr der steigenden Zahl, Intensität und Professionalität von Cyber-Attacken,
- die Notwendigkeit und Sicherstellung von Digitaler- und Datensouveränität,
- die Kooperationsmöglichkeiten für die zukünftige Cyber-Abwehr zwischen Verwaltung, Streitkräften und Wirtschaft,
- die Sicherheit im Netzwerk, in der mobilen Kommunikation und der Cloud,
- und dem Resilienz Faktor "Mensch" in stürmisch/digitalen und pandemisch geprägten Zeiten.

Nach der Eröffnung durch *Dr. Eva-Charlotte Proll,* Mitglied der Geschäftsleitung, Behörden Spiegel und ihren Hinweisen auf die seit Jahresmitte 2020 neu aufgesetzten Onlineformate, wie den "Digitalen Staat Online" und seinen bisher schon erreichten weit über 100.000 Teilnehmern/innen, setzten *Rita Hagl-Kehl,* Staatssekretärin, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und *Ammar Alkassar,* Bevollmächtigter des Saarlandes für Innovation und Strategie/CIO zu den Themen "Verbraucherbezogene IT-Sicherheit" und "CIOs als Krisenmanager – Erfahrungen aus der Corona-Krise" erste Akzente:

www.public-it-security.de

Staatssekretärin *Hagl-Kehl,* machte am Beispiel der zunehmenden Fishingmails und gefaketen Sparkassenseiten im Zusammenhang mit den Versuchen, Kontendaten und dann auch Geld zu kapern, auf die – besonders in Corona-Zeiten – jetzt ansteigenden Attacken auf die Verbraucher/innen aufmerksam. Die Angriffe sind vielfach nicht leicht zu erkennen, sie appellierte an die Verbraucher/innen, sich auch verstärkt um die eigene digitale Kompetenz zu kümmern. Der Bund wolle u. a. mit Beratung dazu und mit Markt be-

Rita Hagl-Kehl, Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Ammar Alkassar, CIO und Bevollmächtigter des Saarlandes für Innovation und Strategie

Screenshots: Behörden Spiegel

obachtenden Funktionen dabei helfen, dass Cyber-Attacken möglichst nicht erfolgreich werden. Sie wies im Übrigen darauf hin, dass die aus den EU Vorgaben resultierenden Update Verpflichtungen für Produkte mit digitalen Komponenten bis zum Sommer 2021 in Bundesrecht umgesetzt werden, damit sie zum Jahr 2022 in Kraft treten können. Für das BSI ist neu die Vergabe von IT-Sicherheitskennzeichen

Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik *Screenshots: Behörden Spiegel*

zu erwarten, die Behörde soll verstärkt auch für Verbraucher/innen Warnhinweise ausgeben, wenn dazu Erkenntnisse vorliegen.

Zur Videodokumentation der Webkonferenz – Tag eins – geht es hier:

https://www.digitaler-staat.online/2020/11/12/public-it-security-2020/

Ammar Alkassar, CIO des Saarlandes, zeigte auf, dass das Backbone des Staates mit seinen notwendigen Ressourcen noch fehlt, was die Pandemiekrise deutlich unter Beweis gestellt hat. Es habe sich gezeigt, dass die Verwaltungen für die Krise zu Beginn nicht agil genug aufgestellt waren, mittlerweile aber ihre Leistungssteigerung deutlich machen konnte:

Wenn üblicherweise beim Erlass von Rechtsverordnungen Monate mit Ressortabstimmungen ins Land gehen, sei es mittlerweile gelungen, Corona-Schutzverordnungen innerhalb von 48 Stunden zu konzipieren und zu erlassen. Dies setzt Risikobereitschaft im Denken und Handeln voraus, etwas was die Deutsche Verwaltung noch weitergehend lernen muss – die 80 : 20-Regel, so seine Einschätzung; ist dazu der richtige Weg um in Krisenzeiten Handlungsfähigkeit des Staates schnell und wirksam sicherzustellen.

Cyber-Sicherheit ist, so *Alkassar,* die große globale Konfliktlinie: Wollen wir sie so garantieren wie China, wie die USA oder gehen wir einen Europäischen Weg aus einer vulnerablen eine stabile resiliente Welt auf Europäischer Wertegemeinschaft zu formen? KI muss der Game Changer für die Verteidigungswerkzeuge werden, Verwaltung muss neu gedacht werden:

> **“Überkomplexität pulverisieren”**
> Ammar Alkassar

Neue Entscheidungskulturen, neue Organisationsformen, neue Führungskulturen, Mut zu Innovationssprüngen, Risikostrategien definieren, mutige Entscheidungen honorieren, auch wenn zuweilen Fehler passieren, Überkomplexität in 80 : 20-Prinzip “pulverisieren”.

Nach der Forderung von *Hannes Steiner,* Senior Sales Director Germany, Trend Micro dass ein Schwachstellenmanagement nötig und zu entwickeln sei, war es *Arne Schönbohm,* Präsident des BSI, der die Bedrohungslage eindrucksvoll deutlich machte:

117 Mio. Schadprogramme neu im Jahr 2020 mit einem täglichen Zuwachs von 470.000 zeigen den Ernst der Lage mehr als deutlich auf. Sein Appell, dass Bund und Länder noch intensiver kooperieren müssen, war ebenso deutlich wie die Forderung, das Nationale IT-Lagezentrum – CERT Bund – konsequent voranzutreiben. Das BSI hat die Unikliniken in Düsseldorf in dem schweren Angriffsfall der letzten Wochen beraten; mit Mobile Response Teams ist seine Mannschaft

> **“Cybersicherheit ist “sine qua non””**
> Arne Schönbohm

bundesweit unterwegs um IT-Sicherheit zu befördern und Schadensfälle so gering wie möglich zu halten.

Eine “Cyber-Fibel” als “moderner Brockhaus” ist im Entstehen, sie soll Multiplikatoren, Lehrer/innen pp. zum Thema Cyber-Sicherheit sensibilisieren und helfen, Bewußtsein dafür zu schaffen, dass Cyber-Sicherheit die “sine qua non” der Digitalisierung und nicht ein lästiger Kostenfaktor ist. Ohne sie ist die Digitale Souveränität, ist der Schutz vor Angriffen nicht zu gewährleisten; das BSI wird in seiner Querschnittsfunktion von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung seine Rolle weiter ausbauen.

Das nachfolgende Panel Public Data Transformation – Next Generation IT-Security stand unter Moderation und Impuls von *Dr. Herbert Zeisel,* Unterabteilungsleiter Technologieorientierte Forschung für Innovationen, Bundesministerium für Bildung und Forschung. In seinem Impuls forderte er u. a. IT-Sicherheit ganzheitlich zu denken und zwar von Beginn eines Projektes an. Dies gelte erst recht, wenn man an morgen und übermorgen denke, wo demnächst über 6G, über Quanten Computing zu diskutieren sein werde. Die Marktmacht der EU im globalen Wettbewerb forderte er zu stärken, Forschungsergebnisse müssten wesentlich schneller in Lösungen umgewandelt werden.

Daniel Kleffel, Präsident des Landesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik des Freistaates Bayern, konnte auf eine bereits drei-jährige positive Entwicklung seiner Behörde

vor allem für die kleinen und mittleren Kommunen in Sachen Cyber-Sicherheit hinweisen. Das LSI hat den Schutz des Verwaltungsnetzwerkes ebenso im Fokus wie die IT-Sicherheit von Krankenhäusern, den Patienten Datenschutz sowie auch die Versorgungsunternehmen. IT-Schutz, so *Kleffel,* dürfe nicht Inselstatus behalten, sondern müsse "in die Fläche" mit gleichem Anspruch ausgerollt werden. Sein Haus versteht sich als Enabler der Digitalisierung, nicht als dessen Verhinderer.

Uwe Kriester, IT-Security / CERT, Deutsche Rentenversicherung Bund forderte Notfall Management Konzepte in den Verwaltungen, auch sieht er die Notwendigkeit, IT-Sicherheit "von Vorne" in neue Vorhaben im Sinne eines "Easy Process" einzubeziehen, um IT-Sicherheitskomponenten frühzeitig zu implementieren. Das CERT der Deutschen Rentenversicherung mit Ihren 60.000 Mitarbeitenden arbeitet daran mit seinen 4 Security Operational Centern; Aufgabe des CERT sei auch die Erstellung eines Lagebildes zur IT-Sicherheit, um sein Unternehmen auch mit dem Blick auf die Angriffsstrategien und Attacken der Cyber-Angreifer zu sensibilisieren.

Werbungskampagne für IT-Sicherheit – Kondomwerbung als Muster?

Ein anderes Herangehen an die IT-Sicherheit forderte *Dirk Arendt,* Head of Government & Public, Trend Micro. IT-Sicherheit dürfe nicht länger nur ein "Add on" sondern müsse zentraler Kernbaustein der Digitalisierung sein. Cyber-Gefahren sind, so *Arendt,* ähnlich wie Corona nicht sichtbar und kommen so noch nicht ausreichend in den Blick von Entwicklern und Anwendern; er plädierte für mehr und ausdrückliche Werbung für IT-Sicherheit – u. a. auch mit dem Hinweis aus der Vergangenheit zur Kondomwerbung mit ihren beispielhaften und eingängigen Kommunikationsformen und -Aussagen. IT-Sicherheit müsse im Weiteren in Prozessketten gedacht werden, was ausdrücklich auch für Gesetzgebung und Verordnungen gelte.

In der 1. Expertenrunde, standen Themen wie

- Krisensicheres VPN als Managed Service,
- Cloud basierte IT-Infrastruktur – Sicher und effizient durch modernen IT-Betrieb,
- SPAM, Phishing und Ransomware – Alte Maschen, neue Risiken in Zeiten von Covid-19,
- Das IT-Sicherheitsgesetz 2.0,
- CERT-Verbund – Informationsdrehscheiben für die IT-Sicherheit und
- Effizientes Rollen- und Berechtigungsmanagement in der öffentlichen Verwaltung,

auf der Agenda. So forderte *Sebastian Artz,* Referent IT-Sicherheit, Bitkom als Moderator und Impulsgeber zum IT-Sicherheitsgesetz 2.0 eine intensivere Auseinandersetzung mit den neuen Schwellenwerten und den zusätzlich einzubeziehenden Kritis Betreibern. Dem Podium stellte er u. a. folgende Fragen:

- Wie ist die Situation in der Kritis Landschaft auf kommunaler Ebene und in der Behördenlandschaft? Was müssen Unternehmen beachten, die sich unterhalb der Schwellenwerte und damit außerhalb des IT-SiG befinden?
- Wie fügt sich der Themenkomplex Cloud in den Gesamtkontext ein?
- Was ist mit Blick auf das IT-SiG 2.0 zu erwarten und worauf sollten sich die KRITIS-Betreiber vorbereiten?

Wolfram Girg, Manager Consulting – Governance / Risk / Compliance, Controlware plädierte für den Einbezug der Medien wie Rundfunk und Fernsehen pp. in den Aufgabenkatalog des BSI. Im Übrigen, so der Referent, schütze Papier nicht alleine vor Angriffen, zu einer wirksamen Cyber-Abwehrstrategie gehört nach seiner Ansicht eine gründliche Bestandsaufnahme vor Ort um Prioritäten für die schützenswerten Systeme bilden zu können. Das fand ausdrückliche Unterstützung auch von *Uwe Kriester,* Leiter CERT, Deutsche Rentenversicherung Bund und *Chris Trynoga,* Solution Architect, McAfee Germany, der die IT-Sicherheitsverantwortlichen und Unternehmen nicht nur als mahnende Stimmen sondern auch als sichere Enabler verstanden wissen will.

Diskussion in der Expertenrunde zum Thema "Public Data Transformation – Next Generation IT-Security"

Den nachmittäglichen Start im Hauptprogramm markierte das Podium Cyber-Attacken bei automatisierten Systemen – Next Generation IT-Security II unter Leitung von *Prof. Dr. Christian Djeffal,* Assistant Professor für Law, Science, and Technology an der Technischen Universität München. Es diskutierten *Andreas Reisen,* Referatsleiter Cyber-Sicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und *Lars Wentorp,* Chief Information Officer, Hamburg Port Authority:

In seinem Impuls wies der Moderator darauf hin, dass z. B. KI basierte Cyber-Attacken immer häufiger festgestellt werden mit dem Effekt, dass mit weniger Aufwand immer schnellere Raubzüge pp. durchgeführt werden können. Auch in der Cyber-Abwehr werde und müsse mittels KI die Verteidigung gestärkt und zielgerichtet ausgeweitet und intensiviert werden.

Für die Hamburg Port Authority steht die Cyber-Sicherheit ganz oben auf der Agenda, die Gefahren für die Übernahme und Fremdsteuerung zahlreicher Sensoren z. B. könnte dazu führen, dass die gesamte für den Hafenbetrieb zwingend notwendige Infrastruktur gefährdet wird. Wenn ein gekaperter Tiefenmessungssensor die Elbtiefe z. B. gefälscht mit 15 Metern angebe, aber nur zehn Meter tatsächlich vorhanden seien und daraufhin Schiffe auf Grund liefen, könne der Schaden und damit auch das Erpresserpotenzial immens sein. Allein das veraltete Schienen- und Steuerungssystem der Hafenbahn ist ein nur schwer zu schützendes Einfallstor für Cyber- und Erpressungs-Attacken. Gerade dazu sei Netzsegmentierung und intensive Kommunikation mit anderen Bahnbetreibern notwendig und wünschenswert, um die drohenden Attacken in gemeinsamer Erfahrung und Aktion besser abwehren zu können.

Angriffe, so *Wentorp,* seien nicht immer erkennbar, auch die langfristig angelegten Attacken von sog. "Schläfern" müsse man im Fokus haben. Er stellte im Übrigen die Frage bzw. die Anregung in den Raum, dass für die vielen öffentlichen Unternehmen, ihre Systemrelevanz und ihre Versorgungspflichten vielleicht eine gemeinsame Plattform geschaffen werden könne/solle um in ausgebauter und übergreifender Kooperation IT-Sicherheit systematisch für die Zukunft weiter zu entwickeln.

Andreas Reisen gab seinen Frust zu einer Umfrage unter KMU zur IT-Sicherheitslage kund: Das BMI habe zur Digitalen Souveränität und IT-Sicherheit trotz Kooperation mit dem BDI und dem DIHK kaum verwertbare Rückmeldungen bekommen, auch und obwohl der Bund Fördermittel dazu avisiert hat.

Er verwies im Weiteren auf die Cyber-Agentur der Bundeswehr, die die äußere und innere IT-Sicherheit im zentralen Fokus hat. Mit weiteren Forschungsmitteln wolle man sich dem Anspruch nähern in "Vorderhand" zu kommen. Er forderte drei wesentliche Dinge:

> **"Ein "Sharing Portal" einrichten"**
> Andreas Reisen

Eine vertrauenswürdige IT entlang ihrer gesamten Kette, in mathematischen Strukturen und soziotechnisch aufgebaut, den technologischen Einsatz von KI zur Entwicklung von assoziativen Mechanismen, auch für Altsysteme und schließlich als sozialen Ansatz mehr Kooperation z. B. im Sinne eines "Sharing Portals". Die Technik dafür sei vorhanden, es fehlt noch an der nötigen Organisation. Im Kritis Bereich, so *Reisen,* sei die Reaktion und Kooperation bislang zu langsam, für die Zukunft müsse sie in Echtzeit funktionieren und auch so vom BSI bereitgestellt werden. Alte Systeme, so seine Empfehlung, sind am Besten in eine Shell zu packen, damit sie dort an den Rändern der Shell geschützt werden können, die Technologie dafür ist durchaus vorhanden.

Als Ergebnis des Podiums war der Appell festzuhalten, das Silodenken in der IT-Sicherheit zu überwinden, IT-Sicherheit von und mit informierten Menschen zu formen, Hersteller und Betreiber digitaler Dienst an ihre Verantwortung für das Ganze stetig zu erinnern. Der Hinweis auf den neuesten BSI Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland aus 2020 rundete das Forum ab.

https://www.bsi.bund.de/DE/Publikationen/Lageberichte/lageberichte_node.html

Warum ist erfolgreiche IT-Security Konsolidierung so schwer? So das Thema des Vortrages von *Mirko Kürten,* Strategic Sales Manager, Checkpoint Software Technologies.

Er beklagte die Vielfalt der unterschiedlichen IT-Sicherheitssysteme ebenso wie den fehlenden Einbezug privater digitaler Komponenten und Geräte, gerade in Zeiten des Corona bedingten, verstärkten Homeoffice. Ob und wie z. B. Attacken über Heimgeräte, wie Privathandys, Fahrzeuge, digitale Entertainmentgeräte pp. durch erfolgreiche Cyber-Attacken anschließend dann in Unternehmens- und Verwaltungsnetzwerke gelangen könnten, sei bislang kaum beachtet worden, dies sei aber notwendig.

Er plädierte vehement dafür, zentrale Verantwortliche zu benennen, die in Sachen IT-Sicherheit "den Hut aufhaben" müssen, IT-Security müsse Chefsache werden. Der Schutz der vielen potenziellen Einfallstore brauche mehr Geld auf Seiten der Verteidiger, der Angreifer sei dagegen in der

vergleichsweise günstigen Situation, dass er nur ein einziges Einfallstor finden müsse. Seine Forderungen darüber hinaus:

Hersteller reduzieren, langfristig und kontinuierlich denken, einen drei bis fünf Jahresplan zur IT-Sicherheit erarbeiten, die Erhöhung der Sicherheitslevel, in der Abwehrtechnik nicht nur auf Erkennung setzen und die Mitarbeitenden entlasten.

In der zweiten Expertenrunde des ersten Tages standen folgende Schwerpunkte an:

- Social Engineering – Sichere IT beginnt bei den Mitarbeitern,
- Künstliche Intelligenz – Mit jedem Angriff dazulernen,
- Internet Security – Kein Zutritt für Viren, Trojaner und Co.,
- Emotet – Abschalten ist auch (k)eine Lösung – Incident Management 2.0,
- Cyber-Sicherheit öffentlicher Netze,
- IT-Security made in Germany – Vertrauensanker im digitalen Raum?

Unter Moderation und Impuls von *Stefan Becker,* Referatsleiter Cyber-Sicherheit für die Wirtschaft, BSI, diskutierten *Henning Voß,* Referat Wirtschaftsschutz, Geheimschutz in der Wirtschaft, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Melanie Volkamer, Forschungsgruppenleiterin Security ,Usability, Society, Karlsruher Institut für Technologie und *Christine Kipke,* Managing Director, exploqii/KnowBe4.

Es sind vermehrt "Topfälschungen", absolut professionell gemacht und nur sehr schwer zu erkennen, aktuell unterwegs, so die Erkenntnisse des BSI. Das gilt auch für die Frage des zunehmenden Social Engeneering, wer denn überhaupt hinter den Angriffen steckt. IT-Sicherheit muss Chefsache werden, weil sie die absolute Voraussetzung der weiteren Digitalisierung ist, so der Moderator. Er plädierte dafür, den "Wall vor dem Hochwasser zu erhöhen". Auch das Ausforschen am Telefon müsse man in den Blick nehmen um nicht auf noch so charmant oder mit Druck geforderte betriebliche Kontaktdaten leichtfertig nach außen zum möglichen, nachfolgenden Missbrauch zu vergeben. Das gehöre ebenso dazu wie auch analoge Warnhinweise im Gebäude mit Aushängen und nicht in der Mittagspause offenstehenden Büros, die dann Zugang zu PCs ermöglichen.

Der Mensch ist die Schwachstelle im System – aber auch die letzte Firewall, so *Henning Voß.* Sabotage und Spionage fangen heute bei der systematischen Recherche der Homepages an, aus den sozialen Netzwerken lassen sich interessante Kontaktpersonen identifizieren, die dann nachfolgend für Cyber-Attacken mit ihrer digitalen Identität missbraucht werden können. Arbeitgeber sollten sich fragen, wo und in welchen Kanälen die Mitarbeitenden und das Führungsmanagement unterwegs sind. Technische Möglichkeiten der Alarmierung seien gewünscht, wenn z. B. angeblich interne Mails von außen gefaket eingehen. Das ist, so *Voß,* vor allem dann nötig, wenn dienstlich Mailanhänge geöffnet werden müssen, wie z. B. in der Personalabteilung, in der möglicherweise ein Angriff als Bewerbung mit Anlagen eingeht ...

Mitarbeitenden, die einen ersten Verdacht auf eine Attacke haben, einen Ansprechpartner anzubieten, sie zu ermuntern, über solche Dinge zu sprechen und nicht befürchten zu müssen, als unfähig eingeschätzt zu werden, ist die Empfehlung von *Prof. Dr. Volkamer,* wozu dann auch eine passende und gelebte Fehlerkultur im Unternehmen gehöre. Die Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden und der Führenden vor dem Hintergrund der größer werdenden Gefahren von Cyber-Attacken sei enorm wichtig, es dürfe keine Angst vor Fragen nach oben

“Weniger ist manchmal mehr”
Prof. Dr. Volkamer

geben. Konsequente Testszenarien und deren Auswertung pp. gehören auch zu einer nachhaltig geprägten und gelebten IT-Sicherheitsabwehr.

Keine Angst vor Fragen nach Oben – Fehlerkultur gefragt

Die IT-Sicherheit müsse stets auf aktuellem Stand gehalten werden, für den Angreifer reiche schließlich nur ein Klick. Gefragt sind mit Blick auf die Mitarbeitenden “Dual Use Konzepte”, die letztlich auch Motivation mit sich bringen, Spaß machen und einen konkreten Nutzen erzeugen, z. B. zur persönlichen Entlastung beitragen, weil die Arbeit effektiver wird und weniger stressbelastet ist.

IT-Sicherheit ist kein Sprint sondern mindestens ein Marathon, so *Christine Kipke,* eine Fortbildung pro Jahr reicht nicht, wie in der Fahrschule muss eigentlich ständig in Sachen Sensibilisierung pp. geübt werden, die “Human Firewall” gezielt aufbauen. Ein “adäquates Misstrauen” in die Belegschaft zu verwurzeln, im Wissen darum dass die Angreifer ein ständig ausgefeilteres Businessmodell verfolgen, sei an der Tagesordnung. Die Kommunikation in der IT-Sicherheit müsse darauf gezielt abstellen, dass die erforderlichen Schutzmaßnahmen nicht Kosten sondern Investitionen sind, deren Return of Invest sich in der Zukunft durch verhinderte Schadensereignisse zeigen wird.

Die Conclusio aus der Expertenrunde: Das Thema ganzheitlich angehen, Türen nicht offen lassen, Angebote zur externen Beratung z. B. von LKA oder Verfassungsschutz nutzen, zu erkennen, dass IT-Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, dass sich permanente Trainings und Testszenarien lohnen und nur Effektives zur Cyber-Abwehr einsetzen. Dabei ist “Weniger manchmal mehr”.

Datensouveränität – Wie erreichbar? Das Podium setzte den Schlusspunkt des ersten Tages

Unter Moderation von *Ammar Alkassar,* Bevollmächtigter des Saarlandes für Innovation und Strategie/CIO diskutierten *Manuel Höferlin,* Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda sowie *Dr. Michael Littger,* Geschäftsführer, Deutschland sicher im Netz e. V.

Datensouveränität mit seinen persönlichen Aspekten geht über die Digitale Souveränität im Allgemeinen noch hinaus, und was denn in den nächsten Jahren dazu ansteht, um sie zu gewährleisten, so die Fragestellung des Moderators. Wie stellt sich die Transportablilität von persönlichen Daten bei Anbieterwechsel z. B. dar, wem gehören die in der Nutzungszeit entstandenen Algorithmen, die die jeweilige Nutzung u. a. abbilden? Auch das Fragestellungen, zu denen es bislang noch keine Antworten gibt. Und: Wie es im wettbewerblichen Sinne ermöglichen, dass nicht nur die Branchenriesen immer größer werden – auf immer mehr auch werblich zu nutzenden Daten und Algorithmen zurückgreifend – und neue Anbieter kaum Markteintrittschancen haben, so weitere Fragen von *Ammar Alkassar,* ebenso wie der Hinweis, daraus auch vielleicht eine Wirtschaftspolitik mit Bezug auf Plattformen regulatorisch zu entwickeln.

Wir könnten in der Datensouveränität schon weiter sein, die Technik und der Rahmen dafür sind bereits da, so *Dr. Littger,* es fehle aber an Dialog und Kompetenz dazu. Die Informationen zu Anbieterwechseln auf der Grundlage der DSGVO seien noch zu dürftig und in der Allgemeinheit noch nicht wirklich und umfassend angekommen. Er forderte mehr Innovationsbereitschaft von Unternehmen, auch mit Blick auf den innerstädtischen Einzelhandel und deren Probleme sowie die Bereitschaft durch hochqualifizierte Beratung und neue Geschäftsmodelle mehr zur eigenen Existenzsicherung zu tun.

Unternehmen und auch Verwaltungen kennen ihre Datenmengen kaum, so *Manuel Höferlin.* Er forderte weitergehende digitale Aufklärung, wie mit Daten das Leben besser gemacht werden kann, wie mit aggregierten Daten bessere Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden können. Modelle für Datenteilung aufzubauen und dies zu gegenseitigem Vorteil zu nutzen, sei weitere Überlegungen wert, auch um “coole Nutzungen” zu entwickeln; dies könne das Akzeptanzverhalten befördern. Die Überlegung, nicht Personen bezogene Daten z. B. auf Datendrehscheiben verpflichtend einzustellen, mittels Datentreuhänder für alle Marktteilnehmer verfügbar zu machen, sei eine weitere Prüfung wert.

“Coole Nutzungen entwickeln!”
Manuel Höferlin

Die Pläne für GAIA X seien zu begrüßen, aber, so *Höferlin,* sie seien im Wirtschaftsministerium immer noch im Silo, weil die anderen Ressorts nicht genügend eingebunden seien bzw. zur Mitarbeit bereit seien. Er regte auch an, die staatlich geforderten Identifizierungs- und Authentifizierungsprozeduren in GAIA X einzubeziehen.

Der Tag zwei des Kongresses begann mit einer Videobotschaft zum Thema Sicherheit und Recht im digitalen Zeitalter von *Prof. Dr. Roland Wöller,* Sächsischer Staatsminister des Innern.

In rauer gewordenen Zeiten, in der u. a. in den Sozialen Medien Hass und Radikalisierung geschürt würden sei das Sicherheitsgefühl der Menschen besonders groß und der Druck auf die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen in neuer Qualität spürbar. Es gelte das Recht auch in der virtuellen Welt durch den Staat zu sichern. Der jährliche Schaden durch Cyber-Angriffe beträgt nach seinen Worten mehr als 100 Mrd. Euro pro Jahr, schon das mache die Herausforderung für die IT-Sicherheit im Digitalen Zeitalter deutlich. fünf Ansatzpunkte zählte der Minister dazu auf:

- Prävention durch verstärkte Kooperation,
- die Strafverfolgung erleichtern, seiner Ansicht nach auch mit einer EU weiten Vorratsdatenspeicherung,
- eine Rechtsentwicklung, die den Weg von Vertraulichkeit im Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit findet,
- die Steigerung von Ausbildung und Fortbildung sowie die Bereitstellung der dafür notwendigen Budgets und
- eine Technologie, mit der wir es erreichen, den Cyber-Kriminellen voraus zu sein.

Zur Videodokumentation – Tag zwei – geht es hier:
https://www.digitaler-staat.online/2020/11/12/public-it-security-2020/#1605774973913-a78252e1-f7c5

Fortgesetzt wurde das Hauptprogramm mit dem Podium zum Thema Business Continuity Management – mobile Behörde.

Moderation und Impuls hatte kurzfristig *Guido Gehrt,* Behörden Spiegel übernommen; es diskutierten *Paul Große-Venhaus,* IT-Produktionsleiter, IT-Notfallbeauftragter IT.NRW, IT-Notfallverantwortlicher NRW gem. BSI-Grundschutz 200-4, Landesbetrieb Information und Technik NRW, *Daniel Gilles,* Referat "BSI-Standards und IT-Grundschutz", Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, *Ralf Stettner,* Abteilungsleiter Cyber- und IT-Sicherheit, Verwaltungsdigitalisierung und CISO der Landesverwaltung, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport und *Dr. André Egners,* Product Manager Endpoint Security, Rohde & Schwarz Cybersecurity.

Mobiles Arbeiten müsse im Sicherheitscheck soweit gehen, dass auch mit Festplattenverschlüsselung gearbeitet werde, um im Verlustfalle keine unnötigen Risiken für das eigene Netzwerk zu generieren, führte *Dr. André Egners* aus. Die Entwicklung von Chips in der EU – dann garantiert ohne "Hintertüren" – sei seiner Meinung nach angesagt, auch wenn es sicher zehn bis 15 Jahre dauern würde, den Vorsprung der großen Player in den USA oder China einzuholen. Schnittstellen zu privaten Geräten und deren Kontrolle sei erforderlich, auch mit Blick zu den verstärkt eingesetzten Videokonferenztools und deren Sicherheits- und Datenschutzlücken. Wenn die Datensouveränität dadurch einmal Schaden genommen hat, sei es zu spät, die "Zahnpasta kommt nicht mehr zurück in die Tube" ...

Die Zahnpasta kommt nicht mehr zurück in die Tube

Das Hessische Cybercrime Center ist nach den Worten

Prof. Dr. Roland Wöller, Sächsischer Staatsminister des Innern, sprach über Sicherheit und Recht im digitalen Zeitalter.

Screenshot: Behörden Spiegel

von CISO *Ralf Stettner* kräftig ausgebaut worden und in der Lage die sog. "Hessen-PC" in der Verwaltung auch laufend zu überwachen. Die in den Bundesländern unterschiedliche Organisation der CISO müsse in jedem Falle dafür sorgen, dass bei allen Cyber-Attacken die Staatliche Handlungsfähigkeit gesichert bleibt. In Hessen gibt es jetzt neu einen Studiengang IT-Forensik, mit dem die notwendigen Mitarbeiter/innen ausgebildet und auch weiter qualifiziert werden sollen.

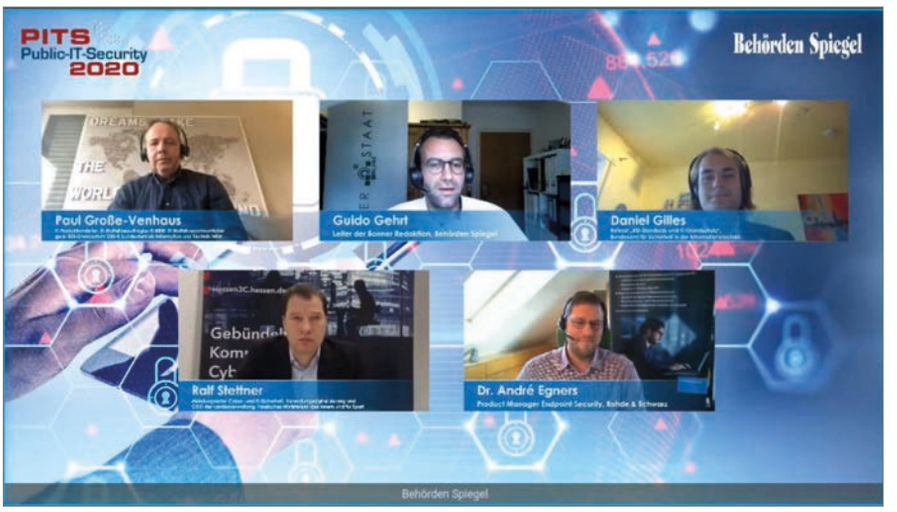
> **"Köpfe auf Krise umprogrammieren"**
> Ralf Stettner

Krisenmanagement erfordert nach seinen Worten "unorthodoxes Denken" und eine "Ungewissheitskompetenz", Entscheidungen in unklarer Lage zu treffen, wie es im Einsatzgeschehen im Militärischen Bereich oder in der Polizeiarbeit üblich und notwendig sei. In der Verwaltung gebe es diese Art von Krisenreaktion im "Normalbetrieb" eher nicht. Krisenvorsorge, Redundanzen, Geld und Einsatzkompetenz seien erforderlich, auch: Die "Köpfe auf Krise umprogrammieren".

Nicht jeder in der Verwaltung kann Krisenmanagement, die Talente dafür systematisch zu eruieren und zu qualifizieren

sei das Gebot der Stunde, so *Stettner.* Es gelte, einen Verbund von Staat und Unternehmen konkret zu denken und krisenfest zu machen, leider gebe es auch dafür zu wenige Szenaristen, die solche Entwicklung befördern und tragen könnten.

Besondere Aufmerksamkeit und abstimmende Kooperation schon im Vorfeld brauche es im Krisenmanagement, allein schon um zu verhindern, dass sich Behörden, Bund, Länder und Kommunen in der Nachfrage nach Hardware und anderen knappen Gütern in der Krisenlage gegenseitig überbieten und unnötige Konkurrenz machen. Rahmenverträge als Vorsorge ausgearbeitet, auch eine Veränderung im Vergaberecht für Krisensituationen seien das Gebot der Stunde. Nach seinen Worten gibt es dazu keine ausreichende "Interaktionsqualität der Silos", Doppelarbeiten, vermeidbare Kosten und unterschiedliche Interessenlagen sind die Ursache bzw. die Folge daraus.



Eine weitere Expertenrunde dieskutierte des Thema "Business Continuity Management – Mobile Behörde". *Screenshot: Behörden Spiegel*

Nach den Worten von *Daniel Gilles* arbeitet das BSI derzeit an Strukturempfehlungen, wie IT-Sicherheit im Rahmen von Krisenmanagement in Zukunft besser aufgestellt und Schadenslagen bestmöglich abgewendet werden können. Dazu wird auch der BSI-Grundschutzkatalog überarbeitet und erweitert, auch mit dem Ziel, wie man krisenfeste Mitarbeiter/innen adressiert und schulen kann. Wichtig ist nach seiner Einschätzung, vorrangig klare Strukturen zu schaffen, auch dazu wird das BSI Empfehlungen erarbeiten und publizieren.

Nach der Krise ist vor der Krise – so *Paul Große-Venhaus* mit der Einschätzung, dass man eine flexible Response im Sinne einer Business Continuity benötige. Er empfahl, die eigenen Prozesse im Sinne von Notwendigkeiten und Prioritäten in den Blick zu nehmen, Nutzenziele zu erarbeiten und im Sinne des notwendigen Trainings auch tatsächlich testweise auch einmal "den Stecker zu ziehen" und den "Mut zur Lücke" zu finden, um die Wirksamkeit der Krisenreaktion und -bewältigung zu erproben. Aus eigenen Erfahrungen dazu wies er darauf hin, wie wichtig solche Erfahrungen für alle Beteiligten sind.

Den Stecker ziehen und Mut zur Lücke

Über TISiM, das neue Unterstützernetzwerk zur Cyber-Resilienz der Wirtschaft berichtete *Sandra Balz,* TISiM-Geschäftsstellenleiterin, Deutschland sicher im Netz e. V.

Angetrieben durch die nicht ausreichende Sicherheitslage in der Mittelständischen Wirtschaft hat sich dieses neue – anbieterneutrale – Netzwerk neu gebildet. Die Entwicklung eines sog. SecOMat mit zehn Fragen zur Lage der IT-Sicherheit im Unternehmen soll ein qualifizierter und standardisierter Einstieg für die KMU ab dem neuen Jahr ermöglicht werden. Sensibilisierung für Daten- und Digitalsouveränität, train the Trainer in Kooperation mit dem DIHK, Fraunhofer und de Hochschule Mannheim stehen dabei im Vordergrund.

Cyber-Abwehr plus – Weg und Ziel für zukünftige IT-Sicherheit, war der letzte Punkt im Hauptprogramm unter Moderation und Impuls von *Dr. Harald Niggemann,* Cyber Security Strategist, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, mit *Heiko Löhr,* Abteilung Cybercrime, Bundeskriminalamt, Brigadegeneral *Jens-Olaf Koltermann,* Unterabteilungsleiter Cyber-/Informationstechnik, Bundesministerium der Verteidigung und *Stefan Rabben,* Area Director DACH & Eastern Europe, Wallix.

Cyber-Angriffe beschleunigen sich zukünftig immer mehr, zunehmend werden sie automatisiert durchgeführt, so der Moderator in seinem Impuls. Das fordert auch von den Verteidigern zunehmend neue und auch automatisiert ablaufende Abwehrmechanismen, wenn "wir vor die Welle kommen" wollen. Vergleiche der Cyber-Kriminalität mit der organisierten Kriminalität (OK) sind durchaus berechtigt, arbeiten doch die Cyber-Kriminellen in arbeitsteiligen Strukturen und nutzen die verdeckten Strukturen des Darknet zur gemeinsamen Attacke.

General *Koltermann* sieht das Erfordernis einer Gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge ähnlich den Schutzmechanismen des Kalten Krieges aus der Vergangenheit. Mit dem neuen Cyber-Abwehrzentrum der Bundeswehr ist man dabei,

die nötige Sicherheitsarchitektur aufzubauen und sowohl defensive als auch offensive Maßnahmen als Gegenwehr zu Cyber-Attacken durchzuführen. Offensive Maßnahmen insoweit, als dass die in das Abwehrzentrum eingebundenen Dienste, wie der MAD, die NATO, die OSZE, das Auswärtige Amt pp. in ausländische Netze eindringen zu können und dort Angreifer oder Geiselnehmer pp. ausfindig zu machen und wenn möglich aktiv bekämpfen zu können.

Das Cyber-Abwehrzentrum PLUS kommt

Die Arbeit und die Befugnisse des Cyber-Abwehrzentrums der Bundeswehr sind durch Art. 87a des Grundgesetzes gedeckt, sodass zu den Herausforderungen der sicheren Digitalisierung keine weiteren gesetzlichen Voraussetzungen erarbeitet werden müssen. Die drei Schwerpunkte des Abwehrzentrums umriss General *Koltermann* wie folgt: Militärischer Einsatz außen, Cyber-Abwehr innen und subsidiäre Hilfe für andere Verwaltungen.

Die weitere Entwicklung mit der Bezeichnung "Cyber-Abwehrzentrum PLUS" soll weitere Attributisierungsprozesse mittels technischer Analyse für die Bundesregierung zusammenführen und ermöglichen; dies gleichermaßen auch für Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr im Weiteren: Eine "Need to share Plattform" für schnelle und treffsichere Aktion zu schaffen, ähnlich wie sie die Bundeswehr in ihrem Einsatz in Afghanistan entwickelt hat.

Wichtig für das Cyber-Abwehrzentrum sei es, auch dort gemeinsam die Übungsexpertise der Bundeswehr zu nutzen und die Arbeit und die Herausforderungen in der Cyber-Abwehr stringent und dauerhaft zu üben und gemeinsam einzuschätzen.

Die Personal- und Ermittlungskapazitäten der Polizei müssen ausgebaut werden und zwar nicht nur im BKA sondern auch in den Landespolizeien, so *Heiko Löhr,* ebenso müsse in der Polizeiarbeit und in den öffentlichen Verwaltungen eine neue Qualität in der Zusammenarbeit mit Externen, der IT-Wirtschaft pp. angestrebt werden. Tools zur Früherkennung und Trendableitung seien ebenfalls erforderlich, so der Vertreter des BKA. Durch eine enge internationale Zusammenarbeit mit den Polizeien in Großbritannien, Holland und dem FBI sei es vor kurzem gelungen, einen großen kriminellen Ring aufzudecken, der im Darknet in großem Stil gestohlene Accounts verkauft hat.

Die Technik zur wirksamen Cyber-Abwehr ist vorhanden, so *Stefan Rabben,* für die Anbieter von Sicherheitstechnik komme es sehr darauf an, die Bedürfnisse ihrer Kunden zu verstehen und passgenaue Lösungen anzubieten. Covid-19 mache noch mehr Digitalisierung notwendig, auch verstärkte Aktivitäten um Ransomware und Emotet-Angriffe in deren notwendigen Zugriffen auf die Unternehmens- bzw. Verwaltungsdatenbanken und -bibliotheken abzuwehren.

Die dritte Expertenrunde beschloss den Kongress abschließend, die Themenstellungen dazu:

- KRITIS – Erste Maßnahmen zur Prävention und Resilienzstärkung für Verwaltungen und Unternehmen,
- Smart City – Inklusiv, vernetzt, robust,
- Cybercrime – Spionen, Dieben und Erpressern auf der Spur,
- Mobile Kommunikation – Flexibel arbeiten ohne Abstriche,
- Datensouveränität – Personenbezogene Daten und Identitäten in die eigene Hand nehmen,
- Cloud-Strategien – IT-Sicherheit und Souveränität.

Nach Impuls und unter Moderation von *Dr. Hans-Walter Borries,* Stellv. Vorstandsvorsitzender, Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen diskutierten *Prof. Dr. Beate Braun,* ebenfalls Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen, *Martin Wundram,* Vorstand IT-Security, Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen, *Thomas Sandner,* Director Technical Sales CEMEA, Veeam und *Stephan Gerling,* Kaspersky.

Am Beispiel von Stromausfällen machte der Moderator deutlich, welch immensen Schaden selbst kleine und sehr kurzfristige, erfolgreiche Cyberattacken für die betroffenen Institutionen haben können und haben werden, wenn es nicht gelingt, die Resilienzen zu steigern. Es brauche dazu u. a. eine gemeinsame Plattform für alle Kritis Betreiber, auf der möglichst in Echtzeit Informations- und Aktionsaustausch planbar sei und erfolgen könne.

Prof. Dr. Beate Braun wies auf die kommenden Risiken der EE Einspeisung hin, die die Energieversorgung mit Blick auf den Kohleausstieg in 2038 noch volatiler als derzeit machen werde. Wind und Sonne stehen nicht immer ausreichend zur Verfügung und vorhandene Ersatzkraftwerke werden im Sinne der Kritis Regeln noch nicht überwacht. Ihr Verband ist ein Zusammenschluss von Industrieunternehmen, die auf beständige und absolut sichere Stromlieferungen und Verfügbarkeiten angewiesen sind. Die Initiative wird ausschließlich von Unternehmen getragen, in der "Heppenheimer Erklärung" sind die Forderungen des Verbandes jüngst deutlich artikuliert und an NRW Wirtschafts- und Digitalminister *Prof. Dr. Pinkwart* übergeben worden.

https://www.iares.de/index.php/aktuell/unternehmer-und-verbaende-uebergeben-minister-pinkwart-heppendorfer-erklaerung

Die Industrieallianz mit derzeit ca. 300 Mitgliedern fordert eine 24/7/365 Verfügbarkeit im Sinne des digitalen Kritis-Managements um die andernfalls zu erwartenden unübersehbaren Schäden für Unternehmen auch für Staat

und Gesellschaft vermeiden zu können. Dazu gehört auch der weitere Kompetenzaufbau und der notwendige Kompetenz- und Techniktransfer.

Martin Wundram wies auch auf die Rolle der sog. "Innentäter" hin, die sich bisweilen als Mitarbeiter/innen gegenüber dem eigenen Arbeitgeber kriminell im Sinne interner IT-Attacken betätigen. Auch die nötige interne, offene Kommunikation über erfolgte Angriffe sei dann ein Problem, wenn aus Sorge um ggf. eigenes Versagen, Angriffe verschwiegen oder vertuscht würden. Es müsse in der Sicherheitskultur der Unternehmen und der Verwaltungen als Standard verankert sein, dass bei geringstem Verdacht auf einen Angriff "sofort der Netzstecker gezogen werde", weil eine sensibilisierte Mannschaft das Problem, die Attacke direkt erkennt und mutig handelt. Dazu empfiehlt er die Einrichtung von Ersthelfern, die solche Angriffsversuche helfen zu erkennen und die erste Abwehrmaßnahmen schon sichern, bevor die IT-Abteilung oder ein externer Sicherheitsdienstleister in größerem Umfang tätig werden kann.

Bei Verdacht: Sofort den Stecker ziehen

Thomas Sandner wies darauf hin, dass Hacker heutzutage nicht mehr nur per E-Mail Attacken ausführen, sondern sich über schlecht gesicherte Eingangstore auch bereits Administratorenrechte verschaffen und so auch Backups in ihrem Sinne von Fälschung, Ausbeutung und Erpressung übernehmen und nutzen können. Angesichts der im Angriffsfalle entstehenden Stresssituation empfiehlt er dringend vorab Backups stets so zu planen, zu dokumentieren, zu organisieren und automatisch anzupassen, dass im Falle des Falles möglichst viele Routinen zur Erkennung und Abwehr möglichst automatisiert zur Verfügung stehen.

Stephan Gerling zeigte auf, wie sich ein Unternehmen, das als Anbieter von Viruserkennungssoftware begonnen hat, sich mit den zunehmenden Cyber-Angriffen der letzten Jahre im Produktportfolio weiterentwickelt hat. Resilienz Stärkung und Feuerwehrfunktionen seien heutzutage unentbehrlich, wenn denn eine IT sichere Welt weiter aufgebaut werden soll.

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des "Digital-Jahrzehnts"

Ob die PITS des Jahres 2021 wieder in Berlin als Präsenzkongress stattfinden kann, ist angesichts des derzeitigen Verlaufs der Covid-19-Pandemie und der Frage, wie weit die Durchimpfung gelingt, noch nicht absehbar. Unabhängig davon bleiben die großen Herausforderungen der Cyber-Sicherheit auf der Tagesordnung. Die PITS des Jahres 2020 hat gezeigt, dass die unverzichtbare Diskussion dazu auch im Rahmen eines virtuellen Kongresses stattfinden kann, wenngleich der kollegiale Austausch nur eingeschränkt möglich ist.

Die PITS 2020 hat es inhaltlich auch wieder deutlich gemacht: Das Bedrohungspotenzial, die Cyber-Attacken, seien sie Ausfluss krimineller Energie, seien sie von ausländischen Staaten gestützt, geduldet oder lanciert und damit die IT-Sicherheit insgesamt, werden uns alle vor weiter steigende Herausforderungen stellen. Die politischen und administrativen Diskussionen und Entscheidungen des begonnenen neuen Jahrzehnts werden dadurch vorrangig, intensiv und mit aktuell noch nicht absehbaren Konsequenzen gefordert.

IT-Sicherheit absolut von vorne mitdenken

Die Digitalisierung der Verwaltungen, die "Verwaltung 4.0" muss auch mit den zunehmenden Bedrohungen Schritt halten: Ihre Leistungsfähigkeit auch in Sachen Cyber-Sicherheit – trotz nicht einfacher, föderaler Entscheidungs- und Vollzugsstufen zu sichern – ist eine zentrale Aufgabe aller verantwortlichen Akteure in Bund, Ländern und Kommunen, der Kommunalen IT-Dienstleister und der Experten in der Privaten IT-Sicherheitsbranche.

Da mittlerweile zu beobachten ist, dass Cyber-Attacken vielfach automatisiert ablaufen, ähnlich wie die Organisierte Kriminalität arbeitsteilig in einem neuen "Businessformat" arbeitet, fordert das Verwaltungen und IT-Sicherheitsanbieter in neuer Qualität und verstärkt in den kommenden Jahre heraus.

IT-Sicherheit als Curriculum in der Ausbildung

Der Fachkräftemangel und -bedarf wird es unumgänglich machen, IT-Sicherheit in Aus- und Fortbildung "oben auf der Skala" zu positionieren; Sicherheit im kommenden Digitalen Zeitalter ist an allen Stellen unseres Landes unverzichtbar und erster Punkt sicheren Lebens in der Zukunft:

Grund und Anlass genug, auch die Diskussion um gemeinsam zu produzierende Sicherheit der IT im Föderalen Staat auf der PITS 2021 fortzusetzen und zu schauen, wieweit die Beiträge des Jahres 2020 erfolgreiche Anstöße und Impulse geben konnten.

Der Termin der Public IT-Security 2021 steht bereits fest, der Kongress wird am 9./10. September 2021 – dann hoffentlich wieder im Adlon in Berlin als Präsenzkongress stattfinden.

DIGITALE SICHERHEIT RHEINLAND-PFALZ

19. NOVEMBER 2020

ONLINE-EVENT

www.digitale-sicherheit-rlp.de

#dsrlp20

RHEINLAND-PFALZ DIGITAL
WIR VERNETZEN LAND UND LEUTE

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Eine Veranstaltung des
Behörden Spiegel

Digitale Sicherheit Rheinland-Pfalz

Plattform zum Austausch von Kommunen, Land, Unternehmen und sicherheitspolitischen Akteuren

Erstmalig durchgeführt wurde die Webkonferenz "Digitale Sicherheit Rheinland-Pfalz". Wie nie zuvor hat das Corona-Jahr 2020 der Verwaltungsdigitalisierung entscheidende Impulse gegeben, allerdings: Der technische Fortschritt – etwa in Gestalt zunehmender Telearbeit – hat auch seine Risiken. Qualität und Quantität von Cyber-Attacken nehmen kontinuierlich zu, warnte *Randolf Stich,* Staatssekretär im Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz sowie Beauftragter des Landes für Informationstechnik (CIO). Eine der größten Gefahren: der Trojaner Emotet.

In Anbetracht der Gefahrenlage bildet der Schutz von Bürgerdaten einen zentralen Handlungsschwerpunkt der digitalen Agenda in Rheinland-Pfalz. Bereits in der Strategie für das digitale Leben habe man als Auftrag für die Landesverwaltung festgehalten, dass Datenschutz und Informationssicherheit mit der zunehmenden Digitalisierung Schritt halten müssen. Nach Einschätzung des CIO habe man die eigenen Ziele dabei noch übertroffen: Wenn man betrachte, was man in den letzten Jahren an IT-Sicherheitsinfrastrukturen errichtet habe, sei der Passus im Strategiepapier noch zurückhaltend formuliert gewesen. Heute verfüge Rheinland-Pfalz über ein geschlossenes IT-Sicherheitssystem, das von der Datenspeicherung bis hin zum Nutzer höchsten Anforderungen an Datensicherheit genüge.

Alleine eine sichere Infrastruktur reiche nicht aus, wie *Randolf Stich.* Um den Datenschatz der Verwaltung zu schützen, habe man ein Informationssicherheitsmanagement installiert, das – an den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausgerichtet – Sicherheit Ressort übergreifend umsetze. Entscheidend sei dabei der Faktor der Vernetzung. Die implementierten Lösungen umfassten neben einer verbindlichen "Leitlinie Informationssicherheit" für die Landesverwaltung ein regionales CERT und schließlich die Funktion eines Informationssicherheitsbeauftragten (CISO).

Staatssekretär Randolf Stich, CIO des Landes Rheinland-Pfalz

Foto: BS/MdI RLP/Torsten Silz

www.digitale-sicherheit-rlp.de

"Verwaltungsdigitalisierung und Datenschutz müssen auf ein gemeinsames Tempo gebracht werden."
Randolf Stich

In Rheinland-Pfalz mit dieser Aufgabe betraut ist *Dr. Oliver Gabel.* Er warnte vor den Bedrohungen insbesondere durch den Trojaner Emotet, der seit Beginn der Corona-Pandemie zunehmend auch Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser ins Visier nehme. Vorfälle wie jüngst an der Uniklinik in Düsseldorf oder der schon Monate zurückliegende, in seinen Folgen aber keineswegs bereinigte Angriff auf das Berliner Kammergericht, seien eindeutige Warnzeichen dafür, dass der Trojaner auch in 2020 noch zu den größten Bedrohungen des Cyber-Raums zähle.

Die besondere Gefahr von Emotet besteht darin, dass er zugleich als "Loader" fungiert, was bedeutet: Hat sich der Trojaner einmal eingeschlichen, kann er beliebig weitere Programme nachladen. Seinen Anfang nimmt die Infektion dabei meist mit einer E-Mail, deren Anhang Schadcode enthält. Umso wichtiger sei die richtige Vorbereitung, mahnt *Dr. Gabel.* Für den CISO bestehen die drei Säulen der Prävention aus regelmäßigen Updates, der Einschränkung privilegierter Rechte sowie einem offline-Backup. Ferner rät er zu einer Netzwerk-Segmentierung, die durch Abstufung der Vertrauensbereiche verhindert, dass ein Virus oder Schadprogramm à la Emotet die gesamte Infrastruktur lahmlegt.

Und was ist zu tun, wenn die Malware das System bereits infiltriert hat? Um der Ausbreitung von Emotet vorzugreifen, müsse das infizierte Gerät sofort vom Netzwerk getrennt werden. Obligatorisch: die vollständige Bereinigung des betroffenen Systems, die Änderung des bisherigen Kennwortbestands – auch der im Browser gespeicherten Passwörter – eingeschlossen. Gerade mit Blick auf die zusehends professioneller werdenden Angriffe brauche es heute mehr denn je zusätzlich zu technischen Abwehrmechanismen, auch Strategien der Mitarbeitersensibilisierung, so dass die Kenntnisse der IT und Awareness in Fragen der Sicherheit als gesellschaftlicher Standard etabliert werden können. Denn kleiner werde die Gefährdungslage auch in den kommenden Jahren nicht, ist sich *Dr. Gabel* sicher.

Digitale Verwaltung

Rheinland-Pfalz 2020

Vernetzte Evolution zum Wohle von Bürger/-innen, Wirtschaft und Verwaltung

24. November 2020 **ONLINE-EVENT**

www.dv-rlp.de **#dvrlp20**

In Kooperation mit

Rheinland-Pfalz Ministerium des Innern und für Sport

Städtetag Rheinland-Pfalz

GStB Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz

Landkreistag Rheinland-Pfalz

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

"Digitale Verwaltung RLP"

Vernetzte Evolution zum Wohle von Bürger/-innen, Wirtschaft und Verwaltung

Auch der Kongress "Digitale Verwaltung RLP" wurde 2020 Pandemie bedingt als Webkonferenz durchgeführt, doch blieb auch im digitalen Format der Plattform-Charakter der Veranstaltung erhalten.

Information, Austausch, Vernetzung und gemeinsames Handeln ist nicht nur im Kampf gegen Corona die richtige Strategie, sondern auch für eine erfolgreiche digitale Evolution und Transformation von Staat und Verwaltung. Der Kongress "Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz 2020" sollte als Plattform und Informationsdrehscheibe – in diesem Jahr online – wiederum einen Beitrag dazu leisten, auch vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung in den zurückliegenden Jahren u. a. die Strategie "Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz" beschlossen hat.

Jüngst hat Rheinland-Pfalz dazu gemeinsam mit Hessen und dem Saarland, auch darauf basierend, eine Kooperation unter dem Titel "OZG-Verbund Mitte" zur Umsetzung des OZG beschlossen, auch dies eines von vielen Themen auf dem Kongress des Jahres 2020.

Dr. Eva-Charlotte Proll, Mitglied der Geschäftsleitung des Behörden Spiegel, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insbesondere den Schirmherrn des Kongresses, *Randolf Stich,* Staatssekretär und Amtschef im Ministerium des Innern und für Sport Rheinland Pfalz und zugleich IT-Beauftragter des Bundeslandes.

Mit seiner Eröffnungsansprache dankte er dem Behörden Spiegel, dass er als Veranstalter im "Pandemiestress" auch in diesem Jahr den Kongress im neuen Webformat wiederum möglich gemacht hat. Mit einigem Stolz konnte er von der Stabilität der Netze in Rheinland-Pfalz berichten; der in 2011 begonnene Breitbandausbau habe mittlerweile dazu geführt, dass nicht – wie seinerzeit zu Beginn der Förderung – nur 27 Prozent der Haushalte mit 50 Mbit Bandbreite ausgestaatet sind, sondern aktuell 90 Prozent der Haushalte über eine solche Verbindung verfügen, zu 50 Prozent im Weiteren sogar im Gigabitbereich.

Auch die Anbindung von Unternehmen und Schulen ans schnelle Netz hat in Rheinland-Pfalz beeindruckenden Umfang angenommen, so sind z. B. in den 24 Landkreisen insgesamt 44 Ausbauprojekte im Volumen von ca. 212 Mio. Euro auf den Weg gebracht worden, 14.000 Unternehmen im Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen. Zahlen, die, so Staatssekretär *Stich,* in Zukunft im Rahmen der Gigabit Strategie konsequent weiter steigen werden.

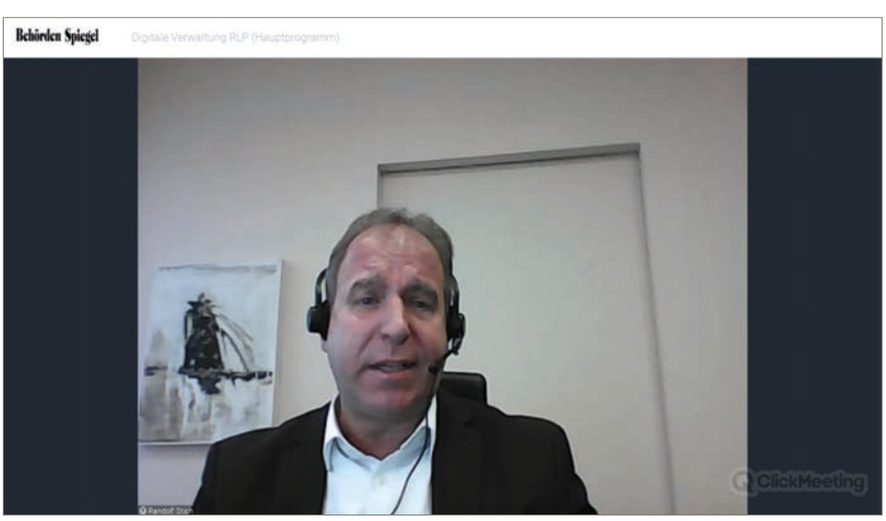
www.dv-rlp.de

"Nach dem Ausbau ist vor dem Ausbau"
Randolf Stich

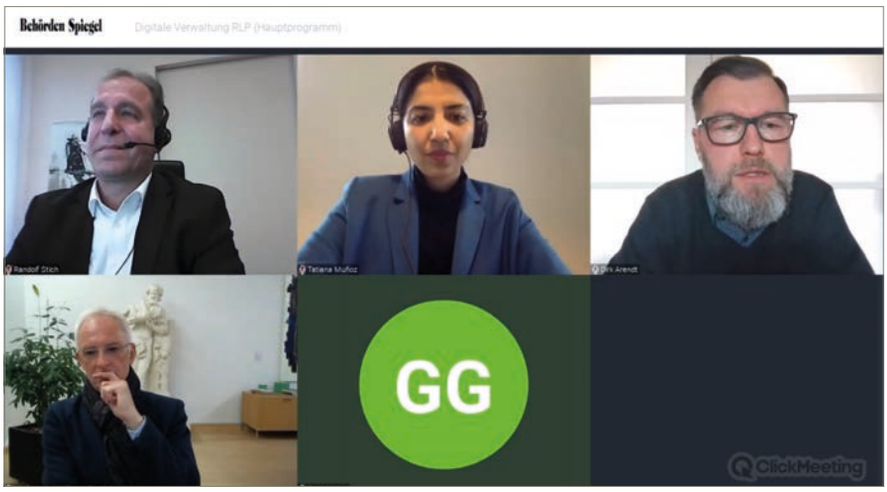
Die Infrastruktur dient insbesondere der gemeinsam mit dem Kommunalen Bereich, mit dem Lenkungsausschuss der Kommunalen Spitzenverbände avisierten Umsetzung des OZG, zu der im zurückliegenden Jahr sehr viel schon erreicht worden sei. Die gemeinsam mit den Kommunen entwickelten Basiskomponenten kommen zum Jahresende 2020 auf den Markt und können so weiter entwickelt und konkret nutzbar gemacht werden.

Die aktuell mit Hessen und dem Saarland vereinbarte Plattform "OZG Verbund-Mitte" wird die Umsetzung des OZG auf gemeinsamer Plattform weiter beschleunigen.

Der weitere von ihm thematisierte Aspekt der Digitalisierung ist die Datensicherheit und der Datenschutz, beides zentrale Elemente, die auf allen Ebenen sichergestellt werden müssen. Das "schwächste Glied in der Kette" bestimmt die Schutzqualität, so seine Überzeugung, weshalb auch in diese Richtung weiterer Ausbau in Rheinland- Pfalz geplant ist.



CIO Staatssekretär Randolf Stich begrüßte die Teilnehmer. *Screenshots: Behörden Spiegel*



Diskussionsrunde zum aktuellen Stand der Digitalen Verwaltung in Rheinland-Pfalz mit Vertretern von Land, Kommune und Unternehmen.

Ein "Sicherheitsmanagementsystem" ist im Entstehen und in vielen Bereichen schon im Einsatz.

Dass in Rheinland-Pfalz zu Beginn der Pandemie im Frühjahr bereits in allen Ministerien die E-Akte eingeführt hatte und sie an über 2.200 Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, hat die Arbeiten u. a. aus dem Homeoffice und unter den Ministerien sehr begünstigt. Aktuell ist der Rollout mit einem Release Wechsel in allen Landesbehörden geplant, womit dann über 22.000 Arbeitsplätze ausgestattet sein werden. Das im letztjährigen Kongress angekündigte und nun vom Landtag im Oktober 2020 verabschiedete E-Government Gesetz stellt für die Zukunft die digitale Entwicklung auf "stabile rechtliche Füße".

Aus den vielen gemeinsamen Projekten im Kommunalen Bereich zählte er insbesondere die "Digitalen Dörfer" auf, in denen in einer beispielhaften Aktion von Gemeinsinn im ländlichen Bereich die Digitalisierung befördert worden ist, ein "Exportschlager" aus Rheinland-Pfalz auch für andere Bundesländer.

Digitale Dörfer: Exportschlager aus Rheinland-Pfalz

Guido Gehrt, Leiter der Bonner Redaktion des Behörden Spiegel, moderierte die anschließende Podiumsdiskussion, "Update Digitales RLP" an der Staatssekretär *Randolf Stich, Wolfram Leibe,* Oberbürgermeister der Stadt Trier, *Dirk Arendt,* Head of Government, Public and Healthcare, Trend Micro und *Tatiana Herda Muñoz,* Senior Consultant, PD – Berater der öffentlichen Hand – teilnahmen.

Das noch unterentwickelte Marketing für Digitale Produkte, die noch nicht ausgefeilte Kommunikation mit den Usern/innen waren – neben durchaus auch positiven Erfahrungen – das Eingangsthema, auch basierend auf persönlichen Erfahrungen der Diskutanten z. B. in Bezug auf den Personalausweis und seine kaum akzeptierten Prozeduren und Komponenten. Greifbare, altersgerechte und visualisierte Sprache ist zur Akzeptanz der Digitalen Welt erforderlich, die Kommunikation dazu wird, so *Tatiana Herda Muñoz* immer noch als vermeintlich eher nachgeordnete Soft Skill unterschätzt.

Eine Einschätzung, die OB *Wolfram Leibe,* Trier, ausdrücklich teilte, zusätzlich auch mit Hinweis auf die neugestaltete Homepage seiner Stadt und auf seine fünfte Digitale Sprechstunde, mit der er 15.000 Teilnehmer erreicht hat. Wir müssen gute und überzeugende Services bieten, so der Trierer OB.

Staatsekretär *Randolf Stich* plädierte in diesem Zusammenhang noch einmal für den Portalverbund, den der IT Planungsrat schon länger auf der Agenda der OZG Umsetzung hat: Den Bürgern/innen sei es egal, über welches Portal auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene er einsteigt um eine digitale Leistung zu erhalten, er/sie muss auf einfachste Weise dorthin geführt werden, wo die Leistung dann ressortiert, abgerufen und in Anspruch genommen werden kann.

> **"Wir müssen gute Services bieten"**
> Wolfram Leibe

Die Sorge vor den Gefahren neuer digitaler Lösungen, die notwendige Balance von Datenschutz, Sicherheit und Usability, notwendiges Vertrauen in die digitalen Lösungen waren weiterhin Gegenstand der Diskussion. 37 Schulen in Trier wurde eine in Rheinland-Pfalz entwickelte Corona Warn App kostenfrei angeboten, nur zehn Schulen haben darauf zugegriffen, den anderen Schulen war die Lösung nicht sicher genug, so der Trierer Oberbürgermeister. Sie hätte die Kommunikation mit den Gesundheitsämtern wesentlich vereinfachen können.

Das im Übrigen das Land mit seinen Kommunen und deren Spitzenverbänden und dem regelmäßig tagenden Lenkungsausschuss eine ausgezeichnete Kommunikationsplattform und -Kultur gefunden hat, stellte Staatssekretär *Stich* noch einmal heraus: Das Land finanziert gemeinsam notwendige Basisdienste, -komponenten und -strukturen und setzt mit dem jüngst verabschiedeten E-Government

Gesetz auf die umfassende Kooperationsbereitschaft aller Kommunen im Land. Das in Rheinland-Pfalz schon existierende Kommunale Service Konto wird nun zum Landes Service Konto ausgebaut.

Kommunales Service Konto wird Landes Service Konto

Die gemeinsam entwickelten und für die Kommunen angebotenen zentralen Webservices stehen ab Dezember 2020 zur Verfügung, da es eigene Landesentwicklungen sind, sind sie auch gemeinsam weiter auf Landesebene steuerbar.

Guido Gehrt kündigte an dieser Stelle schon an – gern auch mit Blick auf die "Hilfestellung" der Pharmaunternehmen in Sachen Impfstoff – am 26. August 2021 den nächsten Kongress, dann (hoffentlich) wieder als Präsenzveranstaltung in Mainz durchzuführen.

In den insgesamt acht Fachforen standen die aktuellen Themen der Digitalisierung in Rheinland-Pfalz an. Im Fachforen-Slot I:

- OZG I: Aktueller Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes,
- Verwaltung I: Praktische Erfahrungen mit der E-Akte in Verwaltung und Justiz,
- Digitalisierung I: Smarte und vernetzte Kommunen in Rheinland-Pfalz,
- Infrastruktur I: Die Gigabit-Strategie des Landes,

fortgesetzt am Nachmittag im Fachforen-Slot II:

- OZG II: Herausforderung der OZG-Umsetzung in Kommunen,
- Verwaltung II: Digitale Transformation innerbehördlicher Prozesse und Organisation,
- Digitalisierung II: Ein einheitliches Geodatenmanagement für Rheinland-Pfalz,
- Infrastruktur II: Digitale Bildung in und für Rheinland-Pfalz.

Auszugsweise sind einzelne Beiträge aus den Fachforen nachfolgend wiedergegeben:

So diskutierten im Fachforum OZG I unter der Moderation von: *Dr. Eva-Charlotte Proll,* Behörden Spiegel, *Marcel Boffo,* OZG-Koordinator, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz zur Umsetzung des OZG im föderalen Kontext, *Thomas Gregetz,* Themenfeldfederführer Umwelt und OZG-Koordinator im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz zur Umsetzung des OZG im Themenfeld Umwelt unter der Federführung von Rheinland-Pfalz und *Dr. Klaus Lüttich,* Principal Consultant, Governikus über den Verlässlichen Zugang zu Online-Diensten und sichere Datenaustausch-Infrastruktur für eine erfolgreiche OZG- und SDG-Umsetzung.

Marcel Boffo, zeigte den aktuellen Umsetzungsstand des OZG im Bundesland auf. Gerade die Nachnutzbarkeit stellt nach seinen Worten eine zentrale Komponente in der OZG Umsetzungsstrategie neben der Breitbandfederführung dar. Rheinland-Pfalz setzt darauf, nur eine gewisse Anzahl von Onlineleistungen selbst zu kreieren (im Wesentlichen diejenigen aus den in der eigenen Verantwortung liegenden Themenfeldern des OZG), ansonsten aber auf die kommenden FIM Module zu setzen, von denen man sich eine weitergehende Standardisierung auch für die Schnittstellen verspricht, um über die Grenzen und Arbeitsbereiche der anderen Bundesländer damit auch Lösungen übernehmen zu können.

Thomas Gregetz, zeigte den aktuellen Realisierungsstand anhand des sog. "Wellenmodells" in Rheinland-Pfalz auf. Über das Kommunalprojekt zur Umsetzung des OZG wird die Koordination mit dem Kommunalen Sektor gesteuert, das eigene Landesprojekt gewährleistet die Nachnutzung im gesamten Landesbehördenbereich.

Dr. Klaus Lüttich sieht die größten Probleme darin, dass es im kommunalen Bereich noch zu unterschiedliche Vorgehensweisen und Realisierungsstände gibt, die wohl nicht durchgängig die Nachnutzungsmodelle ermöglichen, sondern auch noch örtliche Lösungen bzw. Zwischenschritte auch nach dem OZG-Termin erfordern werden. Nah an 100 Prozent herankommen, ohne schon die danach notwendige Prozessoptimierung im Backoffice erreicht zu haben, war dazu die Erwartung von *Marcel Boffo.* Der Mensch und die Verwaltung wachsen mit ihren Herausforderungen, so die Auffassung von *Thomas Gregetz,* der sich den Erwartungen der beiden Mitdiskutanten weitgehend anschloss.

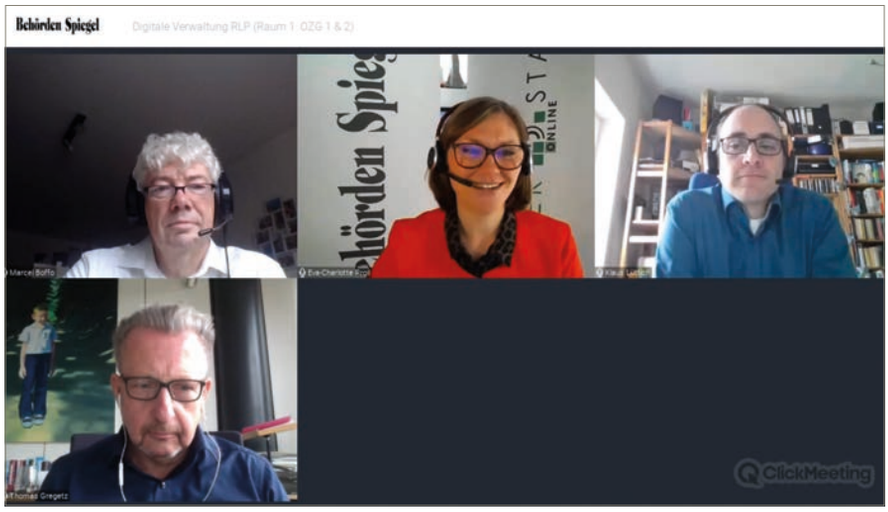
> **"Nah an 100 Prozent herankommen."**
> Marcel Boffo

"Smarte und vernetzte Kommunen in Rheinland-Pfalz", so der Titel des Fachforums Digitalisierung I.

Unter Moderation von *Rainer Zeimentz,* Leiter der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz, präsentierten und diskutierten zur Smart City Trier *Wolfram Leibe,* Oberbürgermeister der Stadt Trier, zu sicheren Digitale Identitäten als Enabler datenbasierter Ökosysteme auf kommunaler und regionaler Ebene *Marco Brunzel,* Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, in Sachen Cyber Defense for Smart Cities *Andreas Heppner,* Sr. Major Account Manager Public & Government, Trend Micro und *Henning Schröder,* Geschäftsführer, WFG (Wirt-

schaftsförderungsgesellschaft) am Mittelrhein mbH.

Oberbürgermeister *Wolfram Leibe* zeigte sich zufrieden und stolz, dass es in Rheinland-Pfalz jetzt gelungen sei, mit intensiven und innovativen Kooperationsformen die für alle anstehende Digitalisierung mit ihren Herausforderungen arbeitsteilig besser zu meistern, die Zusammenarbeit der fünf Großstädte im Land steht seiner Einschätzung nach dafür exemplarisch.



Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes spielte naturgemäß auch auf dieser Konferenz eine herausragende Rolle in den Diskussionen. *Screenshot: Behörden Spiegel*

Marco Brunzel konnte das für die Metropolregion Rhein-Neckar als bundesweites Unikat einer institutionalisierten Zusammenarbeit von drei Bundesländern, ihren Kommunen und weiteren Partnern ausdrücklich bestätigen. Mit ihren drei Oberzentren, 30 Mittelzentren, 2,6 Mio. Einwohnern und ca. 160.000 Unternehmen ist die Digitalisierung eine Aufgabe an oberster Stelle der Agenda der MNR.

> **“Digitalisierung lebt von Locken und Treiben.”**
> Wolfram Leibe

OB *Leibe* hob in seinem Vortrag vor, dass es um mehr geht als um die eigentliche Kernverwaltung – die Digitalisierung im “Konzern Stadt Trier” umfasst die städtischen Tochterunternehmen wie die Wohnungsbaugesellschaft, der Stadtwerke und andere. Der Digitalisierungsbeauftragte der Stadt Trier als Stabsstelle im Büro des Oberbürgermeisters “lockt und treibt,” ohne eine solche Funktion ist eine Gesamtstrategie in der Stadt nicht möglich.

Mit der Einbeziehung des städtischen Töchter und der Stadtgesellschaft im Weiteren – PORTAZON als neuer digitaler Marktplatz steht dafür als Aushängeschild – geht Trier, auch für die gesamte Region, einen beispielgebenden Weg in die begonnene Digitale Dekade, den man mit weiterer Spannung sowohl als Bürger/in, aber auch als Tourist/in in der ältesten Stadt Deutschlands zukünftig wird erleben und sich erschließen können.

Die Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft ist in Deutschland und Europa (und auch der Neuen Welt) seit Jahrhunderten eng mit der kommunalen/regionalen Entwicklung verzahnt, so *Marco Brunzel*. Die Kommunen sind im Verbund mit staatlichen Akteuren bis heute der wichtigste Akteur für die Erstellung / Validierung zahlreicher Identitäten (Personen, Grundstücke, Baulasten, etc.). Wohlstand und Beschäftigung werden sich durch die digitale Transformation der Wirtschaft massiv verändern daher, so sein Appell, deshalb sollte sich jede Kommune / Region mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten beschäftigen. Öffentliche Infrastrukturen mit intelligenter Vernetzung und sicheren digitalen Identitäten werden bei der aktiven Gestaltung der Digitalen Transformation auf örtlicher/regionaler Ebene deutlich an Bedeutung gewinnen, so seine Überzeugung.

Smart City und die OZG-Umsetzung zusammendenken und stärker verzahnen sowie fachlich und technisch, örtlich, regional, landesweit, länderübergreifend und bundesweit den Bogen spannen, müsse der Anspruch der Digitalisierung in Deutschland sein, Geld dafür ist genug vorhanden, fünf Mrd. allein auf Bundesebene.

Henning Schröder, stellte das Förderprojekt “MYK10 Network in Region” des Landkreises Mayen-Koblenz vor, jüngst aus der Taufe gehoben. Auch dies ein Beispiel, wie in Rheinland-Pfalz innovative gemeinsame Wege in der Digitalisierung gegangen werden, gerade auch mit dem besonderen Anspruch, ländliche Regionen einzubeziehen:

Der Landkreis war offensichtlich für das BMI als Förderadressat besonders geeignet, weil sich unterschiedliche städtische und ländliche Strukturen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Landkreis zusammenfinden.

> **“Smart City und OZG zusammen denken”**
> Marco Brunzel

Die drei Leitprojekte / HUBs im Förderantrag lauten:

- **RegioHubs–Arbeits-und Transferräume,**
- **MedicalHub–Pflegeplattform,**
- **MobilHub–Datenexchange Mobilität.**

Darüber hinaus zwei Quick Win Projekte:

- **Competence Hub Wissensmanagement Plattform,**
- **Pulse Hub Smart Region Plattform.**

Die Quick Win Projekte sollen in zwei Jahren, die übrigen Projekte in sieben Jahren umgesetzt werden.

In der Diskussion im Forum spielten die notwendigen und mittlerweile sehr gut funktionierenden Kooperationsplattformen in der Kommunalen Familie eine besondere Rolle:

- Die fünf großen Städte, die sich regelmäßig auf OB -Ebene austauschen und in der besonders Kaiserslautern, u. a. mit dem Projekt "Herzschlag für Kaiserslautern" – im letztjährigen Kongress und in der letztjährigen Dokumentation auch thematisiert – eine führende Rolle in der Digitalisierung übernommen hat,
- die Digitalen Dörfer, die im ländlichen Bereich kooperieren,
- die in der Regel kreisangehörigen Mittelstädte, die ebenfalls Austausch- und Kooperationsebenen und -Formate gefunden haben.

Die neue Generation von Mitarbeitern/innen in den Verwaltungen und in den neuen Netzwerken befördern diesen Prozess intensiver Kommunikation und Kooperation nach Einschätzung des Moderators in wichtigem und positivem Umfang.

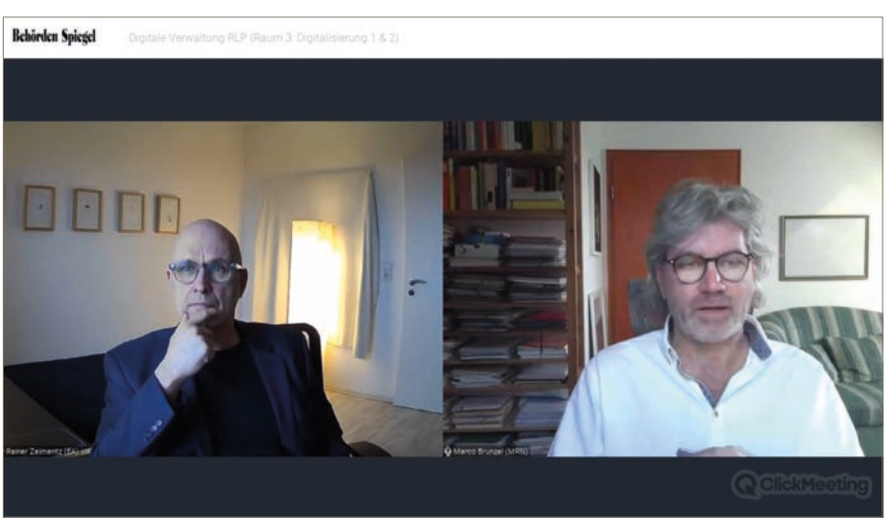
Im Forum Verwaltung II: Digitale Transformation innerbehördlicher Prozesse und Organisation moderierte *Harald Pitzer,* Beigeordneter, Landkreistag Rheinland-Pfalz die einzelnen Beiträge von *Jan Druwe,* KommWis GmbH, zur Antrags- und Prozessplattform Civento mit einigen Beispielprozessen, von *Stefan Kondmann,* Vertriebsleiter Bund und Länder, 1&1 Versatel, 1 G-Netz der Landkreise in Rheinland-Pfalz – zum schnellen Verwaltungsnetz als wichtiger Baustein für die Umsetzung innerbehördlicher Prozesse, von *Florian Schulze,* arxes-tolina, zur Frage, wie Digitale Transformation gelingen kann und das OZG fristgerecht mit "smardigo" umgesetzt werden kann und *Prof. Dr. Maximilian Wanderwitz,* Professor für Wirtschaftsrecht, insbesondere Recht der Informationstechnologie, Hochschule Trier, Umweltcampus Birkenfeld, zur Verschmelzung von Legal Tech und Digital Government mit ihren Risiken und Chancen.

Über diese Verschmelzung als Zukunftsaufgabe gab *Prof. Wanderwitz* den Impuls in die Runde, er arbeitet als Forscher auch zur Ethik im Digitalen Zeitalter. Seine Frage und die Behauptungen dazu:

Vollständige Digitalisierung, die integrierten Plattformen als Fortentwicklung des heutigen E-Government, Once Only, Portallösungen, das OZG insgesamt, medienbruchfreie Prozesse und mehr sind die entscheidenden Faktoren der kommenden Jahre, so sein Vortrag in Bezug auf die Visionen des Digital Government der Zukunft.

Legal Tech in seiner Definition, so *Prof. Wanderwitz,* bezeichnet die Digitalisierung juristischer Prozesse und Lösungen sowie die Kommunikation in Verfahren und behördlichen Entscheidungen und ihrer Überprüfung; in Teilen dessen auch inzwischen schon in Verwaltungsverfahrensgesetzen vorgesehen.

Je potenter die Qualität und die Kapazität der IT Prozesse und der Digitalen Bausteine werden, umso weniger werden persönliche Entscheidungen von Menschen getroffen, voll automatisierte Tätigkeiten in den Gerichten, in den Behörden, bei den Anwälten pp. werden zunehmend zu einem neuen Zukunftsszenario und dann auch weitergehende ethische Fragen aufwerfen:



In Rheinland-Pfalz mit seiner stark ländlich geprägten Struktur, ist es besonders wichtig, die Digitalisierung auch in die Fläche zu bekommen. *Screenshots: Behörden Spiegel*

Die Legal Tech App als akzeptables Zukunftsszenario?

Eine Legal Tech App ersetzt in Zukunft im Antragsverfahren den menschlichen Sachbearbeiter in der Behörde, Legal Tech zieht sich mit automatisierten Schnittstellen durch das gesamte Verfahren, ggf. mit Anwälten, Gerichten in erster und/oder zweiter Instanz, wo vielleicht zum Abschluss eines Verfahrens zum ersten Mal noch ein Mensch

sitzt, so *Prof. Wanderwitz*. Er sieht darin eine "Totalitäre Struktur", in der die Bürger/innen neben den in Sekundenbruchteilen ablaufenden Verfahren fast nur noch als Beobachter/innen fungieren. Bisherige klassische Prozesse, z. B. vor den Gerichten pp. würde es insoweit nicht mehr geben – eine durchaus weiter zu diskutierende digitale Zukunftsfrage.

Die Antrags- und Prozessplattform Civento mit einigen Beispielprozessen war das Thema von *Jan Druwe* mit besonderer Aktualität auch aufgrund des von Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland errichteten "OZG-Verbund Mitte". In seiner Präsentation gab er dazu einen Überblick und einen aktuellen Stand:

Die in der Plattform integrierten Prozesse sind für einfache aber auch für umfangreiche Verfahren nutzbar, bis hin zu den gängigen Bezahlverfahren nach der Antragstellung und Entscheidung.

Civento besteht zunächst aus einem Antragsportal auf dem sich der Bürger/in anmelden kann, von wo aus man sich weiter "durchklicken" kann; auch das Nutzerkonto Rheinland-Pfalz ist angebunden, Datensätze sind individuell anpassbar, Unterlagen hochladbar. Integriert ist eine Prozess Engine, die in der BPMN Notation Prozesse modellieren und darstellen kann. Unter www.civento.de kann man die Dokumentationen und Hilfestellungen in Kürze für die Nutzer in Anspruch nehmen.

Stefan Kondmann als Repräsentant von 1+1Versatel, einem der größten Glasfaser-Netzbetreiber in Deutschland und *Florian Schulze* rundeten mit ihren Vorträgen das Forum ab:

Florian Schulze plädierte als Repräsentant eines mittelständischen Softwareherstellers dafür, insbesondere auch daran zu denken, dass die Mitarbeitenden in den Verwaltungen auf dem komplexen Weg der Digitalisierung am Arbeitsplatz, bei der Umsetzung des OZG und bei der nachfolgenden Prozessoptimierung mitgenommen werden müssen. Jeder Beteiligte müsse die Gelegenheit haben, mitzureden und mitzugestalten, außerdem müsse nicht alles neu aufgesetzt werden. Die Lösungen seines Unternehmens verfolgen diese Philosophie, in dem sie die Verbindung von Bestehendem und Neuen mit besonderem Anspruch koppeln wollen.

Weitere Inhalte aus den acht Fachforen und dem Hauptprogramm finden sich in der Mediathek des Behörden Spiegel: https://www.digitaler-staat.online/2020/11/26/digitale-verwaltung-rlp-2020/

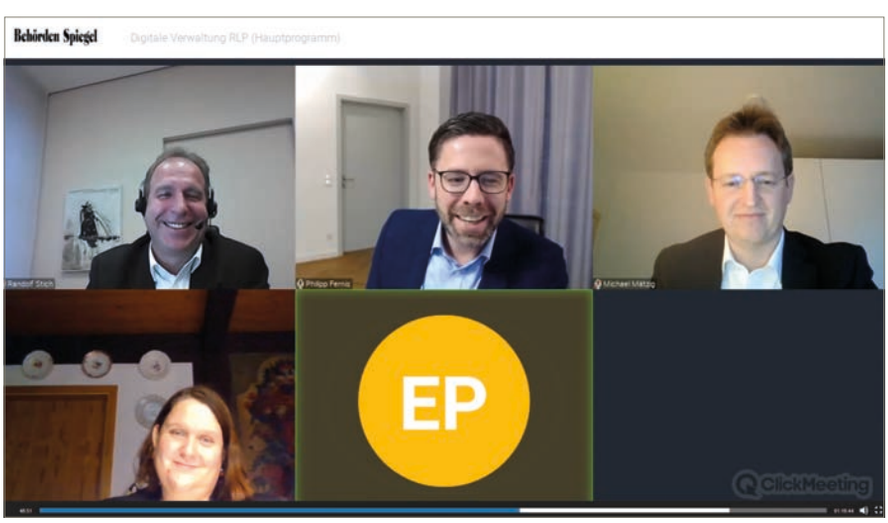
Dr. Eva-Charlotte Proll moderierte die abschließende Diskussionsrunde mit dem Titel: "Die nächsten Schritte der Evolution der Digitalen Verwaltung".

Es diskutierten *Prof. Dr. Margrit Seckelmann,* Geschäftsführerin des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer, *Philipp Fernis,* Staatssekretär im Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz, *Michael Mätzig,* Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz, Staatsekretär *Randolf Stich* und *Rainer Zeimentz,* Leiter der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Seckelmann eröffnete das Podium mit Ihrer Impulspräsentation, mit der sie die Ausgangslage der Verwaltung am Beginn der aktuellen Dekade darstellte und die daraus resultierenden Herausforderungen und Forschungsaktivitäten umschrieb:

Jede freiwerdende Stelle mit "Kollege Computer" oder "Kollege Algorithmus" zu besetzen, sei zu kurz gedacht, niemand könne ernsthaft wollen, dass Bürger/innen von Maschinen bedient werden sollen. Zusammen mit Gewerkschaften und den Kommunalen Spitzenverbänden sei es eine verantwortungsvolle Führungsaufgabe, den Mitarbeitenden bei der anstehenden Digitalisierung der Verwaltung Richtung und Hilfe zu geben, so *Prof. Seckelmann*.

Nach Einschätzung von *Michael Mätzig* muss der Öffentliche Dienst bei der Anwerbung notwendiger Fachkräfte auch neue Wege gehen, ähnlich wie in der Privatwirtschaft über die Stellenbewertung (auch im Rahmen der Kommunalaufsicht) und über das Gehaltsgefüge nachdenken, z. B. auch über Anwerbeprämien dis-



Bei allen Herausforderungen stand letztlich die Freude an der Umsetzung und die Zuversicht ins Gelingen des digitalen Wandels im Vordergrund der Diskussionen.

> **"Wandel in der Denke und Risikomanagement"**
> Philipp Fernis

kutieren und die angesichts der Coronakrise wieder stärker ins Gewicht fallende Sicherheit des Arbeitsplatzes nach vorne stellen. Junge Leute aus den Verwaltungshochschulen sind mittlerweile geschult in Management- und Change Kompetenzen, auch im Denken über die Silostrukturen hinweg. Damit bringen sie notwendige, neue Skills in den Alltag der Verwaltung, mit denen sie auch ältere Kollegen/innen mitnehmen können.

Auf die Frage der Moderatorin, ob denn für die Verwaltung der Zukunft Evolution oder Disruption angesagt sei, nahm *Rainer Zeimentz* engagiert und deutlich Stellung: Ob für die Digitale Verwaltung in 20 oder 25 Jahren überhaupt noch ein Rathaus notwendig sei, stehe für ihn nicht fest. Den Bürgern/innen wird es zunehmend egal sein, wo eine Leistung erbracht wird, Hauptsache ist, sie wird erbracht. Kaum jemand wisse ja im Alltag genau, wo Google oder Amazon sitzt, die Leistungserbringung ist das entscheidende und wesentliche Kriterium. Er bemängelte, dass die am öffentlichen Geschehen Beteiligten sich zu wenig über eine solche notwendige Langfriststrategie Gedanken machen, den in den zurückliegenden Jahrzehnten entwickelten Stellenkegel für die nächsten 20 bis 30 einfach beizubehalten ist seiner Meinung nach nicht zielführend.

Rathäuser in 25 Jahren noch notwendig?

Heute schon sich vorzustellen, wie die Öffentliche Verwaltung in 20 bis 30 Jahren wirklich aussehen wird, ist nach Einschätzung der anderen Diskutanten derzeit eigentlich kaum seriös möglich, wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß und wie schnell z. B. das I-Phone in wenigen Jahren die Welt verändert hat. Der Alltag wird sich, möglicherweise in mehreren Wellen in einem solchen Zeitraum, radikal verändern: Dazu Staatssekretär *Philipp Fernis:* Im Verwaltungsverfahrensrecht gebe es keine Pflicht zu regelmäßigen persönlichen Verwaltungsbesuchen, und es ist für ihn auch nicht nachvollziehbar, warum ein Wohnungswechsel z. B. nicht auch auf schriftlichem Wege so kommuniziert werden kann, wie z. B. eine 2,6 Mrd. Euro teure Klage mit einem Schriftsatz. Wie in der Wirtschaft müsse auch in der Verwaltung Frontend und Backend nicht komplett immer zusammen gehören, nur weil es für bestimmte Zielgruppen immerhin noch nötig sein werde. Mit dem seit langen Jahren akzeptierten Authentifizierungslevel aus dem Fax Zeitalter (= Null und auch mit Null Problemen) weist er zudem darauf hin, dass ein "irrsiniger Aufwand" in Deutschland getrieben wird, dass derjenige, der digital agiert auch der ist der er vorgibt zu sein.

Mit einer Öffnung im Selbstverständnis der Verwaltung, einem Wandel im Denken und mehr abgestuften Risikomanagements dürfte es auch möglich sein, zunehmend wieder mehr junge Menschen für die Arbeit zu interessieren und zu gewinnen. Ein qualifiziertes Employer Branding mit all den Vorteilen und Chancen, die öffentliche und Werte basierte Arbeit und Öffentliche Arbeitgeber vermitteln können, steige auch die Attraktivität gerade für junge Menschen, die etwas für die Gemeinschaft leisten wollen, so auch die Einschätzung von *Prof. Dr. Seckelmann*.

Die Frage der Moderatorin zum Thema Corona Pandemie, ob denn aus den Erfahrungen daraus auch für die Verwaltung der Zukunft neue Chancen erwachsen, gibt sich Staatsekretär *Stich* optimistisch: Das schnelle Hochfahren von Technik, Lizenzen und Entscheidungsabläufen im Frühjahr hat gezeigt, dass die Verwaltung in einer Notlage mit einem Kulturwandel reagieren kann, wenn sie dazu gefordert wird. In der Landesverwaltung wurden in rasantem Tempo – ohne frühere lange Entscheidungs- und Beschaffungsverfahren 30.000 Heimarbeitsplätze eingerichtet, von denen in Zukunft wohl ca. 15.000 bis 18.000 auf Dauer angelegt sein werden. Dass in der Krise schneller entschieden werden konnte und alle an einem Strick gezogen haben, spreche sehr dafür, den Kulturwandel auch für die weitere Zukunft zu sichern und möglich zu machen.

Die Denke aus der Not in den kommenden Alltag mitnehmen

Die Qualität und die kurzfristige Reaktions- und Leistungskapazität der Deutschen Verwaltung steht im internationalen Vergleich vergleichsweise sehr gut da, so Staatssekretär *Fernis,* sie ist schließlich auch ein Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir haben uns, so der Staatssekretär, die Flexibilität bisweilen zu sehr selbst beschnitten. Aus den Erfahrungen daraus plädierte er für ein neues Risikomanagement auch auf anderen Handlungsfeldern mit dem flexiblere Strukturen und Mechanismen leichter implementiert und schneller werden können, auch eine besondere Herausforderung für die Führenden in den Verwaltungen.

Mit dieser Metapher machte er deutlich, dass Nachhaltiges aus dieser so unvermuteten Pandemiezeit in die Zukunft der Verwaltung mitgenommen werden sollte.

> **"Nicht nach der Pandemie die Kamera wieder vom PC nehmen."**
> Michael Mätzig

„Nach 2022 geht der Tanz erst richtig los“

Rainer Zeimentz

Rainer Zeimentz erweiterte das Thema Digitalisierung auch für die Öffentliche Verwaltung – wie auch mit Hinweis auf die Private Wirtschaft, die Industrie, den Mittelstand pp. – dass es nicht nur um Büroarbeitsplätze der Zukunft gehe, sondern auch um die Unterstützung z. B. anstrengender körperlicher Arbeiten, die als vielfache Dienstleistung an und für Menschen im sozialen Bereich pp. anstehe. Auch hier müsse darüber nachgedacht werden, wie dieses Engagement in der Digitalisierung mit all Ihren Möglichkeiten unterstützt werden könne.

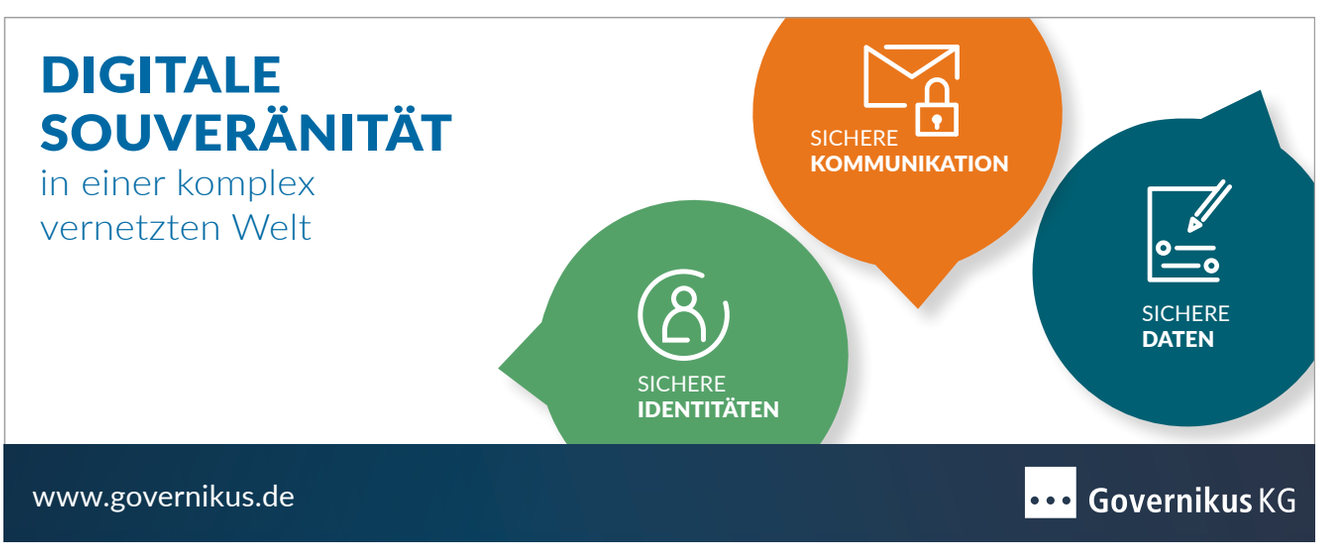
Mit Blick auf die weiteren Jahre sahen die Podiumsteilnehmer ein erster Stelle die Umsetzung des OZG und seine Auswirkungen nach dem 31.12.2022: “Dann geht der Tanz ja erst richtig los” so *Rainer Zeimentz,* dann muss es gelebt werden. Open Government, Open Data, KI, Registerbereinigung, Definition von Standards, Interoperabilität von Datenbanken pp., das Vermeiden von mehrfacher Datenerhebung von Bürgern/innen, das Verlassen der Silodenke und mehr wird anstehen.

Den Menschen zu ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie lieber dem Staat mehrfach und einzeln Daten zur Verfügung stellen wollen oder bereit sind, dass er auf einmal mitgeteilte Daten zurückgreifen kann (Once Only) wird ebenso ein Thema sein wie die Fragen nach der Organisation der Kommunalen Gesellschaft, der gemeinsamen Aufgabenteilung z. B. im ländlichen Bereich in den “Dorfbüros” und die Tatsache, dass für KI unterstützte Leistungen zwar in den Großstädten eine ausreichende Datenbasis vorhanden sein dürfte, aber im ländlichen Bereich solche Voraussetzungen eher noch nicht vorliegen.

Schließlich sind gemeinsam von Land und Kommunen die Vielzahl von unterschiedlichen Prozessen zu harmonisieren, was, so Staatssekretär *Stich,* in Rheinland-Pfalz mit seinen ca. 2.300 zumeist sehr kleinen Kommunen noch etwas schwieriger sei als in anderen Bundesländern. Eine Vielzahl von Themen, die auch für den nächsten Kongress in 2021 ausreichen, bevor weitere strategische Themenfelder in den Blick genommen werden ...

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des “Digital-Jahrzehnts”

Betrachtet man den Stand der Kongresse aus 2019 und 2020 so muss der geneigte Betrachter zugestehen, dass die Digitalisierung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz in den zurückliegenden 15 Monaten erhebliche Fortschritte gemacht hat. Trotz oder vielleicht auch befeuert durch die Corona-Pandemie ist der digitale Leistungsstand und die digitale Ausrüstung und das Verständnis in Maschinen und Köpfen in der Landes- und Kommunalverwaltungen gewachsen, es hat sich in Zeiten von Homeoffice und Corona-bedingten Beschränkungen mengen- und qualitätsmäßig stark entwickelt. Darauf – so Staatssekretär *Randolf Stich* in seinen Beiträgen auf dem diesjährigen Kongress – lässt sich eine offensive und aussichtsreiche Digitale Zukunft der Verwaltung in seinem Bundesland aufbauen und an vorderer Stelle im Orchester der Bundesländer insgesamt plazieren,



erst recht mit der neu begründeten Initiative mit Hessen und dem Saarland um "OZG-Verbund Mitte".

Großes "Digitaltempo" in Rheinland-Pfalz zu erwarten

Mit dem jetzt an den Tag gelegten "Digitaltempo", dem im Oktober verabschiedeten E-Government Gesetz, dem erheblichen Mitteleinsatz zum weiteren Ausbau der Gigabitstrategie und der beispielhaften Kooperation von Land und Kommunen kann es gelingen, wie es der OZG Koordinator im Ministerium für Inneres und Sport, *Marcel Boffo,* formuliert hat: "Nah an 100 Prozent am 31. Dezember 2022 herankommen!"

Dem Kongress des Jahres 2021 am 26. August 2021 können die Akteure mit besonderer Spannung entgegensehen – in allseitiger Hoffnung, dass er wieder in Mainz im Präsenzformat mit all seinen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten stattfinden kann.

NORDL@NDERDIGITAL

Verwaltung der Zukunft in SH, HH, HB, MV, NI

03.12.2020, Kiel

SH Schleswig-Holstein
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

www.nordlaender-digital.de

#diginordland

Eine Veranstaltung des:
Behörden Spiegel

NORDL@NDERDIGITAL

Verwaltung der Zukunft in SH, HH, HB, MV, NI

Der erste Kongress zur Digitalisierung der Verwaltungen in den norddeutschen Bundesländern fand unter Schirmherrschaft von *Jan Philipp Albrecht,* Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung statt – Corona bedingt von der ursprünglich als Präsenzkongress in Kiel geplanten Plattform als Webkongress.

Ebenen übergreifende Lösungsansätze verfolgen die norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern bereits durch das Angebot des mittlerweile gemeinsamen IT-Dienstleisters Dataport. Dies u. a. vor dem Hintergrund eines intensiven Austauschs, um die Potenziale der Digitalisierung über die Ländergrenzen hinweg bestmöglich zu nutzen und insbesondere gemeinschaftliche Lösungen zu entwickeln bzw. nachnutzbar zu machen.

Mit dem Kongress "NORDL@NDER.DIGITAL" sollten damit, eingeschlossen die norddeutschen Kommunen, neue Schwerpunkte gesetzt, diskutiert und im Sinne von weiter verstärktem Transfer von Konzepten, Ideen und Maßnahmen ins Digitale Jahrzehnt 2020/2030 transferiert werden. Der neue Kongress richtet sich insoweit an alle Verwaltungen aus den vorgenannten Bundesländern, an die Städte, Gemeinden und Kreise der jeweiligen Länder sowie deren Spitzenverbände und IT-Dienstleister.

Ein zentrales Thema war die laufende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), die der Verwaltungsdigitalisierung derzeit sehr viel Dynamik und neue Impulse gibt. Auch die Frage, wie durch Portale und Plattformen zusätzliche Transparenz für – sowie Offenheit im Umgang mit – Bürgerinnen und Bürger erreicht werden kann, war Thema der Webkonferenz.

Im Rahmen des umfangreichen Fachforen-Programms wurde darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Themen vertieft, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den größtmöglichen Informationsgewinn bieten zu können: Verwaltungsmodernisierung (Dataport-Länder auch als Vorreiter im Bundesvergleich), Künstliche Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung, Fragen der digitalen Souveränität, digitale Daseinsvorsorge sowie die entscheidenden und besonders wichtigen Fragen um das notwendige Changemanagement auf allen Ebenen der Verwaltung und Land und Kommunen.

www.nordlaender-digital.de

"Wir brauchen die "digitale Stein-Hardenberg'sche Reform""

SH-Digitalisierungsminister Albrecht

Nach der Eröffnung durch *Dr. Eva-Charlotte Proll,* Mitglied der Geschäftsführung des Behörden Spiegel, hielt *Jan Phillip Albrecht,* Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein die Keynote zum Start des Kongresses:

Er plädierte u. a. sehr dafür, die Blick in Sachen Digitalisierung der Verwaltung auch auf die Nachbarn, z. B. auf Dänemark zu richten, um vielleicht von den dort erreichten Fortschritten lernen zu können. Die Erwartungshaltungen der Bürger/innen und die "größte Baustelle", nämlich die Umsetzung des OZG, machen nach seiner Einschätzung größere Anstrengungen in der Digitalisierung nötig als bisher. Bund und Länder sieht er im geteilten "Verantwortungskontext", durchaus auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung mit Bezug zur Europäischen Union und deren Digitalisierungszielen. Letztendlich sieht er für die Verwaltung der Zukunft, dass "kein Stein auf dem anderen bleiben wird".

Es brauche durchgreifende Veränderungen im Verwaltungsverfahrensrecht und in vielen Fachgesetzen, das was jetzt nötig sei, ist nach seiner Einschätzung die "digitale Stein-Hardenberg´sche Reform der Neuzeit"

Interoperabilitäten, standardisierte Plattformen und Schnittstellen zwischen den Bundesländern, Open Source Potenziale

Dr. Eva-Charlotte Proll begrüßte zur Premiere des Kongresses. *Screenshots: Behörden Spiegel*

dazu gleich zu Beginn mitzudenken, stehe ebenso an, wie die Digitale Souveränität und die Effizienz der Digitalen Verwaltung insgesamt. Hochqualifizierte Daten im Bereich des Open Government im bereits vorhandenen Open Data Portal in Schleswig-Holstein sind bereits auf dem Weg, sie werden im kommenden Jahr mit einem neuen Digitalisierungsgesetz eine verbindliche Grundlage erhalten. Schnittstellen und notwendige rechtliche Anforderungen werden dazu definiert und modernisiert, dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung und vollständige Überprüfung vieler noch vorhandener Schriftformerfordernisse.

Digitale Verwaltung der Zukunft: Es bleibt kein Stein auf dem anderen

Gesetzliche Grundlagen für den Einsatz von KI werden ebenso zur kommenden Initiative zählen, wie die Möglichkeiten, mit Pioniergeist und neuen Impulsen die Digitalisierung in Experimentierräumen voran zu bringen und gleichzeitig auch die ethischen Leitlinien der EU Kommission zur Digitalisierung umzusetzen.

Sehr positiv sei es im Bereich der Landesverwaltung, dass das aktuell ca. 300 Mio. Euro umfassende Digitalbudget zentral im Digitalministerium angesiedelt und damit zielorientiert und mit den notwendigen gesamtstaatlichen Prioritäten steuerbar sei.

Kiels Oberbürgermeister *Dr. Ulf Kämpfer* warf in seinem Grußwort einen (durchaus auch neidischen) Blick auf die Kieler Partnerstädte, die in Sachen Digitalisierung, wie z. B. San Francisco, mindestens fünf Jahre weiter seien. Die IT in der Verwaltung sei in langen Jahren, so der Kieler OB, "auf Verschleiß gefahren worden", was sich heute schmerzlich in den kaum ausreichenden Netzbandbreiten und sonstiger, fehlender Infrastruktur zeige. Seine Stadt wird in den kommenden Jahre massiv in IT und Hardware investieren, wobei nicht nur die Stadtverwaltung im Fokus steht sondern die gesamte Stadtgesellschaft:

WLAN in der Stadt, in Bussen und auf den Fähren, Mobilität und ihre Unterstützung mit all ihren Anforderungen u. a. aus der besonderen Lange der Landeshauptstadt, auch mit Blick auf touristische Nutzungen, notwendige Apps dazu, Car-Sharing, digitales Bezahlen und mehr. Die "Digitale Woche Kiel", zum vierten Mal organisiert, hat mittlerweile 10.000 Teilnehmer zum Mitmachen erreicht, sie ist das größte bundesdeutsche "Digital Festival" mit Experimentierräumen für digital Interessierte, auch mit dem Auftrag, die Digitalisierung weiter in die Gesellschaft zu tragen.

Das "dickste Brett" was es zu bohren gilt, ist auch für den Kieler OB die Umsetzung des OZG. Ehrlich – aber auch entlarvend – sprach er den jüngst auch mit Bundesprominenz

Auch politische Entscheidungträger aus Land und Kommunen brachten sich inhaltlich in die Konferenz ein.

in Schleswig-Holstein gestarteten Onlineantrag für die Wohngeldbewilligung an:

Wohngeldantrag online: Nach Eingang muss er ausgedruckt werden

So schön es sei, dass der Antrag nun online gestellt werden kann, so ernüchternd sei es, dass er nachfolgend ausgedruckt werden muss, um ihn in der Verwaltung bearbeiten, entscheiden und per Post (!) dem Antragsteller/in zustellen zu können: Insgesamt mehr Arbeit und Belastung für seine Verwaltung als vorher, so der OB!

Im Grundsatz sei jedoch mit dem OZG die Chance vorhanden, dass Verwaltung in den kommenden Jahre besser, bürgerfreundlicher und schneller wird, die in Kiel bereits vorhandenen 50 digitalen Leistungen der Stadtverwaltung sollen zügig ausgebaut werden.

Zum Thema "Digitalisierung: erfolgreich mit IT-Kooperation" trug *Dr. Johann Bizer,* Vorstandsvorsitzender, Dataport, vor. Er stellte die vorbildliche Kooperation in Schleswig-Holstein mit dem IT-Verbund von Land und Kommunen – ITVSH – heraus, die die fortschreitende Digitalisierung für alle Beteiligten deutlich und positiv befördere.

Er plädierte leidenschaftlich dafür, gesetzliche und satzungsmäßige Parameter in den Vorschriften zu reduzieren

„Nicht in Online-Vielfalt ertrinken“

Dr. Johann Bizer

und in gemeinschaftlicher Aktion zu harmonisieren; nur so sei in absehbarer Zeit Digitalisierung von Einzelleistungen zu vertretbaren Kosten und in den gem. OZG vorgegebenen Zeiträumen bis Ende 2022 denkbar und wirklich möglich.

Mit Blick auf das jüngst vom IT-Planungsrat vorgegebene “EfA Prinzip“, “Einer für Alle“, fehle ihm das Verständnis, wenn z. B. von Mecklenburg-Vorpommern gem. Aufteilung der OZG Themenfelder eine Lösung für die Bauantragsverfahren entwickelt werde, andere Bundesländer oder Kommunen dennoch eigenständige Lösungen präferierten. Der Hinweis dazu im Chat, dass es immerhin 16 unterschiedliche Landesbauordnungen gebe, die solche “einfache“ Grundideen wie “EfA“ in der Umsetzung schwierig machen, ging leider nicht an der Realität vorbei ...

Immerhin bietet die bei Dataport für die Nordländer jetzt vorhandene IT-Plattform die Möglichkeit, vermehrt zu einheitlichen und standardisierten Verfahren und Lösungen zu kommen.

Die Vielzahl vorhandener Onlinelösungen veranlassten ihn zur Forderung, alles zu tun, um nicht “in Vielfalt zu ertrinken“, dass es mittlerweile bereits Forderungen – auch aus dem Bereich der Kommunalen Spitzenverbände – gäbe, die Umsetzung der OZG Onlinedienste zu “entkommunalisieren“ und im Sinne von “Top Down“ Lösungen durch die Bundesländer zu ersetzen, sei eine Folge der vielen heterogenen IT- und E-Dienste und ihren Ausprägungen aus der Vergangenheit. Warum z. B. die Kfz-Zulassungen bei den Straßenverkehrsämtern vielfach unterschiedlich organisiert und mit Einzellösungen IT mäßig unterschiedlich unterstützt würden, sei seiner Ansicht nach nicht einleuchtend, auch vor dem Hintergrund, dass ja bundesweit die Ergebnisse des Zulassungsverfahrens eigentlich einheitlich vorgegeben seien.

Einen besonders beeindruckenden und praxisnahen Vortrag zur “Digitalen Daseinsvorsorge“ hielt *Thorsten Wilcke,* Leiter der Arbeitsgruppe Digitale Agenda im Kreis Nordfriesland. Mit seiner Präsentation machte er deutlich, wie der seit ca. sechs Jahren bereits laufende Prozess in gesamtkonzeptioneller Art und Weise, mit vorbildlicher Partizipation und Transparenz breit und ergebnisoffen angelegt, den Kreis, seine Kommunen, die Bürger/innen und die Wirtschaft im Digitalen Zeitalter im Rahmen des “Leitbildes Digitale Agenda“ weiter und sehr beispielhaft zusammen nach vorne gebracht hat.

Mit Blick auf die Unternehmen im Kreis ist die Wirtschaftsförderung eng eingebunden, ein “Förderscout“ in der Kreisverwaltung sucht zielgerichtet digitale Lösungen, mit dem Anspruch der Vervielfältigung untereinander, “aus eins mach drei“. Anders als *Dr. Bizer* als Geschäftsführer von Dataport in seinem Vortrag, sprach sich *Thorsten Wilcke* dafür aus, gezielt auch auf “Bottom Up Lösungen“ zu setzen, weil sie natürlich der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunalen Familie entsprechen, an vielen Stellen bereits vorhanden sind und oftmals zielgenauere Lösungen für unterschiedliche Bedürfnisse ermöglichen. Nutzer zu Produzenten eigener Lösungen zu animieren und Wege dazu aufzeigen, so seine Empfehlung dazu; es lohne sich – so die Erfahrung aus dem Leitbild des Kreises Nordfriesland – sich ausreichend und viel Zeit für eine solche große Aufgabe und Herausforderung zu nehmen und gemeinsam Schritt für Schritt voranzugehen.

Nach seinem Vortrag standen die insgesamt acht Fachforen an:

- **Forum 1:** Das OZG und sein Wirkpotenzial
- **Forum 2:** Künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung
- **Forum 3:** Digitale Revolution von Innen – Welche Fertigkeiten braucht der Verwaltungsmitarbeitende?
- **Forum 4:** Digitale Daseinsvorsorge
- **Forum 5:** Digitale Souveränität
- **Forum 6:** Smart Country / Digitale Knotenpunkte
- **Forum 7:** Changemanagement und digitale Transformation
- **Forum 8:** Digitale Bildung – einheitliche digitale Lösung für Schulen

Im Fachforum eins: Das OZG und sein Wirkpotenzial diskutierten unter Moderation: von *Guido Gehrt,* Leiter der Bonner Redaktion, Behörden Spiegel, *Oliver Voigt,* Referat Digitalisierung , Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, *Monika Schmetzer,* Mitglied des Gesamtvorstandes, Initiative D21, *Rainer Heldt,* Referatsleiter Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für Unternehmen, Der Senator für Finanzen Freie Hansestadt Bremen, *Hartje Bruns,* Director Products, Governikus / Cindy Poot, Projektleitung, Governikus und *Fabian Rüsing,* Head of Sales, XignSys.

Monika Schmetzer stellte Ergebnisse des aktuellen E-Government-Monitors des Initiative D21 vor. *Screenshot: Behörden Spiegel*

Mit dem OZG sind wir digitalstrategisch durch, so *Oliver Voigt,* es stehe lediglich noch die Umsetzung an. Das Gesetz ist das einfachste und überzeugenst klare mit seinen wenigen Schlüsselvorgaben, es fehle nach wie vor zur Umsetzung noch die nötige Infrastruktur, zu der es die nördlichen Länder mit ihrem IT-Dienstleister Dataport noch am einfachsten haben. Über die notwendigen "EfA" Dienste sei viel zu lange diskutiert worden; es sei doch klar, so sein Beispiel, dass man für ca. 9.000 kommunal unterschiedliche Friedhofsgebührensatzungen nicht die gleich Anzahl immer wieder unterschiedlicher Online Verfahren entwickeln könnte und sollte.

Über "EfA" zu lange diskutiert!

Den klaren Zielfokus bei der Umsetzung des OZG auf die "Power User", die Unternehmen an ihren Standorten brachte *Rainer Heldt* zutreffenderweise ein:

"Elfe" und die benannten Grableistungen sind in der Einzelbetroffenheit sehr überschaubar, die Unternehmen brauche für ihre vielfältigen Ansprüche gegenüber der Verwaltung medienbruchfreie Leistungen von "Maschine zu Maschine". Unternehmen brauchen insoweit schnellen und kostengünstigen Service und vorablaufende schnelle Prozesse in der Verwaltung, kein "Onlineerlebnis" wie manch privater Nutzer/in. Wie das im Bereich der Steuer mit dem Elsterverfahren oder bei der verpflichtend seit dem 27. November 2020 von Unternehmen zu nutzenden E-Rechnung passiert, sei beispielhaft dazu. Unternehmen könne solch digitale Kommunikation mit der Verwaltung auch verpflichtend – und nicht nur über Marketingaktivitäten – vorgegeben werden. Allerdings muss die Verwaltung, wenn sie digitale Services anbietet, auch dafür einstehen und gewährleisten, dass sie zügig funktionieren.

Anträge aus Wäschekörben ins Digitale gebracht

Die Corona-bedingte Einführung der digitalen Wirtschaftshilfen, die aus Waschkörben von Schriftanträgen entstanden sind und die digitale Rückkehrererfassung von Reisenden aus dem Ausland nach dem Infektionsschutzgesetz haben gezeigt, dass es geht, wenn der Anlass dazu unmittelbar und zwingend vorhanden ist.

Cindy Poot und *Hartje Bruns* zeigten zur Entstehung von "Elfe" auf, wie persönlicher Mut Einzelner, das Risiko, nicht garantiert alles immer richtig und vollständig zu machen, sich letztendlich auszahlt, wenn man u. a. den jetzt für die Familien bezogenen Leistungen vorliegenden Gesetzesbeschluss von Bundestag und Bundesrat betrachtet. Governikus hat im Aufbau von "Elfe" Module beigesteuert und integriert, die in Zukunft auch für andere Leistungen bzw. Leistungbündel wie "Elfe" genutzt werden können. Die Module beziehen sich auf die im Verfahren notwendigen Zustimmungseinholungen, zu Identifikation mit dem Personalausweis und einer PIN Lösung und auch auf nachgelagerte Prozesse. Die entwickelten Lösungsbausteine seien auch für die kommende Registerbereinigung einsetzbar.

Wenn in 2021 der Mobile Personalausweis auf dem Smartphone komme und einsatzfähig ist, werden sich weitere Anwendungsmöglichkeite daraus ergeben, ebenso wie die z. B. in Hamburg geplante online Ummeldung innerhalb der Stadt. Sie plädierten insgesamt dafür, nicht immer 100 Prozent denken und umsetzen zu wollen, sondern bewußt und schrittweise mutig voranzugehen und im Prozess weiter zu lernen.

Smartphone AusweisAPP aus NRW – Convenience Feeling der Zukunft

Fabian Rüsing stellte das Modellkommunenprojekt aus NRW in Gelsenkirchen und Aachen vor, das mit mobile Ausweisverfahren auf dem Smartphone neue und komfortable Onlineservices ermöglichen kann. Wie zunehmend vor allem junge Menschen ihre Steuererklärung nicht nur über das Elsterverfahren der Finanzverwaltung sondern App basiert über andere Softwareprodukte nutzten – mit Fingertipp auf dem Smartphone unterschrieben – kann die jetzt im Pilotbertrieb befindliche, mobile Lösung eine große Nutzerreichweite in NRW und ggf. darüber hinaus entwickeln. Diese neuen Dienste werden mit ihren untereschiedlichen Vertrauensniveaus in NRW auf Betreiben des Digitalministeriums an das ServiceKonto. NRW angebunden.

Monika Schmetzer berichtete über die Ergebnisse des D21 Digital Monitors, der seit 2013 jährlich, zuletzt im Oktober 2020 vorgelegt worden ist:
https://initiatived21.de/publikationen/d21-digital-index-2019-2020/

Die Nutzung von Onlinediensten ist in Deutschland auf ca. 50 Prozent der Menschen gestiegen, liegt aber immer noch hinter Österreich und der Schweiz. Ein positiver Trend ist bei den 18- bis 35-Jährigen feststellbar, ein Corona-bedingter Effekt zur Steigerung ist nicht wirklich festgestellt worden. Zufrieden mit den Onlineservices sind 44 Prozent der Menschen, auch dies eine leichte Steigerung, bei 75 Prozent der Bürger/innen sei eine positive Einstellungsänderung zur Nutzung von Onlinediensten vorhanden, dies ist dann ggf. doch aus den Corona bedingten Einschränkungen für viele Menschen zu erklären.

Klappern gehört zum Handwerk

"Klappern gehört zum Handwerk", mit dieser Binsenweisheit aus der Marketingwelt fragte der Moderator, ob denn solches in der Vergangenheit mit Blick auf die digitalen Dienste vielleicht vernachlässigt worden sei. Mit dem Blick auf die Bürger/innen wurde das in der Diskussion so gesehen, für den Unternehmensbereich, so *Rainer Heldt*, eher nicht.

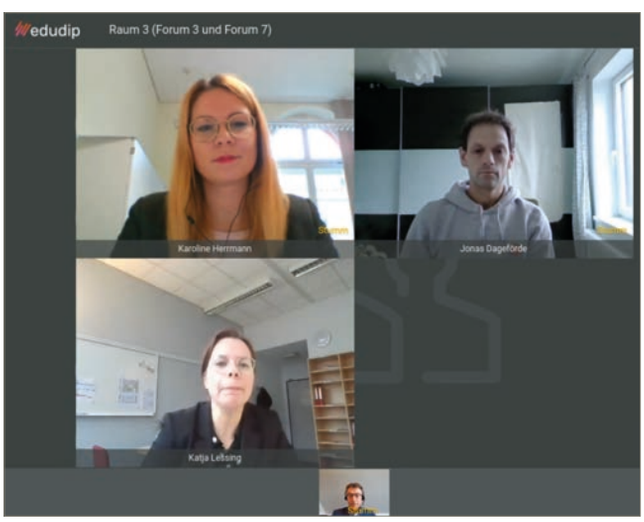
Die spontan im Forum durchgeführte Umfrage, ob der kommende Mobile Personalausweis beispielsweise auf das eigene Smartphone geladen werden sollte ergab folgendes Ergebnis:

Das System der Einheitlichen Behördenrufnummer, D115, als bisher erfolgreichstes Projekt eines bundesweit standardisierten Leistungsverbundes leistet in Sachen Kommunikation der auch möglichen Onlinedienste durchaus auch schon Marketingaufgaben, so *Oliver Voigt,* es ist allerdings durch die Vielzahl von örtlich unterschiedlichen Verfahren, Anträgen, Formularen und Zuständigkeiten irgendwann an der Grenze dessen, was mit Hinweis- und Werbezwecken geleistet werden kann.

Dass das OZG nicht vorgegeben habe, dass nach dem Online-Zugang auch eine digitale Bearbeitung und Zustellung erfolgen müsse, bedauerte ebenfalls *Oliver Voigt* mit dem Hinweis, dass seiner Meinung nach dazu ggf. die E-Governmentgesetze der Länder gefordert seien. Technische Verfahren, wie z. B. Zustellungen, Widersprüche pp. könnten standardisiert zur Verfügung gestellt werden, sie seien insoweit mit ihren notwendigen Komponenten am Markt vorhanden. Wie weit allerdings die Organisationshoheit z. B. der Kommunalen Selbstverwaltung solche gesetzliche Festlegungen zulassen, dürfte allerdings intensiv zu diskutieren sein.

Zur "Digitalen Revolution von Innen" im Forum drei diskutierten nach einem Impulsvortrag von *Katja Lessing,* Projektleiterin beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, *Eckhard Lübcke,* Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, *Jonas Dageförde,* CDO der Stadt Kiel und *Karoline Herrmann,* Vorsitzende der DBB Jugend.

Was macht Mitarbeiter/innen und Führende in der Digitalen Zukunft aus, so die Eingangsfrage an das Podium von *Katja Lessing?* Diejenigen gezielt zur Weiterentwicklung ansprechen, die sich die Neugierde und die Lust auf Veränderung bewahrt haben, sei ein probater Weg, so *Jonas Dageförde,* auch als Beispiel für diejenigen, die sich etwas schwer mit den anstehenden digitalen Veränderungsprozessen tun. Diejenigen, die das schwächere Glied im Gesamtsystem sind, dabei aber nicht zu vergessen, appellierte *Karoline Herrmann.* Sie forderte ausdrücklich, sich im digitalen Change Prozess ganz



Fachforum 3 diskutierte die Frage, welche Fertigkeiten der Verwaltungsmitarbeitende für die Digitalisierung braucht.

Screenshot: Behörden Spiegel

besonders auch auf die oberste und mittlere Führungsebenen zu konzentrieren und auszurichten. Wenn Veränderung von oben nicht dauerhaft vorgelebt werden, verliert die Mannschaft irgendwann die eigene Motivation, eine Einschätzung auch der anderen Diskutanten. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass der digitale Change in den kleineren Kommunen wesentlich problematischer und anspruchsvoller sei, als etwa in den großen Kommunen oder bei den Ländern. Insgesamt, so *Karoline Herrmann,* dürfe die Verwaltung den Trends nicht immer hinterherlaufen, sondern sich auch um führende Rollen in der Digitalisierung bemühen.

Neues Mindset und neue Tools sind angesagt!

Ein neues "Mindset" mit den notwendigen Tools sei für Mitarbeitende und die Führungsetagen in den Verwaltungen unumgänglich notwendig, so *Jonas Dageförde.* Die Lust auf

Lernen fördern, Fehlerkultur von oben leben und befördern, seien wesentliche Bestandteile von "Kiel Go" einem Projekt der Stadtverwaltung, um ausdrücklich die Change Prozesse mit dem Blick auf den ganzen Menschen zu befördern.

In Zeiten von Corona habe sich in Kiel gezeigt, dass man mit pragmatischem Vorgehen in Homeoffice Zeiten die Mitarbeitenden in den Stand versetzt habe, miteinander zu kommunizieren und miteinander Team orientiert zu arbeiten. Tools dazu, die es vielfach am Markt gibt – durchaus auch mit einem gewissen Risiko – schnell beschafft zu und einsetzbar gemacht zu haben, war der Schlüssel dazu. Dass nun die E-Akte sozusagen "gesetzt ist" und nicht mehr in langen Diskussionen grundsätzlich und in vielen Einzelbereichen problematisiert wird, ist ebenfalls ein Ergebnis der Pandemie, das für die Zukunft positive Wirkung haben wird.

"Die Zeit der Dinosaurier in der Verwaltung ist vorbei"

CDO Jonas Dageförde

Homeoffice, so der Kieler CDO, habe auch gezeigt, dass Vertrauen in die Menschen in der Verwaltung letztlich effizienter sei als die im Präsenzbürobetrieb bei mancher Führungskraft verbundenen Kontrollmentalität. Er forderte insofern ein neues Grundverständnis von Führenden und Geführten in die gemeinsame Arbeit der digitalen Zukunft, die Zeit der "Dinosaurier in der Verwaltung ist vorbei" so *Jonas Dageförde*.

Eckhard Lübcke berichtete über neue Fortbildungsprogramme in der Landesverwaltung, die unter dem Titel "Digifit" eingerichtet worden sind, mit dem Ziel, die Menschen in den Verwaltungen abzuholen, sie zu ermutigen, nicht nur zu reden, sondern mutig zu handeln, die Kollegen und Kolleginnen als Menschen zu sehen und zu akzeptieren. Das Programm richtet sich mit unterschiedlicher Ausprägung und Curricula an die unterschiedlichen Funktionen, Verantwortungsbereiche und Ausbildungsniveaus in den Verwaltungen: "Wer braucht was" ist die zentrale Fragestellung und die Erkenntnis mit Blick auf die Arbeit der "Digitalen Kümmerer" vor Ort, die Vorbildfunktion der Führungsebene, auch mit der Metapher aus dem hohen Norden, dass der "Fisch vom Kopf her stinkt".

"Der Fisch stinkt vom Kopf her."

Er forderte im Übrigen, dass auch Hochschullehrer, die schon lange in der Lehre sind, einmal wieder in den digitalen, mittlerweile an vielen Stellen rasant veränderten Alltag vor Ort eintauchen sollten, damit sich die Aus- und Fortbildung des Nachwuchses an den aktuellen Anforderungen der Digitalen Verwaltung und den Lebenswelten des Nachwuchses besser und wirklichkeitsnäher orientieren kann.

Auf die Frage von *Katja Lessing,* ob es neuer Hierarchien bedarf oder etwa ein "Hineinschubsen in neue Gegebenheiten" ansteht, war sich das Podium einig, das agiles Arbeiten, auch über Dezernatsebenen hinweg, die Zukunft in den Verwaltungen prägen wird, dass auf mehr Kooperation zwischen den Kommunen, z. B. auch bezogen auf ganz praktischen Dinge, wie den Einsatz von Tools zur Verbesserung der Homeoffice-Lösungen, Wert gelegt werden muss. Videokonferenzen werden ebenso nicht mehr in Frage gestellt wie das weitere Ausrollen der E-Akte. Entscheidend für die Zukunft sei eine gute Ausstattung der digitalen Arbeitsplätze, eine moderne Ausbildung und die größtmöglicher Flexibilität im Homeoffice.

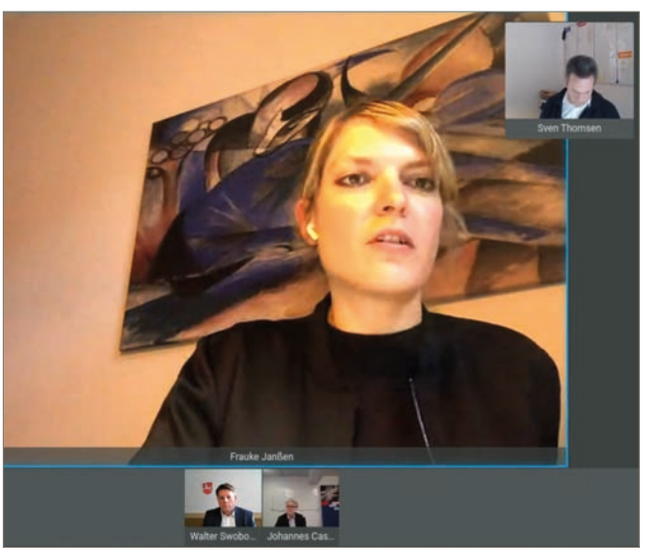
Dass sich junge Menschen für die Verwaltung und nicht für (zumeist besser bezahlte) Stellen in der privaten Wirtschaft entscheiden, habe nicht nur mit dem steigenden Aspekt in persönlicher Sicherheit des Arbeitsplatzes Zeiten von Corona zu tun, sondern auch damit, dass junge Menschen Sinn orientiert verstärkt Aufgaben suchen, die Gemeinwohl stiftend seien. Und genau das bietet die öffentliche Verwaltung an so vielen Stellen.

Im Fachforum sieben gab Moderator *Philip Willer,* Geschäftsführer des IT-Verbundes Schleswig-Holstein, ITVSH, den Impuls, zu dem *Dr. Moritz Karg,* Referatsleiter Grundsatzangelegenheiten Digitalisierung und E-Government, Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, *Dirk Caliebe,* Referat IT-Recht und Compliance, beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und *Dr. Martin Kochler,* Referatsleiter Verwaltungsmodernisierung, IT-Strategie, E-Government, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport diskutierten.

Die Digitalisierung ist zuvörderst der notwendige Kulturwandel in der Verwaltung, erst zuletzt kommen die Geräte und die Technik, die Verwaltung muss den Wandel nachvollziehen, den die Wirtschaft schon längst vollzogen hat, so *Philip Willer.* Den doppelten Nutzen ansteuern, für Kunden und Mitarbeitende, die Digitalisierung zentral in den Behörden steuern und die Kommunen animieren, ihren eigenen, selbstbewußten Weg zu gehen – nicht auf Top Down Lösungen zu warten – sondern iterativ, agil und ohne lang gepflegte Projektwege der Vergangenheit schnell vorankommen, das seien die Gebote der Stunde.

Der Changeprozess fängt bei jedem selbst an, Technik, Recht und Organisation brauchen eine gemeinsame Sprache, so

Dirk Caliebe. Er wies als aktuelles positives Moment darauf hin, dass der Bundesrat am 27. November 2020 das in Bremen federführend erarbeitete Projekt zur Verbesserung der Familienleistungen, "Elfe" mit dem Gesetz zur Digitalisierung von Verfahren bei Familienleistungen verabschiedet hat. Es wird mit seiner Pilotklausel schon in 2021 dafür sorgen, dass mit nur einer Anwendung / Antrag mehrere, bislang getrennt zu addressierende, Familien orientierte Leistungen, wie die Geburtsanzeige, das Eltengeld und einiges mehr auf dieser neuen gesetzlichen Basis online angesteuert werden können. Mit dem neuen Standard, "XFamilie" soll es möglich werden, gemäß OZG Vorgabe die Daten medienbruchfrei mittels E-Akte in die unterschiedlichen Behörden (z. B. Elterngeldstellen) und Fachverfahren (derzeit drei) laufen zu lassen, sie auch mit einem elektronischen Rückkanal zu den Antragstellern zu versehen. Es wird für die Umsetzung



Das Thema "Digitale Souveränität" diskutierte Frauke Janßen vom Deutschen Städtetag in ihrem Fachforum.

in den Verwaltungen darauf ankommen, den Prozess als Ganzes zu verstehen, so *Dirk Caliebe.*

Change fängt bei jedem selbst an!

Wichtig sei es, den Datenschutz und die Datensicherheit gem. der EU DSGVO in solchen Projekten immer zu Beginn mitzudenken, ein zentraler Aspekt in den weiteren Planungen zum Once Only Prinzip, das weitere Entwicklungsstufen in den Verwaltungen nehmen wird. Die dazu aktuell diskutierte individuelle und persönliche Einwilligungslösung zur Datenübermittlung durch die beteiligten Behörden, die im Zusammenhang mit dem aktuellen Entwurf des Registermodernisierungsgesetzes bis hin zu einem selbst organisierten persönlichen Datencockpit diskutiert wird, stehe wohl als einzige Lösung auf dem Boden des Informationellen Selbstbestimmungsrechtes, das das Bundesverfassungsgericht in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts definiert hat.

Dr. Moritz Karg bemühte das Bild eines Eisbrechers in Sachen OZG Umsetzung: Schauen wo die beste (dünnste Eis-) Stelle ist um weiterzukommen. In seinem Ministerium ist das Thema OZG aus der Linie gelöst und als eigenständiges Projekt organisiert worden, die Detailumsetzung stellt sich nach seiner Einschätzung als enorm schwer dar. Das in Schleswig-Holstein aufgesetzte Transparenzportal zeuge im Übrigen von der nötigen Emphatie gegenüber den Kunden der Verwaltung. Die öffentliche Verwaltung verändert sich grundlegend durch die technologisch getriebene Digitalisierung, so *Dr. Karg.*

> **"Niemanden über den Tisch ziehen"**
>
> Dr. Moritz Karg

Er plädierte sehr dafür, keinen Beteiligten "über den Tisch zu ziehen", dazu seien saubere gesetzliche Lösungen nötig. Er bemängelte, dass bei Einführung der Elstertechnologie den Steuerzahlern versprochen worden sei, ihre SteuerID-Nummer ausschließlich zum Austausch mit den Finanzämtern zu nutzen. Sie nun per Gesetzentwurf zur Registermodernisierung als auschließliche Authentifizierung nutzen zu wollen, breche dieses Versprechen und sei insoweit seiner Ansicht nach nicht vertretbar.

Die Führungsebene offensiv und schnell in die Changeprozesse einzubeziehen, forderte *Dr. Martin Kochler.* In den einzelnen Ressorts der Landesregierung in Niedersachsen gibt es führende Changemanager als Enabler der digitalen Entwicklung, ihre Aufgabe ist auch, Best Practice Beispiele zu entdecken und nicht alles und jedes selbst zu entwickeln. Erarbeitete Checklisten und Entscheidungskataloge helfen dabei ebenso wie Schulungen, kalkulierte Zeitbedarfe für Lösungen und vielleicht demnächst intuitive Benutzeroberflächen an den Arbeitsplätzen, wie sie in der Wirtschaft und in großen IT-Häusern schon 30 Jahre Standard sind. Einheitliche Lösungen sind in Niedersachsen schwieriger zu erreichen als in Schleswig-Holstein, weil in seinem Bundesland mehrere IT-Dienstleister für Land und Kommunen seit langen Jahren aktiv sind und z. B. Dataport nicht der alleinige IT-Partner ist.

Die Kommunen und der "Sack Flöhe", der zu hüten ist

Ein "Sack Flöhe zu hüten" sei seiner Erfahrung nach manchmal leichter, als mit den Kommunen im Land zu einvernehmlichen Ergebnissen zu kommen, dies auch deshalb, weil der digitale

Entwicklungsstand und der Drang nach digitaler Modernisierung in den Kommunen zum Teil höchst unterschiedlich sei. Ob es insoweit, auch mit Respekt vor dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen, gelingen kann, alle Kommunen an das Landesserviceportal anzuschließen, sei bislang noch nicht absehbar, gleichwohl gibt es zur gemeinsamen Steuerung den IT-Lenkungsausschuss mit Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbänden. Er sieht die Notwendigkeit einer Mehrkanalkommunikation von Land und Kommunen, seiner Auffassung nach ist der Changebedarf bei den Mitarbeitenden und Führenden in den Verwaltungen größer als der, der von den Kunden der Verwaltung verlangt wird.

Die Digitalisierung sei nicht der Zweck der Modernisierung der Verwaltung auch im Zeitalter demografischer Veränderungen sondern das Mittel zum Zweck um die Leistungsfähigkeit auch in der Zukunft für Bürger/innen und Unternehmen zu erhalten, so die einhellige Auffassung der Diskutanten als Schlussergebnis.

Signa Caspersen öffnete den Blich gen Norden ins Nachbarland Dänemark.

Screenshots: Behörden Spiegel

Mit dem Blick ins Ausland, nämlich zur Digitalisierung im Nachbarland Dänemark setzte sich das Hauptprogramm fort. *Signe Caspersen,* Vize-Generaldirektorin der dänischen Digitalisierungsbehörde konnte dafür zur Konferenz gewonnen werden:

Den interessierten Akteuren der Digitalisierung in Deutschland präsentierte sie beeindruckende Fakten und Lösungen ihres Landes, die dort schon seit Jahren absolut zum digitalen Standard des Alltagslebens der Menschen, ihrer Zufriedenheit damit und mit der Arbeit der öffentlichen Verwaltungen stehen.

Über den zentralen Zugangspunkt – single Point of Access – "borger.dk" nehmen die Menschen Kontakt mit der Verwaltung auf, im Jahr 2019 hat man dort über diesen Zugang ca. 46 Mio. Besuche und Transaktionen registriert.

https://www.borger.dk

Mit der sog. "NemID", über die jederman in Dänemark verfügt, kommuniziert man sicher und persönlich mit Passwort und Codecard im online Geschehen für private und öffentliche Zwecke und Dienstleistungen gleichermaßen.

Dänemark: Single Point auf Access und die NemID als Erfolgsrezept

Die "NemID" gibt es mit dem Vorlauf einer konsequenten Entwicklung, beginnend in 2001, seit 2007. Die 5,1 Mio. Dänen/innen als Inhaber/innen der ID sind nach ihren Worten sehr stolz auf diese Errungenschaft, der Zufriedenheitsgrad liegt bei ca. 90 Prozent:

Diejenigen (wenigen, ca. zehn Prozent) Menschen, die nicht über das notwendige digitale Equipment oder/und Know-how verfügen, Sprach- oder Verständigungsprobleme haben oder aber hilfebedürftig sind, können örtliche Servicepoints in Anspruch nehmen, die auf sie zugehen und Ihnen bei den alltäglichen Dingen mit der Verwaltung behilflich sind.

Dänemark liegt mit seinen konsequenten, transparenten und vollends im Lande akzeptierten, digitalen Lösungen und deren Implementation in das Alltagsleben seiner Einwohner an der Spitze der Digitalisierung in der Europäischen Union.

Den Abschluss der Webkonferenz bildete die Staatssekretärsrunde der Nordländer zum Thema "Verwaltungsmodernisierung und OZG-Umsetzungsstand – Nordl@nder als digitale Vorreiter?"

Unter Moderation von *Dr. Eva-Charlotte Proll,* diskutierten *Tobias Goldschmidt,* Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, *Christian Pfromm,* CDO der Freien und Hansestadt Hamburg, *Jan Fries,* Staatsrat bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport der Freien Hansestadt Bremen, *Stephan Manke,* Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und *Ina-Maria Ulbrich,* Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Auf die Frage von *Dr. Proll,* ob denn die Interessen der Nordländer in der digitalen Entwicklung kongruent überei-

nander liegen, wies Staatssekretär *Goldschmidt* auf die hohe Komplexität der OZG Aufträge hin, ein "Wahnsinnsprojekt", bei dem durchaus auch die Interessenlagen mitunter differieren, aber gerade über dieses Projekt habe man noch stärker als bisher zueinander gefunden.

Christian Pfromm bestätigte als Hamburger CDO, dass es natürlich auch unterschiedliche Prioritäten der Partner gibt, die die Abstimmungsprozesse mitunter intensiv nötig machten, gemeinsam sei man im Bundesvergleich zum Thema OZG und der Digitalisierung der Verwaltungen "weit vorne". Voneinander zu lernen und dazu ausdrücklich die Bereitschaft zu haben, zeichnet nach Einschätzung von StS *Stefan Manke* die Kooperation im Norden besonders aus.

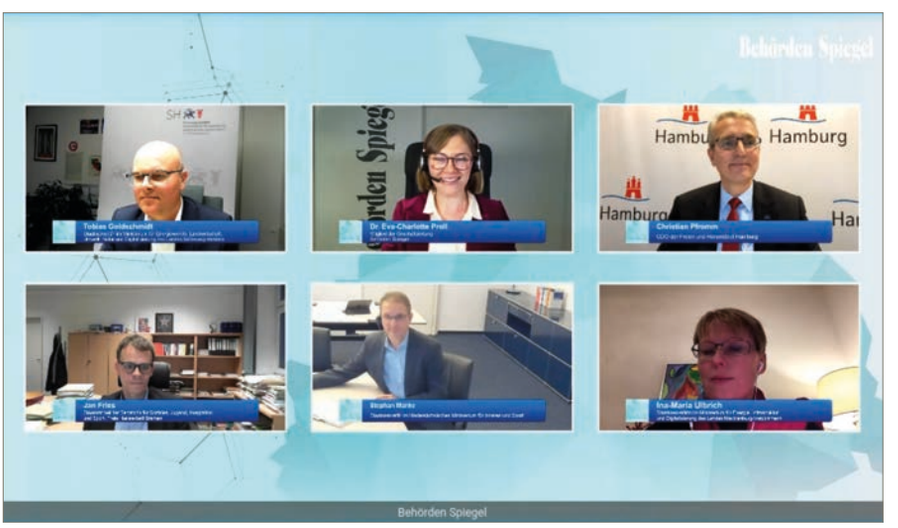
Die Zufriedenheit mit dem größten gemeinsamen IT-Dienstleister, Dataport, steige, auch wenn der IT-Dienstleister bisweilen als "Sündenbock" für Pannen oder noch nicht erledigte Aufgaben benannt werde, so Staatsrat *Fries*. Staatssekretärin *Ina-Maria Ulbrich* stimmte dem zu und verwies auch darauf, dass z. B. Mecklenburg-Vorpommern auch mit anderen Bundesländern kooperiert, z. B. mit Bayern und Baden-Württemberg, was auch zur Beförderung der jeweils eigenen Entwicklungen beiträgt.

Nordländer in der Digitalisierung weit vorne

Mit Blick auf Deutschlands bescheidenen, eher hinteren Platz im EU Ranking der Digitalisierung und auf die Frage der Moderatorin, ob es denn jetzt nicht Zeit für schnelle Lösungen sei, antwortete Staatssekretär *Goldschmidt* mit der Metapher, dass die Verwaltung in Deutschland trotz OZG nicht zum "Rennpferd" tauge und werde und dass wir stattdessen gemeinsam eher auf wichtige Prioritäten und Nutzerinteressen achten sollten.

Christian Pfromm ergänzte diese Einschätzung, dass es auf Strecke in Deutschland um "Digitalisierung first" und nicht – wie andernorts in der EU – um "Digitalisierung only" gehen müsse. Lange schon zurückgelegte und teure parallele Wege und Entwicklungen sollten jetzt die Chance erhalten, mit dem "EfA"-Prinzip und auf Basis der FIM-Artefakte des IT-Planungsrates und der FITKO auf einem gemeinsamen und abgestimmten Weg voranzukommen.

Ob allerdings das "EfA"-Prinzip nicht einen nötigen Wettbewerb um die besten Lösungen behindert und die Existenz mittelständische IT-Entwickler gefährde – so ein Chatbeitrag – bleibt wohl der weiteren Entwicklung vorbehalten, ebenso wie die Frage, wie bestehende und vielfältige IT-Lösungen in einen solchen "Top Down Prozess" einzubauen sind ohne vielerorts bereits jahrelang getätigte Investitionen und vorhandene Expertise pp. in den Kommunen und besonders auch in den Kommunalen IT-Dienstleistern der 16 Bundesländer zu gefährden, bleibt abzuwarten. "EfA ist ein Angebot, keiner muss aber jeder kann", so umschrieb Staatssekretär *Goldschmidt* den Kern des Weges – und es wird nur einmal Geld für eine Entwicklung geben. Einigkeit der Diskutanten herrschte in der Einschätzung, dass zentrale Lösungen am ehesten für die TOP 100 Leistungen infrage kommen, bei den Leistungen mit weniger Potenzial dürfte sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit zentraler Lösungen durchaus auch einmal weitergehend stellen. Andererseits könne manch eine Verwaltung auch froh sein, wenn es für einzelne OZG Leistungen mit wenig Potenzial dann auch eine zentrale Variante zur Realisierung gebe.



Topbesetzt und gut gelaunt: Die Abschlussdiskussion brachte am Ende noch einmal alle am Kongress beteiligten Länder auf einen Bildschirm. *Screenshot: Behörden Spiegel*

Corona als Chance für die Digitale Zukunft – und was kann von der Konferenz ins kommende Jahr und darüber hinaus mitgenommen werden? So die Schlussfrage der Moderatorin. Wir haben unter Beweis gestellt, das Agilität möglich ist, dass wir können und einfach machen wenn wir müssen, dass es neue Motivation zu neuen Lösungen gegeben hat, dass wir alle die Vorteile offener und fairer Kooperation nochmals neu erkannt haben, so die Einschätzungen der Diskutanten zusammengefasst dazu.

Gesetze an das Digitale Zeitalter anpassen und insbesonder die vielen unterschiedlichen Einkommensbegriffe zu vereinheitlichen sollten als wichtige Ziele im Auge behalten werden, ebenso wie die Unterstützung des Kulturwandels auf allen Ebenen der Verwaltungen, insbesondere in der

NCP
SECURE COMMUNICATIONS

Ist Ihre Behörde fit für die Zukunft?

Richten Sie Ihre Kommune mit Homeoffice und Remote-Work-Lösungen für das digitale Zeitalter aus!

Unsere skalierbaren VPN-Lösungen und flexiblen Lizenzmodelle decken jeden Bedarf und halten Ihre Behörde auch in Krisenzeiten voll einsatzfähig.

Ihre Vorteile

- Kompatibilität zu allen VPN-Gateways
- Automatisierter Software-Rollout
- Verwaltungsmöglichkeit von mehr als 10.000 gleichzeitigen Sessions pro System
- Vernetzung von Außenstellen
- Multi-Faktor Authentifizierung
- Hochverfügbarkeit

„Gerade in diesen Zeiten ist der Remote-Arbeitsplatz für uns besonders wichtig, um die elementaren Dinge für die Bevölkerung in Baden-Baden zu steuern."
Matthias Götz,
IT-Leiter Stadtverwaltung Baden-Baden

NCP my access

SecurITy made in Germany

www.ncp-e.com

Verantwortung des oberen wie des mittleren Führungsmanagements, wozu auch die Vermittlung von Selbstvertrauen zählt. Die Lust zum Probieren im Wissen darum, dass die Digitalisierung kein Feld der Verwaltung außen vor lassen wird und das Drehmoment der Kooperation im Norden weiter zu steigern – das waren Einschätzungen, die die Diskutanten in der Staatssekretärsrunde "mit nach Hause" nehmen wollen.

Die Digitale Verwaltung des Jahres 2030 – und das zum Schluss – wird nach gemeinsamer Einschätzung anders aber nicht neu sein. Der Automatisierungsgrad wird dank KI wesentlich höher sein, proaktives Handeln selbstverständlicher als heute. Prozesse werden schneller sein, Beratung intensiver und interaktiv, es sollte nur "den einen Zugang zur Verwaltung" für die Menschen geben, um unnötige Suche und Irritationen zu vermeiden, bei alledem aber – so die Einschätzung aus der Runde – die Mitmenschlichkeit im Umgang wahren.

Dr. Eva-Charlotte Proll dankte den Diskutanten für den offenen und kooperativen Diskurs und die Teilnahme an der Webkonferenz. Der besondere Dank ging an Staatssekretär *Goldschmidt* für die diesjährige Schirmherrschaft der Konferenz, deren Präsenzteil auf dem "Digitalen Staat 2021" im Mai in Berlin nachgeholt werden soll.

Für Niedersachsen als kommenden Schirmherrn des hoffentlich dann im Präsenzformat stattfindenden zweiten NORDL@NDER-Kongresses freute sich Staatssekretär *Stefan Manke* auf ein Wiedersehen in Hannover.

Weitere Inhalte aus den übrigen Fachforen finden sich in der Mediathek des Behörden Spiegel:

https://www.nordlaender-digital.de/archiv-2020/

Ausblick auf 2021/2022 am Beginn des "Digital-Jahrzehnts"

Der neue Kongress NORDL@NDER DIGITAL, Corona-geschuldet nicht im Präsenz- sondern im virtuellen Format als Wegkonferenz war eine beeindruckende Präsentation gemeinsamen und kooperativer Wege der nördlichen Bundesländer.

Der interessierte Beobachter nimmt insbesondere die instituionalisierte Zusammenarbeit von Land und Kommunen im IT-Verbund Schleswig-Holstein, ITVSH, AöR, beeindruckend war:

https://www.itvsh.de

Mit seinen Aufgaben

- zur Realisierung verwaltungsübergreifender Projekte,
- zur Steuerung von IT-Dienstleistern im Rahmen von Projekten,
- zur Ermöglichung und Förderung der Kommunikation zwischen den Trägern, den kommunalen Landesverbänden und Dritten sowie die Interessenvertretung der Träger gegenüber Dritten in den Bereichen IT und Digitalisierung,
- zur Förderung und Entwicklung gemeinsamer IT-Standards im Land Schleswig-Holstein und
- zur Aufgabe des Einheitlichen Ansprechpartners Schleswig-Holstein, Einheitliche Stelle im Sinne von § 138a LVwG-SH, sowie weiterer Funktionen,

stellt der Verbund eine bundesweit singuläre Plattform gemeinsamer Aktion im Digitalen Zeitalter dar, auf dessen Know-how und Infrastruktur vor allem für die weitere Umsetzung des OZG bestens aufgebaut werden kann.

Es wird im nächstjährigen NORDL@NDER DIGITAL Kongress spannend sein zu sehen, inwieweit konkrete Fortschritte dazu in Jahresfrist erreicht worden sind. Die bereits seit einigen Jahren stattfindenden anderen Kongresse des Behörden Spiegel, die in diesem Jahrbuch im dritten Jahr in Folge dokumentiert sind, zeigen jeweils die jährlichen Entwicklungen dazu – insbesondere bezogen auf die Umsetzung des OZG – auf und machen sie konkret und im Vergleich der Bundesländer nachvollziehbar.

Der Verbund der Norddeutschen Bundesländer mit ihren Kommunen und dem gemeinsamen IT-Dienstleister Dataport hat beste Voraussetzungen, an vorderer Stelle in der Digitalisierung sich weiter zu positionieren.

Schlaglichter für die Digitale Agenda im neuen Jahrzehnt

*Ein Blick in die Digitale Zukunft am Beginn des neuen – **Digitalen!** – Jahrzehnts und in seiner frühen – immer noch Pandemie geprägten Zeit – sei an dieser Stelle schließlich noch stichwortartig – und auch an mancher Stelle zugespitzt – erlaubt und vielleicht anregend. Dies alles natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit dem Hinweis, dass der Behörden Spiegel als Herausgeber dieses Almanach, IVM² als inhaltlich Verantwortlicher und Begleiter des Projekts, sowie diejenigen Partner, die mit ihrer Präsentation diese Ausgabe unterstützt haben, für Anregungen, Kritik und Ideen dankbar sind. Als zentrale Themen werden die nachfolgenden Schlaglichter sicher auch die Digitalen Kongresse des jetzt begonnenen Jahrzehnts weiter prägen, seien sie im Schwerpunkt wieder als Präsenzveranstaltungen möglich oder noch weiterhin als Webkonferenzen geplant und durchgeführt.*

Agilität – das Synonym für die digital entwickelte öffentliche Verwaltung mit ihren Wesens- und Kernbestandteilen "VUCA": Volatilität (häufige, sprunghafte Veränderungen), Uncertainty (Ungewissheit), Complexity (Komplexität) und Ambiguity (Mehrdeutigkeit). Agil heißt dazu und im Einzelnen auf dieser Basis: Flexibel sein, aktiv und anpassungsfähig handeln, initiativ werden, auch den Mut aufzubringen, hierarchische "Trampel- und Weisungs- bzw. Empfangsroutinen" zu hinterfragen und neu zu gestalten. Und es heißt auch: Den richtigen Mix zu finden zwischen diesen neuen, chancenreichen Aktionstreibern und der Garantiefunktion einer Rechtsstaatverwaltung mit all ihren geschätzten Qualitäten aus dem analogen Zeitalter – auch mit den zwangsläufigen Erfahrungen einer weltweiten Pandemie und ihren neuen Herausforderungen.

Blockchain im öffentlichen Sektor wird weiterhin eines der aktuellen Hype Themen bleiben. Wenn es denn mit ihrer dezentralen, verteilten Technologie und Kettenbildung gelingen sollte, sog. "Intermediäre" als Datenträger und Überbringer zu ersetzen, Prozesse auf solch neuen Wegen rechtssicher abzubilden und dabei Vertrauen zwischen Transaktionspartnern zu garantieren, dann könnte das auch für die öffentliche Verwaltung ein zukunftsträchtiges Feld sein. Bis dahin scheint der Weg aber noch lang und noch mit viel Überzeugungskraft und -Notwendigkeit auszustatten zu sein – von der immensen Rechnerleistung und der dafür nötigen Energie, Netzbelastungen und notwendiger Stromkapazität ganz zu schweigen Wir bauen ja schließlich in Deutschland mit dem Blick auf die Klimaziele konventionelle Kraftwerksstandorte der Grundlastsicherung weiterhin ab und der Kohleausstieg in 2038 lässt grüßen.

Chatbots können als Govbots in der öffentlichen Verwaltung "fleißige Helferlein" sein, die lästige Routinen für Bürger/Innen und Unternehmen automatisiert erledigen oder dabei sinnvoll unterstützen können (müssen). Die Mitarbeiter/Innen in der Verwaltung können (und müssen) sich in Zukunft um anspruchsvollere Aufgaben kümmern. Govbots, deren Entwicklung und Implementierung, bieten im Übrigen ein interessantes neues Kooperationsfeld von öffentlicher Verwaltung und StartUps. In immer mehr Behörden, auch und vor allem in den Kommunen "breiten sich die Bots" aus und werden mit Hilfe der KI im weiteren Zeitablauf des Digitalen Jahrzehnts auch immer schlauer und besser.

Digitallabore: Das war die Zauberformel aus dem Jahr 2019 mit der die Akteure im IT-Planungsrat und seinen zugeordneten Institutionen jetzt (endlich!) verstanden hatten, dass die Lebens- und Staatsweisheiten nicht allein den Bundesressorts und den "vertikalen Fachbrüdern" im Gesetzgebungsverfahren gegeben und vorbehalten sind, sondern die praktisch denkenden Kommunalen und sogar ganz "normale" Bürger/innen etwas Konkretes und Sachkundiges, frühzeitig ihr Wissen und tägliche Betroffenheit im Sinne von Bürokratiesparsamkeit und Nutzerfreundlichkeit beitragen dürfen. Allerdings: So gut die neue Idee war/ist – es fehlen noch die konkreten Umsetzungserfolge der vielfach produzierten "Klick Dummies".

Elterngeld: online, gekoppelt mit verwandten, familienbezogenen Leistungen im Projekt "ELFE" haben Bundestag und Bundesrat im vergangenen Jahr auf die Reise gebracht und im November 2020 beschlossen. Nach langen Beratungen in den Digitallaboren, manch notwendiger Überwindung von Fachressortzuständigkeiten und langjährigen "analogen Trampelpfaden" ein motivierendes und beispielhaftes neues Vorgehen von Gesetzgeber und Administration mit dem "neuen" Blick auf die Kunden und die kommunalen Ausführungsmodalitäten. Das Thema Elterngeld / Familienleistungen ist also aus dem Status des "Klick Dummy" herausgekommen: Es geht also, man muss nur wollen!

FITKO: Immer noch in einer frühen Phase, aber jetzt wirklich über den Startpunkt hinaus ist die FITKO in Frankfurt am

Main als operative Einheit der IT-Planungsrates; mit dem 1. Juli 2020 hat sie die Geschäftsstelle des IT-Planungsrates vollständig übernommen. Das gilt darüber hinaus für das Föderale Informationsmanagement – FIM – als Baukasten mit dem sich Verwaltungsleistungen für Bürger/innen und Unternehmen von Bund, Ländern und Kommunen standardisiert digitalisieren lassen (sollen). Der große (theoretisch angedachte) Vorteil dabei für die Zukunft: Einmal erstellte Informationen können/sollen von allen Behörden genutzt werden. "EfA", "Einer für Alle", heißt das neue Stichwort. Allerdings müssen dann auch alle – Bund, 16 Bundesländer, ca. 11.000 Kommunen und ihre Kommunalen IT-Dienstleister – ihren Beitrag zur Standardisierung und auch zur Befüllung der dazu notwendigen Portale und Suchmaschinen erbringen. "EfA" in "Reinkultur" gedacht, heißt, dass in vielen Fällen "Top Down Lösungen", wer immer sie auch produziert (und finanziert), einfach zu akzeptieren sind. Aktuell fällt es noch schwer, angesichts Föderaler Vielfalt, unterschiedlicher Struktur, Interessen und Geschäftsfelder der Kommunalen IT-Dienstleister (auch der mittelständischen IT-Branche als Partner der Verwaltungen) und deren in Betrieb befindlichen Komponenten und Verfahren, sich das wirklich vorzustellen.

Digitale **G**esetzeswerkzeuge fordert der Nationale Normenkontrollrat – NKR – in Berlin seit einiger Zeit und hat jetzt – mit flankierender Hilfe des OZG und der symbiotischen Beschleunigung durch die Corona Pandemie – den dazu nötigen Eindruck (und Nachdruck) bei den Bundesressorts und deren jahrzehntelangen Praxis der Gesetzes- und Rechtssetzung erreicht. In seinen regelmäßigen Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung, u. a. mit dem Titel "Bessere Werkzeuge für besseres Recht" sind nach Einschätzung der "professionellen Entbürokratisierer" jetzt Fortschritte erkennbar. Digitale Gesetzeswerkzeuge brauchen "Siloübergreifende, digitale Vorort-Vollzugsdenke und –Kompetenzen" nicht nur traditionelle und rechtssichere Gesetzgebungsmechanismen und deren Pflege aus der analogen Zeit. Die könnten man sich "Oben" z. B. auch durch Hospitation "Unten" in den Lebens- und Verwaltungwelten der Kommunen aneignen und dann sinnvoll transferieren und einsetzen.

Hoheit über die eigenen Daten behalten – das ist eine zentrale Forderung und Herausforderung in Sachen Datensouveränitat für die immer zahlreicher werdenden und verknüpfbaren elektronischen Dienstleistungen auch und gerade der öffentlichen Verwaltung. Das immer noch bestehende Vertrauensdefizit in die Erhebung und Nutzung persönlicher Daten durch den Staat ist leider ein Faktum, das bei allen notwendigen Schritten der Digitalisierung im weiteren Jahrzehnt aufmerksam bedacht werden muss – auch wenn die Bürger/innen im privaten Datenverkehr den "Online Giganten dieser Welt" in hohem Maße und in vielen Dingen nicht wirklich kontrollierte und kontrollierbare persönliche Daten zur Verfügung stellen. Vielleicht sind die positiven Erfahrungen mit der nur dezentral auf den Smartphones vorgesehenen Speicherung der Corona APP und ihrem Start im vergangenen Jahr auch in Bezug auf den Datenschutz und die Datensicherheit ein Treiber der nötigen Entwicklung.

Intelligenz – und zunehmend eben die "Künstliche" wird Leben, Arbeiten und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zunehmend formen, verändern und bestimmen. In den öffentlichen Verwaltungen kann und muss sie auch helfen, die kommende demografische Lücke, die die anstehenden Pensionierungen unweigerlich reißen werden, auszugleichen. Das schaffen wir nur mit dem Mut zur Veränderung und intelligenter Kommunikation zu den Möglichkeiten und neuen Chancen, aber auch mit Blick auf die Vorbehalte im zukünftigen Umgang mit der KI: Immer mit dem Ziel und dem Bewußtsein, dass die "Natürliche Intelligenz" die Künstliche dominieren muss und nicht umgekehrt.

Die "**J**ahrzehntherausforderung" durch das Corona Virus, das so viele Menschen, Staaten und die Wirtschaft zu Beginn, im ganzen Jahr 2020 und weit ins Jahr 2021 so leidvoll getroffen hat, muss eine neue "Digitale Qualität und Leistungsfähigkeit" erzeugen! Unser Land in der Mitte Europas, vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens, vor dem Klimawandel und unseren Zielen, Schadstoffbelastungen drastisch abzusenken, muss auf die gesamtkonzeptionelle und innovative Digitalisierung vieler Lebens-, Arbeits- und Verwaltungsbereiche setzen. Nur so werden wir in der Europäischen Gemeinschaft für die kommenden Generationen unserer Verantwortung gerecht. Die Verantwortung, Digitalisierung besser, schneller, sicherer und akzeptabler – auch zum Schutz – für Nutzer/innen zu machen, muss vorrangige Aufgabe der Akteure in Politik und Verwaltung in allen Ebenen des Föderalen Staates werden! Dazu gehört dann auch, dass Digitales Leben und Digitale Akteure auch zunehmend den eigenen Anspruch realisieren müssen, sich selbst Energie sparend zu entwickeln; Green IT und Energie optimierte Hard- und Software müssen dazu in den Fokus genommen werden.

Kulturwandel in einer immer weiter "verschmelzenden digitalen Welt" wird auch für die öffentlichen Verwaltungen

immer mehr unausweichlich werden, die Pandemie des Jahres 2020 und folgende wird dazu dauerhaft als Katalysator wirken (müssen)! Neue Arbeitsteilung und Offenheit der Ideen, konsequente Nutzung und Implementierung digitaler Services – auch mit offenen Quellcodes als Open Source – sind angesagt und für das Gemeinwesen der Zukunft (fast) unverzichtbar. Verlassen viel zu enger "Ressort- und Silodenke" zugunsten einer "360° Orientierung" und Haltung, wird dazu Voraussetzung sein. Die Ministerien in Bund und Ländern sollten dazu beispielgebend vorangehen, die gemeinsame Kraftanstrengung aller Föderalen Ebenen zur Bekämpfung der Pandemie als neue Erfahrung aus dem Jahre 2020 kann dazu Ausgangspunkt und Blaupause sein.

Leistungsfähige Kommunale IT-Dienstleister sind in der neuen "Digitalen Dekade" wichtige Player, wenn es um die Umsetzung des OZG in den ca. 11.000 deutschen Kommunen, die Portalbetriebe, Standardisierung und Austauschformate – auch im (digitalen) Kampf gegen Corona pp. – geht. Nachvollziehbare betriebswirtschaftliche Erfolgsbetrachtungen der verbandlich organisierten IT-Akteure sind das Eine, neue, offene Kooperationsformen und ggf. gemeinsame, arbeitsteilige Strukturen und Aufgabenstellung in neuer und Pandemie geprägter Zeit das Andere. Dazu gehört insbesondere in der NRW Struktur der IT-Dienstleister (aber nicht nur dort) ein neues gemeinsames Denken und Zueinanderkommen – auch abseits der bisherigen Trampelpfade und Befindlichkeiten.

"**M**ade in Germany" als weltweit geschätztes Markenzeichen des Industriestandorts Deutschland und als unsere Wohlstandsgrundlage werden wir in der nächsten "Digitalen Dekade" im schärfer werdenden Globalen Wettbewerb nur erhalten, wenn auch die Unternehmensservices der öffentlichen Verwaltung mit gezielter Priorität in den Fokus der Digitalisierung genommen werden. Das Unternehmensservicekonto, multiuserfähig und als zentraler, einmaliger Zugangs- und Ausgangskanal digitaler öffentlicher Services – von welcher Stelle im Föderalen Staat sie auch immer zu erbringen sind – ist dazu der entscheidende Schlüssel. Die Hoffnung, dass es als vom IT-Planungsrat Richtung Bayern und Bremen beauftragtes Konzept jetzt (endlich) in bundesweit standardisierter Form und nutzerorientiert gelingt, bleibt.

Nachhaltig digital: Die Digitalisierung ist unaufhaltsam, neue Möglichkeiten wie z. B. Echtzeit-Analysen, die Einbindung intelligenter Systeme, Blockchain und Co. lassen die notwendige Rechenleistung und Konnektivität immer deutlicher ansteigen, ebenso den Energieverbrauch, der trotz der Verlagerung vieler Dienste in die Cloud kontinuierlich weiter wachsen wird. Eine neue Kopplung: "Nachhaltigkeit und Digitalisierung" muss sich mit Blick auf Klimaschutz, Energieressourcen und gesellschaftliche Vorbildlichkeit in der öffentlichen Verwaltung der nächsten Dekade innovativ entwickeln: Eine Plattform für Ideen, Services, Produkte, Lösungen, Inspiration und Diskussion – digital und analog, online und offline, virtuell und vor Ort – das sind einige Stichworte dazu. Es braucht den intensiven Dialog mit der Politik, der Wirtschaft, den Gesellschaftlichen Gruppen, den Sozialpartnern pp. – Und: In den Verwaltungen auch selbst, auf den Führungsetagen und in der Mitarbeiterschaft. Die zentrale Frage dazu: Wie kann die Digitalisierung für eine lebenswerte Zukunft genutzt werden – ökologisch, sozial, ethisch, demokratisch und ökonomisch wertvoll und als Wachstums- und Stabilitätsanker – eben nachhaltig?!

Das **O**nlinezugangsgesetz – OZG ist die größte Beweislastumkehr für die öffentliche Verwaltung in der Geschichte der Bundesrepublik, weil über die Portalfrage und die Elektronifizierung aller Verwaltungsleistungen dann auch das gilt: Nicht die innovativen Digitalisierer müssen im Wege mühseligen Normenscreenings den "Inhabern der Norm" nachweisen, dass es in Zukunft auch digital – ohne Schriftformerfordernis und persönliches Erscheinen pp. – gehen können muss. Mit dem Parlamentarischen Kraftakt des Bundestages aus dem August 2017 ist (ähnlich wie seinerzeit durch Stein/Hardenberg aus dem 19. Jahrhundert) der geniale Coup zur Verwaltungsmodernisierung und zu Digitalisierung am Standort Deutschland gelungen! Nach holprigem Start der Umsetzung in den ersten Jahren und theoriebelasteten Diskussionen in der bundesweiten Verwaltungsszene nach dem Gesetzesbeschluss, haben wir jetzt wirklich konsequente Realisierungsfahrt aufgenommen – durch die Corona Pandemie sogar mit "symbiotischer Zusatzenergie".

Die Corona **P**andemie hat unser Land zu Beginn des Jahres 2020 mit voller Wucht, überraschend und auch unvorbereitet getroffen. Zu ihrer Bewältigung gab es weder in der Medizin, der Gesundheitsinfrastruktur, der Wissenschaft noch in der Politik auf allen Ebenen des Föderalen Staates, auch nicht in den öffentlichen Verwaltungen ein "Drehbuch", wie man mit solcher weltweiter Katastrophe am besten umgeht um sie zu bewältigen. Und trotzdem haben wir es im Vergleich der Staaten in Europa und weltweit bislang so gut geschafft, dass wir im Laufe der zurückliegenden Pandemiemonaten – mit einigen harten und bisweilen auch etwas zu weichen

Maßnahmen – eine weitgehende Kontrolle und Sensibilität miteinander erreicht und entwickelt haben. Die öffentlichen Verwaltungen haben höchst anerkennenswert Schwerstarbeit dafür geleistet! Und: Die Defizite in der Digitalisierung hat die Pandemie schonungslos offengelegt – wir haben allen Anlass, sie so schnell es geht zu beseitigen um neuen Herausforderungen wesentlich besser und effizienter begegnen zu können.

Die **Q**uadratur des Kreises braucht es nicht, um vor den Digitalen Herausforderungen der noch jungen neuen Dekade im Föderalen Staat im Interesse des gesamten Gemeinwesens auch in der öffentlichen Verwaltung besser und ergebnisorientierter zusammen zu arbeiten. Wenn "oben" und "unten" die gegenseitigen Vorbehalte und dogmatischen Sperren in den Köpfen (die "mentale Transformation 4.0" lässt grüßen) überwunden werden und stattdessen vorurteilsfreie und agile Zusammenarbeit realisiert wird, würde das schon ausreichen. Die in 2020 vorangebrachte digitale Entwicklung und das Ausrollen der Corona APP als Beispiel hat gezeigt, dass unser Land über sich hinauswachsen kann und auch erstklassige digitale Lösungen für den Alltag entwickeln und anbieten kann – wenn man es denn richtig macht. Das vom IT-Planungsrat in 2020 aufgegebene und völlig überzogene Ursprungsziel des bundesweiten – offenbar technisch überzogenen OZG-Portalverbundes – zugunsten einer praktikablen Suchmaschinenlösung zeigt andererseits, wie man es nicht machen sollte ... 80/20 Lösungen und die Praxisverankerung erleichtern Reformern bisweilen das Leben und kommen damit schneller ans wirklich benötigte Ziel!

Registerbereinigung – ein zentrales und dauerhaftes Thema der begonnenen "Digitalen Dekade"! Vom Nationalen Normenkontrollrat – NKR – angestoßen und als "Once Only Prinzip" mittlerweile in aller Munde zeigt das zentrale Projekt den richtigen Weg zur nutzerorientierten Digitalisierung auf. Vom zukünftigen, persönlichen und/oder unternehmensbezogenen Servicekonto mit gestufter Authentizität, Sicherheit und Postfachfunktion muss es deutschlandweit möglich sein, jede (!) Verwaltungsdienstleistung elektronisch anzusteuern und zu erhalten – und nicht für jeden Vorgang die gleichen Daten dazu erst wieder eingeben zu müssen. Die Diskussionen in Sachen Datenschutz zum aktuellen Gesetzentwurf aus dem BMI zur Registermodernisierung mit Blick auf das Urteil des Bundesverfasssungsgerichts aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts zum Melderegisterabgleich mit den Daten der Volkszählung ("Inforamtionelles Selbstbestimmungsrecht"), zeigen, dass es noch vieler kluger Ideen bedarf, wie denn die Authentifizierung der Bürger/innen geregelt werden darf und muss.

Sicherheit in der IT der Zukunft wird in Zeiten zunehmender Bedrohungspotenziale und zunehmender Cyber-Attacken die entscheidende Rolle spielen, ob die Digitalisierung mit ihren Chancen das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen in Deutschland im neuen Digitalen Jahrzehnt behält. IT-Sicherheit muss im weiteren Denken und Formen digitaler Lebens- und Arbeitsverhältnisse "ganz nach vorne gestellt" werden, IT-Sicherheit muss in Studiengänge nicht nur der Informatiker, sondern in alle Hochsschulstudiengänge aufgenommen werden. Aktive Cyber-Abwehr im Sinne von Hack Back dürfen wir unter Bedingungen von digitaler Souveränität und Standortschutz nicht mehr länger nur ausländischen Diensten überlassen – Deutschland muss darüber nicht nur diskutieren sondern pragmatisch und selbst handeln.

Die **T**ransformation – digital und mental – im Digitalen Zeitalter braucht auf der Erfahrung und aus der Konsequenz der Corona-Pandemie einen unverzichtbaren neuen und gewaltigen Schub, die zusätzlichen Fördermilliarden aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung bieten dazu eine Möglichkeit, nicht nur "Strohfeuer" zu entfachen, sondern die öffentliche Verwaltung wirklich "digital zukunftsfähig zu machen". Und das nicht nur in der bisherigen "Fachbruder-" und Ressortdenke, sondern mit konzentriertem Blick auf Bedarfe der Menschen und Unternehmen, die neuen, digital aufsetzbaren Gesetzesregelungen und deren bestmöglichen digitalen Vollzug und Organisation vor Ort! Und: "Geld allein schießt keine Tore" diese Fußballweisheit gilt auch für die Zukunft der Digitalisierung in Deutschland.

"**U**ser first" – das muss das konsequente und hehre Ziel aller "Bürokraten" im neuen Digitalen Jahrzehnt werden und auf Dauer bleiben. Der IT-Planungsrat hat sich das auch unter dem neuen Bundes CIO und Vorsitzenden, Staatssekretär *Dr. Markus Richter* sehr überzeugend "auf die Fahnen geschrieben". Dass der neue Bundes CIO gelernter und erfahrener Praxisnetzwerker ist, lässt hoffen, dass die seit Corona nochmals größer gewordenen Herausforderungen in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wirklich mit diesem Blick auf ein Niveau kommen werden, wie es der größten und bedeutendsten Volkswirtschaft in der EU dringend zu Gesicht stehen muss.

Die **V**erwaltung 4.0 – als erste Korrespondenzinitiative zu Industrie 4.0, unmittelbar nach der CeBIT 2013 von IVM² ins Leben gerufen, hat sich im "regulären" Sprachgebrauch der Reformer und Akteure nach acht Jahren als

Leitrubrum und zur Definition gesamtkonzeptioneller Verwaltungsmodernisierung im Digitalen Zeitalter durchgesetzt: Und dabei geht es mehr als um Technik und IT, es geht – gleichzeitig und gleichrangig – darum:

Mehr zu Definition, Sichtweisen und Komponenten findet sich u. a. hier:

Quelle: IVM² Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung 2013

http://www.ivmhoch2.de/Verwaltung40.html.

Wirtschaftsförderung 4.0 muss im neuen Digitalen Jahrzehnt mehr sein als Akquise und Bestandspflege – wie üblich … Die Akteure der – Organisationsgrenzen überwindenden – zukünftigen Wirtschaftsförderung (4.0) müssen sich proaktiv in die "Digitalen Agenden" in den Kommunen vor Ort "einmischen" und den Focus kommunaler Dienstleistungen auf die Unternehmen am Standort mit ihren zahlreichen Ansprüchen nutzerorientiert und gezielt ausrichten: Die Umsetzung der Unternehmensbezogenen OZG Leistungen (mehr als 1000!) ist nicht nur Sache der IT, der Orga und der Fachbereiche vor Ort, sondern auch eigene Aufgabe der Wirtschaftsförderung, egal wie sie vor Ort individuell organisiert ist!
Mit dem Blick auf G2B e-Services und das OZG in den Homepages der Verwaltungen: Eigene Unternehmensportale mit separaten unternehmenszentrierten Pfaden, Funktionalitäten, Ansprechpartnern, e-Services pp., wären sicherlich mit vielen integrierten und schnellen Diensten möglich und förderlich! Warum müssen Unternehmen als Poweruser auf vielen Homepages auch in der begonnenen "Digitalen Dekade" immer noch zunehmend lustlos, unnötig kostenträchtig und frustriert e-Services selbst zusammenklauben?

Für die "Generation **Y**", (erst recht für die noch jüngere "Generation **Z**") wird nicht die "**X**-te Standardlösung" der Personalwerbung und -attraktivität der öffentlichen Verwaltung in der digitalen neue Dekade ausreichen. Flexibilität und neue Offenheit in den Karrierekonditionen, agile Arbeitsformen, wettbewerbsorientierte Bezahlung, flexible Arbeits- und Kommunikationsformen pp. werden zunehmend an Bedeutung gewinnen und notwendig werden, wollen Staat und Kommunen das notwendige und hochqualifizierte Personal auch in Zukunft für sich gewinnen. Junggebliebenes und attraktives "Employer Branding" und die Kommunikation, dass Verwaltung nicht nur digital sogar auch "sexy" sein kann (muss), ist zur Gewinnung des Nachwuchses angesagt!

Zuletzt: Eines soll und muss für die begonnene "Digitale Dekade" – auch nach und mit Corona – klar sein: Langweilige öffentliche Verwaltung, eingefahrene Trampelpfade, stures Kästchen- und Zuständigkeitsdenken, vertikale Silostrukturen und ähnliches waren gestern! Heute und morgen muss das neue Digitale Jahrzehnt zu einer übergreifend sicheren und stabilen Infrastruktur in Staat und Kommunen führen, auch damit z. B. digitales Krisenmanagement unsere Gesellschaft nicht mehr unvorbereitet trifft. Die 4,6 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst sichern das "Betriebssystem unserer Gesellschaft", das unverzichtbare, zentrale Glied der Wertschöpfungskette am Standort Deutschland, was sich ständig auch mit solchem Fokus weiter optimieren muss! Das gilt es als Wertschätzung vor allem und in erster Linie für Diejenigen zu garantieren, die als sog. "Systemrelevante" jeden Tag mehr leisten, als sie in vielen Fällen vergütet bekommen.

Unternehmensindex

Unternehmen	Seite
Bechtle AG	111
BWI GmbH	379
comundus GmbH	5
Governikus KG	91
HiScout GmbH	75
ITK Rheinland – Kommunaler Zweckverband	69
ITZBund AöR	43
KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister	59-60
krz – Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	2
LizenzDirekt AG	112
NCP engineering GmbH	103
procilon Group GmbH	50
RedHat GmbH	21

1.000 FRAGEN AN DIE ZUKUNFT
Nr. 495

WELCHE SEITE HAT ZUKUNFT?

Die Zukunft hat viele Seiten. Wir kennen sie alle. Bei Bechtle unterstützen über 12.000 Kolleginnen und Kollegen in Deutschland und ganz Europa Unternehmen, Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen und andere öffentliche Auftraggeber bei dem, was sie heute brauchen und was morgen wichtig wird. Von Digitalisierung bis Cloud, von Mobility bis IT-Security finden wir immer den besten Weg. Nämlich den, der Sie voranbringt. Denn mit der Zukunft kennen wir uns aus – als größtes deutsches IT-Systemhaus und IT-Zukunftspartner in Ihrer Nähe.

Kontakt:
Bechtle IT-Systemhaus Bonn/Köln
Telefon: +49 228 6888-0
E-Mail: bonn@bechtle.com

bechtle.com

Ihr starker IT-Partner.
Heute und morgen.

BECHTLE

ZU WENIG IT-BUDGET?
VIEL FÜR WENIG GIBT ES BEI LIZENZDIREKT!

EXPERTISE DURCH ERFAHRUNG

Die LizenzDirekt Gruppe ist einer der führenden europäischen Händler für Gebrauchtsoftware. Das Unternehmen mit Standorten in Deutschland, Österreich sowie Schweiz blickt auf über 12 Jahren Branchenerfahrung zurück und handelt Softwarelizenzen in den Segmenten Behörden sowie Unternehmen.

LizenzDirekt
SOFTWARE FOR YOUR BUSINESS

+49 (0)5494 / 9999 000
LIZENZDIREKT.COM